

DEBATTE ÜBER RASSISMUS:

Im Minenfeld der Moralisierung

- VON HANNAH BETHKE
- -AKTUALISIERT AM 24.02.2021-10:12



Die Aufregung um die schwarze Professorin Maisha M. Auma zeigt lehrstückhaft die politischen Reflexe, die bei Rassismusvorwürfen greifen. Mit der Sache beschäftigt man sich erst gar nicht.

Der Vorwurf klingt ungeheuerlich: Womit wir es hier zu tun hätten, sei „plumper Rassismus gegen Weiße“, vorangetrieben von einer schwarzen Frau, die Professorin für Diversity Studies an einer deutschen Hochschule ist. Sie beklagt, deutsche Universitäten seien zu weiß und nicht divers genug – und das, findet ihr Kritiker, sei nichts anderes als „Lobbyarbeit für Einwanderer aus Afrika“. Sie müsse in die Schranken gewiesen werden. Die angeblich Diskriminierten hätten doch nur eines im Sinn: „eine Überprivilegierung ihrer Gruppen zu erreichen“. Und so habe eine schwarze Frau Professorin werden können, obwohl ihre Forschung niveaulos sei.

Adressatin dieser Anschuldigungen ist Maisha-Maureen Auma, Professorin für Kindheit und Differenz an der Fachhochschule Magdeburg-Stendal und derzeit Gastprofessorin am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der Technischen Universität Berlin (TU). Ihr wütender Ankläger ist Hans-Thomas Tillschneider, Abgeordneter und Vizechef der **AfD** im Landtag von Sachsen-Anhalt und dort Sprecher für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Tillschneider stammt aus Rumänien, ist habilitierter Islamwissenschaftler und gehörte, bevor sie aufgelöst wurde, zur rechtsextremen „Patriotischen Plattform“ der AfD. Kürzlich wurde bekannt, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Der Fall scheint also glasklar zu sein: Hier mehr Vielfalt, dort Hass und Vorurteile; hier politisch korrektes Denken und Sprechen, dort Diskriminierung; hier die Guten, da die Bösen. Es dauerte nicht lang, bis zahlreiche Solidaritätserklärungen für Auma eingingen. „Wir stellen uns gegen Rassismus und Diskriminierung“, beteuerte etwa die **TU** Berlin. Die Liste der Unterzeichner wuchs innerhalb kurzer Zeit um ein Vielfaches. Dabei wird die TU nicht sehr konkret, was eigentlich der Anlass für diese ideologische Grenzziehung ist.

Wer schließt wen aus?

Es ist von „persönlicher Diffamierung“ und „feindseliger Diskreditierung“ die Rede, von „Marginalisierungen, Exklusionen und Ungerechtigkeiten“ und von der universitären Pflicht, dagegen „unsere Stimme zu erheben“ sowie allen Mitgliedern der Universität, insbesondere „Black und People of Color“, „faire Chancen der Teilhabe zu bieten“. Ihre Gastprofessorin Maisha M. Auma erlebe derzeit „vehemente rassistische Angriffe“ – und nicht nur das: „Ganze Wissenschaftsgebiete und Forschungsergebnisse“ würden „öffentlich diskreditiert, angegriffen und gar niegiert“.

Der Name Tillschneider fällt nicht. Auch die AfD findet keine Erwähnung. Nach Auskunft der TU waren sie aber der Auslöser für diese Erklärung. Andere „vehemente rassistische Angriffe“ sind damit nicht gemeint, vom diagnostizierten latenten **Rassismus** in der Gesellschaft abgesehen. Auma will sich dazu nicht äußern und steht auch nach mehrfacher Nachfrage für ein Gespräch mit dieser Zeitung nicht zur Verfügung.

Gender-, Migrations- und Rassismusforschung stünden unter Beschuss, teilt die TU mit; teilweise gebe es auch Gewaltandrohungen. Beispiele werden nicht genannt. Offenbar braucht es sie nicht, um die Linie zum Feind klar zu markieren. Auch der Deutsche Hochschulverband (DHV) hat sich dem Protest angeschlossen, ohne sich ein eigenes Bild der Lage zu machen. Zwar lägen keine detaillierten Erkenntnisse über das Ausmaß an Anfeindungen gegen bestimmte wissenschaftliche Disziplinen vor, sagt ein Sprecher. Aber es gebe besorgniserregende Berichte in der Tagespresse. Als Beleg führt er einen Artikel des „Tagesspiegels“ aus dem Jahr 2014 an. Dort geht es um Hasskommentare gegen Genderforscherinnen im Internet. Darin erschöpft sich auch schon die Empirie. DHV-Präsident Bernhard Kempen hat derweil Tillschneider dazu aufgefordert, sein Amt als Fraktionssprecher für Bildung, Kultur und Wissenschaft niederzulegen. Mittlerweile gibt es sogar einen offenen Brief aus den Vereinigten Staaten, in dem Professoren und Mitarbeiter diverser Universitäten gegen Tillschneiders Äußerungen protestieren und sich vor Auma stellen.

Es fehlen Differenzierungen

Dass die genannten Forschungsgebiete in den vergangenen Jahren stark ausgebaut und gefördert wurden und es allein im Bereich der Genderforschung in Deutschland mehr als zweihundert Professuren gibt, findet in den Klagen über mangelnde Diversität keine Erwähnung. Lieber benutzt man den Fall zur moralischen Selbstvergewisserung. Natürlich sind wir alle gegen Rassismus.

Wer Differenzierung vermisst, muss Umwege gehen. Zum Beispiel diesen: 2017 hob die **Bundesregierung** den „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus“ aus der Taufe. Zur, wie es heißt, „deskriptiven Grundlegung“ hat die Bundesregierung das Institut für interdisziplinäre Gewalt- und Konfliktforschung der Universität Bielefeld mit einer „empirischen Bestandsaufnahme“ beauftragt. Von einer reinen Deskription kann allerdings schwerlich die Rede sein. Die Studie basiert auf dem Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, das Vorurteile und abwertende Einstellungen gegenüber Gruppen „unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft“ untersucht, wie es in einer Zusammenfassung des Forschungsinstituts heißt. Die darunter subsumierten Phänomene wie Muslimfeindlichkeit, Rassismus gegen Schwarze oder „Transfeindlichkeit“ werden „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ zugeordnet. Begünstigt würden diese, heißt es an anderer Stelle, durch eine „Ökonomisierung des Sozialen“, die einer „Kontrollverschiebung weg von der Politik und hin zum Kapital“ gleichkomme. Der Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer, von dem der Begriff der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ stammt, nannte diesen „Klassenkampf von oben“ vor einigen Jahren „rohe Bürgerlichkeit“.

Legitim ist es, sich für eine bestimmte politische Theorie zu entscheiden; fragwürdig aber, ihre Methoden für unanfechtbar zu halten, als gäbe es in den Sozialwissenschaften nur eine objektive Wahrheit. „Ganz offen verfällt das Institut in marxistisches Vokabular“, heißt es in einer Kritik. Abwegig ist das nicht. Wäre, bevor man eine Theorieschule zur „deskriptiven Grundlegung“ erklärt, eine genaue Überprüfung und Offenlegung ihrer Wertpräferenzen nicht angebracht? Dagegen würde wohl kaum jemand etwas einwenden – käme diese Kritik nicht von der AfD.

„Rassismus-Generalverdacht“

Im November vergangenen Jahres stellte die AfD-Fraktion den Antrag, den „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus“ der Bundesregierung aufzuheben. Sie bemängelte die theoretische Fundierung des Konzepts und kritisierte, die deutsche Mehrheitsgesellschaft werde unter „Rassismus-Generalverdacht“ gestellt. Wie zu erwarten, stimmten in ihrer Beschlussempfehlung dieses Monats der damit befasste Innenausschuss, alle mitberatenden Ausschüsse sowie sämtliche der im Bundestag vertretenen Fraktionen für die Ablehnung des AfD-Antrags. Der Antrag sei „empathielos und polemisch und gehe an der gesellschaftlichen Realität vorbei“.

Nun hätte man gern gewusst, was die Kritik an einer bestimmten Theorie-Schule mit Empathie zu tun hat und warum die Position der AfD, die mindestens die Stimmen ihrer Wähler hinter sich weiß, nicht genauso Teil der gesellschaftlichen Realität ist wie der Antirassismus ihrer Gegner – doch Antworten sucht man vergeblich. Der Innenausschuss erklärt: „Aufgrund der Substanzlosigkeit des Antrags erübrige sich jede weitere Ausführung.“

So einfach ist das? Vom Klassenkampf auf marxistisches Vokabular zu schließen ist gewiss nicht originell, aber die dezidierte Kritik der Theorie ist nun eines gerade nicht: substanzlos. Das heißt nicht, die AfD wäre in ihrer Argumentation frei von ideologischer Verblendung; das zeigt sich etwa in Fehlschlüssen, welche die Behauptung einer „unregulierten Zuwanderung“ und einer deutschen „Basisidentität“ mit der Theorie-Analyse vermischen. Das enthebt die Gegenseite aber nicht der Pflicht einer sachorientierten Auseinandersetzung.

Können Weiße diskriminiert werden?

Der „Rat für Migration“ stellt den Antrag der AfD in den Kontext der Äußerungen von Tillschneider und ersetzt Differenzierung durch Moral. Tillschneider beharrt auf seinen Aussagen. Er könne darin keinen Rassismus erkennen, teilt er auf Anfrage dieser Zeitung mit. Die Universität sei „kein Repräsentationsorgan für die Bevölkerung“. Er setze auf das Prinzip „Qualifikation statt Quote“: „Herkunft, Geschlecht, sexuelle Orientierung, all das sollte an der Universität keine Rolle spielen, weil es für die akademische Leistung irrelevant ist.“ Tillschneider bezweifelt, dass nur Weiße rassistisch sein könnten. Es gebe auch eine umgekehrte Diskriminierung, etwa wenn in Besetzungsverfahren an Hochschulen Frauen und schwarze Menschen bevorzugt würden. Zahlen, die das belegen könnten, kann er nicht vorweisen; aber er habe das in seiner eigenen akademischen Laufbahn selbst oft genug erlebt. Was für ihn als empirische Grundlage ausreicht, spricht er Auma ab: Dass schwarze Menschen unterrepräsentiert seien, sei „in nichts weiter fundiert“ als in „ihrer ganz persönlichen Wahrnehmung“.

Mittlerweile läuft an der Universität Bayreuth, wo Tillschneider habilitiert wurde und weiterhin als Privatdozent für Islamwissenschaft tätig ist, ein Beschwerdeverfahren. Sein Kollege Rüdiger Seesemann, der das Exzellenzcluster „Africa multiple“ leitet, fürchtet um das Ansehen der Universität, solange Tillschneider dort weiter beschäftigt ist. In einem Brief an die Hochschulleitung, der dieser Zeitung vorliegt, fordert er die Universität dazu auf, gegen Tillschniders „rassistischen Affront“ Position zu beziehen und „ihn nach Möglichkeit strukturell zu sanktionieren“. Dessen Äußerungen gegen Auma richteten sich gegen alle „BPOC Wissenschaftler*innen“, also solche, die Black oder People of Color sind. „Sie sollen eingeschüchert und verunsichert werden“, schreibt Seesemann.

Tillschneider streitet das ab. In seinem Antwortschreiben, das dieser Zeitung vorliegt, verweist er auf sein Amt als wissenschaftspolitischer Sprecher im Landtag von Sachsen-Anhalt, in dessen Funktion er die Thesen von Auma als inhaltlich falsch und unwissenschaftlich kritisiert habe. Das habe weder etwas mit Rassismus noch mit Belästigung zu tun. Seine Äußerungen seien von der Meinungsfreiheit gedeckt. Darüber hinaus sei das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, auf das sich die Beschwerde berufe, hier nicht anwendbar, weil sie sich nicht auf einen Beschäftigten der Universität Bayreuth beziehe.

Grenzen der Wissenschaftsfreiheit

In Kenntnis dieser rechtlichen Lage ist das Rücktrittsgesuch des DHV umso erstaunlicher. Die Grenze zwischen legitimer Kritik und dem Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit sei fließend, erklärt ein Sprecher. Im Fall von Tillschneider handele es sich aber um eine „unverhohlene Drohung“. Mit der Formulierung „in die Schranken weisen“ würden „dienstrechtliche und berufliche Nachteile in Aussicht gestellt“. Das verstoße gegen die Wissenschaftsfreiheit und dürfe nicht ungerügt bleiben.

Die Universität hat über den Fall noch nicht entschieden. Nach Auskunft einer Sprecherin wird die Angelegenheit derzeit von der Beschwerdestelle geprüft.

Ein Problem der Debatte entzündet sich am Vorwurf mangelnder Repräsentation gesellschaftlicher Minderheiten. Um das überprüfen zu können, brauchte man genaue Zahlen. Doch die gibt es nicht, erklärt

Tahir Della von der „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“. In der Statistik sei nur der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund erfasst; schwarze Menschen würden nicht gesondert gezählt. Es gebe nur Schätzungen; demnach lebten derzeit rund eine Million schwarze Menschen in Deutschland. Von ihrer Unterrepräsentation an deutschen Hochschulen geht auch er aus.

Diskurs der Beschuldigung

Doch auch wenn diese Beobachtung stimmt: Was ist die Konsequenz daraus? Es besteht kein Zweifel, dass Tillschneiders Polemik in der Sache und im Ton fehlgeleitet ist. Genauso problematisch ist aber die moralische Aufladung der Diskussion. Es herrscht ein Klima des Verdachts und der Anfeindung vor. Von allen, die zur Gruppe der Weißen gehören, wird ein schlechtes Gewissen verlangt. Dem Kampf gegen Rassismus ist gewiss nicht gedient, wenn in allen möglichen Winkeln des Sprechens und Denkens auch dann eine Diskriminierung identifiziert wird, wenn es sich gar nicht darum handelt. Wer das ausspricht, muss mit heftigen Beschimpfungen rechnen, mit Ausschluss aus dem Diskurs oder ideologischer Brandmarkung – mit all den Mechanismen von Exklusion und Marginalisierung also, welche die Diversity-Anhänger eigentlich bekämpfen wollen.

Der Fall Auma – und dabei geht es nicht in erster Linie um ihre Person und auch nicht um ihre Forschung, sondern um die Reaktionsmechanismen im öffentlichen Diskurs – ist ein Paradebeispiel für die moralische Aufladung des Politischen und den Siegeszug der identitären Linken, welche die französische Journalistin Caroline Fourest treffend als „Generation Beleidigt“ bezeichnet hat. Auf diese Weise verkommt jede Ideologiekritik zur ideologischen Identitätskrise. Eine offene Gesellschaft kann in diesem moralischen Minenfeld nicht gedeihen.

Ein Asylbewerber-Recht für jedermann

Von **Jacques Schuster**

Chefkommentator

Man darf das Thema Asyl nicht den Populisten lassen, schreibt WELT-Autor Jacques Schuster

Quelle: Claudius Pflug

Es mag sein, dass viele von ihnen auf der Flucht die Ausweispapiere verloren haben. Doch gut die Hälfte der erwachsenen Asylsuchenden hat 2020 keine Dokumente vorgelegt, die Herkunft, Namen und Geburtsdatum belegen. Und das aus einem einzigen Grund.

Seit Jahren sinkt die Zahl derjenigen, welche versuchen, als Flüchtlinge in Deutschland unterzukommen. Nur noch rund 100.000 Menschen waren es im vergangenen Jahr, heißt es beschwichtigend. Man kann es auch anders sehen: Jedes Jahr kommt eine Stadt wie Gütersloh in Deutschland mit Menschen hinzu, die Asyl oder Schutz suchen. Eine Anfrage der FDP-Abgeordneten Linda Teuteberg an das Bundesinnenministerium bringt nun weitere Details ans Licht: Gut die Hälfte der erwachsenen Asylsuchenden hat 2020 keine Dokumente vorgelegt, die Herkunft, Namen und Geburtsdatum belegen.

Es mag sein, dass viele von ihnen auf der Flucht die Ausweispapiere verloren haben. Sicher sind auch zahlreiche Fälle dabei, bei denen die Schlepper die Pässe eingezogen hatten. All das kann Menschen passieren, wenn sie Hals über Kopf fliehen müssen und Furcht haben, letzteren im Land ihrer Peiniger zu verlieren.

Doch man stelle sich vor, ein aus dem Dritten Reich geflohener Jude, Sozialdemokrat oder Liberaler hätte verzweifelt um Aufnahme in Großbritannien, der Türkei, Argentinien oder Australien gebeten, sich aber geweigert, seinen Namen zu nennen oder zu erklären, aus welchem Land er stammt. Kein einziger hätte dies getan.

Bei der Einreise nach Deutschland im Jahr 2020/21 aber handeln viele genau so – und das aus einem einzigen Grund: Aus dem unverzichtbaren Asylrecht für politisch-religiös Verfolgte ist ein Asylbewerber-Recht für jedermann geworden. Man braucht nur die vier Buchstaben „Asyl“ zusammenzubringen, und schon hat man gute Aussichten, in Deutschland über Jahre hinaus zu bleiben.

Zwar erhielten 2020 nur 26 Prozent der rund 100.000 Menschen, die als Migranten kamen, am Ende den Flüchtlingsstatus. Trotzdem müssen die wenigsten der Abgelehnten bangen, in ihre Heimatländer

abgeschoben zu werden. Leider. Wem das Asylrecht heilig ist, der darf sich mit einem solchen Missstand nicht abfinden. Es ist gut, dass Linda Teuteberg, auch durch ihre Anfrage, immer wieder darauf hinweist. Man darf diese Themen nicht den Populisten überlassen.

CANCEL CULTURE AN UNIVERSITÄTEN

Die Macht und die Angst

Stand: 13:56 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Von Jörg Phil Friedrich



Der kritische Student als Störfaktor? So einfach ist es nicht

Ein Netzwerk deutscher Professoren ist angetreten, um für die Wissenschaftsfreiheit zu streiten. Anlässe gibt es genug. Der Opferten der 70 ist dennoch nicht angemessen. Denn offenbar vergessen die Lehrstuhlinhaber zwei Grundvoraussetzungen der Universität.

Was ist los mit Deutschlands Professoren? Anfang des Monats haben sich 70 von ihnen in einem Netzwerk Wissenschaftsfreiheit zusammengetan. Sie schreiben warnende Pressemitteilungen und bereiten Workshops vor, denn sie befürchten eine Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Freiheit der Wissenschaft. Sie befürchten, dass an den Universitäten ein Klima der Unfreiheit entstehen würde, ein Druck, sich politisch korrekt zu verhalten.

Erste Fälle von digitalen Schmähungen von Hochschullehrern, gewaltsamer Verhinderung von Hochschulveranstaltungen und von Forderungen nach Ausladung unliebsamer Gäste seien bereits aufgetreten. Fast ein Drittel der Hochschullehrer würden Political Correctness als Einschränkung erleben.

Man reibt sich verwundert die Augen. Nicht etwa, weil die Hochschullehrer in ihrer Sorge um die Freiheit der Wissenschaften im Unrecht wären, sondern weil sie befürchten, dass viele von ihnen sich einem Konformitätsdruck beugen würden, der Debatten im Keime ersticken könnte. Es könne dazu kommen, dass Hochschullehrer sich in ihrer Freiheit selbst beschränken könnten, weil sie antizipieren, möglicherweise diskreditiert zu werden.

Zunächst mal: Daran ist nichts Neues, im Gegenteil, viel zu lange war es ruhig an den deutschen Universitäten und verglichen mit dem, was sich ein Adorno in den 1960ern bieten lassen musste, herrscht heute immer noch eine fast einschläfernde Ruhe in den Hörsälen und Zoom-Sitzungen.

Es gehört zum geistigen Leben an der Universität dazu, dass die Welt der freien Lehrstuhl-Wissenschaft mit dem aufrührerischen Geist der jugendlich-radikalen Studierenden zusammenprallt. In die Universität ist nämlich ein unauflösbarer Widerspruch quasi ins Fundament mit eingebaut: Der Anspruch der Kraft des Arguments, das in Freiheit und ohne Rücksicht auf Autoritäten geäußert werden kann, auf der einen Seite und das unhintergehbare Machtgefälle zwischen Hochschullehrern und Studierenden vom Anfänger bis zum Postdoc auf der anderen Seite.

Dieser Konflikt muss zwangsläufig, solange sich die Studierenden nicht dem disziplinierenden Zwang der Studiengänge vollständig unterwerfen, immer wieder offen ausgetragen werden. Dabei ist selbstverständlich, dass die Professoren die lauten Proteste der Studierenden als unangemessene, sogar gefährliche Gefährdung ihrer Freiheit betrachten.

Damit mögen sie sogar recht haben, und es ist richtig, dagegen Stellung zu beziehen, dass psychischer Druck, lautstarker Protest oder sogar körperliche Gewalt den freien, offenen Diskurs beschränken. Allerdings ist nicht jeder dezent vorgetragene, wohlgesetzte Professorenvortrag ein Beitrag zum oder gar ein Garant für herrschaftsfreien Diskurs – und ein Lehrstuhlinhaber hat sicherlich auch einige Möglichkeiten, die wissenschaftliche Tätigkeit seiner Studierenden und Promovierenden in Bahnen zu lenken, die sich nicht unbedingt an wissenschaftlicher Freiheit, sondern an der eigenen Lehrmeinung orientieren. Dem haben, das muss man auch eingestehen, junge Wilde oft nichts anderes als lautstarken Protest und Empörung entgegenzusetzen.

Mut darf man erwarten

Dazu gehört Mut, und Mut darf man wohl auch von den Professoren erwarten, die ihre Freiheit in Gefahr sehen. Man dürfte erwarten, dass sie anderes aufzubieten haben als Pressemitteilungen und Resolutionen

Da wäre als Erstes die Kraft des Arguments. Wenn sie Widerstand gegen die Einladung umstrittener Gäste fürchten, sollten sie schlicht stark bleiben und praktisch zeigen, wie kontroverser Diskurs funktioniert. Sie sind die, die auf dem Podium stehen, sie sind die, die die Mikrofone in der Hand halten, sie sind die, die darin geübt sein sollten, ihre Argumente mit Witz und Überzeugungskraft vorzutragen. Und sie sollten wohl

auch die Reflexionsfähigkeit besitzen, im Gegenwind des Widerspruchs, der oft unsachlich und wenig akzeptabel sein mag, die bedenkenswerten Argumente zu vernehmen, aufzugreifen und zu verarbeiten.

Mit einer wehleidigen Attitüde der gekränkten Autorität, die meint, das Abendland würde untergehen, weil sich unsachlicher und lautstarker Widerstand gegen gewohnte und selbstverständlich geglaubte Freiheiten regt, wird man diese Freiheit nicht verteidigen können. Es kommt darauf an, sich kraftvoll mit dem dagegenzustellen, dessen man sich sicher weiß: der eigenen Kompetenz und der Autorität des besseren Arguments.

Pablo Hasél: Verehrte Terroristen

Warum der spanische Rapper Pablo Hasél ins Gefängnis muss

Von **Jens Balzer**

24. Februar 2021, 16:58 Uhr Editiert am 24. Februar 2021, 17:43 Uhr

DIE ZEIT Nr. 9/2021, 25. Februar 2021 1 [Kommentar](#)



Der spanische Rapper Pablo Hasél © Lorena Sopena/Reuters

Für viele Rapper gilt ein bisschen Zeit im Gefängnis als Ausweis der Street-Credibility. Nur in Spanien scheint die Sache anders zu liegen. Seit der katalanische Rapper Pablo Hasél am Dienstag letzter Woche in seiner Heimatstadt Lleida verhaftet wurde, kommt es jede Nacht quer durchs Land zu Solidaritätskundgebungen. In Barcelona versammelten sich am Wochenende 6000 Menschen, um seine Freilassung zu fordern, aber auch die Abschaffung eines Gesetzes aus dem Jahr 2015, das die Verherrlichung von Terrorgruppen und die Beleidigung der Monarchie unter Strafe stellt.

Schon mehrfach war Hasél wegen entsprechender Rap-Texte und Tweets zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, ohne dass er die Haft jemals antreten musste. Diesmal sollte er neun Monate kriegen, und erstmals zeigte die Justiz sich entschlossen, das Urteil auch umzusetzen. Hasél verbarrikadierte sich auf dem Campus der Universität von Lleida und ließ sich schließlich mit erhobener Faust von der Polizei abführen. Seither demonstrieren seine Fans, aber auch viele spanische Jugendliche, die mit den Verhältnissen generell unzufrieden sind – erst in Barcelona, Lleida und anderen katalanischen Städten, inzwischen auch in Madrid, Palma de Mallorca und anderswo.

In Spanien gehört Hasél seit anderthalb Jahrzehnten zu den kontroversesten Künstlerfiguren. In Deutschland war er bislang kaum bekannt. Dabei pflegt er ein liebevolles Verhältnis zur deutschen Geschichte oder genauer gesagt: zur Geschichte des westdeutschen Terrorismus. Ein Album von Hasél aus dem Jahr 2011 trägt den Titel *Un café con Gudrun Ensslin*, auf dem Cover sieht man die Mitbegründerin der Rote Armee Fraktion lächelnd, Kaffee trinkend und rauchend vor der Silhouette eines Maschinengewehrs. Das ganze Album ist eine Hommage. "Die RAF war eine Guerilla, die in den Siebzigern bis Neunzigern in Deutschland operierte und den imperialistischen und bürgerlichen Staat in Schach hielt. Sie genoss große Unterstützung durch die Bevölkerung", so erklärt Hasél für sein junges Publikum die Geschichte. Das Nachfolgewerk aus dem Jahr 2012 heißt *Escribiendo con Ulrike Meinhof*, "Schreiben mit Ulrike Meinhof": Hier schmückt das Cover das berühmte Bild der jungen Meinhof in der *konkret*-Redaktion im Jahr 1962, mit dem Stift in der

Hand, versonnenen Blicks. "Ulrike Meinhof, nie vergessen, ewiger Samen der Freiheit", twitterte Hasél 2019 am Jahrestag ihres Selbstmords in Stammheim.



Hasél wurde am 16. Februar 2021 im Campus der Universität Lleida festgenommen

Aber nicht nur die Frauen der RAF genießen seine Bewunderung. In anderen Tracks feiert er die "antifaschistischen Freiheitskämpfer" der baskischen Eta und insbesondere der Grapo, einer marxistisch-leninistischen Gruppe, die nach dem Ende der Franco-Diktatur für die Errichtung eines kommunistischen Regimes in Spanien stritt und bis zu ihrer Auflösung im Jahr 2007 insgesamt 84 Menschen ermordete, insbesondere Polizisten und Militärangehörige. Zum ersten Mal wurde Hasél im Jahr 2011 verhaftet, weil er unter anderem in dem Stück *Realidas Surrealista* eine "Rückkehr der Grapo" herbeisehnte. "Ich respektiere jeden, der mehr als ein Schwein getötet hat", hieß es darin in wiederum von Ulrike Meinhof geprägter Diktion ("wir sagen, natürlich, die Bullen sind Schweine ... und natürlich kann geschossen werden").

So konsequent wie Pablo Hasél bedient heute jedenfalls kaum noch jemand die nostalgisch gewordene Rhetorik des antiimperialistischen Kampfes. Der große Satan USA tritt hier auf als Hauptschuldiger an aller Unbill der Welt, neben – natürlich – dem "zionistischen Teufel", der "die Mehrheit der multinationalen Unternehmen in Hollywood kontrolliert" und "fast jedes Land an seinen Arsch geklebt hat", wie es in einem Tweet von Hasél aus dem Jahr 2012 heißt.

200 spanische Künstler und Intellektuelle, darunter Pedro Almodóvar und Javier Bardem, haben einen Aufruf unterschrieben, in dem das Urteil gegen ihn als unerträglicher Eingriff in die Meinungsfreiheit kritisiert wird: "Wenn wir zulassen, dass Pablo verhaftet wird, kann es morgen jeden von uns treffen."

<https://www.zeit.de/kultur/2021-02/mittelschicht-klassengesellschaft-marx-norm-reichtum-armut-corona-pandemie-10nach8/komplettansicht>

Mittelschicht: "Ich bin zwar privilegiert, aber immerhin nicht reich"

Wer gehört zur Mittelklasse? Es sind nicht allein Bildung oder Vermögen, die darüber entscheiden. Klar ist allerdings: Diese Schicht hat großes revolutionäres Potenzial.

Von **Daniela Dröscher**

23. Februar 2021, 20:06 Uhr [845 Kommentare](#)



Alle, die aus einer ländlichen Nicht-Akademikerfamilie stammen und in der großen Stadt studiert haben, kennen die heutige Mittelklassenproblematik. © [Bonnie Kittle/unsplash.com](#)

"Ich bin zwar privilegiert, aber immerhin nicht reich"

Ich habe lange gebraucht, um zu verstehen, dass ich ein Kind der Mittelklasse bin. 1977 geboren und westdeutsch sozialisiert, war ich stets Teil der unsichtbaren Norm, die nicht eigens markiert wurde. Bis vor nicht allzu langer Zeit galt hierzulande gar noch das Narrativ der allumfassenden Mittelschicht. Klassen kamen buchstäblich nicht vor. Tippe ich das Wort "Mittelklasse" in die Suchmaschine, erfahre ich noch immer mehr über schnittige Automodelle als über meine soziale Position.

"Mittelschicht" erscheint auf den ersten Blick auch deshalb angemessener, weil die Mittelklasse nach Karl Marx eine Klasse ohne Bewusstsein von sich ist. Eine Klasse lebt, anders als die Schicht, von einem Wir-Gefühl. Die Angehörigen der Mittelklasse aber befinden sich in ständiger Konkurrenz zueinander. Außerdem bestimmt und relativiert ihre basale Definition, weder reich noch arm zu sein – oder um es mit meiner Mutter zu sagen: "normal viel Geld" zu haben –, die Mittelklasse gleich von zwei Seiten. Man könnte auch sagen: Die Mittelklasse hat seit ihren Anfängen ein Identitätsproblem.

DANIELA DRÖSCHER

Jahrgang 1977, schreibt Prosa, Theatertexte und Essays. Zuletzt erschien der autobiografische Text *Zeige deine Klasse. Die Geschichte meiner sozialen*

Die Klasse, die es nicht gibt?

Ein Grund für das fehlende Klassenbewusstsein ist zum einen, dass sie schlicht nicht als Klasse erzählt wurde. In der marxistischen Theorie kommt sie kaum vor; Marx hielt sie für ein unbedeutendes Übergangsphänomen, das durch den sich verschärfenden Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat verschwinden würde. Er ordnete sie zwar eher dem Proletariat zu, schätzte sie jedoch als einflusssschwach und neutral im Klassenkampf ein. Inzwischen aber befeuert diese Klasse, die keine ist, den Antagonismus zwischen Arm und Reich: Indem sie neutral bleibt, bejaht sie die Verhältnisse, statt sie zu bekämpfen. Deshalb sprach der Soziologe Helmut Schelsky in den Sechzigerjahren von einer "nivellierenden Mittelstandsgesellschaft".

Ein anderer Grund für das fehlende Klassenbewusstsein ist ihre Heterogenität. Die Mitte bildet einen ebenso "buntscheckigen Haufen" (Marx) wie einst die Arbeiterinnenklasse, sowohl hinsichtlich Besitz, Kapital, Einkommen als auch Bildung. Sie vereint Gewerbetreibende, Beamte, Care-Arbeiterinnen und -Arbeiter ebenso wie Solo-Selbstständige. (Um konkret zu werden: Als Single zählt man ab 1.170 Euro Netto-Einkommen, als vierköpfige Familie ab 2.450 Euro dazu). Ja, es gibt innerhalb der Mittelklasse ein enormes Gefälle. Das einzige verbindende – aber sehr wesentliche – Kriterium ist die Lohnabhängigkeit. Die Abwesenheit von nennenswertem Kapital, also Besitz und Anlagen. Angehörige der lohnabhängigen Mittelklasse, die aufhören zu arbeiten, müssen früher oder später Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

Geburt der Mittelklasse

Das Identitätsproblem der Mittelklasse artikuliert sich auch in ihrem politischen Schwanken: Mal solidarisiert sie sich mit der beherrschten, mal mit der herrschenden Klasse. Dass auch dies konstitutiv für sie ist, zeigt ein Blick in die Geschichte. Die Mittelklasse hat ihre Anfänge im Kleinbürgertum, das sich im späten Mittelalter aus armen Bauern und Handwerkern heraus bildete, die mit ihren Spießen die Burgen und damit die Ordnung verteidigten (daher der "Spießbürger"). Zugleich stand das Kleinbürgertum an der Spitze großer historischer Umbrüche, die gegen die Obrigkeit gerichtet waren. Anfänglich gehörte es auch zu den Befürwortern der französischen Revolution, die ja die "Volksherrschaft" zum Ziel hatte, zog sich dann aber in einem ersten Klassenkompromiss der Geschichte in den Biedermeier zurück.

Das dunkelste Kapitel des deutschen Kleinbürgertums ist die NS-Zeit. Forschungen zur Mentalitätsgeschichte belegen, dass erst Neid, Missgunst und Denunziationen aus dem Volk das Regime groß machten. Eine künstlerische Arbeit der vergangenen Berlin Biennale führte das mit umstrittenen künstlerischen Mitteln vor Augen. Und Hitler, der Emporkömmling, war der Kleinbürger par excellence.

Im Nachkriegsdeutschland wiederum waren bürgerliche Werte, bürgerliche Bildung, eine bürgerliche Kultur leitend, die aber vor allem durch das Kleinbürgertum verkörpert wurden. Der Historiker Joska Pintschovius spricht deshalb sogar von der "Diktatur des Kleinbürgers". Dieser Wandel ging Hand in Hand mit dem Mythos vom verführten "kleinen Mann", der für das Geschehene keine Verantwortung übernehmen wollte. Zugleich half die Einheitsfiktion einer alles umfassenden Mittelschicht, in der jeder durch Leistung zu Wohlstand gelangen konnte, zwei Dinge auszublenden: Zum einen wurden westdeutsche Firmen, die in der NS-Zeit Kapital angehäuft hatten, anders als in der DDR keineswegs durchgehend enteignet, nein, dieses Kapital wurde weitergereicht. Zum anderen verschleierte die Legende vom westdeutschen Selfmademan das lange Zeit unerzählte Kapitel der ausbeuterischen Gastarbeit.

Wichtig für den Übergang vom Kleinbürgertum zur Mittelschicht war ein Mentalitätswandel, den der Soziologe Pierre Bourdieu vor allem an Bildungsbeflissenheit und Konsum festmachte. In seinem Werk nimmt die Mittelklasse einen großen Raum ein; sie ist es, die durch Distinktionen – Geschmacksurteile, Lebensstile und Statussymbole – Klassenverhältnisse unablässig reproduziert. Nur ist sie sich dessen nicht bewusst, also keine Klasse für sich.

Alte und neue Mittelklasse

Dem Soziologen Andreas Reckwitz zufolge ist durch die Dienstleistungsgesellschaft mit Beginn der Neunzigerjahre eine neue Mittelklasse entstanden. Diese vereint urban lebende, akademisch und dem Selbstverständnis nach progressiv orientierte Menschen (wie zum Beispiel mich). Parallel dazu existiert weiterhin die alte Mittelklasse, die aus Menschen mit mittlerer Bildung besteht. Angehörige dieser Klasse sind zumeist in kleinstädtisch-ländlichen Regionen verwurzelt und dem Habitus nach eher materialistisch und traditionell (wie zum Beispiel mein Vater). In dieser gespaltenen Mitte liegt nach Reckwitz der größte gesellschaftliche Antagonismus. Auch deshalb, weil sie häufig in eine politische Differenz von konservativ/rechts auf der einen und links auf der anderen Seite zu übersetzen ist; wenn auch keinesfalls immer eins zu eins, wie Reckwitz selbst betont.

In meinem Fall geht der Riss der Mitte durch mich selbst. Es besteht ein immenser Unterschied zwischen dem ländlichen Angestelltenmilieu, in dem ich sozialisiert wurde, und dem künstlerisch-

akademischen urbanen Milieu, in dem ich heute lebe. In der alten Mittelklasse garantieren Fleiß und solide Arbeit den Erfolg. Lebensideale sind ein geregelter Auskommen, ein Eigenheim, eine sichere Rente. In der neuen hingegen dominiert das Ideal des Besonderen; die harten Währungen sind Einzigartigkeit und Originalität. Erstrebenswerter als materielle Statussymbole sind Zustände der Sinnhaftigkeit. Trotzdem schlagen die Herzen beider Milieus in mir und führen zu absurden moralischen Wendungen wie "Ich bin zwar privilegiert, aber immerhin nicht reich ...".

Die Creative Class

Als Künstlerin gehöre ich der sogenannten *creative class* an. Ich bin Teil einer Maschinerie, die unablässig Distinktionen erzeugt und die Gesellschaft mit ästhetischen und moralischen Abgrenzungen durchzieht. Bisweilen bereiten wir mit unserer Kunst und den dazugehörigen Lebensformen unwillentlich Investoren den Weg und helfen, ganze Stadtteile aufzuwerten (die sogenannte Gentrifizierung erster Ordnung). Auch leben oder imitieren viele Angehörige der *creative class* das, was Richard Brooks "bobo" (bourgeois-bohémien) nennt: ein Paradox aus nonkonformer Revolte und angepasster Bürgerlichkeit. Es hilft also nichts, den Kleinbürger als piefig, neidisch, obrigkeitshörig von sich zu weisen. Der Kleinbürger, der sich behaupten muss, ist und bleibt ein konstitutiver Teil auch der neuen Mittelklasse, schon allein, weil das kapitalistische System uns in permanenter Konkurrenz zueinander hält.

Die verächtliche Abgrenzung etwa von Künstlerinnen und Künstlern zum "Spieß" trägt mit dazu bei, dass die Mittelklasse sich nicht als Klasse organisiert. Umgekehrt ist es das kleinbürgerliche Zerrbild, mit dem ich als Künstlerin zu kämpfen habe: Ich produziere nichts Relevantes, liege dem Staat auf der Tasche oder profitiere von staatlichen Fördergeldern, und vergnüge mich dekadent, statt zu arbeiten. Wie hieß es zuletzt in einem Artikel so schön: "Der Deutsche liebt die Kunst – und er verachtet die Künstler*innen". Ich halte diese wechselseitige Verachtung für ein echtes Problem, das den Riss im Inneren der Mitte eher nährt, als ihn zu kitten.

Die Mittelklasse als Verbündete?

Noch ist die Mittelklasse weit davon entfernt, sich als Klasse zu organisieren. Dennoch habe ich das Gefühl, dass sie das Gespenst ist, das gerade umgeht. Auf einer Konferenz 2018 im Berliner Haus der Kulturen der Welt zum Themenkomplex "Race, Nation, Class" beschloss Antonio Negri, Ikone der italienischen Linken, das letzte Publikumsgespräch mit dem Satz: "Wir müssen über das revolutionäre Potenzial der Mittelklasse nachdenken." Negri wirkte nachdenklich, von seinen eigenen Worten überrascht. Seit der Konferenz verfolgt mich der Gedanke ihres revolutionären Potenzials. Die relative Sicherheit, in der die Mittelklasse gegenwärtig lebt, ist nicht nur unsolidarisch, sie ist auch illusorisch. Zwar teilt die Mittelklasse nicht die unmittelbaren existenziellen Nöte der Armutsklasse. Doch auch die relative ökonomische Sicherheit, die in westdeutschen Ohren das Wort Mittelklasse hervorruft, ist irreführend. "*Les Trente Glorieuses*" – die glorreichen 30 Jahre zwischen 1945 und 1975 – waren eine historische Ausnahme.

Corona bedroht so viele Existenzen wie schon lange nicht. In Brasilien etwa leben Angehörige der lohnabhängigen Mittelklasse – Lehrerinnen und Lehrer – auf der Straße; in Frankreich ist die "*classe moyenne*" mit auf den Barrikaden. Die Mittelklasse hätte das Potenzial, ein solidarischer Verbündeter zu sein. (Queer-)feministisch, postmigrantisch und aktivistisch, wie sie in vielen Teilen ist, partizipiert sie bereits jetzt an Bündnissen wie #unteilbar, Fridays for Future oder Black Lives Matter. Ihr revolutionäres Potenzial bestünde darin, sich radikal mit den Angehörigen der Armutsklasse zu solidarisieren. Für die Oberklasse würde dies bedeuten: Verdienstobergrenzen, Vermögens- und Erbschaftssteuern, für die Armutsklasse schlicht das Ende der Armut.

https://www.lemonde.fr/economie/article/2021/02/24/quand-on-vient-de-l-etranger-on-a-un-autre-regard-sur-le-pays-en-allemande-l-immigration-source-de-renouveau-de-l-economie_6070991_3234.html

« L'image de l'immigré illettré ne correspond plus à la réalité » : l'immigration, source de renouveau de l'économie d'Allemagne

Des entrepreneurs d'origine syrienne ou turque sont, par exemple, derrière les succès exceptionnels de BioNTech dans les vaccins et d'Auto1 dans les véhicules d'occasion.

Par [Cécile Boutelet](#) (Berlin, correspondance)

Publié le 24/2 à 02h42, mis à jour à 17h13



Ugur Sahin, cofondateur de BioNTech, dans les locaux de l'entreprise à Mayence (Rhénanie-Palatinat), le 22 décembre 2020.

Tarek Roustom se souvient parfaitement du jour où il a eu son rendez-vous à l'ambassade de Damas, afin d'obtenir son visa pour l'Allemagne. « C'était le 15 décembre 2011. C'était le dernier jour où nous avons eu une ambassade allemande en Syrie », raconte-t-il en anglais, dans un entretien vidéo. L'homme de 32 ans a pu partir juste à temps pour poursuivre en Allemagne des études de médecine qu'il avait commencées à l'université Jami't Al-Ba'ath, à Homs, en 2006.

« J'ai eu de la chance. Le plus difficile a été de retourner en Syrie pour obtenir un visa longue durée, alors que la guerre avait déjà commencé. » Fin 2012, il y parvient enfin. Doté d'une bourse, il s'inscrit à l'université de Greifswald (Mecklembourg-Poméranie-Occidentale, nord), au bord de la Baltique, où il soutient sa thèse de médecine en pharmacologie clinique. « Je voulais obtenir un bon diplôme de médecine en Allemagne. Mais je savais aussi que la médecine n'était qu'un début. »

Le Syrien nourrit le rêve de fonder une start-up. « Je suis créatif, j'aime les idées nouvelles. Mais au début, je ne savais même pas ce qu'était un fonds de capital-risque ! », se remémore-t-il en riant. Il quitte alors l'hôpital où il exerce, passe deux ans dans un fonds d'investissement en Belgique, avant de retourner en Allemagne pour concrétiser une idée qui lui semble porteuse : créer une plate-forme de suivi à distance des patients atteints de maladies chroniques dans les pays en développement. Avec l'aide d'un programmeur égyptien installé à Munich et rencontré sur les réseaux sociaux, il développe son application, Kanzi, et recrute ses premiers clients.

Moins d'aversion pour le risque

« Nous avons déjà une base de 7 000 patients arabophones, mais nous n'avons pas encore créé d'entreprise. Les démarches administratives en allemand sont très compliquées », concède-t-il. « J'ai hésité, bien sûr, à aller aux Etats-Unis. Mais en Allemagne, j'ai été attiré par le fait qu'il y a un bon système pour demander la nationalité allemande, que j'ai obtenue il y a deux ans [en 2019]. Cela donne une grande sécurité. Le besoin de sécurité, la capacité à trouver un emploi rapidement, pour un immigrant, ce sont les deux priorités de base. Sur ce plan, l'Allemagne est très attractive », assure Tarek.

Les modèles d'entrepreneurs d'origine étrangère outre-Rhin sont aujourd'hui loin de se limiter aux secteurs de la construction ou de la gastronomie

Depuis quelques jours, Tarek n'est plus seul pour développer sa start-up. Il a postulé avec succès à un programme d'accompagnement d'entrepreneurs d'origine étrangère, fondé par le fonds de capital-risque berlinois Earlybird. Baptisé « Vision Lab », il vise à recruter des équipes d'entrepreneurs étrangers porteurs de projets technologiques à un niveau précoce de développement. Ces fondateurs reçoivent une aide administrative, un tutorat de la part d'entrepreneurs chevronnés, des contacts et un premier financement de 25 000 euros.

Le but n'est pas que philanthropique. Les études montrent que les personnes issues de l'immigration sont davantage susceptibles de créer une entreprise que le reste de la population. Selon une enquête de la banque publique KfW, parue en novembre 2020, un quart des créations d'entreprises en Allemagne en 2019 étaient le fait de personnes d'origine étrangère.

Les raisons sont clairement identifiées par la recherche : les migrants disposent de chances moindres sur le marché du travail classique que les locaux. De ce fait, ils éprouvent moins d'aversion pour le risque et ont davantage de modèles d'entrepreneurs autour d'eux.

Ces modèles d'entrepreneurs d'origine étrangère outre-Rhin sont aujourd'hui loin de se limiter aux secteurs de la construction, de la gastronomie ou de la petite distribution. Par un hasard fortuit, mais significatif, deux des jeunes entreprises allemandes actuellement les plus en vue ont été créées par des enfants d'immigrés turcs.

A Mayence, le 9 novembre 2020, les fondateurs de BioNTech, Ugur Sahin et Özlem Türeci, sont devenus des célébrités mondiales, en annonçant avoir mis au point le tout premier vaccin mondial contre le Covid-19, en partenariat avec le groupe pharmaceutique Pfizer. A Berlin, le 4 février 2021, le cofondateur de la startup Auto1, Hakan Koç, est devenu milliardaire, à la suite de la spectaculaire mise en Bourse de la plate-forme spécialiste de l'achat et de la vente de voitures d'occasion, actuellement évaluée à 10 milliards d'euros.

Transformation majeure

Ces succès entrepreneuriaux exceptionnels sont en train de renouveler la perception de l'immigration en Allemagne : il s'agit moins de la considérer sous l'angle du problème de l'intégration que de reconnaître son apport spécifique dans l'innovation et la transformation de l'économie. « Nous observons depuis longtemps que de plus en plus d'entreprises fondées par des migrants ou des personnes ayant un passé migratoire sont actives dans des secteurs de haute technologie », souligne Herbert Brücker, directeur de l'Institut pour la recherche empirique sur l'intégration et l'immigration, à Berlin. *L'image qu'on avait autrefois en Allemagne, celle de l'immigré illettré ou sans qualification, ne correspond plus du tout à la réalité. Cela tient aussi au fait qu'une grande part de l'immigration arrivée ces dix dernières années est originaire de l'Union européenne.* »

Société vieillissante, l'Allemagne a pris conscience, ces vingt dernières années, qu'elle ne pourrait maintenir son économie sans l'immigration et qu'elle devait s'ouvrir à la diversité. C'est une transformation majeure : jusqu'au milieu des années 1990, les discours politiques précisait que l'Allemagne n'était pas « un pays d'immigration ». Les immigrants, d'ailleurs, étaient appelés *Gastarbeiter* (« travailleurs invités »).

Ce n'est qu'en 2000 que le droit de la nationalité, traditionnellement fondée sur le droit du sang, a changé pour faciliter les naturalisations. La mondialisation des grandes entreprises a fait le reste. Au total, 35 % des

dirigeants des entreprises cotées au DAX (le premier indice boursier national) sont d'origine étrangère. Daimler, entreprise emblématique du « Made in Germany », est dirigée depuis 2019 par un Suédois, Ola Källenius.

D'après l'Office des statistiques, un quart de la population allemande (26 %) a aujourd'hui des origines étrangères, ce qui représente 21,2 millions de personnes, contre 15 millions en 2009. Les immigrés sont un facteur majeur du rajeunissement de la population : ils sont âgés de 35,6 ans en moyenne, contre 47,3 ans pour la population sans passé migratoire.

« Les études montrent un très fort taux d'adhésion à l'immigration du travail en général, observe Herbert Brücker. Mais les phénomènes de rejet ou de racisme demeurent, surtout vis-à-vis de certaines origines : les Turcs, les Arabes continuent à faire l'objet de discriminations. BioNTech est une césure, dans le sens où beaucoup n'imaginaient pas que des enfants d'immigrés turcs puissent rencontrer un tel succès. »

« Beaucoup d'atouts »

Au fonds Earlybird, on est persuadé que le potentiel d'entrepreneurs issus de l'immigration en Allemagne est sous-exploité. *« Sur ce plan, l'écosystème start-up berlinois est bien moins performant qu'aux Etats-Unis, où 50 % des licornes [les sociétés valorisées à plus de 1 milliard de dollars, soit 824 millions d'euros, au cours actuel] sont fondées par des immigrants »,* explique Nina Rinke, responsable du programme « Vision Lab ». *« De manière générale, notre économie accorde encore trop peu de place à la diversité. Dans les start-up financées en Allemagne, les profils sont souvent très similaires. »*

Afin de recruter des étrangers pour son programme, M^{me} Rinke a donc dû revoir les processus habituels de recrutement du fonds, et trouver des équipes d'authentiques primo-arrivants apportant une compétence technologique.

« Ce qui a le mieux fonctionné, ce sont les annonces sur les groupes Facebook ou LinkedIn, où les étrangers demandent des conseils à une communauté d'immigrés », raconte-t-elle. Elle a reçu des candidatures d'Azerbaïdjan, d'Inde, d'Egypte et de Roumanie. *« Les migrants sont le plus souvent des gens qui ont beaucoup d'atouts pour fonder une entreprise. Ceux qui décident de quitter leur pays sont audacieux. Ils sont prêts à quitter leur zone de confort. Certains viennent de zones de guerre. Ce sont des preuves de leur capacité de résistance et de leur envie de créer quelque chose de nouveau. »*

Pawel Chudzinski est l'un des mentors du programme « Vision Lab ». Né en Pologne en 1979, arrivé en Allemagne à 16 ans grâce à un échange entre lycées, il est bien placé pour comprendre le potentiel que représentent les étrangers pour une économie. Avec un autre Polonais, Lukasz Gadowski, rencontré à l'école de commerce de Leipzig au début des années 2000, il est à l'origine du célèbre incubateur de start-up Team-Europe, l'un des pionniers de la scène tech berlinoise. Fondé en 2008, Team Europe a notamment « accouché » du groupe Delivery Hero (aujourd'hui coté au DAX) et du réputé fonds d'investissement Point Nine, dans lequel Pawel est associé.

« Quand on vient de l'étranger, on a un autre regard sur le pays. On n'est pas conscient de certaines normes, note Pawel. On n'a pas peur de décevoir les attentes de ses parents ou de son cercle d'amis, de bouleverser des structures de pensée bien établies. On est plus libre pour prendre des risques. »

En tant qu'investisseur, il continue de jouer les pionniers, et repère des modèles d'affaires à un stade très précoce de développement. *« Aller dans la Silicon Valley ? Non. Je préfère découvrir les opportunités dans un environnement moins compétitif, et tableur sur des modèles plus controversés. Et puis, je préfère être plus près de ma famille en Pologne, confie-t-il. J'en suis persuadé : les immigrants qui arrivent ici ont encore de belles chances, même sans parler allemand. »*

Cécile Boutelet(Berlin, correspondance)

« La stratégie zéro Covid a montré sa supériorité sur les plans sanitaire et économique »

TRIBUNE

Philippe Aghion Economiste, professeur au Collège de France

Patrick Artus Chef économiste de la banque Natixis

Les pays ayant appliqué le « tester, tracer, isoler » ont enrayeré la circulation du Covid-19, et ceux qui, comme la France, ont choisi le « stop and go », n'y arrivent pas, notent les économistes Philippe Aghion et Patrick Artus.

Publié le 24/2 à 06h15, mis à jour à 17h36 Temps de Lecture 4 min.

Tribune. Il y a un très large consensus en France aujourd'hui pour considérer que le président de la République a pris la bonne décision, le 29 janvier 2021, celle de ne pas reconfiner pour le moment. Cette décision se justifiait notamment par l'évidence de coûts sociaux et psychologiques considérables, induits par le premier confinement, en particulier sur les jeunes générations et les ménages les plus défavorisés.

D'un autre côté, certains évoquent la possibilité que des variants apparaissent sans cesse, qui résisteraient aux vaccins couramment administrés ([Olivier Blanchard et Jean Pisani-Ferry « Persistent Covid : A \(Grim\)Scenario », Mimeo, Peterson Institute](#)). Comment réagir face à une telle éventualité ?

Coût économique du « stop and go »

Une première réponse est celle du « stop and go » : lorsque le nombre de cas devient élevé, des mesures restrictives (couvre-feu, puis confinement) sont imposées ; lorsque le nombre de cas est redevenu faible, ces mesures sont levées, en conséquence de quoi, après un certain temps, le nombre de cas remonte et les mesures restrictives sont de nouveau imposées. Dans [une tribune précédente, parue dans *Le Monde*, le 5 novembre 2020](#), nous avons souligné les coûts économiques d'une telle stratégie : en un mot, cela condamnerait nos entreprises à adopter une attitude de survie au lieu d'investir dans l'innovation et les bons emplois qualifiants, avec des conséquences très négatives à long terme sur la croissance, l'emploi et la mobilité sociale.

Une seconde réponse est celle de la stratégie zéro Covid. De fait, plusieurs pays ont déjà adopté cette stratégie : confinement initial très strict, amenant le nombre de cas de Covid-19 à un chiffre très faible, puis capacité à « tester, tracer, isoler » le petit nombre de cas qui réapparaîtraient, ce qui implique le suivi des déplacements de la population, des règles strictes d'isolement des malades et des cas contacts, des reconfinements locaux très stricts en cas de réapparition de cas. On peut considérer que la Chine, l'Australie, le Cambodge, l'Islande, la Nouvelle-Zélande, Taïwan, le Vietnam, le Japon, la Corée, le Laos, la Thaïlande, ont suivi cette stratégie.

« Au total, les pays zéro Covid ont gagné 10 points de PIB par rapport à l'Europe »

La stratégie zéro Covid a montré sa supériorité sur le plan sanitaire. Pour l'ensemble des pays qui l'ont adoptée, le nombre maximal de cas quotidiens a été de 7 000 ; il a été de 350 000 pour l'Europe (zone euro,

Royaume-Uni, Suède, Danemark). Le nombre total de morts dues au Covid-19 est de 20 000 dans les pays zéro Covid, de 750 000 en Europe.

Il en va de même sur le plan économique. Dès avril 2020, dans ces pays, le secteur des services, qui est le plus touché par les restrictions sanitaires, est repassé fortement en croissance positive, alors qu'il est toujours en récession en Europe. Toujours dans ces mêmes pays, à la fin de 2020, le niveau du produit intérieur brut (PIB) est revenu à celui du 4^e trimestre 2019 ; en Europe, il est inférieur de 6 points à celui-ci. En 2021, en moyenne annuelle, le PIB sera dans les pays zéro Covid de 6,2 points supérieur à son niveau de 2019 ; en Europe, il sera de 3,4 points inférieur. Au total, ces pays ont gagné 10 points de PIB par rapport à l'Europe.

Le message est donc qu'il n'y a pas de conflit entre sanitaire et économie, ce qui rejoint les conclusions d'une [étude](#) montrant que « *seuls les Etats américains qui n'ont rouvert leur économie qu'après une baisse suffisante de la circulation du virus ont réussi à la relancer durablement* », [selon l'économiste Mathias Dewatripont, dans une tribune au Monde](#), le 13 novembre 2020.

Pourquoi alors l'Europe a-t-elle choisi la stratégie du « stop and go » ? La première explication peut être « technique » : l'insuffisance des tests disponibles, le logiciel de traçage pas encore au point. Mais si cette explication est pertinente pour le printemps 2020, après le premier confinement, elle ne l'est plus à la fin de 2020 et au début de 2021, où ces problèmes techniques ont été réglés.

Conception européenne des libertés individuelles

La seconde explication peut être que l'Europe a basé sa stratégie sur le vaccin et pas sur la forte réduction du nombre de cas. Mais l'immunité collective avec le vaccin ne sera pas atteinte avant l'automne 2021, et peut-être faudra-t-il revacciner continuellement les populations déjà vaccinées. Cette stratégie conduit à une forte persistance de la crise et au freinage de l'économie.

Enfin, la troisième explication est que la stratégie zéro Covid semble incompatible avec la conception européenne des libertés individuelles, qui rejette par exemple la localisation des personnes, l'isolation stricte des cas contacts. Mais croit-on que la stratégie du « stop and go » de l'Europe, avec la fermeture de la culture, des restaurants, les couvre-feux, les confinements, l'impossibilité de retrouver sa famille ou ses amis, est moins attentatoire aux libertés que la stratégie zéro Covid ?

En Allemagne s'est mis en place un groupe de réflexion sur la stratégie zéro Covid, composé d'économistes et d'épidémiologistes qui interagit en continu avec la chancellerie. Si le scénario des variants à répétition se confirme, et s'il amène nos voisins à s'orienter vers une stratégie zéro Covid, il faudra alors sérieusement se demander si la France ne doit pas également passer à cette stratégie, pour pouvoir libérer l'économie avant qu'une vaccination à l'échelle mondiale ne le permette.

Philippe Aghion est professeur au Collège de France, titulaire de la chaire Economie des institutions, de l'innovation et de la croissance ; **Patrick Artus** est chef économiste de la banque Natixis, membre du Cercle des économistes.

Covid-19 : « Il existe en France un déni du risque de l'épidémie à l'école »

TRIBUNE

François Bourdillon Ancien directeur général de Santé publique France

Mélanie Heard Politiste

Malgré les données scientifiques démontrant le rôle des écoles dans la diffusion du virus, le gouvernement a choisi de les maintenir ouvertes. Or cette décision ne s'accompagne pas d'une stratégie de prévention, déplorent, dans une tribune au « Monde », l'ex-directeur de Santé publique France, François Bourdillon, et la politiste Mélanie Heard.

Publié 24/2 à 03h36, mis à jour à 10h39 Temps de Lecture 5 min.

Tribune. Les connaissances scientifiques ne laissent aucun doute sur le fait que les enfants sont, autant que les adultes, un vecteur de transmission de l'épidémie de Covid-19 et que l'école est donc impliquée dans sa diffusion.

Les données virologiques établissent, par exemple, que la charge virale excrétée par les enfants, même asymptomatiques, est comparable à ce qui est observé chez les adultes. Les données britanniques tirées d'un échantillon aléatoire montrent que les classes d'âge scolaire ont des taux de prévalence supérieurs à ceux des adultes. En France, à partir des seules données de dépistage cette fois, la réalité de la circulation du virus chez les enfants est désormais soulignée à chaque point hebdomadaire de l'agence de sécurité sanitaire Santé publique France.

Les enfants sont un point d'entrée du virus dans les familles ; les données en ce sens sont désormais nombreuses. Une très grande étude rétrospective chinoise portant sur les chaînes de contaminations au sein de 27 000 foyers de la ville de Wuhan souligne une contagiosité forte chez les enfants dans les foyers. Enfin, [une étude parue en novembre 2020 dans *Nature*](#) visant à établir l'impact sur le taux de reproduction du virus de différentes interventions dans plus de 200 pays montre que « *fermer les lieux d'éducation* » est la deuxième mesure la plus efficace, quel que soit le niveau concerné.

Nouveaux variants bien plus contagieux

D'une semaine sur l'autre, [le nombre de classes fermées en France est en très nette hausse](#). La situation actuelle est, en outre, profondément modifiée par la diffusion de nouveaux variants bien plus contagieux, y compris chez les enfants. Et tous les modèles disponibles s'accordent pour les décrire comme capables de provoquer une vague d'infections dramatique à l'échéance de moins d'un mois dans notre pays.

Devant cette convergence d'informations scientifiques, bien des pays européens ont décidé de fermer leurs écoles : le débat porte alors sur la stratégie de prévention qui permettrait de les rouvrir sans alimenter une reprise de l'épidémie. Mais, dans notre pays, il existe un déni de la réalité du risque et l'« arbitrage » en faveur de la continuité scolaire est tenu pour intangible.

Comment comprendre pareille décision ? Il semble qu'il y a là une situation de dilemme : deux objectifs de même valeur sont réputés inconciliables. D'un côté, un risque majeur pour la lutte contre l'épidémie. De

l'autre, des motifs d'inquiétude à l'égard de l'enseignement à distance : impact psychologique de la désocialisation, impact pédagogique de la classe à la maison et risque de décrochage ; impact social pour les élèves désavantagés par des conditions de vie difficiles ; impact économique aussi lorsque la classe à distance empiète sur le temps de travail des parents. Ces arguments des deux côtés étant posés, comment comprendre le mode de raisonnement des autorités ?

Raisonnement de hiérarchisation ou de priorité

Il ne s'agit pas d'un raisonnement de compromis, où l'on fait des sacrifices sur les deux plateaux de la balance en se disant qu'aucun objectif ne sera pleinement satisfait, mais qu'au moins aucun ne sera non plus sacrifié et que les pertes subies dans chaque plateau seront proportionnées. C'est ce qui conduirait, par exemple, à généraliser l'« hybridation » du temps scolaire autorisée aujourd'hui pour les lycées.

La décision correspond plutôt à un raisonnement de hiérarchisation ou de priorité, où l'on choisit de satisfaire totalement une priorité de rang 1, non négociable et sanctuarisée – ici la présence des élèves en classe –, avant d'essayer de regarder, dans ce cadre contraint par principe, ce qu'on pourra tout de même satisfaire de notre priorité de rang 2 – ici le contrôle de l'épidémie chez les élèves.

Cette hiérarchisation ne va pas de soi et la moindre des choses serait qu'elle soit au moins donnée pour telle et qu'on puisse en débattre. Mais en admettant qu'il doive en être ainsi, prioriser la présence des élèves et des enseignants en classe devient, en tout cas, proprement inacceptable si on ne leur donne pas les moyens de prévenir très sérieusement le risque que cela engendre pour eux, pour leurs proches et pour la société.

Protocole de prévention du Covid-19 très limité

Or, c'est tout l'inverse qui se passe. Le protocole de prévention du Covid-19 en milieu scolaire, périodiquement actualisé, est loin d'être une stratégie globale. Certes durci pour ce qui concerne l'éviction des cas et contacts liés aux variants dits sud-africain et brésilien, il demeure très limité dans ses ambitions. Énoncer des normes de comportements (masque obligatoire, auto-isolement...) est, bien sûr, un préalable incontournable en santé publique, mais c'est toujours insuffisant.

Les enseignants ont besoin d'outils didactiques sur le risque adaptés à chaque âge, pour s'assurer que les élèves comprennent les enjeux et pour faire respecter les gestes barrières. Les élèves ont besoin d'être valorisés pour s'engager dans les comportements responsables que l'on attend d'eux. Les établissements doivent être soutenus pour accompagner les bons comportements d'auto-isolement par des outils efficaces de continuité pédagogique. Elèves et enseignants seraient en capacité de mettre en œuvre une consigne-clé de réduction des risques, l'aération, grâce à la mise à disposition de capteurs de CO₂ dans les classes.

Sur un autre plan, il faut une stratégie de dépistage raisonnée, grâce aux tests salivaires, au-delà des coups de sonde par établissements, et un dispositif de surveillance épidémiologique complet, pour produire les connaissances nécessaires au pilotage. La définition dérogatoire du risque en milieu scolaire, où il faut trois cas avérés pour que les élèves d'une classe soient considérés comme contacts, va à rebours de cette logique de surveillance réactive et d'alerte.

La reconnaissance du rôle de l'école dans la dynamique de l'épidémie impose la définition et le renforcement en moyens d'une politique de dépistage systématique, l'adoption de protocoles stricts et la mise en œuvre d'outils de réduction des risques adaptés pouvant aller jusqu'à la fermeture temporaire des écoles : une stratégie globale de prévention donc, seule à même de réduire la transmission en milieu scolaire et d'amener l'école à jouer son rôle dans la lutte contre l'épidémie.

François Bourdillon a été directeur général de Santé publique France de 2016 à 2019 ; **Mélanie Heard** est enseignante-chercheuse en science politique. Elle anime le pôle santé de Terra Nova et est l'auteurice de la note « Pour une autre stratégie de lutte contre le Covid à l'école » (Terra Nova, 17 février 2020).

Elisabeth Borne et Ambroise Méjean : « La réponse à la précarité des jeunes n'est pas le RSA »

TRIBUNE

Elisabeth Borne

Ministre du travail, de l'emploi et de l'insertion

Ambroise Méjean

Délégué général des Jeunes avec Macron

Pour la ministre du travail et le délégué général des Jeunes avec Macron, la généralisation de la « garantie jeunes », qui comprend un accompagnement vers l'emploi est une meilleure réponse.

Publié le 24/2 à 17h30, mis à jour à 19h56 Temps de Lecture 4 min.

Tribune. La crise sanitaire et économique que nous traversons touche particulièrement la jeunesse : marché du travail sous tension, isolement, détresse psychologique, précarité... Face à l'urgence, le gouvernement se tient à ses côtés.

Avec 7 milliards d'euros investis, le plan « 1 jeune, 1 solution » est d'une ampleur sans précédent. Avec ses primes à l'embauche et à l'apprentissage, il a permis d'obtenir des résultats inédits malgré la crise.

En 2020, [la France a dépassé la barre des 500 000 apprentis pour la première fois de son histoire](#) et près de 1,2 million de jeunes de moins de 26 ans ont été embauchés en CDI ou en CDD de plus de trois mois entre août et décembre, soit presque autant qu'en 2018 et 2019 à la même période.

Mais nous devons continuer d'agir contre la précarité qui frappe notre jeunesse. C'est pourquoi nous défendons la généralisation de la « garantie jeunes » plutôt que l'ouverture du RSA aux 18-25 ans.

La raison est profonde. A 20 ans, on souhaite pouvoir tracer le chemin de son avenir. Bien sûr, les aides financières peuvent venir combler certains manques. Mais elles ne sont pas et ne doivent pas être une fin en soi. Aucun jeune en situation de précarité n'aspire à des prestations comme seul horizon. Il souhaite surtout pouvoir trouver une formation ou un emploi pour en sortir. Et c'est cet accompagnement que nous devons à chaque jeune.

Devenir autonomes

La réponse tient-elle dans un RSA jeune ? Nous ne le croyons pas. Car le volet « insertion » qui devait être le pendant de ce revenu de solidarité a disparu. En 2019, plus d'un allocataire sur deux au RSA depuis moins de six mois ne bénéficiait pas d'accompagnement vers l'emploi. Ce n'est pas cet horizon que nous voulons donner à notre jeunesse. Car si le RSA ne joue plus son rôle d'outil d'insertion, il ne peut devenir facteur d'émancipation. Force est de constater que les défenseurs du RSA jeune ferment les yeux sur cette réalité. Pourtant, notre jeunesse demande à s'en sortir durablement, pas qu'on lui permette uniquement de survivre.

C'est pourquoi, à celles et ceux pour qui le RSA jeune est devenu un réflexe pavlovien, nous répondons que nous avons mieux à proposer aux jeunes : la généralisation de la garantie jeunes à toutes celles et ceux qui en ont besoin. Nous sommes convaincus qu'elle permettra de répondre à l'impératif d'offrir un soutien financier pour faire face à l'urgence, tout en proposant un véritable accompagnement humain vers l'emploi, pour permettre aux jeunes de devenir autonomes et de s'en sortir pour de bon.

Car la garantie jeunes, c'est avant tout un accompagnement personnalisé vers l'emploi pour les jeunes de 16 à 25 ans les plus en difficulté et les plus éloignés de l'emploi, et la possibilité concrète de trouver des débouchés professionnels : ateliers CV et entretien d'embauche, stages en entreprise... Mais c'est aussi une allocation pouvant aller jusqu'à près de 500 euros par mois. Soit quasiment la même somme que demandent les partisans du RSA jeune. Et ce sont également des missions locales, ancrées dans nos territoires, présidées par des élus locaux de tous bords, qui la mettent en œuvre. Mais surtout, la garantie jeunes, ça marche : plus d'un bénéficiaire sur trois trouve un emploi à sa sortie du dispositif, et ce chiffre passe à un sur deux au bout de six mois.

C'est pour cela qu'en novembre 2020, à la demande du président de la République, le gouvernement a décidé d'en généraliser le principe à l'ensemble des dispositifs d'insertion du plan « 1 jeune, 1 solution » destinés aux jeunes les plus en difficulté et aux jeunes à la recherche d'un premier emploi. Ainsi, chaque jeune, qu'il soit accompagné par Pôle emploi, l'Association pour l'emploi des cadres (APEC) ou une mission locale, peut bénéficier d'un accompagnement vers l'emploi et d'une rémunération pouvant aller jusqu'à 500 euros par mois s'il en a besoin. Près d'un million de solutions de ce genre seront proposées aux jeunes en 2021.

Opposition de principe

Et parce que nous croyons à ce dispositif, des travaux commenceront dès la fin du mois pour construire, sur cette base, une nouvelle logique d'accompagnement des jeunes vers l'emploi.

Alors pourquoi nos oppositions s'entêtent-elles à refuser cette solution qui marche pour lui préférer un dispositif qui laisserait les jeunes dans la précarité ? Est-ce par pur dogmatisme que le Parti socialiste, qui, rappelons-le, avait imaginé la garantie jeunes, lui préfère aujourd'hui une solution qui ne fonctionnerait pas ?

Cette opposition de principe ne doit pas faire oublier la réalité. La garantie jeunes marche et touche chaque jour plus de jeunes. Là où ils n'ont été que 372 000 à en bénéficier entre 2013 et 2019, ils seront 200 000 rien qu'en 2021.

Depuis 2017, notre action est guidée par un objectif : permettre l'émancipation de chacune et chacun. Celle que permet d'abord l'école, puis le travail. C'est parce que nous voulons donner à chaque jeune la possibilité de choisir sa vie que nous ne pouvons nous résoudre de proposer à notre jeunesse une simple allocation comme perspective.

En disant non au RSA jeune, nous disons oui à l'accompagnement vers l'emploi, oui à la rémunération quand elle est nécessaire, oui au projet d'une garantie jeunes universelle !

Elisabeth Borne est ministre du travail, de l'emploi et de l'insertion ; **Ambroise Méjean** est délégué général des Jeunes avec Macron.

Elisabeth Borne(Ministre du travail, de l'emploi et de l'insertion) et **Ambroise Méjean**(Délégué général des Jeunes avec Macron)

Le Figaro (site web)

mercredi 24 février 2021 - 20:00 UTC +01:00 2168 mots

Vox ; Vox Monde

Gilles Kepel:

«Nous sommes entrés dans une nouvelle phase du djihadisme»

Kepel, Gilles, Devecchio, Alexandre, Rouart, Victor

GRAND ENTRETIEN - Et si le djihadisme avait prospéré dans notre pays à la manière d'un virus? C'est la thèse soutenue par le directeur de la chaire Moyen-Orient Méditerranée, à l'École normale supérieure, dans son livre *Le Prophète et la Pandémie* .

De l'effondrement du marché pétrolier à l'assassinat de Samuel Paty, d'Ankara aux banlieues françaises, Gilles Kepel y retrace l'année 2020, marquée en France par le retour du terrorisme djihadiste. Celui-ci est entré, selon Kepel, dans une nouvelle phase, s'appuyant sur une « *atmosphère* » créée et entretenue par des activistes. À l'université et dans d'autres établissements d'enseignement supérieur, ce discours rencontre celui des mouvances «décoloniales» ou «indigénistes». L'universitaire, réagissant au débat sur l'islamo-gauchisme, révèle qu'il en a lui-même fait l'expérience.

LE FIGARO. - Dans votre livre vous évoquez la naissance d'un nouveau djihadisme que vous qualifiez de «djihadisme d'atmosphère». Comment définiriez-vous ce concept?

Gilles KEPEL. - Nous inaugurons une nouvelle phase du djihadisme, différente des précédentes. Il y a eu le djihad en Afghanistan financé par la CIA et les pétromonarchies dans les années 1980, et ses séquelles en Algérie, Égypte, Bosnie et Tchétchénie. Puis l'organisation al-Qaïda, avec sa structure pyramidale, quasi léniniste, qui envoyait des kamikazes dans les avions détruire les tours du World Trade Center et utilisait comme caisse de résonance al-Jazeera et les télévisions par satellite. Enfin, Daech fonctionnait grâce aux réseaux sociaux, Facebook, Instagram, etc., selon le modèle du «rhizome révolutionnaire» pensé par le philosophe Gilles Deleuze. C'est une structure horizontale et souterraine à travers laquelle des individus étaient manipulés pour agir.

Depuis l'affaire Mikaël Harpon, cet Antillais sourd-muet converti à l'islamisme et informaticien à la Préfecture de police dans le service suivant les «radicalisés», qui massacre ses collègues à coups de couteau le 3 octobre 2019, le modus operandi a changé. On n'a trouvé aucun lien fonctionnel avec un quelconque donneur d'ordre. Est apparue une dissociation entre, d'une part, des militants désignant des cibles grâce au monde dérégulé de l'internet et constituant des incubateurs de haine contre les «mécréants» (*kuffar*), les «apostats» (musulmans non islamistes ni salafistes), les Juifs et toutes celles et ceux qu'il faut «répudier», et par ailleurs ceux qui passent à l'action en s'en étant inspirés. Les premiers n'appellent pas directement à tuer, mais ils «contaminent» sur un mode viral des individus ayant déjà des «comorbidités» djihadistes par leur fréquentation préalable du monde virtuel ou de certaines mosquées radicalisées. Ceux-ci contractent alors le virus par la «voie atmosphérique» du web et développent leur pathologie meurtrière jusqu'au passage à l'acte.

À l'automne dernier, la republication des caricatures par *Charlie Hebdo* au moment où s'ouvre le procès des attentats de janvier 2015, dont on pouvait espérer un «Nuremberg du djihadisme», cristallise instantanément tous les «entrepreneurs de colère» du monde musulman qui ont ciblé la France «islamophobe», et le procès est devenu inaudible - la victime se transmuant en accusé. Le réfugié pakistanais et faux mineur isolé Zaheer Mahmood, non francophone et intellectuellement limité, est alors contaminé via son smartphone par les vidéos diffusées dans son pays d'origine où l'on voit des individus brandir des coutelas pour décapiter les journalistes de *Charlie*. Il se procure, à l'identique, une feuille de boucher, retrouve l'ancienne adresse de l'hebdomadaire sur internet et va y blesser gravement deux personnes qui n'ont rien à voir avec le journal, avant d'être arrêté sans résistance. Nous sommes ici en présence du degré zéro du djihadisme d'atmosphère.

L'affaire Paty, avec un parent d'élève qui désigne à la vindicte des internautes l'enseignant, appel relayé ensuite sur un mode viral par l'agitateur pro-Hamas chevronné Abdel Hakim Sifraoui, puis le lobbyiste électoral islamiste de Seine-Saint-Denis et patron de la mosquée de Pantin M'hamed Henniche, passe au degré supérieur de létalité. Apparaît ainsi le «variant tchéchène», si l'on peut dire: Abdullakh Anzarov, réfugié politique socialisé en France, qui présente déjà tous les symptômes de l'«allégeance» au salafisme et du «désaveu» d'avec la «mécréance» de la nation qui l'a accueilli - comme l'indiquera son «ADN virtuel» lors de l'examen de son smartphone. Il cherche à punir un «blasphémateur du Prophète» et est contaminé rapidement à travers la «voie atmosphérique» du web par le réseau qui cible l'enseignant. Sans instruction de quiconque, il se rend au lycée, soudoie des élèves et commet son crime monstrueux en quelques minutes.

De l'auteur des meurtres à la basilique de Nice, le Tunisien Brahim Issaoui, on ne sait pas grand-chose, sinon qu'il venait de passer la frontière italo-française clandestinement, qu'il a perpétré son crime le jour de l'anniversaire du Prophète (le Mouloud) et qu'il avait une photo d'Anzarov dans le fichier «images» de son téléphone. Le «traçage» plus précis de sa contamination est rendu difficile, car il est dans le coma, mais l'«atmosphère» djihadiste est là.

Dans tous ces cas, je reste frappé par la manière dont la métaphore de la pandémie de Covid constitue un analyseur qui me paraît très fécond pour penser en temps réel ce phénomène.

Que pensez-vous de la polémique autour de l'islamo-gauchisme à l'université? Cela signifie-t-il que le terreau salafiste que vous décrivez dépasse désormais le cadre des banlieues?

Cela fait une quinzaine d'années, depuis 2005 environ, que l'université est pénétrée par des mouvances décoloniales, «indigénistes» et autres études postcoloniales qui considèrent les valeurs de la République nulles et non avenues puisqu'elles seraient basées sur le «crime» de la colonisation, qu'elles auraient pour seul but de masquer, afin de rendre dociles les «racisés». Ce phénomène d'essentialisation de la «race» au détriment de la prise en compte des classes sociales (qu'analysent les sociologues Gérard Noiriel et Stéphane Beaud dans leur livre récent), et qui s'étend aussi au «genre» et à l'appartenance religieuse, s'est développé au moment même où les études de la langue et de la civilisation arabes étaient délaissées, voire délibérément détruites par une coalition improbable de hauts fonctionnaires omniscients mais incultes et de cüstres universitaires selon lesquels «ça ne sert à rien de connaître l'arabe pour comprendre ce qui se passe en banlieue».

Je l'ai vécu personnellement par la fermeture de la chaire Moyen-Orient Méditerranée à Sciences Po à l'automne 2010 - l'année des «printemps arabes» - ainsi que du mastère sur la région, créé en 1985 par Rémy Leveau, dont j'avais pris la succession, et qui rayonnait dans le monde entier. On a vu alors apparaître, à l'IEP, le «hidjab day» à l'instigation d'associations islamistes et les études postcoloniales: la connaissance a été éradiquée pour faire place nette à l'idéologie. Je plaide pour renforcer la connaissance en France et à l'université du monde arabe, de ses langues, cultures et civilisations, qui ne se réduisent nullement au verbiage salafiste - lequel doit aussi pouvoir être analysé pour ce qu'il exprime de l'intérieur, et non par les propos des naïfs ignorants qui sont ses «idiots utiles».

Que vous inspire le projet de loi «confortant les principes républicains»?

Le projet de loi que l'Assemblée vient d'adopter est basé sur le discours des Mureaux d'Emmanuel Macron, le 2 octobre. C'est-à-dire quatorze jours avant l'exécution de Samuel Paty, qui est la démonstration par l'horreur de ce que le président avait identifié.

D'une certaine manière, ce que l'on désigne par «séparatisme islamiste» traduit la base de la doctrine salafiste, désormais très prégnante chez de nombreux frères musulmans (ou adeptes de l'«islam politique»), nommée en arabe *al-wala' wal-bara'a* : «l'allégeance et le désaveu». Allégeance aux apôtres de cette idéologie. Tous les autres sont considérés comme des apostats ou des mécréants, et l'on ne doit pas faire société avec eux, mais les «répudier».

Cette doctrine est le fondement culturel de ce qui aboutira, éventuellement, au djihadisme (certains salafistes ne passent pas à l'acte et favorisent un quiétisme de rupture au quotidien). Il s'agit du discours répandu par la mouvance salafiste et djihadiste ensuite. Or cette rupture en valeurs nourrit l'argumentaire des «entrepreneurs de colère». La loi a ainsi pour objectif d'en empêcher l'émergence, en criminalisant cette idéologie avant le passage à l'acte - qui a endeuillé notre société à l'automne 2020. Mais elle pose la question de la restriction de certaines libertés en contrepartie de la sécurité. De même que la pandémie a contraint à restreindre la liberté d'aller et venir pour protéger la société de la contamination.

Quels effets géopolitiques aura la pandémie?

Au Moyen-Orient et en Méditerranée, le Covid-19 s'est combiné à l'effondrement du prix des hydrocarbures: le baril de pétrole est passé à la valeur négative de - 36 dollars le 20 avril 2020, du jamais vu, même s'il a remonté depuis. La nécessité d'accélérer la transition post-pétrolière se fait sentir, notamment chez les pétromonarchies du golfe, qui disposent encore de fonds souverains énormes (1 000 milliards de dollars pour Abu Dhabi), ce qui a facilité l'«entente d'Abraham» à partir de la paix entre les Émirats arabes unis et la «start-up nation» d'Israël, pour créer le monde post-pétrolier au Moyen-Orient, condition de la survie des partenaires à cette entente. Désormais, cette «paix contre paix» réalisée par l'«entente d'Abraham» en 2020, repose sur la bénédiction discrète du prince héritier saoudien Mohamed Ben Salman. Le Bahreïn n'aurait pu signer sans son aval. Le succès de la diplomatie de Trump est aussi d'avoir inclus le Soudan, qui avait accueilli Ben Laden, Carlos et était très lié à la Turquie d'Erdogan.

Quant au Maroc, les rapports avec Israël sont profonds et anciens. Le judaïsme marocain est particulier, car il est ancré en majorité parmi des Berbères judaïsés, phénomène quasi unique dans le monde juif. Leur identité marocaine reste forte... et Nétanyahou compte sur le vote pour les élections à la Knesset du 23 mars des 800.000 juifs marocains citoyens israéliens à qui il a permis de voyager librement dans leur pays d'origine.

Le Qatar s'intéresse aussi paradoxalement à Israël. Cet émirat favorable aux Frères musulmans finance Gaza - et donc le parti islamiste Hamas. Tous les mois, un avion arrive de Doha avec 30 millions de dollars en cash à l'aéroport Ben Gourion, que le Shin Beth escorte jusqu'à la frontière d'Erez. Israël s'est créé un boulevard arabe face à l'impasse palestinienne, d'une certaine manière. Le président israélien Rivlin a reçu l'ambassadeur qatari pour le remercier d'avoir financé Gaza afin de contribuer à résoudre le problème social... en finançant le Hamas, meilleur ennemi de l'État juif!

Face à cette «entente d'Abraham» s'est constitué un autre front que vous appelez l'«axe fréro-chiite»...

Celui-ci, qui regroupe Turquie, Qatar, Iran... et Gaza, se livre à une surenchère à l'islam politique des Frères musulmans pour défendre ses positions face au «traître saoudien» et ses alliés. À l'occasion des republications des caricatures de *Charlie*, Erdogan, soutenu par les Iraniens, a lancé une campagne antifrançaise, dans la foulée de la réislamisation de Sainte-Sophie. Celle-ci est advenue le 24 juillet 2020, 97e anniversaire du traité de Lausanne, qui avait défini les frontières actuelles de la république turque après qu'Atatürk, militaire victorieux ayant repoussé les Européens, Grecs et Arméniens d'Anatolie, avait ainsi fait annuler le traité de Sèvres de 1920, qui l'avait dépecée. Il se met dans les pas de l'Atatürk militaire nationaliste pour tordre le bras à l'Atatürk laïque qui avait fait de Sainte-Sophie un musée en «cadeau à l'humanité».

Erdogan a été élevé dans une Turquie où la laïcité est basée sur la culture française d'Atatürk: un exemplaire du *Contrat social* de Jean-Jacques Rousseau, annoté en français de sa main, figure dans son mausolée à Ankara. Pour éradiquer cette laïcisation détestée, le président turc a trouvé comme cible obsessionnelle la France, et particulièrement Emmanuel Macron. Et, aujourd'hui, ce sont les enseignants français du lycée et de l'université francophones Galatasaray d'Istanbul, pépinières de l'élite turque, qui sont privés de contrats de travail. Espérons que la nomination d'un nouvel ambassadeur turc à Paris, Ali Onaner, qui a étudié à l'ENA avec Emmanuel Macron, permettra d'amorcer un changement de politique... car la Turquie ne peut aliéner à l'infini l'Union européenne, son principal débouché économique. Surtout quand Joe Biden a annoncé la fin de la mansuétude que témoignait Donald Trump à Erdogan, tant pour l'achat de missiles russes S-400 par ce membre de l'Otan que pour les 45.000 prisonniers politiques que compte le pays.

Sie sahen sich als progressiv – und beuteten Kinder sexuell aus

Von **Sabine Menkens**

Politik-Redakteurin

Eine Studie untersucht, wie vermeintlich progressive Netzwerke in Berlin Kinder von den 70er- bis in die Nullerjahre hinein sexuell missbrauchten. Pädophile Homosexuelle und linksautonome Projekte waren darin verstrickt. Ein Blick in menschliche Abgründe.

Ingo Fock will gar nicht so viel über sich erzählen an diesem Tag. „Ich bin Zeitzeuge und Betroffener, aber meine Geschichte ist eigentlich nur exemplarisch. Deshalb soll sie heute nicht im Fokus stehen“, sagt er. Nur so viel: Auch er habe Missbrauch erlitten in einem sogenannten pädophilen Freundeskreis. Später dann auch sexuelle Gewalt, auf dem Kinderstrich am Bahnhof Zoo in Berlin.

Mit dem Magazin „Fluter“ hat der heutige Vorsitzende des Vereins „Gegen Missbrauch“ einmal intensiver über diese Zeit gesprochen. Darüber, wie er, das vernachlässigte Trennungskind, im Alter zwischen sieben und 13 Jahren missbraucht und herumgereicht worden sei von einem Bekannten seiner Mutter. Nacktfotos, Streicheln, Küssen, Oralverkehr, Analverkehr – all das musste Fock erleiden. Dann den Kinderstrich. Als er 13 Jahre alt war, war er den Männern zu alt.



„Es war vollkommen normal, dass Kinder in Berlin-Kreuzberg nackt auf der Straße herumgelaufen sind“, sagt Ingo Fock, der als Kind selbst Opfer von Missbrauch in der Hauptstadt wurde

Das Berlin-Kreuzberg der 70er-Jahre sei ein Sammelsurium gewesen aus verschiedenen Bewegungen, sagt Fock. 68er, Hippies, die beginnende Schwulenbewegung. Sexuelle Selbstbefreiung wurde großgeschrieben, mit Slogans wie „Das Gesetz kennt Grenzen, die Liebe nicht“ oder „Freie Liebe für freie Menschen“. „Damit bin ich aufgewachsen“, sagt Fock.

„Es war vollkommen normal, dass Kinder in Berlin-Kreuzberg nackt auf der Straße herumgelaufen sind.“ Es war die Phase, als die sexuelle Befreiungsbewegung und die homosexuelle Emanzipationsbewegung perverse Ableitungen fanden in der Forderung pädosexueller Gruppierungen nach Straffreiheit sexueller Handlungen von Erwachsenen mit Kindern und Jugendlichen.

Die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs hat sich dieser pädokriminellen Netzwerke jetzt angenommen und eine umfangreiche Vorstudie vorgelegt. Nach der Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs in der DDR sowie in Kirche, Sport und Familie ist es ein weiterer großer Schwerpunkt, den sich die beim Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung angesiedelte Aufarbeitungskommission vorgenommen hat.

Die von der Kunsthistorikerin Iris Hax und dem Kulturwissenschaftler Sven Reiß erstellte Vorstudie will eine erste Übersicht über Organisationsformen, Vernetzungen und Debatten der damaligen Akteure bieten und stellt deren Vorgehensweise und Rechtfertigungsstrategien dar. Das Schlaglicht fiel dabei auf Berlin von 1970 bis Anfang der 2000er-Jahre; darüber hinaus sieht die Kommission großen Bedarf für eine bundesweit angelegte Recherche.

Doch die Kommissionsvorsitzende Sabine Andresen betont schon jetzt, dass pädokriminelle Netzwerke wie in Lügde und Bergisch Gladbach kein neues Phänomen seien: „Organisierte Strukturen sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche haben sich bereits vor dem Internetzeitalter formieren und über lange Zeiträume etablieren können. Dies wird an der Recherche deutlich.“

„Viele lose Fäden“ hätten sich bei der Recherche ergeben, sie sollten durch Archivarbeit und Zeitzeugengespräche zusammengeführt werden. Am Beispiel Berlin werde deutlich, wie die pädosexuellen Akteure die Debatte über die Entkriminalisierung männlicher Homosexualität für ihre Interessen nutzten. Bündnispartner hätten sie außerdem im linksliberalen Milieu gefunden sowie in Berliner Kinderrechtgruppen und der linksautonomen Szene.

Als wertvolle Quelle habe sich dabei das Archiv des Schwulen Museums Berlin erwiesen, sagte Studienautor Sven Reiß. Die Akteure dort machten bereits seit 2011 ihre Quellen wissenschaftlich nutzbar

und übernahmen damit Verantwortung für eine „komplexe Verwobenheit der vor allem männlichen Homosexuellenbewegung mit der pädosexuellen Szene“.

Dazu gehörten etwa auch umfangreiche Bestände der seit 1979 existierenden „AG Pädophilie“ – etwa Szeneschriften, Fotomaterial, Briefwechsel, Tagebuchskizzen und andere Schriftstücke. „Für die Aktivisten bot die Archivierung eine Möglichkeit, sich als legitimer Teil einer gemeinsamen Bewegungsgeschichte zu verorten“, sagt Reiß. Die Auswertung ermögliche einen „tiefen Einblick in deren Lebenswelt“.

So hieß es in einer Selbstdarstellung der „AG Pädophilie“: „Die Päderastie stellt in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen eine Kombination des Vaters, Freundes, Lehrers und sexueller Liebe dar, je nach persönlichem Hingabevermögen der Partner ... Wenn aber ein Teil der zwischenmenschlichen Beziehungen, nämlich die Sexualität, der Verfolgung und damit der teilweisen Verhinderung unterliegt, ist es Aufgabe einer engagierten Gruppe für die gesellschaftliche Anerkennung der Pädophilie einzutreten.“

Die Reform des Homosexuellenparagrafen 175 im Jahr 1969 habe diejenigen befeuert, in diesem Zuge auch das Narrativ einer pädosexuellen Emanzipationsbewegung zu konstruieren, sagt Reiß. Verschiedene homosexuelle Organisationen hätten eigene Untergruppen für Pädosexuelle gehabt, so etwa der bis 1997 bestehende Bundesverband Homosexualität. In den Archiven fanden sich auch Reise- und Szeneführer, in denen Orte der Kinder- und Jugendprostitution konkret benannt wurden. Missbrauchszeitschriften wie „Pikbube“, „Ben“ oder „Peter“ warben mit Anzeigen wie „Boy 12, Knabe 18 und dessen Erzieher. Schärfster Sex!“.

Einen weiteren Schwerpunkt der Vorstudie bildeten die Berliner „Kinderrechtgruppen“ und „-projekte“ sowie die linksautonome Szene, teilweise Ableger der Nürnberger „Indianerkommune“. Die sogenannten Kinderrechtgruppen suchten gezielt Kontakt zu Kindern und Jugendlichen, die aus Heimen oder von zu Hause weggelaufen waren und auf der Straße lebten. Deren Unterstützung wurde daraufhin als „Befreiung“ des Kindes von kleinbürgerlichen Familien- und Unterdrückungsverhältnissen bezeichnet.

Die Recherche deutet jedoch an, dass es bei der Unterbringung der Mädchen und Jungen in Wohnungen primär um deren sexuelle Ausbeutung ging. „Dieses Vorgehen ist als Täterstrategie bekannt“, sagt Studienautorin Hax. Hinter dem vorgeblichen Kampf für „Kinderrechte“ sei es immer auch um die Forderung nach „freiwilligem Sex“ mit Erwachsenen gegangen. Auch Frauenprojekte waren daran beteiligt – etwa die „Kanalratten“, eine Gruppe pädosexueller Frauen aus der Lesbenszene, die Straßenkinder bei sich aufnahmen.

Sogar die Berliner Senatsverwaltung war in den organisierten Kindesmissbrauch verwickelt. Auf Anraten des Sozialpädagogen Helmut Kentler wurden in Berlin ab Ende der 60er-Jahre Pflegekinder gezielt bei pädosexuellen Männern untergebracht. Das „Kentler-Experiment“ ist inzwischen bereits umfangreich von der Universität Hildesheim aufgearbeitet worden.

„Liberalisierung und Befreiung aus gesellschaftlichen Zwängen ist in unserer Gesellschaft positiv konnotiert. Vor diesem Hintergrund war und ist es für Betroffene sexueller Gewalt schwer, Gehör zu finden, wenn es um die Schattenseiten dieser gesellschaftlichen Entwicklung geht“, sagt Kommissionsvorsitzende Andresen.

Die Vorstudie ist für die Aufarbeitungskommission Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der Aufarbeitung im Bereich der Jugendämter und verschiedener Wissenschaftsbereiche. Auf einem Symposium am 1. Juni soll es dazu einen gemeinsamen Austausch mit Zeitzeugen, Wissenschaftlern und weiteren Experten geben.

Gendern – das erinnert mich inzwischen an einen Fleischwolf

Von Rieke Hümpel

Unserer Autorin macht das ständige Gendern Angst. Sie will die normale, tägliche Sprache verteidigen – und hat sich dafür ein paar besonders markante Beispiele herausgegriffen, die in die falsche Richtung führen.

Tagesschau und Deutschlandfunk, Duden Online, die neue Schule meines Sohnes: Immer öfter begegnen mir Sprechpausen, Sternchen und Neutralisierungen. Am Anfang ging das ganz langsam, jetzt erscheint es mir plötzlich wie eine große Welle. Dabei war Sprache bislang nie zu schnell für mich. Ich konnte ihr beim Wachsen zusehen und sie hierhin und dorthin verfolgen. Aber die aktuelle Veränderung macht mir Angst. Sie erinnert mich an einen Fleischwolf. Als Texterin und Journalistin begreife ich nicht, wie das ausgerechnet so viele Medien mitmachen können – das sind doch Textprofis mit Sprachgefühl.

Gegen hauptberufliche Gender-Beauftragte und ganze Sendeanstalten fühle ich mich als alleinerziehende Mutter sehr zeitknapp und allein. Aber ich will diese Sprache verteidigen! Sie soll nicht zerstört werden – und es muss doch mehr Menschen geben, die das nicht zulassen wollen!

Ich möchte Ihnen meine Gründe näher erläutern.

Was ist Sprachgebrauch? Was ist verordnet?

Zunächst möchte ich klarstellen, dass ich natürlich auch zur Ärztin gehe und selbst Texterin bin. Doch diese Verwendung der weiblichen Form hat sich im Sprachgebrauch entwickelt.

Etwas anderes ist es, wenn ein Staat Sprachgebrauch per Gesetz, Vorschrift oder Erlass vorschreibt – das nennt man dann Zwang. Und auch wenn Gleichstellungsbeauftragte in

Universitäten Leitfäden zur gendersensiblen Sprache verteilen, ist das keine natürliche Sprachentwicklung. Sprache per Zwang und Druck zu normieren, führt in die Unfreiheit. Es gibt keinen freien Sprachzwang. Bisher waren dafür eher Diktaturen wie das Dritte Reich oder die Franco-Diktatur bekannt. Ich finde es beschämend, dass nun eine Demokratie in ein derart wichtiges Werkzeug der Freiheit so stark eingreift, und nehme es als lautes Alarmsignal wahr.

Thema verfehlt: Gendern schadet der Emanzipation eher

Zudem erreicht aus meiner Sicht die Gender-Sprache das genaue Gegenteil. Ich möchte als Frau zumindest nicht permanent in meiner Geschlechterrolle angesprochen werden. Das ist nicht emanzipiert. Es klingt, als seien Frauen eine Opfergruppe, die besondere Ansprache benötigt. Ich bin aber überhaupt kein Opfer gewesen!

Wörter müssen doch meistens gar nicht geändert werden. Sie nehmen neue Inhalte einfach in sich auf. Beispiel: War früher „öko“ ein Schimpfwort, so ist es heute ein Gütesiegel. Die „Schublade“ bei Ikea ist eine andere als die in unserem Kopf. Waren früher Wähler nur Männer, läuft heute eine buntgemischte Menge vor dem inneren Auge zur Wahlurne. Und ja, der Plural ist männlich. Aber das ist unsere Historie! Früher war die Welt nun mal stark männerdominiert. Warum die Worte um diese Information berauben? Lassen wir ihnen doch die Vergangenheit und füllen wir sie mit zusätzlichem Inhalt! Das passiert doch laufend: So kann heute ein reiner Frauenabend (noch!) ohne Unterton als herrlich empfunden werden. Oder wer denkt noch an Hunde, wenn er die Sprache verhunzt?

Aufspaltung und Sexualisierung durch die Sprache

Wenn ich an Schlittschuhläufer auf einem See denke, so stelle ich mir Frauen, Männer und Kinder in Winterkleidung vor, die über das Eis gleiten, auf den Popo fallen usw. Wenn künftig von Schlittschuhläufern und Schlittschuhläuferinnen die Rede ist, sehe ich keine Menschengruppe mehr. Die Kinder fehlen. Die Diversen übrigens auch. Ich sehe eine Gruppe von männlichen und eine Gruppe von weiblichen Schlittschuhläufern. Ich muss bei den Frauen stehen und die Männer sind woanders – ja, plötzlich geht es gar nicht mehr um den Winter! Durch das Gendern werden wir plötzlich sexualisiert. Bilder im Kopf werden aufgelöst. Dabei war die männliche Pluralform doch schon längst für uns alle da. Warum trennt man uns plötzlich wieder?

Kernaussagen gehen verloren

Durch diese Unterteilung zwischen Mann und Frau gehen auch Kernaussagen verloren. Wenn ich sage: „Es gibt immer mehr Verlierer in unserer Gesellschaft.“, dann rede ich über die Kluft zu den Gewinnern. Wenn es künftig heißt: „Es gibt immer mehr Verliererinnen und Verlierer in unserer Gesellschaft“, geht der Fokus von den Gruppen Verlierer und Gewinner zu den Gruppen Frauen und Männer. Aber um die geht es doch gar nicht! Und wo sind auch hier übrigens die Kinder und auch die Diversen?

Die Sprache wird schlechter

In der Ausbildung zur Journalistin habe ich gelernt, dass Sätze verständlicher werden, je genauer man die Handelnden benennt. Wenn der Schulleiter nun von Lehrkräften spricht, denke ich: Ich möchte nicht, dass mein Sohn von einer Kraft unterrichtet wird. Sollten Medien, Bildungseinrichtungen und Online-Wörterbüchern gelingen, dass generische Maskulinformen künftig als politisch unkorrekt gelten, so werden die Menschen dennoch versuchen, die lange Beid-Nennung zu umgehen. Die Folge wird sein, dass Menschen in unserer Sprache immer mehr „neutralisiert“ werden. Wollen wir das wirklich? Eine Welt voller Lehrkräfte, Gartenkräfte, Hilfskräfte, Führungskräfte, Pressepersonen, Gastpersonen, Reitpersonen, Schiffspersonen – und Diverse. Was macht das mit uns?

Grammatikalisch falsch

Dass die Verwendung des substantivierten Partizips falsch ist, kommt noch hinzu. Der Laufende ist eben etwas anderes als ein Läufer. So kann ich auf dem Weg zur Kita ab und zu durchaus als Sprintende bezeichnet werden, bin aber mit Sicherheit kein Sprinter.

Verlust an Historie, Sinnlichkeit und Schönheit

Nachdem wir mit der Gendersprache also nichts gewonnen haben, verlieren wir am Ende auch noch so viel: Schönheit, Melodien und Historie. Den Zurseefahrenden fehlt im Gegensatz zu den Seefahrern jede Glorie! Dürfen künftig noch Engel über den Träumen unserer Kinder wachen? Wie soll es mit einer Gender-Sprache jemals wieder ein Gedicht geben, in dem Menschen vorkommen? Sollen Romane künftig wie mit Sonderzeichen-Passwörtern durchsetzt

aussehen? Schlaflieder und Gedichte vorgetragen mit Genderpausen? Wieso dürfen Menschen ohne jegliches Sprachgefühl so viel Einfluss haben? Das darf nicht Erfolg haben!

Self-Care: Jeder will angesprochen werden!

Das häufigste Argument, was mir Gender-Befürworter gegenüber nennen: „Es gibt Menschen, die fühlen sich verletzt, wenn sie sich ausgeschlossen fühlen. Ich möchte jeden ansprechen!“ Abgesehen davon, dass mit der Nennung der Frauen ja die anderen wiederum erst recht ausgeschlossen werden (siehe oben Schlittschuhläufer), ist dieses Argument interessant.

Warum möchte jeder angesprochen werden? Muss jeder immer persönlich angesprochen werden? Warum denn eigentlich zum Geier? Wollen Frauen sich auch als Betrüger_Innen, Kinderschänder_Innen und Egoist_innen angesprochen fühlen? Reicht es nicht, wenn wir uns angesprochen fühlen, wenn wir angesprochen werden? Aber das, Ladies and Gentlemen, war doch auch schon vor der Gender-Sprache normal, dafür brauchen wir diese Zensur nicht.

Gender-Sprache fördert auch noch die zunehmende Egozentrik in unserer Gesellschaft, in der sich ja beinahe jeder mittlerweile als ein Opfer sieht, dem besondere Aufmerksamkeit geschenkt gehört. Es lebe die Achtsamkeit für mich selbst!

Hilfe, die Saat fällt auf einen aufgeweichten Boden!

In diesem Moment beginnt die eingepflanzte Sprachreform übrigens eine Eigendynamik zu entwickeln. Schwuppdiwupp wird die Gender-Sprache zur Waffe in der Hand von Bürokraten, Self-Care-Extremisten und sonstigen unfreien Geistern. Plötzlich wird der herkömmliche Sprachgebrauch verpönt, schnell ist man Nazi oder frauenfeindlich. Es ist erschreckend, wie antiliberal die Debatte läuft.

Wie lange kann es sich ein Politiker noch leisten, nur von Wählern zu reden? Wird ein Verlag in der Zukunft noch ein Buch drucken, das nicht genderinklusive Sprache verwendet? Vielleicht wird nichtgegenderte Literatur in der Schule lieber vermieden oder neu verlegt mit Gender-Sprache. Huch! Und schon haben wir tatsächlich eine der schönsten Sprachen der Welt zerstört und mit ihr Freiheit und Lebensgefühl. Und die Gendernden traben, die Gleichberechtigungsfahne schwenkend, durch die Straßen. Dazu sage ich: übelste Doppelmoral.

Was könnte noch kommen?

Die Entwicklung könnte weitergehen: Was ist eigentlich mit dem Design? Es wäre doch nur konsequent, in jeder Gestaltung Blau- und Rosatöne zu gleichen Anteilen zu verwenden – oder durch ein neutrales Grau zu ersetzen. Zumindest im öffentlichen Raum und bei ARD und ZDF sollte man mit gutem Beispiel vorangehen. Erste Projekte laufen schon an den Unis an: Eine Studentin hat in einer „wissenschaftlichen Arbeit“ das Kartenspiel untersucht: Der König steht hier über der Dame. Das konnte die Studentin erfolgreich ändern. Wie ihr gendersensibles Skatblatt aussieht, können Sie sich denken.

Rieke Hümpel ist Diplombiologin, ausgebildete Zeitungs- sowie Schulbuchredakteurin und betreibt das Werbebüro Oben.

A quoi ressemblerait l'Assemblée nationale si les députés étaient élus à la proportionnelle intégrale ou partielle ?

Plusieurs responsables politiques appellent à élire les députés à la proportionnelle. Mais en fonction de son dosage, les résultats peuvent beaucoup varier dans l'Hémicycle.

Par [Olivier Modez](#)

Publié 23/2 à 19h07, mis à jour à 15h44

La proportionnelle pourrait-elle faire son retour aux prochaines élections législatives ? Ce mode de scrutin, qui consiste à attribuer à des listes de candidats des sièges en proportion des voix qu'elles reçoivent, n'a été utilisé qu'une seule fois pour élire les députés sous la V^e République, en 1986. Depuis, plusieurs formations politiques militent régulièrement pour son rétablissement, au moins en partie.

• Pourquoi la proportionnelle revient-elle dans l'actualité ?

François Bayrou, le président du Mouvement démocrate (MoDem), a adressé, le 4 février, [une lettre au président de la République](#), Emmanuel Macron, pour lui demander de respecter sa promesse de campagne d'introduire une part de proportionnelle aux prochaines législatives, prévues en juin 2022. Dans la foulée, le président du groupe MoDem à l'Assemblée nationale, Patrick Mignola, a successivement déposé deux propositions de loi pour les élections législatives.

La première entend instaurer « [un scrutin législatif mixte](#) » : le mode de scrutin actuel serait maintenu dans les départements comportant 11 députés ou moins, mais les députés seraient élus à la proportionnelle (sans seuil) dans les départements qui comptent plus de douze députés. C'est le cas des Bouches-du-Rhône, du Rhône, de la Gironde, du Nord, du Pas-de-Calais, et de quatre départements franciliens (Yvelines, Paris, Hauts-de-Seine, Seine-Saint-Denis).

La seconde proposition de loi vise à instaurer une « [proportionnelle intégrale](#) ». Le texte prévoit les modalités suivantes : « *Les députés sont élus, dans les départements, qui forment une circonscription, au scrutin de liste à la représentation proportionnelle à la plus forte moyenne. (...) Seules sont admises à la répartition des sièges les listes ayant obtenu au moins 5 % des suffrages exprimés.* »

• Qui demande l'application de la proportionnelle ?

Cinq personnalités politiques issues d'horizons très variés ont emboîté le pas à M. Bayrou en [adressant des lettres au chef de l'Etat](#) pour demander l'application de la proportionnelle, avec des modalités différentes. Il s'agit du président du groupe La France insoumise à l'Assemblée nationale, Jean-Luc Mélenchon, du candidat écologiste aux élections régionales en Ile-de-France, Julien Bayou, du président du groupe UDI et indépendants à l'Assemblée nationale, Jean-Christophe Lagarde, du président du Mouvement radical, Laurent Hénart, ou encore de la députée du Rassemblement national, Marine Le Pen.

D'autres formations politiques comme le Parti communiste français ou Debout la France se sont positionnées récemment en faveur de la proportionnelle. Pour le premier secrétaire du Parti socialiste,

Olivier Faure, il est en revanche « *trop tard* » pour mettre en œuvre une telle réforme. Le parti Les Républicains est, quant à lui, hostile à ce mode de scrutin.

• Pourquoi ça coince ?

Le calendrier pour modifier le mode de scrutin avant les prochaines élections législatives est très court. La loi Richard, [adoptée en 2019](#), a modifié le code électoral et précise qu'« *il ne peut être procédé à une modification du régime électoral ou du périmètre des circonscriptions dans l'année qui précède le premier tour d'un scrutin* ». Il reste donc moins de quatre mois pour tenter de mettre en œuvre la proportionnelle.

La majorité est par ailleurs [divisée sur le sujet](#). Le porte-parole du gouvernement, Gabriel Attal, a rappelé, le 10 février, que l'engagement de campagne du président de la République était contenu dans une plus vaste réforme des institutions – qui n'a pas abouti après plusieurs reports liés au contexte politique –, comprenant notamment la réduction du nombre de parlementaires.

L'ancien président, François Hollande, avait déjà affiché pendant la campagne de 2012 son souhait d'introduire une dose de proportionnelle aux législatives, avant de revenir sur sa promesse en cours de quinquennat. Ce qui n'est guère surprenant, selon Jean-Pierre Camby, professeur associé de droit constitutionnel à l'université Versailles-Saint-Quentin et membre du collectif [Les Surligneurs](#) :

« D'une manière générale, c'est plutôt l'opposition qui est favorable à la proportionnelle. Lorsqu'on accède au pouvoir, on oublie souvent cette réforme, qui est une problématique supplémentaire, car on prend le risque d'un émiettement de la majorité lors du scrutin suivant. »

• Que changerait-elle à l'Assemblée nationale ?

Pour comprendre l'impact de la proportionnelle, nous avons testé l'effet qui aurait été produit par différents modes de scrutin à partir des résultats des élections législatives des 11 et 18 juin 2017.

Pour cela, nous avons regroupé les partis par blocs de sensibilités. Ces simulations n'ont donc pas pour but d'illustrer le poids individuel d'un parti politique, mais de montrer comment les opinions seraient représentées en cas de proportionnelle partielle ou intégrale, en comparaison avec le système actuel. En effet, si la proportionnelle avait existé en 2017, les partis qui n'ont pas présenté de candidats dans plusieurs circonscriptions auraient pu, à l'échelle d'un département, obtenir davantage de suffrages. Des alliances ou, à l'inverse, des candidatures séparées auraient par ailleurs sans doute été observées.

Le scrutin majoritaire actuel

Grâce au mode de scrutin actuel, La République en marche (LRM) avait obtenu en juin 2017 une large majorité absolue (fixée à 289 sièges) à l'issue des élections législatives.

Une large majorité absolue

« Le mode de scrutin majoritaire permet d'assurer la cohérence entre la majorité parlementaire et présidentielle, ce qui est d'autant plus flagrant avec le calendrier électoral en application depuis 2002. Ses détracteurs y verront un argument supplémentaire », explique M. Camby.

Les effets d'une proportionnelle partielle

Ce système, qui correspond à l'une des deux propositions de loi de M. Mignola, combine le mode de scrutin actuel dans les départements les moins peuplés et une proportionnelle à un tour dans les départements qui élisent au moins douze députés. Dans son exposé des motifs, le président du groupe MoDem précise ainsi que 22,5 % des députés seraient élus à la proportionnelle.

Une évolution marginale des rapports de force

Avec un tel système, la représentation aurait peu varié : les équilibres seraient globalement les mêmes et LRM bénéficierait toujours de la majorité absolue. Seul fait notable, le Front national (devenu Rassemblement national) aurait pu constituer un groupe parlementaire, qui nécessite d'obtenir quinze députés.

Pour M. Camby, ce mode de scrutin, qui ressemble au système en vigueur au Sénat (proportionnelle dans les départements de deux sénateurs ou plus), assure une meilleure représentation politique, « *mais il créerait une inégalité dans les modes d'élections entre ceux qui peuvent se prétendre directement élus par leurs électeurs et les autres* ». Et pose une question spécifique : « *Comment faire pour des départements qui élisent un ou deux députés ?* »

Les effets d'une proportionnelle intégrale

Il s'agit de la seconde proposition de loi déposée par M. Mignola. Elle est identique au mode de scrutin des élections législatives de 1986.

Avec ce système, la chambre basse ressemblerait davantage à une photographie de l'opinion publique. Mais aucune sensibilité politique ne bénéficierait d'une majorité absolue, ce qui impliquerait de faire des alliances, et des compromis sur le fond. Une situation résumée par M. Camby : « *Avec une représentation proportionnelle, il faut des partis suffisamment ancrés dans le pays, pour que l'inconvénient de l'émiettement de la représentation ne soit pas trop perturbateur.* »

Olivier Modez

Philippe Jaccottet, poète et écrivain, est mort à l'âge de 95 ans

DISPARITION - Observateur de l'éphémère et du fragile, traducteur de Thomas Mann, Rainer Maria Rilke et d'Homère, il avait fait son entrée en 2014 à la Pléiade avec un recueil de ses compositions empreintes de justesse.

Par **Thierry Clermont**



Philippe Jaccottet était un des rares poètes à être entré de son vivant dans la Pléiade. *Le Bruit du temps*

Publié le 25/2

Philippe Jaccottet, grand et traducteur poète suisse, est mort à l'âge de 95 ans, rapporte au *Figaro* son entourage. Il s'est éteint à son domicile de Grignan, dans la Drôme, où il sera inhumé «*dans la plus stricte inimité*», précise son fils, l'éditeur Antoine Jaccottet. Choyé par les universitaires, lauréat de prestigieux prix internationaux, dont le Schiller et le Cino del Duca en 2018, Jaccottet était un des rares poètes à être entré de son vivant dans la Pléiade, en 2014, après Saint-John Perse et René Char. Son éditeur Gallimard venait d'annoncer la parution prochaine de deux nouveaux livres, un recueil de proses, *La Clarté Notre-Dame*, et un bref recueil de poèmes, *Le Dernier des madrigaux*. Ils seront en librairie le 4 mars, suivis par ses chroniques sur l'Art, écrites depuis 1956 (*Bonjour, Monsieur Courbet*), que publiera quelques jours plus tard son fils Antoine, aux éditions du Bruit du Temps.

Jaccottet était l'écrivain de l'éphémère et du fragile, des murmures et du regard, du «*bonheur de la clarté*», de l'humilité, de l'éveil et de l'interrogation. Poète de la nuit et des nuages, de l'aube et des brumes, des vallons, des arbres et des oiseaux, de l'automne et de «*l'étendue vibrante des herbages*», il avait déclaré en 1957 : «*L'effacement soit ma façon de resplendir*».

Né en 1925 à Moudon (Suisse), Philippe Jaccottet s'installe à Paris en 1946, où il écrit son premier recueil, *Requiem*, inspiré de photos de jeunes maquisards abattus par les Allemands dans le Vercors. Commence pour lui une longue carrière de traducteur. On lui devra notamment celle de *La Mort à Venise* de Thomas Mann, de l'œuvre de Rainer Maria Rilke, de *L'Odyssee*, en 1955 (toujours considérée comme la version de référence), et de *L'Homme sans qualités* de Robert Musil. Paraissent dans le même

temps les recueils *L'Effraie* (en 1953), *L'Ignorant*, puis *Leçons*. Suivront *Airs* (inspiré de la lecture de haïkus) et surtout *À la lumière d'hiver*, paru en 1977, et que l'on considère comme son meilleur recueil de poèmes.

Jaccottet creuse une autre veine, à travers ses carnets, tenus depuis le début des années 1950, où il mêle savamment prose et poésie, observations, réflexions, lectures et rêves rapportés. Une forme qu'il ne cessera de perfectionner au fil du temps, et qu'il publiera en plusieurs volumes, sous le titre *La Semaison*, où l'on peut lire : « *L'attachement à soi augmente l'opacité de la vie.* » En 2013, à 88 ans, il puisera à nouveau dans ses carnets, rassemblant ses « *notes sauvegardées* » pour nous donner *Taches de soleil, ou d'ombre*, publiées au Bruit du temps, la maison d'édition parisienne créée par son fils, Antoine Jaccottet. Il était alors considéré comme le plus grand poète vivant, de langue française, aux côtés d'Yves Bonnefoy. Ses amis avaient pour nom : Francis Ponge, André du Bouchet, Pierre Leyris, le Vaudois Gustave Roud, qu'il considérait comme son maître, Henri Thomas, et plus tard, Peter Handke. Dans son avant-propos de l'édition de la Pléiade, José-Flore Tappy avait noté : « *Travaillée par la passion et l'inquiétude, mais aussi tendue avec patience vers ces instants rares qui échappent à la dégradation et à l'absurde, l'offre de Jaccottet offre aujourd'hui un grand exemple d'indépendance.* »

Un émerveillement et une passion qui passent également par la musique. Grand mélomane, Jaccottet aimait tout particulièrement Monteverdi, Purcell, Bach, Mozart, le piano de Schubert. À tort, on l'a longtemps qualifié d'« *ermite de Grignan* » ou encore de « *reclus de Grignan* », sa résidence drômoise où il s'était installé il y a 50 ans. C'était mal connaître son goût du spectacle et des voyages. À partir des années 1950, on retrouve le poète à Majorque, à Ibiza, à New York, à de nombreuses reprises dans le nord de l'Italie, en Sicile, en Grèce, en Russie, au Liban et en Syrie (en 2004, séjour qui lui inspirera *Un calme feu*). Au fil des dernières années, l'écriture de Jaccottet a été marquée par une mélancolie grandissante, associée à l'évocation personnelle de ses proches, émaillée de scènes d'enfance, le « *je* » occupant une place de plus en plus importante.

Nous l'avions rencontré chez lui, à Grignan, « *un pays de montagnards et de nymphes* », au cours de l'automne 2008. Il nous avait confié, à la fin de l'entretien « *C'est désormais le temps de la montée des souvenirs, le temps du poids des rêves, que j'aime toujours à retranscrire. Désormais, je me sens proche des ombres.* » Ce temps-là lui est révolu. Restent ses livres, qui constituent une œuvre parfaitement cohérente.

<https://www.economist.com/europe/2021/02/13/covid-19-school-closures-are-widening-europes-class-divisions>

A tale of two colleges

Covid-19 school closures are widening Europe's class divisions

And it will only get worse

[Europe Feb 13th 2021 edition](#)



No one is ever truly ready for lockdown. But when the Netherlands closed its schools in December, the Herman Wesselink College, a high school in a well-off suburb of Amsterdam, was readier than most. About half its students have parents who completed higher education. Nearly all have their own bedroom to study in. The school has given its pupils laptops for years, and during the first lockdown last spring switched smoothly to remote learning. The director says students have not fallen behind a whit in terms of content, though their study skills have languished.

The Mundus College, a trade school in a poorer Amsterdam neighbourhood, has had it rougher. About a third of its students are new immigrants or refugees. Vocational education is hard to do remotely. Classes have stayed open at half-size under an exception for vulnerable students, but it is impossible to follow social-distancing rules for subjects like nursing, says Diana Brummelhuis, the director: “You can’t teach someone to handle a wheelchair by lecturing.” She estimates that her pupils are lagging at least a quarter behind their normal pace.

Such contrasts are playing out all over Europe. On a continent famous for its welfare systems, school closures threaten to widen divisions of education, ethnicity and class. Compared with the rest of the world, Europe has not done badly during the pandemic. Most of its schools reopened in the autumn, while in South America and South Asia they largely stayed shut. But covid-19’s second wave has forced many European schools to close again.

This hurts all pupils, but it hits the poor and vulnerable ones harder. France’s education ministry says that last spring’s lockdown increased the gap in exam scores between normal schools and ones in hard-up areas by several points. In Germany, that first lockdown cut studying time from 7.4 hours per day to 3.6. An analysis of last year’s national exam results in the Netherlands came up with the depressing finding that during the spring lockdown the average pupil had learned nothing at all. Those whose parents were poorly educated did even worse: they emerged from their first two months of schooling by internet knowing less than when they started.

France has been the most determined of any European country not to let schools close, arguing that the risks to educational attainment and social cohesion are greater than those to public health. Last spring President

Emmanuel Macron overrode advice from epidemiologists and ordered schools reopened. They have stayed that way, though since November most high schools have worked in shifts. Germany closed its schools from December 16th until at least February 15th. Its state governments would like to start reopening them, but Chancellor Angela Merkel wants to wait until covid-19 caseloads fall by half from current levels. Northern Europe has roughly followed the German pattern (apart from contrarian Sweden, which closed only briefly in January).

In southern Europe closures have been less widespread. Spanish schools have stayed open since the autumn, though most high schools use some distance-learning. Some 35,000-40,000 new teachers and assistants have been hired to reduce class sizes. In Italy primary schooling has not been interrupted. High schools, shut in November, have reopened for most classes. Both countries have struggled with remote classrooms, thanks to dodgy internet connections and a lack of computers among poorer pupils.

Similar tech problems plague the continent's poorer east. Nevertheless, the closures there have been stricter. In Poland schools have been shut since late October; schools for those aged up to eight reopened on January 18th. A survey of Polish teachers last summer found that most knew of pupils who had not turned up since instruction went online. Romania's schools were shut almost continuously from March until they reopened on February 8th, yet more than a quarter of the country's children are not equipped for online education, according to Save the Children, a charity. By January the government had distributed around 250,000 tablets, but said 287,000 more students still needed one.

Many experts worry about the emotional and developmental damage of lockdowns. But the data are ambiguous. A survey of Dutch social workers last year found that emotional neglect of the children they were responsible for was much more common than in the same period in 2017. But even though some children report less affection from their families, others say they are getting more, including a rise in hugs. Others worry about working parents forced to stay at home to care for children. About 150,000 Polish women have dropped out of the labour force since last March, says Piotr Lewandowski, an economist.

One issue has been what to do about Europe's all-important national examinations. Germany is pressing ahead with the *Abitur* to ensure that this year's graduates get equal respect. Dutch high schools have stayed open for students in their final year before the *eindexamen*. In France, the dreaded four-hour *baccalauréat* exams have been cancelled, apart from bits the country considers essential: French literature, the final oral exam and, of course, the written exam in philosophy.

At least the gravity of the threat to education has sunk in. Austria, Denmark and the Netherlands reopened their primary schools on February 8th; Romania reopened primary and most high schools as well. The question is what governments will do if infection rates rise in the spring: close schools again, or find other painful measures (such as curfews or bans on house visits) to compensate for keeping children in class.

Covid-19 : en Allemagne, une troisième vague et des divergences sur les restrictions sanitaires

Alors que les Länder préparent des plans de retour progressif à la normale, la courbe des contaminations amorce une légère remontée.

Par [Thomas Wieder](#) (Berlin, correspondant)

Publié le 26/2 à 11h32, mis à jour à 14h46

Après deux mois de cours à distance, le retour des enfants à l'école, lundi 22 février, était censé marquer le début de la sortie du tunnel en Allemagne. Mais cette bonne nouvelle est passée au second plan de l'actualité, télescopée par une autre, plus inquiétante : après sept semaines de fort recul, la courbe des contaminations a non seulement cessé de baisser outre-Rhin, mais elle a même amorcé une légère remontée, avec un taux d'incidence passé de 57 à 63 nouveaux cas pour 100 000 habitants entre le 19 et le 26 février.

Certes, l'Allemagne se trouve dans une situation beaucoup moins tendue que certains de ses voisins, comme la République tchèque, où le taux d'incidence est d'environ 670, la France, où il est autour de 220, et les Pays-Bas, où il avoisine 180. Mais, face aux indicateurs peu rassurants de ces derniers jours, le gouvernement ne veut pas laisser penser que la réouverture des crèches et des écoles, avant celle des salons de coiffure, prévue lundi 1^{er} mars, pourrait entraîner la levée d'autres restrictions à court terme. « *Nous avons cru que nous étions en train de sortir du tunnel, mais à cause des variants ce n'est pas le cas* », a déclaré le ministre de la santé, Jens Spahn, mercredi, devant le Bundestag. Vingt-quatre heures plus tôt, Angela Merkel avait été encore plus directe lors de la réunion hebdomadaire du groupe CDU-CSU : « *Nous sommes désormais dans la troisième vague.* »

Dans un tel contexte, quelles décisions prendre ? Alors qu'une nouvelle réunion entre la chancelière et les chefs des Länder doit se tenir, le 3 mars, pour décider des mesures qui s'appliqueront à partir de la semaine suivante, cela faisait longtemps que l'horizon n'était pas apparu aussi flou. Au moment où certaines régions commencent à faire circuler des plans de retour progressif à la normale pour les prochaines semaines, d'autres territoires où le taux d'incidence est pourtant dans la moyenne nationale jouent au contraire la carte de la plus extrême prudence. A l'instar du Land de Basse-Saxe, qui a décidé au dernier moment de repousser au 7 mars la date de réouverture de ses écoles. Ou encore de Hambourg, qui a annoncé, mardi, que le port du masque en extérieur serait désormais obligatoire dans certains quartiers du centre-ville.

Lassitude de la population

En réalité, deux camps s'affrontent. Dans le premier figurent au premier chef les personnels de santé, très inquiets face à la propagation des nouveaux variants. Jeudi, l'Association allemande de soins intensifs et de médecine d'urgence (DIVI), peu coutumière de ce genre d'interventions, a ainsi appelé les autorités à prolonger au moins jusqu'au 1^{er} avril les restrictions actuelles, qui incluent notamment la fermeture des commerces non essentiels et l'interdiction de recevoir chez soi plus d'une personne extérieure à son foyer. « *Si ce n'est pas le cas, la troisième vague sera difficile voire impossible à maîtriser* », a déclaré son président, Gernot Marx, lors d'une conférence de presse. En cas de levée progressive des restrictions à partir du 7 mars, comme l'envisageait encore le gouvernement début février, le nombre de malades du Covid-19 nécessitant une hospitalisation en soins intensifs pourrait atteindre 25 000 autour de la mi-mai, contre 2 900 aujourd'hui, estime l'association.

Dans l'autre camp, de plus en plus de dirigeants politiques, à l'échelle des Länder plus qu'au niveau fédéral, plaident au contraire pour des assouplissements. C'est notamment le cas dans le Bade-Wurtemberg et la Rhénanie-Palatinat, deux Länder où auront lieu des élections régionales, le 14 mars, et où l'approche du scrutin rend les exécutifs sortants plus sensibles qu'ailleurs à la lassitude de la population et à l'inquiétude des secteurs économiques à l'arrêt, commerce et hôtellerie-restauration en tête.

Reste que ces plans de réouverture ne pourront être validés que s'ils ont pour corollaire une augmentation massive du nombre de tests. Or, sur ce front, l'Allemagne est à la traîne. Alors qu'elle était le pays d'Europe qui avait dépisté le plus lors de la première vague du printemps 2020, ce qui lui avait permis de traverser celle-ci de façon beaucoup moins douloureuse que la plupart de ses voisins, elle ne réalise désormais que 2 tests par jour pour 1 000 habitants contre 5 en France et 24 en Autriche.

Accélérer la mise sur le marché de tests rapides et peu onéreux

Pour combler ce retard, le ministre de la santé, Jens Spahn, avait annoncé, le 16 février, que « *tout citoyen pourrait se faire dépister gratuitement avec des tests antigéniques par du personnel formé à partir du 1^{er} mars* ». Mais cinq jours plus tard, son plan a été retoqué lors d'une réunion de cabinet présidée par M^{me} Merkel, qui a estimé que la question devait être débattue avec les ministres-présidents des Länder, le 3 mars. Sous le feu des critiques de l'opposition, qui lui reproche son goût des annonces médiatisées pas toujours suivies d'effets, M. Spahn s'est engagé à tout faire pour accélérer la mise sur le marché de tests rapides et peu onéreux à partir de début mars.

Le second front sur lequel le gouvernement est sous pression est celui de la vaccination. Contrairement à ce qui était le cas en janvier, la pénurie de doses n'est plus aujourd'hui la seule cause du faible nombre de personnes vaccinées en Allemagne, où 4,2 % de la population a reçu une première injection, selon le décompte publié, jeudi, par l'Institut de santé Robert-Koch.

L'autre raison tient à la non-utilisation de quantités importantes de vaccin AstraZeneca pourtant disponibles. Selon les chiffres officiels du gouvernement, seules 238 000 doses de ce vaccin ont en effet été injectées, alors que plus de 1,4 million ont déjà été livrées. Destiné aux moins de 65 ans, ce vaccin pâtit depuis le début d'une mauvaise image. Une réputation que le gouvernement fédéral est accusé de ne pas combattre avec suffisamment de vigueur, y compris par certains de ses partisans. A l'instar du ministre-président de la Hesse, Volker Bouffier, d'habitude soutien fidèle de M^{me} Merkel, qui a vivement critiqué la façon dont le gouvernement a communiqué sur ce vaccin et qui, lui aussi, a rejoint ces derniers jours le camp des partisans d'une levée prochaine des restrictions, au risque de se trouver en porte-à-faux avec la ligne de la chancelière.

Le Figaro (site web)

jeudi 25 février 2021 - 19:50 UTC +01:00 3886 mots

Théorie du genre, décolonialisme, racialisme...**Ces nouveaux dogmes qui veulent s'imposer en France**

Bastie, Eugénie

ENQUÊTE - Le débat sur l'islamo-gauchisme s'est élargi à l'ensemble d'une mouvance qui progresse dans les départements de sciences sociales à l'université et chez une nouvelle génération militante de gauche. La race, le genre et l'identité en sont les nouveaux totems.

En France, patrie des idées, on aime à se déchirer sur les mots. Chacun a sa définition de la «laïcité», on veut retirer «race» de la Constitution, on glose sur la pertinence du terme «ensauvagement». La polémique sur «l'islamo-gauchisme» vire, elle aussi, à la querelle sémantique. Tandis que la ministre Frédérique Vidal s'est empêtrée dans une définition floue du phénomène («*l'ensemble des radicalités qui traversent notre société*», a-t-elle dit dans le *JDD*), de nombreux universitaires et responsables politiques de gauche en profitent pour déduire de l'imprécision du mot la preuve irréfutable qu'il s'agirait d'un fantôme. Telle il y a quelques années la «*théorie du genre qui n'existait pas*», l'islamo-gauchisme est discrédité comme un concept «*imaginaire*» (dixit les 800 universitaires qui ont signé une tribune réclamant la démission de Vidal), forgé par des «*réactionnaires*», qui ne renverrait à aucune réalité sociale. Et, en effet, ce terme qui domine le débat ne recoupe qu'une partie d'une dérive militante des sciences sociales qui se déploie sur plusieurs fronts.

Interrogé par l'hebdomadaire *Marianne*, l'inventeur du terme «islamo-gauchisme», le politologue Pierre-André Taguieff affirme qu'il faut élargir l'idée d'une enquête lancée par la ministre au «*statut des fausses sciences sociales calquées sur l'idéologie décoloniale, la "théorie critique de la race" et l'intersectionnalisme* ». Mais que signifient tous ces termes? Ces concepts ou champs de recherches, dont certains se veulent drapés d'une légitimité scientifique, d'autres au contraire utilisés pour désigner péjorativement l'adversaire, recoupent différentes facettes d'une puissante lame de fond qui prend sa source dans les départements des sciences sociales des facultés occidentales, et se déploie aussi en politique et dans les entreprises.

Ce qu'on pourrait appeler le «néogauchisme» - car il reprend certains mots d'ordre du gauchisme culturel des années 1970 en les radicalisant - se traduit globalement par l'abandon de la question sociale au profit de la politique des identités, du paradigme de l'exploitation pour celui de la domination, de la centralité des classes populaires vers celles de minorités sexuelles, religieuses ou ethniques, et la centralité de la race et du genre dans la recherche. Ce dévoiement militant de la science se déploie en rhizome (pour reprendre l'expression phare de la French Theory, c'est-à-dire de façon horizontale et souterraine) dans des proportions qui restent à quantifier précisément, mais qui ne sont certainement pas négligeables.

- Théories de la race et du genre

L'obsession pour le genre, la race et les identités qui parcourt l'université ne tombe pas du ciel. Elle s'enracine dans un mouvement intellectuel qui remonte aux années 1970 et qu'on a appelé postmodernisme. L'abandon des grands récits (le marxisme, le tiers-mondisme, etc.), qui structuraient auparavant le militantisme progressiste, conduit au repli de l'individu sur soi et son identité. Il s'accompagne d'une évolution des sciences sociales vers le constructivisme, c'est-à-dire l'idée que les faits sociaux sont entièrement des constructions sociales. Ce constructivisme ne ferait qu'enfoncer des portes ouvertes (après tout, oui, la plupart des réalités humaines sont construites) s'il ne s'accompagnait pas d'une dimension critique: le dévoilement de la construction s'accompagne de l'impératif de la déconstruction. Suivant la méthode du philosophe Michel Foucault, il s'agit de révéler que ce qui apparaissait comme un universel est, en réalité, une construction sociale au service d'une domination.

La norme n'est plus vue comme la sédimentation du fait majoritaire, mais comme une culture dominante traduisant l'oppression, qu'il faut déconstruire pour laisser place aux minorités raciales et sexuelles. Les Lumières et l'universalisme? Des paravents de la domination blanche. Les «cultural studies» (études culturelles), qui se répandent à l'université à partir des années 1970, reprennent cette idée et postulent le refus d'une hiérarchisation entre les cultures et les objets culturels, soutiennent que la culture ne saurait se réduire aux œuvres classiques et entreprennent de «décentrer l'Occident» au sein même de celui-ci. Les «subaltern studies» («subalternité») analysent les cultures des groupes sociaux longtemps dominés. Il existe même des «fat studies» («études de la grosseur») qui étudient la construction sociale d'une corpulence perçue péjorativement (la «grossophobie»).

Dans ce cadre, la théorie critique de la race («critical race theory») affirme que la blancheur est une construction sociale dont les Blancs n'ont pas conscience. La race est un déterminisme social que les minorités doivent se réapproprier. L'aveuglement à la race («color blindness») est un luxe permis par le «privilege blanc»: seuls les Blancs peuvent vivre comme si la race n'existait pas. La sociologue et «consultante diversité» américaine Robin di Angelo, auteur du best-seller *Fragilité blanche*, est typique de cette mouvance. Elle explique que les réactions négatives à la réintroduction de l'idée de race dans le débat public sont constitutives d'une «fragilité blanche», c'est-à-dire de la peur des Blancs de perdre leurs privilèges. En résumé, si vous n'êtes pas d'accord avec la théorie critique de la race, c'est que vous profitez du racisme: imparable!

La même dialectique existe dans la théorie du genre, que ses défenseurs préfèrent appeler «études de genre». Celles-ci proclament que la différence des sexes est entièrement une construction sociale au service, cette fois-ci, non pas des blancs, mais de l'hétéropatriarcat (même si les deux vont souvent ensemble). Dans la foulée de sa principale théoricienne Judith Butler, il s'agit de jeter le «trouble dans le genre» pour libérer les minorités sexuelles de l'oppression qu'elles subissent de par l'existence de normes. L'activisme pour la minorité transgenre prend une place centrale dans ce dispositif. Les «études de genre» se veulent, elles aussi, scientifiques et affirment que ceux qui s'y opposent tirent bénéfice du «système» qu'ils cherchent à préserver. Elles se répandent dans les universités hexagonales. À Paris-VIII, le département d'études de genre est l'un des piliers de l'université. Des masters études culturelles (cultural studies) existent à l'université Paul-Valéry de Montpellier, ainsi qu'à Bordeaux-Montaigne. À Paris-III, a été ouvert un master médias, genre et cultural studies.

- Antiracisme politique

L'«antiracisme politique» est une expression employée par une nouvelle génération de militants, inspirée notamment par les Indigènes de la République, qui s'oppose à l'antiracisme dit «moral» des associations traditionnelles comme SOS-Racisme ou la Licra. Elle leur reproche notamment leur naïveté et leurs échecs attribués à une trop grande culture du compromis avec des institutions gangrenées par la mentalité coloniale. L'antiracisme politique s'oppose frontalement au narratif de l'antiracisme universaliste qui connut son heure de gloire dans les années 1980, quand triomphaient la petite main jaune et le multiculturalisme heureux, version United Colors of Benetton. Le cosmopolitisme laisse désormais place au tribalisme. L'idéal du métissage à celui de la non-mixité. La «race», bannie sous sa forme biologique, est réintroduite comme un concept sociologique, car, comme l'explique le sociologue Éric Fassin, « *si les racistes croient à l'existence des races au pluriel (blanche, noire, juive, etc.), les antiracistes nomment la race au singulier pour dénoncer le mécanisme social d'assignation à une différence hiérarchisée* ». C'est ainsi qu'on parle désormais de «racisés», ce terme désignant une racialisation passive et pourtant revendiquée.

L'universalisme (républicain) est dénoncé comme un différencialisme déguisé qui permet, en réalité, la domination d'un groupe d'individus (les Blancs) sur les autres (les minorités). Ce qui autorise de ne plus parler du racisme comme d'une disposition morale malfaisante des individus à combattre (la permanence du préjugé), mais comme d'une composante structurelle et organisée des sociétés occidentales: on parle désormais de «racisme systémique» ou de «privilege blanc». Ce nouvel antiracisme postule une frontière infranchissable entre «alliés» - quelle que soit leur bonne volonté - et concernés. Ainsi les «dominés» (femmes, ou membres de minorités sexuelles et raciales) ont-ils un droit à la parole privilégié sur la cause qui les concerne. Un homme ne pourra s'exprimer au nom des femmes, ni un Blanc au nom des Noirs et des Arabes. Fini le «Touche pas à mon pote», jugé paternaliste. Cette barrière dressée entre les victimes et les autres, qui nie la distinction entre le «témoignage» et l'analyse, aboutit notamment à la généralisation des «réunions en non-mixité» et autres «safe spaces» au sein des universités, des endroits où les membres de minorités peuvent se retrouver entre eux et d'où sont exclus ceux qui appartiennent au camp des dominants, les Blancs mâles hétérosexuels. En France, l'expression «indigénisme», renvoyant au groupuscule des Indigènes de la République, s'est répandue comme synonyme de cet «antiracisme politique».

- Wokisme

Le «wokisme» est la version militante de cette mouvance universitaire. La praxis de cette doxa. Le terme, aujourd'hui employé de manière péjorative par les opposants à ce mouvement (selon le même processus que le terme «politiquement correct» a été d'abord revendiqué par les progressistes pour être ensuite employé par les libéraux et les conservateurs), est né aux États-Unis

dans le sillage du mouvement Black Lives Matters. Il désigne à l'origine le fait d'être woke, en argot «éveillé», c'est-à-dire d'avoir pris progressivement conscience du caractère structurel des discriminations que subiraient les minorités sexuelles et raciales. Être woke, c'est avoir conscience d'être un dominé ou un dominant, et agir en conséquence.

Si on est victime: s'organiser politiquement autour de cette souffrance partagée avec les autres membres de sa communauté pour un agenda d'identity politics (politiques identitaires). Si on est coupable d'appartenir au groupe majoritaire (blanc, hétérosexuel, mâle): faire la liste de ses privilèges et s'en déposséder. On pourrait décrire le «wokisme» comme un renouveau de la posture «radical-chic», selon le terme créé par l'écrivain Tom Wolfe pour désigner l'adoption d'une radicalité politique par des membres de l'élite.

L'ultra-sensibilité aux discriminations, même minuscules (les «micro-agressions»), conduit les tenants de cette nouvelle culture militante à restreindre le champ de la liberté d'expression en pratiquant la «cancel-culture». Cette expression, qu'on pourrait traduire par «culture de l'interpellation» ou «culture de l'annulation», a été distinguée comme «mot de l'année 2019» par le dictionnaire Macquarie. Elle renvoie à la volonté d'effacer du débat, par l'appel au boycott, certains interlocuteurs car leurs propos sont jugés insultants ou à censurer un artiste ou écrivain accusé de racisme, d'homophobie ou d'agression sexuelle (exemples récents: le réalisateur Woody Allen ou l'écrivain J.K Rowling). Une posture qui se répand aujourd'hui grâce aux réseaux sociaux qui permettent de mobiliser des sympathisants sur une cause et accélèrent la polarisation politique.

La woke culture se développe énormément sur les campus américains, au point que certains intellectuels libéraux parlent de «Great Awakening» (grand éveil) pour décrire le caractère presque religieux de cette mouvance. Pour l'universitaire Joseph Bottum, il ne s'agirait que d'une nouvelle version du puritanisme protestant. En effet, le passage du privilégié au woke a un caractère de conversion. L'ancien président Barack Obama lui-même a blâmé dans une conférence en octobre 2019 « *cette idée de la pureté, de n'être jamais compromis, d'être toujours politiquement "éveillé"* » (woke).

Ce «droit de ne pas être offensé» (selon l'expression de Greg Lukianoff et Jonathan Haidt dans leur livre *Le Chouchoutage* de l'esprit américain) se répand aussi en France. C'est ainsi qu'un groupe antiraciste a demandé et obtenu l'annulation de la pièce d'Eschyle *Les Suppliants* à la Sorbonne, au motif que les acteurs, grimés à l'antique, auraient pratiqué le «blackface». D'autres intellectuels comme Sylviane Agacinski ou Alain Finkielkraut ont vu leurs conférences annulées ou perturbées par des étudiants adeptes de cette nouvelle culture militante.

• Islamo-gauchisme

«Fantasme» pour les uns, «slogan d'extrême droite» pour les autres, qu'est-ce que l'islamo-gauchisme? Sur le fond, ce syntagme désigne la tolérance, voire l'empathie d'une partie de la gauche envers l'islamisme, contre lequel elle ne déploie pas son hostilité traditionnelle aux religions et ce, pour des raisons diverses, dont trois principales.

D'abord, par tropisme tiers-mondiste et anti-impérialiste. Le mot «islamo-gauchisme» a, en effet, été forgé au début des années 2000 par le politologue Pierre-André Taguieff. Il voulait désigner ainsi la sympathie affichée de certains mouvements d'extrême gauche avec des mouvements islamistes radicaux pendant la seconde intifada, au nom de la lutte pour le peuple palestinien contre Israël. À l'époque, on voyait dans les rues de Paris défiler dans des manifestations drapeaux du Hamas et militants gauchistes keffieh au cou. La première source de l'islamo-gauchisme est donc la cause palestinienne, aujourd'hui à l'arrière-plan, mais autrefois sacrée.

Après le 11 Septembre, Alexandre Adler parle «d'islamo-altermondialisme» pour désigner un certain antiaméricanisme intellectuel qui voit dans ces attaques une juste punition de l'Occident. D'autres parlent d'islamo-progressisme. En France, le terreau anticolonialiste et l'antiaméricanisme tiers-mondiste ont été fertiles pour faire émerger une fascination teintée de mansuétude pour le réveil de l'islam dans les pays arabes. Ainsi Sartre, l'existentialiste athée, a-t-il lu dans la révolution iranienne une révolte contre l'impérialisme. Michel Foucault n'a pas caché lui aussi son admiration pour la révolution de 1979: « *Il n'était pas besoin d'être voyant pour constater que la religion ne constituait pas une forme de compromis, mais bel et bien une force: celle qui pouvait faire soulever un peuple non seulement contre le souverain et sa police, mais contre tout un régime, tout un mode de vie, tout un monde* », écrit-il dans un de ses reportages pour le quotidien italien *Corriere Della Sera* .

Deuxième source de l'islamo-gauchisme: le prolétariat de substitution. C'est le cas par exemple chez Chris Harman, militant trotskiste britannique et membre du Socialist Worker Party, qui écrit en 1994 un texte qu'on pourrait considérer comme fondateur de l'islamo-gauchisme, intitulé «Le Prophète et le Prolétariat». Il fait de l'islam radical un « *mouvement social* » qu'il serait une « *erreur* » de désigner comme fasciste. L'islamisme radical est, selon lui, une « *utopie* » et dire que les islamistes sont les ennemis de la laïcité, c'est « *faciliter aux islamistes la représentation de la gauche comme faisant partie d'une conspiration "infidèle"* »,

“laïciste” des “opresseurs” contre les couches les plus pauvres de la société ». Si Harman affirme que « les islamistes ne sont pas nos alliés », il dit qu’il ne faut pas non plus les traiter en ennemis. Pour lui, il faut essayer de guider une partie de la jeunesse musulmane vers le progressisme, sans chercher à la braquer avec la laïcité.

Troisième source de l’islamo-gauchisme: l’analogie entre les juifs d’hier et les musulmans d’aujourd’hui. En 2014, dans *Pour les musulmans*, l’ex-directeur du *Monde* et fondateur de Mediapart, Edwy Plenel, s’appuie sur cette veine: il veut reprendre le flambeau de Zola et être aux musulmans d’aujourd’hui ce que fut l’auteur de «J’accuse» aux juifs pendant l’affaire Dreyfus. Il est convaincu que la « construction d’un problème musulman » est comparable à « l’acceptation passive de la construction d’une question juive » dans les années 1930. À « cette banalisation intellectuelle d’un discours semblable à celui qui, avant la catastrophe européenne, affirmait l’existence d’un “problème juif” en France », Edwy Plenel a « voulu répondre en prenant résolument le parti de (ses) compatriotes d’origine, de culture ou de croyance musulmane contre ceux qui les érigent en boucs émissaires. » L’obnubilation de la répétition du même, à savoir l’extermination massive d’une population en raison de sa religion et la conviction d’un engrenage fatal de la « violence symbolique » à la violence physique, conduit toute une partie de la gauche à fermer les yeux devant le problème islamiste.

Beaucoup comparent aujourd’hui l’expression «islamo-gauchisme» à l’expression des années 1930 «judéo-bolchevisme». Pourtant, contrairement à l’expression raciste qui faisait référence aux origines juives de nombreux penseurs du communisme et affirmait l’existence d’un complot mondial dans lequel les juifs seraient derrière les communistes, l’islamo-gauchisme ne désigne pas des intellectuels musulmans convertis au socialisme ou la poussée d’un agenda gauchiste par des musulmans, mais l’indulgence de compagnons de route parfaitement athées envers un islamisme politique.

La comparaison entre Juifs d’hier et musulmans d’aujourd’hui est d’autant plus douteuse que c’est dans le sillage de cette mouvance islamo-gauchiste que s’est installée une nouvelle judéophobie au nom de la cause palestinienne et de Juifs désormais désignés comme des oppresseurs.

- Décolonialisme

L’expression «décolonialisme» est employée notamment par l’Observatoire du décolonialisme, collectif d’universitaires très opposés à cet entrisme dans les sciences sociales. Les partisans de ces théories préfèrent, eux, parler d’«études décoloniales» ou de «pensée décoloniale». En anglais, on parle de «decoloniality», «décolonialité». Lancé par Edward Saïd et son ouvrage fondateur *L’Orientalisme* en 1978 (qui présente la manière dont l’Occident a «construit» culturellement une vision fantasmée de l’Orient pendant la colonisation), et avant lui par Les Damnés de la terre de Frantz Fanon, le post-colonialisme, qui ambitionne de déconstruire l’héritage culturel laissé par la colonisation, n’a cessé depuis de progresser au sein des sciences sociales occidentales. Il serait un peu trop rapide de juger l’essor de cette pensée comme une simple «importation» américaine.

Dans *Les Études postcoloniales*, un carnaval académique, le directeur de recherche au CNRS Jean-François Bayart rappelle que la déconstruction du colonialisme puise ses sources dans la pensée française, qu’il s’agisse d’écrivains anticoloniaux de langue française - Sartre, Césaire, Fanon ou Senghor - ou des intellectuels de ladite «French theory» - Deleuze, Foucault, Derrida - qui ont largement inspiré les cultural studies sur les campus américains dans les années 1970. La pensée décoloniale naît, elle, en Amérique latine avec le Péruvien Anibal Quijano, professeur à l’université d’État de New York à Binghamton (et concepteur de la «colonialité du pouvoir») et le Portoricain Ramón Grosfoguel, professeur à l’université de Berkeley en Californie (et concepteur du «tournant décolonial»).

Si les penseurs postcoloniaux décrivaient le moment historiquement et géographiquement circonscrit de la colonisation et appuyaient la nécessité de la décolonisation, les penseurs décoloniaux élargissent le spectre à la modernité elle-même. La «colonialité» n’est pas une entreprise de conquête du XIXe siècle, mais une mentalité, une «structure» qui affecte tous les aspects de l’existence humaine. La décolonisation a été incomplète car la colonisation est la matrice même de la culture occidentale, qui se poursuit par les moyens d’une mondialisation capitaliste. Le décolonialisme porte donc l’idée d’une *déconstruction* de la culture occidentale: il faut décoloniser les arts, la littérature, les corpus universitaires, déloger des bibliothèques estudiantines les «dead white European males» («mâles blancs occidentaux morts»), bref désoccidentaliser l’Occident lui-même. On trouve les traces de cette rhétorique dans le manifeste Nous sommes les Indigènes de la République du 16 janvier 2005 qui donnera naissance au collectif du même nom, présidé par Houria Bouteldja. Il proclame que « *la France a été [et] reste un État colonial* », si bien que « *la décolonisation de la République reste à l’ordre du jour* ».

« *Les décoloniaux, que cela plaise ou irrite, ont une vraie ambition intellectuelle. Ils ont bâti un corpus idéologique qui, pour n’être pas sans failles, raccourcis, approximations et impasses, n’en présente pas moins une certaine cohérence* », résume l’ex-délégué interministériel à la lutte contre le racisme et l’antisémitisme, Gilles Clavreul, dans une note pour la Fondation Jean-Jaurès. Si cette

doctrine globale, nourrie par de nombreux théoriciens, a tant de succès chez les étudiants, c'est sans doute parce qu'elle offre les séductions d'un système idéologique de rechange après l'effondrement du communisme.

- Intersectionnalité

La notion d'«intersectionnalité» est centrale dans ces nouveaux champs de recherche. Ce concept jargonnant a été inventé par l'afro-féministe américaine Kimberlé Williams Crenshaw, en 1989, pour désigner la triple oppression que subiraient les femmes afro-américaines en tant que femmes, noires et pauvres. Le paradigme de l'intersectionnalité invite à croiser les caractéristiques identitaires d'une personne (genre, classe, sexe, religion, âge, handicap) pour la placer sur l'échelle des discriminations et des privilèges. Si vous êtes un homme blanc âgé, riche, vous cochez toutes les cases de l'oppression. Si vous êtes une jeune femme noire pauvre, toutes celles du dominé. Exemple d'une thèse française en cours en 2020 qui reprend exactement le paradigme de l'intersectionnalité: « *De la mauresque à la beurette: la fabrication d'un cliché médiatique. Une question au croisement du postcolonial et du genre* ».

L'intersectionnalité invite à dépasser la notion marxiste de classe dans l'anticapitalisme et la différence des sexes dans le féminisme pour croiser les différents critères. En pratique, cela aboutit bien souvent à un effacement de la classe au profit de la race et du genre, ce que déplorent les intellectuels pourtant de gauche Stéphane Beaud et Gérard Noiriel dans leur dernier livre, *Race et sciences sociales*, où ils affirment que l'appartenance sociale reste « *le facteur déterminant autour duquel s'arriment les autres dimensions de l'identité des personnes* ». Le livre a été très mal reçu dans le milieu de la gauche universitaire radicale pour sa critique frontale du paradigme de l'intersectionnalité.

La notion d'intersectionnalité est particulièrement présente dans les études de genre. Elle a donné lieu à un nouveau féminisme qui rompt avec le féminisme universaliste, lequel affirme une solidarité des femmes entre elles face aux hommes. Ce féminisme intersectionnel revendique, au contraire, des féminismes différents selon les groupes communautaires: féminisme blanc (à déconstruire), afro-féminisme, féminisme islamique etc. Ainsi, ce féminisme intersectionnel percevra le voile non comme un outil d'oppression, mais comme un marqueur identitaire du groupe dominé des musulmanes. Il préférera l'objectif de l'inclusion à celui de l'émancipation.

Concept académique qui se veut scientifique, l'intersectionnalité se décline en version militante par l'injonction à une «convergence des luttes» entre différents groupes discriminés (femmes, minorités, LGBT). La convergence devant par nature se focaliser sur un point qui cumule tous les défauts, elle se fera contre un ennemi commun: le patriarcat blanc «hétéronormé».

Le Figaro (site web)

vendredi 26 février 2021 - 06:00 UTC +01:00 557 mots

Vox ; Vox Société

Éric Zemmour: «Islamo-gauchisme: le mot et la chose»

Zemmour, Eric

CHRONIQUE - Le mot, décrié par les uns, approuvé par les autres, a révélé la mécanique du système universitaire en France et mis en lumière les limites de son fonctionnement: «libéral», «autonome», détaché du pouvoir central.

La polémique n'en finit pas. Déclarations outragées, pétitions des présidents d'universités, recadrage élyséen et contre-recadrage élyséen. La pauvre Frédérique Vidal n'était pas habituée à ce genre de tempête. Elle vivait jusque-là tranquille dans l'ombre médiatique de Jean-Michel Blanquer. Il a suffi d'un mot pour la sortir de son confortable anonymat. Mais ce mot n'est pas n'importe quel mot: «islamo-gauchisme» désigne l'alliance dans la sphère universitaire et intellectuelle d'une partie de la gauche avec les islamistes pour imposer l'analyse des sujétions et discriminations, que subiraient de nombreuses minorités (musulmans, femmes, homosexuels, étrangers, etc.) du fait de l'imperium de l'homme blanc hétérosexuel catholique.

Mais peu importe le sens, l'essentiel est d'abord l'origine de cette expression: forgée par le chercheur Pierre-André Taguieff, il y a une vingtaine d'années, elle a été reprise par les adversaires des islamistes et de tous leurs alliés. C'est d'abord et surtout cela que les féministes, indigénistes, militants LGBT, etc., n'ont pas aimé: être désignés par les mots de l'adversaire. Les mots, c'est leur grande affaire. C'est toujours la gauche qui désigne l'adversaire: fasciste, raciste, islamophobe. Ce sont ses militants qui imposent leurs mots dans l'espace public: écriture inclusive, violences policières, stigmatisation, racisés, discrimination, féminicide, homophobie, patriarcat, privilège blanc. Leur devise est celle de Lénine: «*Faites-leur manger le mot, ils avaleront la chose.*» D'où leur fureur et leurs attaques ridicules contre la chaîne d'info CNews.

L'islamo-gauchisme est évidemment une réalité qui se répand dans toutes les universités françaises et les grandes écoles, essentiellement dans les secteurs des sciences humaines. Une réalité favorisée par le militantisme de certains profs et étudiants et la lâcheté de nombreux présidents d'universités. C'était déjà le cas il y a plusieurs décennies avec le marxisme. Mais cet islamo-gauchisme est renforcé désormais par les nombreux programmes européens qui imposent en échange de subventions confortables, les thèmes favoris de cette doxa: études de genre ou décoloniales. Notre meilleur spécialiste de l'islam, Gilles Kepel, s'est plaint que l'Union européenne et le Fonds national suisse lui avaient coupé les fonds parce qu'ils ne toléraient plus l'orientation de ses recherches.

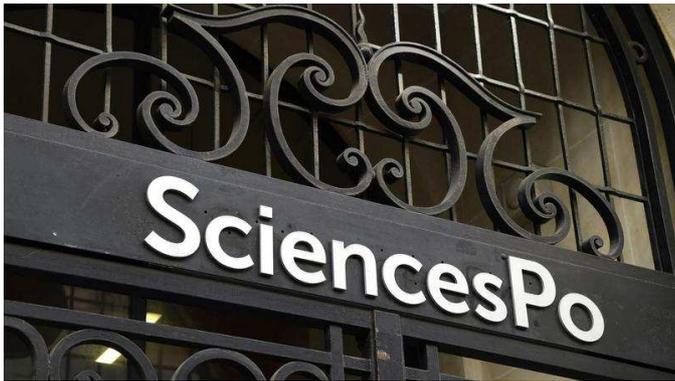
Ces études se parent des atours de la «science» alors qu'elles sont surtout le produit de l'idéologie. La médiocrité intellectuelle et la faiblesse culturelle de beaucoup d'étudiants, propulsés dans le supérieur par un bac au rabais, leur donnent un public ravi de consolider leurs préjugés et d'excuser leurs échecs. L'idéologie libérale de l'autonomie des universités, à la mode à droite depuis des années, donne à chaque président d'université, soucieux d'avoir la paix sociale et des subsides européens, l'occasion de se soumettre aux desiderata des «islamo-gauchistes», sans en rendre compte aux organismes centralisés de l'État.

C'est cette mécanique bien huilée que Frédérique Vidal a révélée sans le vouloir.

https://etudiant.lefigaro.fr/article/a-sciences-po-paris-des-points-bonus-accordes-pour-l-utilisation-de-l-ecriture-inclusive_70f90efe-777e-11eb-930c-df8a7d3f696f/

À Sciences Po Paris, des points bonus accordés pour l'utilisation de l'écriture inclusive

Par [Wally Bordas](#) • Publié le 25/02/2021 à 16:52 • Mis à jour le 25/02/2021 à 18:04



En cours de sociologie, un enseignant incite ses étudiants à utiliser l'écriture inclusive lors des partiels. *Crédits photo: BERTRAND GUAY/AFP*

INFO LE FIGARO - Plusieurs étudiants attestent, preuves à l'appui, qu'ils ont effectivement été poussés à utiliser l'écriture inclusive dans un partiel de sociologie.

À Sciences Po Paris, des étudiants ont bien été poussés à utiliser l'écriture inclusive au cours d'un partiel. Et ce, lors des deux dernières années universitaires. Le Figaro a pu se procurer une copie de cet examen qui concerne un cours de sociologie réservé aux élèves de deuxième année de bachelor ayant choisi la majeure économie et société. Mis en ligne sur le Moodle (plateforme d'apprentissage en ligne, ndlr) de Sciences Po Paris, le document précise dans ses consignes que l'écriture inclusive «est encouragée» mais que «son non-usage ne sera pas pénalisé, les étudiant.e.s étrangers.ères pouvant avoir davantage de difficultés à la mettre en œuvre». «Toutefois, un demi-point "bonus" sera attribué à celles et ceux qui tenteront de l'utiliser», indique le document. La suite de l'énoncé explique aux étudiants [l'utilisation du point médian](#), l'une des pratiques les plus répandues de cette graphie.

Selon plusieurs élèves, E.B, l'enseignant en charge de ce cours magistral sur «les grandes questions de la sociologie au prisme du genre» a incité à plusieurs reprises ses élèves à employer cette graphie. «Il nous a dit que ceux qui n'utiliseraient pas l'écriture inclusive lors du partiel seraient pénalisés», explique un étudiant ayant suivi le cours en 2019-2020. Mais les propos de l'enseignant suscitent à l'époque une levée de boucliers chez une partie des élèves ainsi que chez certains chargés de TD. «Cela a interpellé un certain nombre d'entre nous et l'affaire est remontée

jusqu'au directeur du campus de Paris. Par la suite, l'enseignant est revenu sur ce qu'il a dit et a préféré la solution des points bonus», ajoute-t-il.

Un autre étudiant enchérit: «Après cette petite polémique, l'enseignant nous a fait comprendre qu'il n'y aurait pas de pénalité mais une petite valorisation. Mais en définitive, je ne pense pas que cela ait été le cas puisque j'ai obtenu une bonne note sans le faire», explique-t-il. Son autre camarade, lui, s'est bel et bien forcé à utiliser la graphie en question: «Je ne voulais pas perdre de points à cause de cette histoire, donc j'ai fait de l'écriture inclusive à petite dose en utilisant des mots épïcènes. Je n'ai jamais su si j'avais eu des points en plus», nuance-t-il toutefois.

Contactées par *Le Figaro*, l'association étudiante Nova ainsi que l'UNI confirment ces témoignages. «Nous avons reçu depuis quelques jours plusieurs messages d'étudiants qui vont dans ce sens et nous trouvons cela scandaleux. Employer l'écriture inclusive en examen à Sciences Po Paris ne devrait pas permettre d'avoir une meilleure note que les autres», estime Quentin Coton, le responsable de la section UNI de Sciences Po. Ce que confirme également un enseignant historique de l'école. «Il y a quelques jours, quand la polémique a éclaté, je pensais que c'était totalement faux. Puis j'ai creusé et je vous confirme que des étudiants ayant utilisé l'écriture inclusive ont bel et bien été favorisés dans cet enseignement», assure-t-il.

Une polémique lancée par la députée Annie Genevard

Jeudi dernier, sur RMC, lors d'une émission des «Grandes Gueules» consacrée à l'écriture inclusive, Annie Genevard, députée Les Républicains et vice-présidente de l'Assemblée nationale avait affirmé qu'«à Sciences Po, une copie qui n'est pas rendue en langue inclusive est pénalisée, c'est insupportable». Une phrase qui avait fait énormément réagir sur les réseaux sociaux, de nombreux élèves et enseignants de l'école évoquant une «fake news». «C'est complètement faux. Je le sais bien, j'y enseigne et je note les copies des étudiants», avait par exemple tweeté François Gemenne, enseignant-chercheur dans la prestigieuse institution. L'information est immédiatement démentie par le service de communication de Sciences Po Paris et différents médias affirment dans la foulée que l'information est fausse.

Hier soir, l'association Nova, très influente dans l'école, qui a d'abord affirmé par l'intermédiaire de son président, Raphaël Zaouati, que l'information était erronée, a finalement publié un communiqué de presse pour signifier le contraire. «Nous avons démenti (...) cette pratique qu'aucun d'entre nous n'avait jamais subie ni constatée (...) mais depuis quelques jours, plusieurs d'entre vous nous ont écrit pour nous signifier que lors d'au moins un examen final, celui de

sociologie de deuxième année sur le campus de Paris, l'usage de l'écriture inclusive avait été effectivement favorisé au détriment de l'écriture normale», écrit l'association.

«Plus exactement, un demi-point bonus a été accordé aux étudiants qui s'essayaient aux points médians, aux "iels" et autres "celleux", alors même que la position officielle de Sciences Po est, tout au contraire, de ne pas faire usage de ces signes et termes», précise Nova. Joint par Le Figaro, Raphaël Zaouati, son président, insiste sur le fait qu'il «tenait vraiment à cette mise au point». «Ce que j'avais dit n'était pas vrai, j'ai donc préféré corriger. C'est ultra-minoritaire, mais cela existe effectivement, il convenait de le préciser», explique-t-il.

Contactée par Le Figaro, l'administration précise qu'elle n'a pas encore pu vérifier les faits «sur ce cas précis». Elle assure toutefois qu'«au niveau de la scolarité, aucune consigne en ce sens n'a jamais été adressée ni aux enseignants ni aux étudiants».

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsweiser-im-interview-inflationsraten-und-corona-folgen-17214546.html?premium>

WIRTSCHAFTSWEISER WARNT

„Das Risiko höherer Inflationsraten steigt“

- VON CHRISTIAN SIEDENBIEDEL
- -AKTUALISIERT AM 26.02.2021-08:32



Der Wirtschaftsweiser Volker Wieland spricht im Interview über immer höhere Staatsschulden, die Sorgen um Inflation – und die Folgen für die Verbraucher nach dem Lockdown.

Professor Wieland, rechnen Sie mit einem deutlichen Anstieg der Inflation?

Die Inflation ist schon gestiegen, unter anderem durch die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer und die Einführung eines CO₂-Preises für Mobilität und Gebäude. Das wird sich im Jahresverlauf fortsetzen.

Werden Geschäfte die Chance für Preiserhöhungen nutzen, wenn die Menschen nach dem Lockdown in Kauflaune sind?

Schon im vorigen Jahr haben manche Unternehmen höhere Kosten etwa für Hygienekonzepte oder Luftfilter auf ihre Kunden übergewälzt. Ebenso werden zukünftige Engpässe Anlass geben, in einzelnen Bereichen Preise zu erhöhen.

Über eine historische Seuche, die Pest, wird berichtet, nach einem Lockdown in Leipzig 1611 sei der Bierpreis in Gasthäusern um 11 Pfennige gestiegen. Drohen uns jetzt höhere Preise für Nahrungsmittel und Getränke?

Tatsächlich sind die Nahrungsmittelpreise im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Trotzdem kann man historische Seuchen nicht einfach mit der heutigen Pandemie vergleichen, da damals viel mehr Erkrankte gestorben sind.

Schon jetzt steigen die Preise für Stahl und Computerchips, weil es zu Lieferengpässen kommt. Wird sich dieser Effekt verstärken?

Auch das dürfte die Inflation anheizen. Die Lieferketten funktionieren allerdings gut – anders als im Frühjahr 2020. Außerdem dämpfen unausgelastete Kapazitäten die Lohn- und Preisentwicklung.

Mit den Hilfspaketen haben die Staaten in der Krise gewaltige Schulden angehäuft. Droht dadurch Inflation?

Staatsschulden können zu höherer Inflation führen, etwa wenn die Staatsschulden durch die Notenbank monetarisiert – also gegen Geld aufgekauft – werden; oder wenn ausländische Gläubiger das Vertrauen in

ihren Schuldner verlieren und ihre Anleihen verkaufen. Monetarisierung bedeutet, dass der Staat sich zwar zunächst am Markt finanziert, die Notenbank dann aber den Investoren die Anleihen gegen frisches Geld abkauft. So kommt mehr Geld ins System. Das kann die Inflation beschleunigen, insbesondere wenn die Aufkäufe permanent angelegt sind und die Anleihebestände später nicht abgebaut werden.

Droht das in der Eurozone?

Die EZB beabsichtigt ja, mit den Anleihekäufen die Inflation zu erhöhen. Sie erhöht damit die Anleihepreise und senkt die Zinsen. Die Wirkung auf die Inflation fiel wohl geringer als erhofft aus, weil andere Faktoren die Inflationsraten insgesamt niedrig hielten, etwa fallende Importpreise. Wenn sich diese Entwicklung umkehrt, fällt die dämpfende Wirkung weg.

Die Geldmenge in der Eurozone ist zuletzt stark gestiegen. Treibt das automatisch das Preisniveau in die Höhe?

Automatisch nicht, aber das Risiko mittelfristig höherer Inflationsraten steigt. Denn seit der Corona-Krise wächst das Geldmengenaggregat M3, das die Giralgeldschöpfung durch das Bankensystem umfassend berücksichtigt, sehr stark an. Während M3 zwischen 2015 und 2019 noch um 4 bis 5 Prozent wuchs, waren es 2020 mehr als 10 Prozent – wie zuletzt vor der Finanzkrise.

Warum verfolgen die Geldpolitiker die Geldmenge heute nicht mehr mit der gleichen Aufmerksamkeit wie früher?

Die EZB hat immerhin eine Zwei-Säulen-Strategie mit einer monetären Säule. Im Rahmen der sogenannten ökonomischen Säule analysiert sie die inflationäre Wirkung der Wirtschaftsleistung und Auslastung der Kapazitäten sowie der Arbeits- und Kapitalmärkte. Bei der monetären Säule geht es um mittel- bis längerfristige Trends im Geld- und Kreditwachstum. Bis 2003 hat die EZB sogar regelmäßig auf einen Referenzwert von 4,5 Prozent für das M3-Wachstum verwiesen. Danach hat die monetäre Säule wohl an Bedeutung verloren. Kritiker der Zwei-Säulen-Strategie argumentieren, dass der Zusammenhang zwischen Geldmengenwachstum und Inflation unzuverlässig und kaum mehr ausgeprägt sei. Das gilt durchaus für kleinere Veränderungen bei generell niedrigen Inflationsraten. Allerdings ist der Zusammenhang bei höheren Inflationsraten im Ländervergleich und bei anhaltenden Trendverschiebungen empirisch gut belegt. Wenn die Wirtschaft mehrere Jahre nicht wächst, aber die Geldmenge jährlich um 10 Prozent zulegt, wären Preisanstiege nicht vermeidbar.

In Europa hatte die EZB in der Finanz- und Euro-Krise die Märkte mit Geld geflutet – und es gab trotzdem keine Inflation...

In der Finanzkrise und in den Jahren danach haben die Notenbanken zwar ihre Bilanz stark ausgeweitet und viel Zentralbankgeld geschaffen, in Form von Guthaben der Banken bei der Notenbank. Die Menge des Geldes in der Hand der Unternehmen und Haushalte nahm jedoch bei weitem nicht so stark zu. Das ist jetzt aufgrund der hohen Kreditvergabe anders. Idealerweise normalisiert sich das bald wieder. Aber das muss nicht so sein.

Müssen die Menschen sich aus Ihrer Sicht unter dem Strich jetzt über die Inflation Sorgen machen?

Die Inflationsrate wird dieses Jahr jedenfalls höher ausfallen, und das Risiko, dass die Inflation auch in den nächsten Jahren höher ausfällt und das Ziel der Notenbank überschreitet, ist gestiegen. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 30 Prozent oder mehr, dass das Ziel von 2 Prozent in den kommenden Jahren überschritten wird, kann man schon rechnen. Manche sagen, die Unterauslastung der Kapazitäten aufgrund der Pandemie lasse keine höhere Inflation zu. Aber es gab schon früher, etwa in den siebziger Jahren, mal recht hohe Inflationsraten bei scheinbar geringer Auslastung.

Le Figaro (site web)

vendredi 26 février 2021 - 20:03 UTC +01:00 862 mots

Mathieu Bock-Côté:

«Une dangereuse idéologisation du savoir»

Bock-Côté, Mathieu

CHRONIQUE - En nommant l'emprise de «l'islamo-gauchisme» sur l'université, Frédérique Vidal a lancé un débat qui aurait avantage à explorer la crise bien plus vaste qui touche à la situation des sciences sociales.

Il n'est pas certain que Frédérique Vidal était pleinement consciente de l'ampleur de la crise qu'elle allait déclencher en nommant l'emprise de «l'islamo-gauchisme» sur l'université. Il fallait pourtant s'y attendre. Ce n'est pas simplement un corporatisme jaloux de ses privilèges qu'elle vient de dévoiler mais l'infrastructure institutionnelle et publiquement subventionnée de ce qu'il faut bien nommer le pouvoir sur les représentations collectives de la gauche idéologique. Le débat aura avantage à explorer la crise bien plus vaste qui touche à la situation des sciences sociales et qui même, les déborde.

Ils sont nombreux à avoir théorisé le combat métapolitique mais ils se contentaient trop souvent de croire qu'il se menait de manière désincarnée, sans s'intéresser aux structures institutionnelles assurant la production du savoir social autorisé. L'université dispose d'un pouvoir immense: celui de forger les concepts permettant de déterminer ce que nous sommes en droit de tenir pour réel. Elle dispose du prestige du savoir estampillé à prétention scientifique. De ce pouvoir, elle abuse. Ses concepts les plus loufoques percolent dans tous les domaines de l'existence et façonnent notre perception intime, et même la construction psychologique des jeunes générations, qui en viennent, par exemple, à douter de l'existence de l'homme et de la femme. Ceux qui ne prirent pas au sérieux lorsqu'il le fallait les élucubrations de la théorie du genre sont obligés aujourd'hui, pour ne pas avoir l'air réactionnaires, de répéter ses âneries.

Ainsi, en Amérique du Nord, ce n'est plus seulement dans les départements de sociologie les plus excités qu'on parle de racisme systémique et de privilège blanc. D'ailleurs, dans les grandes entreprises, on se fait désormais une fierté d'imposer aux employés des ateliers de formation qui sont en fait des séances de rééducation, où les Blancs sont invités à devenir moins blancs, par exemple. Dès lors, en société, celui qui ne les reprend pas passe pour un benêt et un crétin rétrograde. Il en paiera le prix professionnellement et socialement. On pourrait multiplier les exemples.

Demi-lettrés pompeux

Comment ne pas parler d'une idéologisation du savoir? À l'origine du politiquement correct actuel, on trouve la volonté explicite de «décoloniser» la grande tradition intellectuelle occidentale et d'abattre les grands livres qui la constituaient: c'est-à-dire de l'affaiblir spirituellement en l'asséchant culturellement. Les humanités ont été déclassées et remplacées par les savoirs à prétention décoloniale. Les champs d'études s'en réclamant se sont multipliés et sont devenus des parcours de carrière privilégiés. Pour s'y déployer, on doit explicitement adhérer aux préceptes idéologiques sur lesquels ils reposent.

Il faut peut-être avoir assisté de l'intérieur aux colloques et discussions rassemblant cuistres et pédants se félicitant entre eux de leurs avancées scientifiques indispensables à la progression des connaissances pour savoir le comique involontaire de ce milieu. Des demi-lettrés pompeux se transforment en militants de carrière sans imaginer qu'ils le sont, et vont même jusqu'à pontifier à la télévision et la radio en expliquant que l'analyse sociologique justifie le bannissement social de ceux qui ne répètent pas le catéchisme du petit milieu. Trop souvent, le commun des mortels, et même la classe politique, se laisse intimider.

L'universitaire militant se voit comme un traqueur de préjugés, et particulièrement de ceux qui seraient incrustés dans la civilisation occidentale depuis la nuit des temps. Il en arrive vite à la conclusion que le monde entier est un système discriminatoire à démanteler, et le dira dans un style ampoulé digne des précieuses ridicules. On nommera ce jargon science. Il bénéficiera, dans

l'institution, d'une prime à la radicalité. Le cœur du savoir officiel est pourtant d'une simplicité désarmante: il s'agit chaque fois, pour faire progresser les connaissances, de dévoiler, sans qu'on ne s'en surprenne trop, que l'homme blanc est une figure maléfique au cœur d'une série de systèmes discriminatoires entremêlés qu'il faudrait désormais démanteler.

Il y a quelque chose d'hallucinant à voir des professeurs pétitionnaires spécialisés dans le maccarthysme académique brandir rageusement le principe de la liberté universitaire alors qu'ils ont mené depuis longtemps un travail de verrouillage institutionnel à coups de nominations claniques. La liberté universitaire, ils l'ont pourtant trahie depuis longtemps en éradiquant le pluralisme intellectuel de l'institution. Il n'est pas certain que Frédérique Vidal ait eu conscience de tout cela en lançant sa polémique mais on lui sera reconnaissant de dévoiler une structure de pouvoir qui doit désormais être soumise à un examen critique dont elle voudrait avoir le monopole.

Le Figaro, no. 23801

Le Figaro, samedi 27 février 2021 1326 mots, p. 18

Der

Lydia Guirous : **« L'assimilation contre la désintégration de la société française »**

Pour l'essayiste, c'est la seule solution pour faire des jeunes qui rejettent les lois de la République au profit de la charia des « Français de coeur » .

Fulda, Anne

Dans son dernier livre, *Assimilation. En finir avec ce tabou français* (Éditions de l'Observatoire), l'ancienne porte-parole de LR estime que la République doit être ferme. Et prône aussi l'interdiction du voile dans l'espace public.

LE FIGARO. - Dans votre livre, vous prônez un retour de l'assimilation. Vous allez faire des vagues...

Lydia GUIROUS. - Ce n'est pas mon propos. Je plaide pour un retour à l'assimilation parce que je pense que l'assimilation est la seule solution pour éviter la désintégration de la société française. Cela fait, en effet, trente ans que l'on dit que l'intégration est un échec mais on continue à vouloir l'appliquer alors qu'elle ne fonctionne pas face à un communautarisme islamique qui tente de bâtir une contre-société. L'assimilation n'est peut-être pas la meilleure solution, mais c'est la moins mauvaise. Notamment pour ces jeunes Français, nés de parents français mais qui rejettent les lois de la République et préfèrent les lois de la charia. L'enjeu est de faire de ces « Français de papier » , élevés pour certains dans la haine de la France, des « Français de coeur » . C'est le grand défi des années à venir, et on ne doit pas laisser ce sujet à l'extrême droite, comme ce fut le cas pendant longtemps pour la laïcité. L'assimilation, c'est une générosité. C'est une manière de dire à ceux qui arrivent : voici nos codes, nos héros, notre histoire, notre façon de vivre, faites-les vôtres et « vous serez un frère dans cette République » .

Une partie de votre famille politique a cependant longtemps défendu l'intégration...

C'est vrai, la droite a longtemps été obnubilée par la manière dont elle était perçue par les médias et la gauche... Cela dit, la gauche porte bien plus la responsabilité de la situation actuelle, caractérisée, dans certains quartiers, par la montée du communautarisme, le recul de la laïcité et du droit des femmes. La génération des années 1980, qui était encore dans la culpabilité postcoloniale, a tout lâché, notamment à travers un regroupement familial irrationnel et dérégulé. Cette disposition était une disposition humaniste, mais elle aurait dû être conditionnée à une exigence d'assimilation, afin que le pays d'accueil indique clairement aux personnes qui arrivent ce qu'il attend d'eux pour faire nation. Ce n'est pas ce qui s'est passé : la République a souvent cédé et les nouvelles populations, arrivant parfois dans des quartiers déjà communautarisés, n'ont pas fait l'effort de s'assimiler.

L'assimilation demeure une notion clivante qui effacerait, annihilerait, selon certains, les origines...

Ce n'est pourtant pas le cas. Je me considère ainsi comme « assimilée » mais cela ne m'empêche pas d'avoir une connaissance des traditions de mon pays d'origine, l'Algérie. Il n'est cependant pas question pour moi de les imposer dans la sphère publique ou d'en faire une revendication identitaire. Ceux qui voulaient discréditer l'assimilation l'ont diabolisée en la présentant comme un concept qui exige que vous soyez une « page blanche » . Cela n'a pas de sens. Aucun homme ne peut oublier d'où il vient. On porte tous l'histoire de nos parents et de nos grands-parents. Sans rien oublier, l'assimilation permet de faire souche.

Vous évoquez la création de parcours de citoyenneté républicaine. C'est-à-dire ?

Parler de République sans incarnation revient à agiter des concepts qui ne parlent plus à grand monde. Il faut donc des incarnations dans notre histoire. C'est pourquoi je pense qu'il faut instaurer des parcours de citoyenneté républicaine (pour apprendre l'égalité hommes-femmes, le drapeau, nos grands hommes, l'histoire de nos valeurs), de la maternelle jusqu'au bac, avec un examen et une cérémonie. C'est indispensable car il y a aujourd'hui des parents qui apprennent à leurs enfants le rejet de la France. Ces parcours accompagneront les enfants avec une forme de « catéchisme républicain » qui pourra contrecarrer les discours séparatistes de leur environnement.

Et si les parents s'y opposent, comme cela arrive souvent ?

L'école de la République doit former des républicains. Si les parents ne sont pas d'accord, si des enfants refusent les hommages à Samuel Paty ou soutiennent les actes terroristes, si l'on apprend que des petites filles sont voilées en dehors de l'école, les services sociaux doivent intervenir. Je propose que les enfants qui grandissent avec les discours radicalisés de leurs parents et le rejet des valeurs de notre pays soient éloignés la semaine dans des internats. La République doit leur permettre de sortir d'un écosystème dangereux pour leur avenir et celui de notre société.

Trouvez-vous qu'Emmanuel Macron ait évolué sur le sujet ? Et que pensez-vous du projet de loi « séparatisme » , qui ne traite pas de la question du voile ?

Il faut le reconnaître et le saluer. Emmanuel Macron a évolué dans son discours des Mureaux : il a nommé les choses précisément. Par ailleurs, Gérald Darmanin a présenté un projet de loi courageux, qui est un pas en avant, même s'il est incomplet. Concernant le voile, je reste convaincue qu'il faut l'interdire à l'université et pour les petites filles, et qu'il faut sanctuariser l'école publique en la protégeant du prosélytisme durant tout le temps scolaire. Je regrette aussi les trop nombreuses dérogations sur la scolarisation obligatoire dès 3 ans. À dire vrai, je pense même que l'interdiction du voile dans l'espace public est devenue une nécessité car le voile est devenu politique, identitaire. Il est devenu un marqueur de la progression de l'islamisme. Sa multiplication est le symbole de l'échec de l'intégration et de la lutte contre l'islamisme politique. Il y a un moment où il faut dire stop. Interdire le voile serait un moyen de montrer la détermination de la République à rejeter ce symbole d'asservissement, contraire aux principes de dignité de la personne, d'émancipation et d'égalité hommes-femmes. Alors que dans certains quartiers on constate une intégration à l'envers - les habitants sont obligés de prendre les codes d'une minorité religieuse radicalisée pour vivre en paix -, je le répète, l'assimilation est le seul moyen pour refaire des « Français de coeur » . Il y a urgence à agir, et sans trembler. La République doit donc être ferme, en premier lieu auprès des jeunes générations, qui sont les plus radicalisées, les plus revendicatives. Si on cède maintenant, autant dire au revoir à la France telle que nous la connaissons.

« Je suis fière d'être française » , écrivez-vous. Diriez-vous que vous êtes un exemple d'assimilation réussie ?

Mon exemple en est un parmi d'autres. Je suis née en Kabylie, dans une famille modeste dans laquelle on savait que c'était une chance d'être en France. Nous lui devons beaucoup comme tant d'autres familles immigrées. Je suis scandalisée par l'ingratitude et les procès outranciers faits à la France par Camélia Jordana ou Assa Traoré. Je crois qu'il est temps que la France et les Français dans leur ensemble retrouvent la fierté d'être français. L'assimilation est aussi un moyen de retrouver cette fierté. Rappelons que beaucoup d'immigrés ont fui la misère et la guerre et ont pu se construire une vie confortable, dans la sécurité, grâce à notre pays. Au moment où les indigénistes et autres déboulonneurs de statues n'ont qu'une vision négative de la France, moi, je propose de l'aimer plus fort et de clamer notre fierté d'être français, qu'important nos origines. Sans aucun « oui mais » . Le jour où nous pourrons le dire sans passer pour des « réacs » ou des « traîtres aux origines » , nous aurons vaincu le séparatisme.

BÜRGERRECHTLER IM STREIT:

Wer wacht über die Revolution von 1989?

- VON STEFAN LOCKE, LEIPZIG
- -AKTUALISIERT AM 27.02.2021-20:06



Tobias Hollitzer und Gesine Oltmanns waren in der Bürgerrechtsbewegung der DDR. Heute reden sie kein Wort mehr miteinander. Zu unterschiedlich sind ihre Vorstellungen von Aufarbeitung. Wer hat die Deutungshoheit?

Wenn die Gemengelage unübersichtlich wird, empfiehlt es sich, die Dinge zu sortieren. So wie im Leipziger Museum in der „Runden Ecke“: Hier hat alles seine Ordnung, denn die Staatssicherheit ist aus dem mächtigen Gebäude am Innenstadtring quasi nie ausgezogen. Im Erdgeschoss links ist der Geheimdienst heute noch zu erleben; Raum für Raum werden seine Geschichte und Methoden sichtbar – von den Anfängen nach dem Krieg als Nachbau der sowjetischen Geheimpolizei Tscheka bis zu seinem Ende im Dezember 1989.

Vier Jahrzehnte Abgründe sind hier in knapp zwei Dutzend Räumen mit Schautafeln und Vitrinen akribisch sortiert, und es gibt einen Mann, der penibel darauf achtet, dass auch alles an seinem Platz bleibt. Er heißt Tobias Hollitzer, ist Herr über 400.000 Ausstellungsobjekte, und er kann zu jedem einzelnen einen Vortrag in epischer Länge halten.

„Hier, schauen Sie sich das an“, ruft Hollitzer, als er durch die derzeit von Besuchern verwaisten einstigen Stasi-Büros eilt. Stehen bleibt er vor einem Schrank mit Perücken, Augenbrauen, Bärten, Sonnenbrillen und Klebe-Nasen. In Vitrinen liegen Anleitungen zur Tarnung, wie sie Stasi-Auszubildende in der OPM erhielten, das steht für „Operative Personen-Maskierung“. „Wenn man das sieht, muss man eigentlich lachen“, sagt Hollitzer.



Tobias Hollitzer, Vorsitzender des Gedenkstättenvereins :Bild: Robert Gommlich

Es sieht ja auch alles aus wie in einem schlechten Agentenfilm. Nur für die Beobachteten konnte daraus im schlimmsten Fall tödlicher Ernst werden. „So einfach wie im ‚Leben der Anderen‘ hat das ja nicht funktioniert“, sagt er. In dem Oscar-gekrönten, aber von der Realität dann doch ziemlich weit entfernten Kino-Streifen beobachtet etwa eine alte Frau, wie die Stasi heimlich die Wohnung ihrer Nachbarn filzt. Hollitzer wiederum erzählt, wie die Stasi in solchen Fällen das gesamte Umfeld unter verschiedensten Legenden von einer solchen Wohnung fernhielt, um in Ruhe ihrer, nun ja, Arbeit nachgehen zu können.

Die Stasi ist Hollitzers Lebensthema. Am 4. Dezember 1989 war er 23 Jahre alt und dabei, als die Montags-Demonstranten nicht mehr an der Stasi-Bezirksverwaltung vorbeizogen, sondern das Gebäude besetzten. Denn da drin, so lautete ein Gerücht, liefen die Aktenvernichter auf Hochtouren. „So war es auch“, sagt Hollitzer. Den Demonstranten und Bürgerrechtlern gelang es, die Geheimdienstzentrale zu sichern. „Krumme Ecke – Schreckenshaus – wann wird ein Museum draus?“, hieß es schon Anfang November auf einem Transparent.

Bedeutung über Leipzig hinaus

Einige der Besetzer gründeten einen Verein, das „Bürgerkomitee Leipzig für die Auflösung der Staatssicherheit“, der heute Träger der Gedenkstätte und des Museums ist. Hollitzer, dem die **SED** das Abitur verweigert hatte, widmete sich fortan der Stasi-Aufarbeitung, erst als Vize-Leiter der Leipziger Außenstelle der Unterlagenbehörde und später im benachbarten Museum, dessen Leitung er 2007 übernahm. „Stasi – Macht und Banalität“ heißt die dort seit 30 Jahren unverändert gezeigte Dauerausstellung.



Demonstranten vor der Leipziger Stasi-Zentrale im November 1989 :Bild: © epd-bild / Jens Schulze

Genau daran hat sich nun ein heftiger Streit entzündet, bei dem es vordergründig um die Ausstellung geht, tatsächlich aber auch um die Deutungshoheit über die Friedliche Revolution und die Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der deshalb über Leipzig hinaus von Bedeutung ist.

Nur wenige hundert Meter von der „Runden Ecke“ entfernt sitzt Gesine Oltmanns in der vor zehn Jahren gegründeten „Stiftung Friedliche Revolution“, die sich das Ziel gesetzt hat, den Herbst 1989 nicht nur ins Museum zu stellen, sondern den Geist von damals auch heute lebendig zu halten. Oltmanns gehörte zu den ersten Montagsdemonstranten; im September 1989 rissen ihr Stasi-Leute in Zivil ein Transparent mit der Aufschrift „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ herunter. Die von Reportern gefilmte Szene ging um die Welt. Oltmanns war bei der Aktenrettung in der „Runden Ecke“ dabei, und ab 1990 arbeitete auch sie in der Leipziger Außenstelle der [Stasi-Unterlagenbehörde](#), zusammen mit Tobias Hollitzer.

„Total verstaubt und völlig überholt“

Heute reden beide kein Wort mehr miteinander. Oltmanns hält die Stasi-Ausstellung für „total verstaubt und völlig überholt“, und sie sagt das auch öffentlich. Die Schau sei auf dem Stand von 1990 stehengeblieben, sie ignoriere die aktuelle Forschung, vermittele Wissen nur frontal und sei weder ein Lern- noch ein Bildungsort. Vor 30 Jahren sei die Ausstellung genau richtig gewesen, sagt sie. „Heute wirkt sie wie eine Heimatstube der Stasi-Auflösung.“



Gesine Oltmanns, Vorstandsmitglied der Stiftung Friedliche Revolution :Bild: Robert Gommlich

2019 wollten Oltmanns und neun weitere Frauen und Männer, darunter mehrere einstige Bürgerrechtler, Mitglied im Verein Bürgerkomitee werden. Ihr Plan war, Veränderungen von innen anzustoßen. „Wir wollten uns einbringen, der Verein braucht frische Energie.“

Der Vorstand aber lehnte ab und begründete das damit, dass die Anträge „im Rahmen einer konzertierten Aktion überwiegend aus einem politischen Spektrum“ kämen. Oltmanns weist das zurück. Vier der Antragsteller seien bei den Grünen, einer bei der CDU und die anderen, so wie sie selbst, parteilos. „Das war eine einzige Brüskierung“, sagt sie. „Für mich gehört die ‚Runde Ecke‘ zum Herbst 1989 dazu, ich war Tag für Tag dort und habe Akten gesichtet, und dieses Wissen will ich weitergeben. Aber so, wie es jetzt dort gemacht wird, finde ich es beschämend.“

Konservierung statt Historisierung?

Oltmanns betont, dass Hollitzer „große Verdienste“ um den Erhalt der „Runden Ecke“ habe, dass sie aber seine seit vielen Jahren praktizierte Abwehr jeglicher Veränderung nicht verstehe. „Wir sind jetzt an einem Punkt, an dem es nicht mehr geht.“ Die Kölner Historikerin Christine Gundermann urteilte jüngst in der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“, das Museum „erscheine wie eine Erbstätte“ des Bürgerkomitees, in der es nicht um eine Historisierung der Stasi, sondern „eher um eine Konservierung der einmal erarbeiteten (historischen) Deutung“ gehe.

Ein nicht minder scharfes Urteil fällt Johannes Beleites. Der Jurist, der in der DDR in der kirchlichen Umwelt- und Friedensbewegung aktiv war, ist seit 1990 im Verein Bürgerkomitee und heute mit 53 Jahren das zweitjüngste unter den noch 20 Mitgliedern. Die Ausstellung hat er einst selbst mit aufgebaut. „Und da bin ich stolz drauf“, sagt er. Doch auch er findet, dass sie längst obsolet sei. Beleites engagiert sich im Verein, aber das interne Klima sei schon lange unerquicklich, sagt er. Der Vorstand agiere eigenmächtig und intransparent, Kritiker würden rausgeekelt und Gleichgesinnte protegiert; die Absage an Oltmanns und ihre Mitstreiter wundere ihn nicht.

Hollitzer und seine Leute seien in einem Freund-Feind-Denken gefangen wie einst die Stasi, sagt Beleites: „Da konnte man sich auch nicht einfach bewerben, sondern man wurde gezielt ausgesucht.“ Jede Kritik an Verein und Museum werde der Vorstand als Verrat an der Friedlichen Revolution. Hollitzer wiederum sagt, weil die Kritiker inhaltlich nichts zu bieten hätten, werde er persönlich diffamiert. Er kontert mit einem Verweis auf Peter Steinbach, Leiter der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der dem Museum „Authentizität“ und „Professionalität“ bescheinigt.

Keiner will sich an der Friedlichen Revolution verheben

Das Ganze ist auch deshalb von Belang, weil es um viel Geld geht. Rund eine halbe Million Euro erhält der private Verein im Jahr, 200.000 Euro vom Land Sachsen und je 150.000 Euro von der Stadt Leipzig und der Bundesregierung, die auch die Räume mietfrei zur Verfügung stellt. Keine Gedenkstätte in Sachsen bekommt mehr Geld von der öffentlichen Hand. Vor vier Jahren stellte die Stadt, für die das Thema auch touristisch und international große Bedeutung hat, Bedingungen für die Zahlung: Das Museum müsse modernisiert und ein wissenschaftlicher Beirat berufen werden. Beides ist bisher nicht passiert, doch das Geld floss.

Zwar teilt die Stadtverwaltung viele Argumente der Kritiker, doch der ursprünglich aus dem Westen stammende SPD-Oberbürgermeister und auch die von der Linken entsandte Kulturbürgermeisterin wollten sich am Thema „Friedliche Revolution“ nicht verheben, heißt es in der Stadt, genauso wenig wie die meist westdeutschen Entscheider in Land und Bund.



Mehrere hundert DDR-Bürger demonstrieren am 4. September 1989 vor der Nikolaikirche in Leipzig für Reisefreiheit. :Bild: epd-bild/Andreas Schoelzel

Darüber hinaus berührt der Streit ein grundsätzliches Problem bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit – und zwar nicht nur in Leipzig. Die Erlebnisgeneration tritt langsam in den Hintergrund, der Fokus verschiebt sich vom Sammeln von Objekten und Berichten hin zur Analyse. Das sei ein ganz natürlicher Prozess, vergleichbar mit den achtziger Jahren in der Bundesrepublik, sagt der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk. „Die Sammlungsobjekte sprechen nicht mehr für sich selbst, sondern müssen für die, die es nicht erlebt haben, übersetzt werden.“ Die bloße Konfrontation und Empörung, so wie es sie lange auch in der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen gab und in Leipzig zu erleben ist, funktioniert nicht mehr.

Die Gründer, „die unglaubliche Verdienste haben, indem sie das alles überhaupt erst ans Licht brachten und bewahrten“, sähen deshalb nun ihr Lebenswerk bedroht.

Manche Bürgerrechtler noch immer traumatisiert

Wir haben zu lange zu alldem geschwiegen“, sagt Johannes Beleites. „Wir wollten uns nicht öffentlich zerlegen, damit sich Stasi-Leute und die Linke noch ins Fäustchen lachen.“ Doch Dogmatismus und Einseitigkeit der Aufarbeitung schadeten dem Anliegen, über Diktaturen aufzuklären und vor Gefahren zu warnen.

Die Schar der einstigen Bürgerrechtler ist in dieser Frage gespalten; es gibt manche, die von ihrem Leiden in der DDR noch immer traumatisiert sind und die deshalb einen Kurs der rigorosen Konfrontation für richtig halten. Bürgerrechtler wie Hollitzer fürchten eine Tendenz zur Weichspülung, wenn an ihren Objekten heruminterpretiert werde. Die gebe es in der Tat, sagt Kowalczuk. Vor allem bei der jungen Generation, die angesichts der globalen Krisen der vergangenen Jahre den demokratischen Sozialismus als Alternative entdeckte und deshalb die Trümmer des realen Sozialismus nonchalant beiseite fege.

„Es ist schon abenteuerlich, wie da die DDR im Rückblick immer schöner wird“, sagt der Historiker. „Das lässt Schlimmes ahnen, da kann ich Herrn Hollitzer durchaus verstehen.“ Kowalczuk gibt aber auch Entwarnung. So habe etwa die Historisierung des Nationalsozialismus durch nachfolgende Generationen bisher nicht zur Verharmlosung geführt, die Gedenkstätten seien multiperspektivisch und in ihrer Haltung eindeutig. „Das sollte Vorbild für die Weiterentwicklung der ‚Runden Ecke‘ sein.“

„Kein Gruselkabinett aufbauen“

Niemand von ihnen wolle die SED-Diktatur verharmlosen, sagt Johannes Beleites, dem die SED einst ebenfalls Abitur und Studium verwehrte. Auch gehe es nicht darum, dem Museums-Zeitgeist zu frönen und bunte Mitmach-Knöpfe oder Multimedia-Effekte in die Ausstellung einzubauen. „Wenn wir aber wollen, dass die Leute begreifen, wie Diktatur funktioniert, müssen wir sie auch begreifbar machen, wir müssen die weichen Faktoren zeigen, wie Menschen in die Fänge der Stasi gerieten, und kein Gruselkabinett aufbauen, wo sich Leute heute gar nicht mehr vorstellen können, wie man denn da überhaupt mitmachen konnte.“ Zudem gehe es darum, die eigene Arbeit zu reflektieren. „Auch wir haben mit der Stasi-Aufarbeitung tief in Biographien eingegriffen“, sagt Beleites, „manche haben sich gar das Leben genommen.“ Auch darüber müsse geredet werden.



So, wie die Stasi den Ort verlassen hat: Ausstellung in der Gedenkstätte :Bild: Robert Gommlich

Tobias Hollitzer schüttelt den Kopf, wenn er das hört. „Es geht in einer Gedenkstätte vor allem um die Perspektive der Opfer“, sagt er. „Wir können hier keine Empathie für Täter entwickeln.“ Es sei zudem „nicht unsere Kernaufgabe, für heutige Probleme zu sensibilisieren und die Stasi und die Friedliche Revolution dabei nur als Vehikel zu benutzen“. Besucher sollten die Dimension der Überwachung und Repression in

einer kommunistischen Diktatur spüren, um so die 1989 errungene Freiheit und Demokratie zu schätzen. „Das ist bis heute meine Motivation.“

Die Ausstellung sei inzwischen selbst ein Zeitzeugnis, ein museales Objekt, das als Teil einer künftigen modernen Schau erhalten bleiben müsse, sagt Hollitzer. Für ihn symbolisiert sie auch einen Akt der Selbstbefreiung am Originalort des Geheimdienstes. „Die Räume sind noch weitgehend so, wie die Stasi sie verlassen hat“, sagt er beim Gang durch sein Museum. Es klingt beinahe zärtlich. Er verweist auf das Linoleum auf dem Fußboden, das noch genauso rieche, wie es „Horch und Guck“ 1989 hinterließ, auch die Original-Rauhfasertapete klebt noch an der Wand; dass sie mal weiß war, lässt sich nur noch erahnen. Die Türen sind abgegriffen, die teils handbeschrifteten Stellwände fleckig und vergilbt.

Wie es weitergeht, ist offen. Die Stadt will ein „Forum für Freiheit und Bürgerrechte“ in Erinnerung an den Herbst 1989 auf dem Areal der „Runden Ecke“ errichten. Mehrere Einrichtungen sollen dort Platz finden, der Häuserkampf ist in vollem Gange. Auch das ist ein Hintergrund des Streits. Hollitzer sieht darin die Gelegenheit, mit dem Museum zu expandieren; dessen Trägerverein, das Bürgerkomitee, hat ein Konzept zur Zukunft des Hauses entwickelt. Bei den von der Stadt beauftragten Gutachtern fiel es jedoch durch. Sie kritisieren eine „zu eingeeengte“ Argumentation, die „keinen Raum für eine selbstkritische Infragestellung“ lasse und für eine künftige kulturelle Bildungsarbeit „nur wenige überzeugende Antworten parat“ halte. Statt „diesen herausragenden und repräsentativen Ort der Friedlichen Revolution“ nachhaltig zu entwickeln, fordere der Verein vor allem mehr Platz und mehr Geld.

Ilko-Sascha Kowalczyk moniert zudem fehlende Kontrolle. „Der Verein muss sich auch angesichts der enormen öffentlichen Förderung demokratisieren“, sagt er. Hollitzer wiederum hat die Stadt verklagt, weil sie erstmals überhaupt einen kleinen Teil des Fördergeldes zurückgestellt hat. Land und Bund haben das bisher nicht getan, sie mahnen lediglich wissenschaftliche Expertise an, seit neuestem ergänzt um das Wort „dringend“.

Gut 130.000 Besucher jährlich

„Die Ausstellung funktioniert doch“, entgegnet Hollitzer und zeigt auf lobende Worte im Gästebuch. Gut 130.000 Besucher kommen jährlich hierher, das ist Platz drei unter den Leipziger Museen. In einer Umfrage plädierten drei Viertel der Besucher dafür, das Museum im jetzigen Zustand zu erhalten.

Hollitzer zeigt auf in Aktentaschen eingebaute Kameras, Abhörwanzen, Zersetzungspläne. Eines seiner Lieblingsobjekte ist eine Briefpresse, die eine Maschinenfabrik in Karl-Marx-Stadt eigens hergestellt hatte, damit die Stasi Briefe wieder glätten konnte, die sie zuvor kopiert und aus denen sie Devisen gestohlen hatte. Mehrfach habe er das Objekt der Sächsischen Landesausstellung angeboten, die sich im vergangenen Jahr mit der Industriekultur im Freistaat beschäftigte. „Null Interesse“ habe es daran gegeben. Für ihn ist das nur ein weiterer Beweis, wie wichtig sein Museum sei.

VOR 30 JAHREN:

Als die D-Mark kam

- VON STEFAN LOCKE
- -AKTUALISIERT AM 01.07.2020-06:49



Es war ein Sonntag, aber die Geschäfte hatten zur Feier des Tages geöffnet. Am 1. Juli 1990 wurde die D-Mark auch in der DDR offizielles Zahlungsmittel. Das hatte nicht nur positive Folgen.

Der 1. Juli 1990 war ein Sonntag, an dem im Osten Deutschlands bereits um Mitternacht Geschäftliches geregelt wurde. In der ganzen DDR bildeten sich vor Banken, die um diese Zeit zu öffnen versprochen hatten, lange Schlangen, um endlich die heißersehnte D-Mark in Empfang nehmen zu können. Selten ist ein Wunsch schneller in Erfüllung gegangen als 1989 der der Ostdeutschen nach einer Währung, mit der sie sich in der Welt, zu der sie sich gerade revolutionär Zugang verschafft hatten, blicken lassen konnten.

„Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh’n wir zu ihr“, lautete eine Forderung auf den Transparenten im Spätherbst 1989, als die Mauer eingerissen war. Der Spruch war ultimativ. Seit die Grenze offen stand, verließen Monat für Monat bis zu 200000 Menschen die DDR in Richtung Bundesrepublik, was die Kapazitäten dort überstrapazierte und die DDR an den Rand des Zusammenbruchs brachte, da – wie bis zum Mauerbau 1961 – vor allem junge und gut ausgebildete Menschen das Land verließen.

Als bereits Anfang Februar 1990 Bundeskanzler Helmut Kohl völlig überraschend eine Währungsunion zwischen beiden deutschen Staaten vorschlug, hatte der bevorstehende Volkskammer-Wahlkampf sein Hauptthema gefunden. Es ging nun weniger um eine reformierte DDR, sondern um den schnellsten Weg zu Einheit und Wohlstand. Kohls Kalkül, die Stimmung im der Union zunächst nicht sonderlich zugeneigten Ost-Wahlvolk zu drehen, ging auf. Die bis eben noch im Block mit der SED regierende CDU gewann haushoch.

Unter dem Druck der Straße

Die neue und erste frei gewählte Regierung der DDR mit Ministerpräsident Lothar de Maizière konnte dem Druck der Straße und dem aus Bonn nur noch folgen. Schon am 18. Mai, zwei Monate nach der Wahl, unterzeichneten Kohl und de Maizière sowie die Finanzminister beider Staaten den Vertrag über Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die wiederum sechs Wochen später, am 1. Juli, in Kraft trat.

Eine entscheidende Frage freilich war der Umtauschkurs. Offiziell lag er bei 1:5, doch die Nachfrage war so groß, dass auf dem Schwarzmarkt bis zu 20 DDR-Mark je D-Mark gezahlt wurden. Bei aller Euphorie wuchs in der DDR die Sorge, dass etwa bei einer Halbierung der ohnehin geringen Löhne und Gehälter durch die Währungsreform das Leben nicht mehr finanzierbar sein würde.

Zugleich warnten Ökonomen in Ost und West vor einem währungspolitischen Schnellschuss, der die Wirtschaft im Osten zerstören und die Bundesrepublik womöglich finanziell überfordern könnte. Doch Kohl setzte sich über alle Bedenken hinweg, indem er einen Umtauschkurs von 1:1 für „Löhne, Gehälter, Stipendien, Mieten, Pachten und Renten sowie andere wiederkehrende Versorgungszahlungen“ festlegte. Einwände der Regierung der DDR wie Bedenken des Präsidenten der Bundesbank wischte der Kanzler beiseite.



Die Begeisterung über die neuen Verhältnisse war nicht ungetrübt. Demonstranten in Leipzig. :Bild: dpa

Für Vermögen galt ein Umtauschkurs von 1:2 mit nach Alter gestaffelten Freibeträgen zwischen 2000 Mark (für Kinder bis 14 Jahre), 4000 Mark und 6000 Mark (für Bürger ab 60 Jahren), die ebenfalls 1:1 umgetauscht wurden. Weil das Geld dafür auf einem Konto sein musste, eröffneten die Menschen in den Tagen vor der Währungsunion noch jede Menge Konten, um die Freibeträge ausschöpfen zu können.

In den Geschäften der DDR wiederum leerten sich Ende Juni 1990 die Regale; die Mitarbeiter machten Platz für Produkte, die ab 1. Juli, der zur Feier des Tages verkaufsoffen war, fast ausnahmslos aus dem Westen kamen. Weil der Handel in der DDR noch in Händen der HO (Handelsorganisation) sowie der Konsumgenossenschaften lag, errichteten westdeutsche Discounter Zelte oder mieteten sich in kurzfristig geräumte Lager und Schulturnhallen ein, die angesichts der eine Woche später beginnenden und letztmalig acht Wochen dauernden Sommerferien temporär frei waren.

Auch D-Mark konnte Fortzug nicht stoppen

Die Menschen kauften mit dem neuen Geld ein, als würde es tags darauf schon wieder abgeschafft werden, der Nachholbedarf war immens. Für viele westdeutsche Unternehmen brach eine goldene Zeit an, während sich die ohnehin gebeutelte Wirtschaft im Osten von dem „Währungsschock“ nicht mehr erholte. Sie verlor ihre bisherigen Hauptkunden in Osteuropa, die nicht in D-Mark zahlen konnten, während die Kosten vor allem für Lohn und Gehalt sowie den Schuldendienst stiegen.

Letzteres erwies sich als fataler Fehler, den die Architekten der Währungsunion im Bundesfinanzministerium trotz Warnungen gemacht hatten: In der DDR-Planwirtschaft mussten Betriebe ihre Gewinne komplett an den Staat abführen, der ihnen wiederum Geld für Investitionen bereitstellte. Diese fiktiven Schulden mussten die Firmen nun anteilig in ihre D-Mark-Eröffnungsbilanzen aufnehmen und an westdeutsche Banken zurückzahlen, welche die Kredite nie gewährt hatten. Westdeutschen Investoren erließ die Treuhand meist diese „Altschulden“, die dann der Staat übernahm.

Mit der Währungsunion trat zugleich die Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft, was im Wesentlichen die Übernahme der westdeutschen Wirtschafts- und Sozialordnung in der DDR bedeutete. Und weil am 1. Juli auch endgültig die Grenzkontrollen zwischen beiden deutschen Staaten sowie von und nach West-Berlin wegfielen, war die Einheit, die formal gut drei Monate später vollendet werden sollte, an diesem Tag praktisch vollzogen. Den Fortzug der Menschen aus Ostdeutschland aber konnte die Einführung der D-Mark nicht stoppen, seit 1990 verließen vier Millionen Menschen ihre Heimat im Osten. Und der Aderlass dauert an, auch wenn die D-Mark selbst schon längst wieder Geschichte ist.

L'écriture inclusive doit être interdite dans les concours de recrutement

- [Vincent Tournier](#)

18 février 2021



Depuis son émergence à la fin des années 2010, l'écriture inclusive s'est diffusée comme une traînée de poudre dans les milieux militants ainsi que dans les cercles universitaires où elle tend à devenir la norme.

Par écriture inclusive, on entend non pas la simple féminisation des métiers ou des fonctions, ce qui ne serait ni nouveau, ni contestable (même si on peut parfois trouver que l'intérêt ou la nécessité de certains changements reste discutable), mais une modification en profondeur des règles de la langue française, ce qui se traduit notamment par le recours au point médian (les *étudiant.e.s*), la fusion des pronoms personnels (*iles* remplace *ils* et *elles*, *toustes* remplace *toutes* et *tous*) et le changement dans les règles d'accords (*les navets* et *les carottes sont belles*).

Nous voudrions revenir ici sur les graves problèmes que pose cette écriture et suggérer une piste pour s'y opposer : son bannissement des examens et des concours au nom de l'égalité des candidatures et de la lutte contre les discriminations.

Le succès de l'écriture inclusive révèle aussi son échec

Le constat est facile à dresser : l'écriture inclusive triomphe sur les campus, mais elle est en déroute quasi-totale dans le reste de la société. Elle n'a su convaincre ni les enseignants du primaire et du secondaire, ni le monde de l'édition (Hatier a tenté de [proposer un manuel](#) en écriture inclusive mais il a suscité une levée de boucliers), ni même les grands journaux, y compris ceux qui lui étaient *a priori* favorables comme *Le Monde* ou *Libération* (mais seul ce dernier [a pris la peine d'explicitier son refus](#)). Même les contributeurs de l'encyclopédie en ligne Wikipédia [lui restent hostiles](#). Quant aux sites d'informations et aux revues savantes, rares sont ceux qui y ont recours, et ceux qui le font l'invitent souvent à la modération, à l'image de la revue *Sociologie du travail* qui [demande à ses contributeurs](#) de limiter drastiquement l'usage du point médian.

Cet échec réduit à néant un argument important des partisans de l'écriture inclusive, à savoir qu'une langue doit savoir évoluer pour mieux s'adapter aux mœurs. Non seulement l'écriture inclusive ne s'est pas imposée dans les usages, mais l'argument de l'adaptation est ici utilisée de manière fallacieuse en raison des caractéristiques même de l'écriture inclusive : premièrement, celle-ci ne se contente pas de proposer des changements limités mais vise au contraire à changer les règles de base de la langue ; deuxièmement, elle se situe sur le terrain de l'écrit alors que les évolutions spontanées se font généralement à l'oral (c'est le cas pour la

féménisation des métiers) ; et troisièmement elle ne consiste pas en une réponse pragmatique destinée à résoudre des difficultés pratiques qui auraient surgi avec les transformations de la société (par exemple pour désigner une femme préfet ou un homme sage-femme) mais découle d'un projet politique porté par une élite intellectuelle qui voit dans l'écriture inclusive un levier pour transformer la société.

Un projet idéologique global

L'écriture inclusive est présentée par ses promoteurs comme une solution pour lutter contre les inégalités entre les sexes. Cette posture part du principe que la langue française constitue un carcan foncièrement conservateur et sexiste, ce qui repose sur une contradiction évidente : cette manière de voir ne permet pas d'expliquer pourquoi la cause des femmes a pu progresser considérablement avant l'apparition de l'écriture inclusive, ni pourquoi l'écriture inclusive surgit au moment où la situation des femmes n'a jamais été aussi favorable. Du reste, on peut s'étonner que les partisans de l'écriture inclusive accordent autant d'importance à la langue écrite, oubliant que la politique relève essentiellement de la joute orale, et faisant fi de la plus élémentaire sociologie matérialiste des groupes et des intérêts qui rappelle que les rapports de force ne se réduisent pas à des aspects symboliques.

L'adhésion à une explication monocausale et déterministe, tout comme le refus d'envisager les contre-arguments, en disent long sur la dimension idéologique de l'écriture inclusive. Ce n'est pas un hasard si celle-ci est apparue dans le contexte du Brexit et de la présidence Trump, en lien avec les mouvements anti-sexistes (le phénomène #MeToo) et anti-racistes (Black Lives Matter). L'écriture inclusive est d'abord un instrument de combat. Elle est la pointe émergée d'une idéologie globale formée à partir d'un discours hypercritique qui accuse les sociétés occidentales d'être structurellement machistes et racistes, éternellement dominatrices et prédatrices, bref coloniales par essence. La fascination pour l'écriture inclusive résulte ainsi d'une forme de culpabilité, sinon d'une détestation, qui prend d'autant plus de force que les imperfections des sociétés occidentales sont jugées à l'aune des valeurs égalitaires qu'elles proclament.

On aurait tort, dans ces conditions, de traiter l'écriture inclusive par le dédain en y voyant une simple lubie d'intellectuels en quête d'agitation ou de reconnaissance. Ce serait prendre le risque de sous-estimer son caractère potentiellement dévastateur. Car à terme, c'est l'ensemble du patrimoine intellectuel et culturel français qui risque de se retrouver dans le collimateur de l'écriture inclusive. Si cette dernière devient en effet la norme dans les milieux intellectuels, c'est toute la production culturelle issue du passé qui sera jugée en fonction d'elle. La Déclaration des droits de l'homme du citoyen apparaîtra comme un texte odieux, de même que la Constitution de 1958. Au-delà, c'est l'ensemble de la littérature française qui fera l'objet d'un profond mépris. Les textes anciens n'auront pas d'autres choix que d'être soit envoyés aux oubliettes de l'histoire, soit réécrits à l'aune des nouvelles normes morales, à moins que l'on décide tout simplement d'abandonner la langue française pour cause d'obsolescence au profit d'une langue jugée plus conforme aux valeurs du temps présent (l'anglais ?).

Un environnement propice

La facilité avec laquelle l'écriture inclusive se diffuse dans les milieux universitaires, notamment dans les sciences sociales et politiques, doit être vue avec inquiétude. Que des gens diplômés et cultivés puissent souscrire à une écriture aussi précieuse que ridicule, à la fois imprononçable et illisible, et même susceptible d'implications aberrantes (faudra-t-il écrire « les soldat.e.s de 1914 » ou, pire, les « poilu.e.s » ?), révèle la fragilisation de l'esprit rationnel et la faiblesse des défenses immunitaires. Aveuglés par l'idéologie, les partisans de l'écriture inclusive ne voient même pas qu'ils se retrouvent en contradiction avec leurs propres principes puisque l'écriture inclusive se révèle à la fois socialement très injuste (elle exclut les personnes peu lettrées, *a fortiori* les handicapés et les autistes) et culturellement très chauvine (elle multiplie les barrières pour les étrangers).

Il reste que l'écriture inclusive a le vent en poupe dans le monde académique. Elle est devenue un marqueur, un code de reconnaissance, un moyen de distinction sociale selon les termes de

Pierre Bourdieu, brandi ostensiblement par une nouvelle aristocratie qui se veut au service du Bien et de la régénérescence morale. Cette écriture a d'autant plus de chance de devenir la nouvelle norme dans les cercles intellectuels que, portée par des militants vindicatifs, elle bénéficie d'un environnement favorable dans des universités qui souffrent d'un déclin relatif. Une certaine précarité s'est en effet installée. Tout un pan du personnel universitaire (vacataires, doctorants ou post-doctorants) est gagné par le déclassement et souffre d'un manque de sécurité et de considération. Cette fragilité rend plus efficaces les pressions diverses et facilite le conformisme, tandis que le ressentiment favorise l'adhésion à des idéologies revanchardes.

Que faire?

Pour toutes ces raisons, l'écriture inclusive ne peut plus bénéficier de la même tolérance que celle qui lui a été accordée par les pouvoirs publics, lesquels ont visiblement oublié que la maîtrise de la langue constitue un élément essentiel de la souveraineté depuis l'ordonnance de Villers-Cotterêts (1539). La situation actuelle ne manque d'ailleurs pas d'ironie : en 1539, c'est le roi qui impose la langue française pour soumettre les féodaux et les puissants ; aujourd'hui, ce sont au contraire les nouveaux féodaux qui imposent à l'Etat la langue de leur invention.

Pour l'heure, l'Etat s'est contenté d'une [modeste circulaire](#) en 2017. Cette circulaire, [approuvée par le Conseil d'Etat](#), proscrit l'usage de l'écriture inclusive dans les administrations, mais cela n'a guère eu d'effet dans les universités où même les équipes de direction se sentent autorisées à n'en faire qu'à leur tête, par complaisance ou par facilité. Il en va de même dans certaines collectivités locales, où l'absence de réaction de l'Etat conduit les particuliers à saisir eux-mêmes la justice, [comme on vient de le voir à Périgueux](#).

S'il va de soi qu'une interdiction pure et simple s'annonce difficile, il est peut-être temps que les pouvoirs publics engagent une contre-offensive plus volontariste. Dans l'immédiat, une stratégie raisonnable peut être envisagée pour limiter sa diffusion ou, à tout le moins, pour préserver la liberté de ceux qui ne veulent pas être contraints d'en passer par elle pour accéder au service public. Le principe de non-discrimination prend ici tout son sens : il s'agit de protéger ceux qui refusent de céder aux pressions. La solution est simple : elle consiste à interdire l'écriture inclusive dans toutes les épreuves des examens et des concours de recrutement, non seulement pour les copies écrites mais aussi pour tous les documents qui sont exigés dans les procédures d'évaluation (par exemple les lettres de motivation ou les CV).

Pour ce faire, une base juridique solide est disponible : c'est l'interdiction des signes distinctifs. Il se trouve en effet que la jurisprudence française, au nom de l'égalité des candidatures et de la lutte contre la fraude, a élaboré des règles très strictes : tout signe susceptible d'être interprété comme un message envoyé au correcteur peut mener à l'annulation de la copie. Il suffirait alors d'élargir cette règle en considérant que l'écriture inclusive fait bel et bien partie des signes distinctifs et qu'elle devient à ce titre une source possible de discrimination entre les candidats, y compris dans les concours qui ne sont pas anonymes (par exemple les mémoires et les thèses). Une telle interdiction ne restreindrait en rien la liberté des candidats et des jurys mais elle permettrait à tous les candidats d'être assurés qu'ils ne vont pas être écartés parce qu'ils ont refusé de céder à des passions mortifères. Il n'est d'ailleurs pas impossible que, à brève échéance, les candidats éconduits envisagent d'eux-mêmes d'engager des procédures devant les tribunaux pour rupture d'égalité, ce qui ne serait pas forcément une mauvaise chose, mais confirmerait que l'Etat délaisse une partie de ses missions traditionnelles.

STREIT UM DIE GEDENKKULTUR:

War der Holocaust eine koloniale Tat?

- VON CLAUDIUS SEIDL
- -AKTUALISIERT AM 01.03.2021-14:49



Ist die deutsche Art, der eigenen Verbrechen zu gedenken, borniert? Muss die Ermordung der europäischen Juden aus postkolonialer Perspektive betrachtet werden? Über den neuen Historikerstreit.

In diesen Tagen wird allseits daran erinnert, dass seit genau 1700 Jahren jüdisches Leben in Deutschland (die Gegend hieß damals Germania inferior) belegt ist – und wer aus diesem Anlass nicht nur Schönes und Besinnliches sagt, sondern daran erinnert, dass vor nur achtzig Jahren dieses Leben ein für allemal ausgelöscht werden sollte, was ein unfassbares, ungeheures, beispielloses und historisch absolut singuläres Verbrechen sei: Der setzt sich damit dem Vorwurf aus, dass das eine bornierte und provinzielle Haltung sei, ein typisch deutscher Sonderweg.

Wer nämlich den Massenmord an den europäischen Juden nicht nur pflichtgemäß verdamme und verabscheue, sondern aus dieser Schuld der Groß- oder Urgroßväter die Verpflichtung zur unumstößlichen Loyalität und Solidarität gegenüber den Juden und dem Staat Israel ableite: Der mache es sich letztlich bequem in den vertrauten moralischen Verhältnissen. Und vergesse darüber all die anderen Opfer von Rassismus und kolonialer Gewalt, inklusive der Palästinenser in Gaza und dem Westjordanland. Zudem sei das Beharren auf der Einzigartigkeit des deutschen Verbrechens womöglich nur ein Vorwand dafür, den Kontext und die Vorgeschichte zu ignorieren und aus dem Massenmord einen moralischen Betriebsunfall zu machen, ein gewissermaßen ahistorisches Ereignis, das man aus der deutschen Erinnerung und Geschichte gut auslagern kann – als gut gesicherte moralische Bad Bank, in der deutsche Schuld und Erinnerung konserviert werden, aber mit der deutschen Gegenwart, dem deutschen Alltag keine Berührungspunkte mehr haben.

Erinnern ist kein Nullsummenspiel

Dieser Streit über die vermeintliche Beschränktheit deutscher Erinnerung und der Anspruch, den Holocaust aus einer globalen und postkolonialen Perspektive zu betrachten (und, womöglich, besser zu verstehen), das ist beides nicht ganz neu. Dass die Diskussion aber in dieser Saison mit so viel Leidenschaft und Aggression wiederaufgenommen worden ist, hat wohl, einerseits, mit Achille Mbembe zu tun, dem preisgekrönten und hochdekorierten kamerunischen Autor und Historiker, der es sich im vergangenen Frühjahr gefallen lassen musste, dass deutsche Leser in seine Werke tatsächlich mal hineingeschaut haben, zuallererst in das Buch „Politik der Feindschaft“; und dass sie darin vor allem ein vages, unbestimmtes und unbelegtes Raunen über

den Zusammenhang von Demokratie und Kolonialismus fanden – und konkrete Aussagen nur da, wo es um und vor allem gegen Israel geht, dessen Besatzungsregime schlimmer als die südafrikanische Apartheid und der größte moralische Skandal der Gegenwart sei.

Es gab, auch in anderen Texten, Belege genug für den Vorwurf, dass Mbembe ein starkes Ressentiment gegen den Staat der Juden habe – was den kulturellen Betriebsfrieden in Deutschland schon deshalb gewaltig störte, weil Mbembe eingeladen war, den Festvortrag zur Eröffnung der [Ruhrtriennale](#) zu halten. Wegen Corona fiel die Feier aus, der Streit ging aber weiter. Und in einem sogenannten Plädoyer für Weltoffenheit warfen dessen Unterzeichner, einige der mächtigsten Funktionäre des deutschen Kulturbetriebs, den Kritikern Mbembes vor, borniert und provinziell zu urteilen: „Die historische Verantwortung Deutschlands darf nicht dazu führen, andere historische Erfahrungen von Gewalt und Unterdrückung moralisch oder politisch pauschal zu delegitimieren.“ Was offenbar heißen soll, dass der Afrikaner Mbembe für seine Israel-Feindschaft schon seine Gründe haben werde und dass das deutsche Publikum diese zu verstehen lernen müsse,

Und andererseits hat der wiederaufgelebte Streit damit zu tun, dass einer der wichtigsten Texte zum Thema, eine sperrige Studie mit dem sperrigen Titel „Multidirektionale Erinnerung“, in diesen Tagen auf Deutsch (im Metropol Verlag) erschienen ist, fast zwölf Jahre nach der englischsprachigen Erstausgabe. Der Autor heißt Michael Rothberg, er forscht zu Holocaust und Kolonialismus – und wenn man das Thema des Buchs (das sich sehr häufig in Details verläuft und verliert) zuspitzen wollte, dann liefe es wohl darauf hinaus, dass Erinnerung kein Nullsummenspiel ist; dass also das Erinnern an die deutschen Verbrechen nicht unbedingt bedeuten sollte, dass man darüber die anderen Verbrechen vergisst.

Worum es dem Amerikaner Rothberg da geht, versteht man besser, wenn man versucht, auch selbst eine amerikanische, am besten eine afroamerikanische Perspektive einzunehmen: Als der amerikanische Präsident [Jimmy Carter](#) im Jahr 1978 zum ersten Mal die Pläne für ein Holocaust Memorial auf der Mall in Washington präsentierte, gab es viel Zorn, Gekränktheit und Widerspruch: An den Völkermord im fernen Europa zu erinnern sei falsch und heuchlerisch – solange sich Amerika nicht eingestehe, was für ein unbegreifliches, ungesühntes und allseits verdrängtes Verbrechen die Versklavung von Millionen Afrikanern gewesen sei. Seit 2016 steht an der Mall auch das Museum of African American History and Culture. Dass sich trotzdem nicht allzu viel geändert und verbessert hat, demonstrierte im vergangenen Jahr die „Black Lives Matter“-Bewegung.

Der Holocaust, seine Wahrnehmung durch Schwarze – und, vor allem, die Frage, wie sich die Gewalterfahrungsgeschichte der einstmals Versklavten oder Kolonisierten behaupten könne, angesichts der Ungeheuerlichkeit des deutschen Verbrechens (und der Schocks, die dieses Verbrechen ausgelöst hat): Darum geht es in „Multidirektionale Erinnerung“.

Ein Verbrechen an weißen Menschen

Rothberg zitiert Aimé Césaire, den karibisch-französischen Schriftsteller, der 1950, in seinem Essay „Über den Kolonialismus“, den Massenmord ein „Verbrechen gegen den weißen Menschen“ nannte und von kolonialen Praktiken schrieb, „die bis dahin exklusiv für die Araber Algeriens, die Kulis in Indien und die Neger Afrikas reserviert gewesen waren“.

Rothberg zitiert und referiert W.E.B. Dubois, den afroamerikanischen Schriftsteller, Europa-Kenner und Weltreisenden, der 1949 nach Polen kam und in den Trümmern von Warschau auch seine eigenen Haltungen kaputtgehen sah. Zwei Jahre vorher hatte er noch geschrieben, dass es kein einziges Nazi-Greuel gebe, das die Europäer nicht seit langem den Menschen anderer Hautfarbe angetan hätten. Nach dem Besuch in Warschau schrieb er aber, dass er dort, in den Trümmern des Gettos, gelernt habe, dass das „Rassenproblem“ keine Frage „der Hautfarbe, der Körperbaus, der Religion sei“; dass es vielmehr um „kulturelle Muster, pervertierte Lehren, menschlichen Hass und Vorurteile“ ging. Es klingt in diesem Text, den Dubois „The Negro and the Warsaw Ghetto“ überschrieb, bei allem Entsetzen fast so etwas wie Erleichterung durch, die Erkenntnis, dass es nicht die unveränderliche Hautfarbe ist; ja dass es überhaupt nicht die Eigenschaften des Opfers, sondern die des Täters sind, die am Anfang der Verbrechen stehen.

Dass Rassismus und Kolonialismus, dass also die Verachtung, Unterdrückung, Versklavung von Menschen in Afrika, Amerika, Asien in irgendeinem Zusammenhang stehen müssen mit der Ermordung von Millionen Juden in Europa, das vermuten, ahnen, spüren eigentlich alle Autoren, mit denen Rothbergs Studie sich auseinandersetzt. Und auch für Rothberg selbst scheint es evident zu sein. Nur was genau es eben ist, in welchem Verhältnis Kolonialismus und Holocaust tatsächlich zueinander stehen, das lässt sich so leicht nicht bestimmen. Der Kolonialismus habe sich zuletzt gegen die Kolonisatoren gewandt, er sei endlich heimgekehrt nach Europa: Das ist eine Vermutung, der Césaire und Dubois manchmal zuneigen; auch Mbembe scheint das so zu sehen. Haltbar ist die These aber nicht; es waren ja die Deutschen und nicht die viel erfahreneren Kolonisatoren in England oder Frankreich, die den Völkermord begingen. Und die europäischen Juden hatten mit dem Kolonialismus nur insofern zu tun, als der Antisemitismus immer wieder behauptete, die Juden kolonisierten die ganze Welt. Was eine paranoide Phantasie und keine historische Tatsache war.

Der erste Völkermord der Deutschen

Der Kolonialismus verrohe und entmenschliche beide, die Kolonisierten und die Kolonisatoren, schreibt immer wieder Césaire. Und der deutsche Historiker Jürgen Zimmerer hat 2011, in seinem Buch „Von Windhuk nach Auschwitz“, darauf hingewiesen, dass dem Völkermord an den Juden der Genozid an den Nama und Herero in Deutsch-Südwestafrika vorausging. Und dass die Ähnlichkeiten und Parallelen bestürzend seien. Allerdings haben die Historiker Robert Gerwarth und Stephan Malinowski gezeigt, dass Zimmerers Vermutung, wonach diese Gewalterfahrungen die Gewalt der Nazis direkt beeinflusst habe, nur schwer belegbar ist. Nicht nur wegen der fast vierzig Jahre, die zwischen den beiden Verbrechen liegen. Sondern auch weil es vergleichsweise wenige waren, die die kolonialen Erfahrungen machten – gerade im Vergleich zu den Millionen, die verstört und verroht aus dem Ersten Weltkrieg zurückkamen.

„Die Ermordung von ganzen Bevölkerungsgruppen ist eben nicht einzigartig in der Geschichte, sondern kam und kommt durchaus häufiger vor.“ So schreibt Zimmerer, und so kalt und fast schon desinteressiert kann es klingen, wenn die Singularität des Holocausts unbedingt widerlegt werden muss und wenn das Verbrechen der Deutschen in den größeren verbrechensgeschichtlichen Gesamtzusammenhang eingeordnet werden soll.

Es braucht aber gar nicht den Umweg über die Kolonien, wenn es um den Kontext der deutschen Verbrechen geht; das kann man sehr anschaulich nachlesen in Peter Schäfers „Kurzer Geschichte des Antisemitismus“, die in diesem Winter (bei C.H. Beck) erschienen ist. Zum ersten Mal wurden ganze jüdische Gemeinden in Deutschland beim Ersten Kreuzzug ausgelöscht, zum zweiten Mal, als die Pest umging, ein Vierteljahrtausend später. Das Konstrukt der Rasse war noch unbekannt; es ging nur darum, dass Menschen anders lebten, anders aßen, anders glaubten. Der Begriff des Antisemitismus ist eine Erfindung der Antisemiten; der Hass auf die Juden sollte in säkularisierten Zeiten eine scheinbar wissenschaftliche, biologische Grundlage bekommen. „Ich will die Juden nicht umbringen oder abschlachten, sie auch nicht aus dem Land vertreiben; ich will ihnen nichts nehmen von dem, was die einmal besitzen“: So stand das 1875 in der „Gartenlaube“; wer solche Sätze schreibt, hat das Udenkbare längst erwogen.

Was zeigt die postkoloniale Perspektive?

Der Kolonialismus bleibt ein Problem der Gegenwart, auch der deutschen, worauf Jürgen Zimmerer immer wieder beharrt; und der postkoloniale Blick auf die deutschen Verbrechen, die Betrachtung des Holocausts im Gesamtzusammenhang der globalen Gewaltgeschichte mag den Nachfahren der Kolonisierten und Versklavten manche Erkenntnis bringen, wie Rothmann zeigt.

Aber was folgte daraus denn für die Deutschen? Und was für die Juden, speziell in Israel? Sollen wir uns darauf einigen, dass so etwas wie der Holocaust „häufiger“ vorkomme? Sollen die Leute in Israel sich anhören, dass ihr Sicherheitsbedürfnis übertrieben sei; andere Völker hätten doch auch üble Erfahrungen gemacht?

Kann schon sein, dass das borniert klingt, aber die Ermordung der Juden war eben in erster Linie das Werk der Deutschen – und ganz egal, ob einer heute der Nachkomme von Tätern, Indifferenten oder der wenigen

Widerstandskämpfer ist: Man bewohnt jedenfalls als Deutscher einen gemeinsamen Geschichts- und Erinnerungsraum mit den Nachkommen der Opfer und Überlebenden. Und daraus ergeben sich Verbindlichkeiten, die mit dem Hinweis auf multidirektionale Erinnerungen nicht erledigt oder suspendiert sind. Die deutsche Verantwortung nimmt uns Rothberg nicht ab.

Und doch werden wir unseren Erinnerungsraum erweitern müssen, worauf Rothberg neulich völlig zu Recht hingewiesen hat: Mehr als elf Millionen Deutsche haben keine deutsche Vorgeschichte; sie sind zu uns gekommen aus Gegenden, die ihre eigenen Probleme haben, und sie haben ihre eigenen Erinnerungen im Gepäck. Man kann ihnen natürlich, ganz im Sinn von Rothbergs Multidirektionalität, empfehlen, sich mit der deutschen Vorgeschichte zu befassen und die deutschen Erinnerungen zu ihren zu machen. Was aber streng genommen die Forderung nach sich ziehen müsste, dass Menschen mit deutscher Vorgeschichte sich endlich auch den syrischen, türkischen, persischen Erinnerungen öffnen.

Vermutlich wären beide von beidem überfordert. Deutsche Verantwortung lässt sich nicht globalisieren.

JUNGE KLIMASCHÜTZER:

Fridays for Revolution

- VON MORTEN FREIDEL
- -AKTUALISIERT AM 01.03.2021-10:36



Die Aktivisten von Fridays for Future wollten überparteilich sein. Sind sie es noch? Einige Töne klangen zuletzt eher nach einer linksradikalen Splittergruppe.

Etwas hatte sich verändert bei [Fridays for Future](#). Auf dem Twitter-Account der Bewegung war plötzlich wenig über den Klimawandel zu lesen. Keine Warnungen, dass die Temperaturen steigen, ob in Hongkong, Paris oder anderswo. Keine Kritik, dass die Politik zu wenig Windräder baut, wie sonst manchmal.

Stattdessen stand dort vor wenigen Tagen: „Deutschland, hör auf, Antifas zu kriminalisieren.“ Oder: „Dein Klimaschutz ist halt nichts wert, wenn er nicht antikapitalistisch, antirassistisch, antikolonial und antifaschistisch ist.“

Um Klimaschutz ging es nur noch am Rande. Über mehrere Stunden hinweg war Hanau Thema, wo ein Rechtsextremer vor einem Jahr neun Menschen ermordet hatte. Die Bewegung forderte sogar, den Kapitalismus abzuschaffen, um [Rassismus](#) zu überwinden. „Wenn ihr (verstärkt) antirassistisch werden wollt, dann muss klar sein, dass es im Kapitalismus immer auch Rassismus geben wird.“

Im Übrigen sei es toll, dass im Moment besonders viele Tweets den Hashtag „nie wieder CDU“ trügen. Es müsse Schluss sein mit deren „rassistischer“ und „ausbeuterischer“ Politik.

Wie radikal ist das?

Das klang kaum noch nach dem Bündnis von Schülern, das vor der Pandemie Hunderttausende für den Klimaschutz auf die Straße lockte und das sich auf seiner Internetseite als „überparteilich“ bezeichnet. Es klang nach einer linksradikalen Splittergruppe. Nach dem Motto: Fridays for Revolution. Was war passiert?

Aus der Bewegung heißt es, was auf [Twitter](#) zu Hanau stand, sei gar nicht die offizielle Position von Fridays for Future gewesen. Tatsächlich überließ die Bewegung ihren Account zwei Aktivistinnen, die sich schon lange mit dem Thema auseinandersetzen. Ihnen wollte man Gehör verschaffen.

Wie radikal das ist, was die Frauen von sich geben würden, hätten die Klimaschützer an deren Selbstbeschreibung auf Twitter erahnen können. Eine schreibt dort: „Auf diesem Account heißt es Nazipositive statt bürgerliche Mitte.“

Zumindest zu Beginn der Aktion waren die Nachrichten der Aktivistinnen nicht besonders gekennzeichnet. Line Niedeggen von Fridays for Future findet es problematisch, dass man nicht klar erkennen konnte, wer sich da äußerte. Mit den Aussagen selbst hat sie kein Problem. Auch nicht damit, dass Fridays for Future solchen Aktivistinnen eine Plattform bietet. Im Gegenteil: Man müsse Ausgegrenzten eine Stimme geben.

Klimakrise und Rassismus?

„Wir müssen sehen, dass wir in Deutschland eine mehrheitlich weiße Bewegung sind, die ein Problem hat mit Rassismus, weil Deutschland ein Problem mit Rassismus hat.“ Dass Fridays for Future geprägt ist von vielen jungen Menschen aus der akademischen Mittelschicht, sei „durch Diskriminierung bedingt“. Deshalb müsse man für Ausgleich sorgen, zum Beispiel bei „Ungerechtigkeiten wie Rassismus, der mich als weiße Frau nicht betrifft“.

Hat das überhaupt noch was mit dem Klimawandel zu tun? Für Niedeggen schon. „Der Kampf gegen die Klimakrise ist vom Kampf gegen Rassismus nicht zu trennen. Weil die Klimakrise global betrachtet total rassistisch ist.“ Sie treffe insbesondere Schwarze und Indigene. Deswegen reproduziere sie „rassistische Denkmuster und Realitäten“.

Niedeggen glaubt nicht, dass eine so moralisch aufgeladene Argumentation andere Klimaschützer abschrecken könnte. Für sie ist klar: Bei Fridays for Future soll jeder mitmachen dürfen, auch die von ganz links. Wo sie selbst steht, wird spätestens deutlich, als sie über die Proteste im Dannenröder Forst redet.

Damals hatten Autonome sich von einer Autobahnbrücke abgeseilt. Es kam zu einem Stau und einem Auffahrunfall, bei dem ein Mann schwer verletzt wurde. Niedeggen möchte sich von der Aktion trotzdem nicht distanzieren.

Verfassungsschützer warnen

„Das ist ein tragischer Unfall, der leider häufig auf deutschen Autobahnen stattfindet“, sagt sie. Deshalb trete man ja auch für die Verkehrswende ein. Auch ihr Verhältnis zur Gewalt ist zwiespältig. Gewalt gegen Menschen sei zwar „nie zu entschuldigen“, das gelte aber für „beide Seiten“, also auch für die Polizei. Dass der Staat ein Gewaltmonopol hat, gibt Niedeggen zu. Es werde aber sehr oft missbraucht.

Verfassungsschützer äußern gegenüber der F.A.S., dass Linksextreme die Klimaschützer schon länger zu beeinflussen versuchen. Sie gründen sogar neue Gruppen, um im Windschatten der Klimabewegung voranzukommen, 2019 zum Beispiel das „Aktionstreffen Klimagerechtigkeit Stuttgart“.

Für dessen Befürworter ist klar, wer an der Klimakrise Schuld hat: der Kapitalismus. Sie wollen die „Profiteure der Klimakrise“ zur Verantwortung ziehen. Das jetzige System sei „zerstörerisch“, nötig sei eine „radikal andere Gesellschaft“. Solche Gedanken scheinen sich bei Fridays for Future festzusetzen. Was die bekanntesten Anhänger der Bewegung wie [Greta Thunberg](#) und Luisa Neubauer sagen, klingt ähnlich. Im Juli vergangenen Jahres schrieben sie einen offenen Brief an Entscheidungsträger auf der ganzen Welt. Darin hieß es, das Wirtschaftssystem lasse sich nicht „reparieren“: „Wir brauchen ein neues System.“

Und als der Berliner Verfassungsschutz im Mai die Gruppe „Ende Gelände“ als linksextrem einstufte und die Polizei die Klimaschützer warnte, mit ihr zusammenzuarbeiten, solidarisierten die sich mit der Bewegung. Tenor: Man lasse sich nicht spalten.

Moderate wenden sich ab

Trotzdem sagen Verfassungsschützer, dass es keine Anhaltspunkte für eine Radikalisierung von Fridays for Future gebe. Die meisten jungen Leute teilen diese Einschätzung. Sie glauben nicht, dass aus der Bewegung über Nacht ein Haufen verummter Steinewerfer wird, der einen Umsturz plant. Aber viele sind überzeugt, dass sich die Moderaten abwenden. Dafür gibt es schon jetzt Anzeichen.

Der 23 Jahre alte Student und Sozialdemokrat Clemens Traub war am Anfang auf einigen Demonstrationen dabei. In den Semesterferien fiel ihm allerdings auf, dass seine Bekannten in der Pfalz ganz anders über Fridays for Future redeten als seine Kommilitonen an der Universität.

Sie irritierte, dass sie als Klimasünder abgestempelt wurden, weil sie mit dem Auto zum Ausbildungsplatz ins Nachbardorf fuhren. Sie interessierten sich weniger für Verbote und mehr dafür, wie sie sich das Leben in der nächstgrößeren Stadt leisten konnten. „Da habe ich gemerkt, dass Fridays for Future eine elitäre Bewegung ist, die nichts mit der Lebensrealität der Menschen auf dem Land zu tun hat“, sagt Traub.

Ein Gespräch an der Uni blieb ihm besonders in Erinnerung. Es war kurz nachdem der Bund beschlossen hatte, die Kohlereviere im Osten langfristig dichtzumachen. Eine Aktivistin habe zu Traub gesagt: Kein Problem, die kriegen doch eh alle Hartz IV. Die paar Arbeitslosen seien eben ein Kollateralschaden, den man in Kauf nehmen müsse für die Rettung der Welt. „Die Bodenhaftung war völlig abhandengekommen. Es konnte nur noch die Apokalypse geben oder das ökologische Paradies auf Erden.“

Wachsender Frust unter den Aktivisten

Es gebe zwar durchaus pragmatische Klimaschützer bei Fridays for Future, sagt Traub. Leute, die im Stadtrat sitzen und sich überlegen, wie man den öffentlichen Nahverkehr ausbauen könnte, damit weniger Leute das Auto benutzen müssen. Aber die mediale Aufmerksamkeit verderbe vieles. „Sie übt eine große Anziehungskraft für Leute aus dem linksradikalen Spektrum aus, die versuchen, die Bewegung als Bühne für ihre eigenen Auftritte zu missbrauchen.“

Ria Schröder, Beisitzerin im Bundesvorstand der FDP, sieht wachsenden Frust unter den Aktivisten. Dabei hätten die Klimaschützer viel erreicht. „Die Bewegung hat großen Einfluss genommen. Monatelang wurde über nichts anderes gesprochen als über das Klima, in den Familien, im Freundeskreis, auch in der FDP.“

Folgt man Schröder, dann hätte es das Klimapakete der Bundesregierung von 2019 ohne die Aktivisten nie gegeben. Doch die Jugendlichen würden ihren Erfolg nicht erkennen. „Dabei funktioniert Politik so: Aus vielen kleinen Schritten entstehen am Ende große Veränderungen.“ Nun aber trügen einige ihre Unzufriedenheit in die Gruppe. „Die sagen: Der Protest muss weitergehen.“ Das sei zwar einerseits richtig, andererseits könne es Populismus schüren. „Es verführt zur Ansicht: Die da oben, die hören uns gar nicht zu. Das ist sehr gefährlich.“

Auch Fridays for Future Frankfurt schrieb auf Twitter über den Anschlag in Hanau. Das Konto war nicht von außen gesteuert. Als die [CDU](#) der Ermordeten mit einer Namenstafel gedachte, verbreiteten die Klimaschützer die Nachricht: „Anständig wäre es gewesen euer Mowl zu halten ihr Heuchler*innen.“

<https://www.nzz.ch/feuilleton/terroristen-sind-opfer-und-kritische-muslime-extremisten-wie-medien-islamistische-denkmuster-foerdern-ld.1602120>

Die Extremisten-Versteher – wie Medien islamistische Denkmuster verbreiten

Eine SRF-Moderatorin fällt mit verbalen Ausfälligkeiten gegen progressive Muslime, unkritischen Befragungen von Salon-Islamisten und der Verbreitung proislamistischer Positionen auf. Ihr Fall weist auf ein verbreitetes Phänomen in den Medien hin.

Lucien Scherrer 7 Kommentare 01.03.2021, 09.00 Uhr

Was politische Statements angeht, sind Moderatoren des Schweizer Radios und Fernsehens (SRF) zur Zurückhaltung verpflichtet. «Programmmitarbeitende», so steht es in den Publizistischen Leitlinien des Mutterhauses SRG, «geben auch im Internet keine Stellungnahmen zu politischen Themen ab.» Tun sie es im privaten Rahmen doch, müssen sie sich mit ihren Vorgesetzten absprechen und «Mindestanforderungen an Stil und Geschmack erfüllen».

Ob die «Sternstunde Religion»-Moderatorin Amira Hafner-Al Jabaji diese Anforderungen am 1. Februar erfüllt hat, ist ebenfalls Geschmackssache. Sicher ist, dass die 49-Jährige an jenem Tag einen Blog-Eintrag verfasste, in dem sie ihrer Wut auf die Islamkritikerin Saïda Keller-Messahli und ihren Arbeitgeber SRF freien Lauf liess.

Keller-Messahli, so schreibt die SRF-Moderatorin, sei eine «extremistische Muslimin», die wegen SRF und anderer Medien immer wieder ihre «Hasstiraden» und ihr «Gift gegen die Demokratie» verbreiten dürfe. Damit begünstigten die Medien «einseitige Meinungsmache» und Abschottung, «die ihrerseits in Radikalisierungsprozessen münden kann».

«Gift» und «Hasstiraden»

Auslöser für den Eklat war der jüngste «Arena»-Auftritt Keller-Messahlis, bei dem sich die Präsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam als resolute Befürworterin der sogenannten Burka-Initiative ins Zeug legte. Im ohnehin sehr gehässigen Abstimmungskampf hat die Tirade nur kurze Aufmerksamkeit erregt. «Muslimin gegen Muslimin», titelten die Tamedia-Zeitungen lapidar, und die SRG stellte sich sogleich hinter ihre Mitarbeiterin.

«Ich bin überzeugt», so schreibt die «Sternstunde Religion»-Leiterin Judith Hardegger auf Anfrage, «dass Amira Hafner-Al Jabaji weiterhin ihre Aufgabe als Moderatorin von SRF erfüllen kann.» Für ein Gespräch stehe die Journalistin derzeit nicht zur Verfügung.

Tatsächlich könnte man die Attacke als Ausrutscher abtun, als spontane Reaktion auf eine medial zweifellos stark präsente Islamkritikerin, die in Diskussionen zuweilen sehr resolut auftritt. Betrachtet man das Wirken der SRF-Moderatorin Hafner-Al Jabaji jedoch genauer, wird klar, dass das kein Ausrutscher war, sondern Ausdruck einer bestimmten Haltung. Ihr Fall zeigt, wie leicht sich Journalisten von pro-islamistischen Positionen und Ideologen beeindruckend lassen – dies nicht nur bei SRF, sondern auch in anderen Medien.

Vermischte Rollen

Doch zunächst zu SRF, wo die «Sternstunde Religion»-Moderatorin seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2015 eine eher ungewöhnliche Doppelrolle spielt. Einerseits ist sie nämlich Präsidentin des 2008 von ihr mitbegründeten Interreligiösen Think-Tanks, der gegenwärtig gegen die Burka-Initiative kämpft und für den sie den zitierten Blog-Eintrag verfasst hat. Andererseits ist sie Journalistin einer öffentlichrechtlichen Anstalt, die kritische Distanz zu allen Interessengruppen wahren sollte.

Amira Hafner-Al Jabaji pflegt jedoch in all ihren Funktionen eine auffällige Nähe zu Interessengruppen wie der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ). Die VIOZ weist regelmässig auf Veranstaltungen mit Hafner-Al Jabaji hin. Umgekehrt tritt die 49-Jährige unter dem Titel «SRF-Journalistin» an Events wie dem von der VIOZ mitorganisierten «Ummah Day» auf, und sie betätigt sich als Sprachrohr für islamische Vereine. So fordert sie ihre SRF-Kollegen in ihrem Blog-Eintrag offen dazu auf, künftig an «die muslimischen Verbände» zu denken und die in jenen Kreisen verfemte Saïda Keller-Messahli nicht mehr einzuladen.

Diese Nähe ist nicht nur im Hinblick auf die journalistische Unabhängigkeit fragwürdig. Denn zum einen ist die VIOZ gemäss Recherchen der Arab Reporters for Investigative Journalism von der radikalen Muslimbruderschaft beeinflusst. Zum anderen fördert auch Amira Hafner-Al Jabaji trotz öffentlicher Abgrenzungen von «politisch islamistischen Parteien» bewusst oder unbewusst einen Diskurs, wie ihn scheinbar moderate Islamisten pflegen - dies, um Muslime von der Gesellschaft zu entfremden und gleichzeitig über Ausgrenzung zu klagen.

Die Medien scheren sich nicht um Srebrenica – wirklich?

In einem Interview mit der «Südostschweiz» plädierte die SRF-Mitarbeiterin unter anderem für eine Privatisierung des Schwimmunterrichts, den Islamisten aus religiösen und sexistischen Motiven ablehnen. Zudem behauptete sie, das Massaker an Muslimen in Srebrenica gerate wegen der Einseitigkeit der Medien «in Vergessenheit». Solche Aussagen lassen sich zwar leicht widerlegen, denn in der Schweizerischen Mediendatenbank finden sich unter den Stichworten «Srebrenica» und «Massaker» fast 5000 Einträge. Sie passen aber zu einem bestimmten Narrativ.

In diesem sind Muslime (hier bewusst kollektiv gemeint) Opfer einer ignoranten und intoleranten Gesellschaft, die mit «dem Anderen» nicht umgehen kann. Wenn muslimische Extremisten Terrorakte verüben, den Rechtsstaat ablehnen oder die westliche Gesellschaft verachten, hat das demnach weniger mit Religion, islamistischer Propaganda und reaktionären Tendenzen in muslimischen Ländern zu tun als hauptsächlich mit Diskriminierung.

Kritiker des politischen Islam und fortschrittliche Muslime gelten in dieser Logik als Störefriede und Verräter, da sie den Opferanspruch infrage stellen. Entsprechend versucht man sie als «islamophobe» Hetzer zu diskreditieren, die genauso extremistisch sind wie die von ihnen kritisierten Extremisten.

Bühne frei für die «Krawatten-Islamisten»

Dieser Logik folgt Amira Hafner-Al Jabaji in ihrem Angriff auf Saïda Keller-Messahli: Deren Fernsehauftritte sind angeblich schuld daran, wenn sich Muslime abschotten und radikalisiert; sie ist eine «Extremistin», ohne dass für diese Behauptung ein einziger Beleg genannt wird. Nach einem ähnlichen Muster versuchte die SRF-Moderatorin 2014, den deutsch-ägyptischen Autor Hamed Abdel-Samad herabzusetzen.

Der oft mit dem Tod bedrohte Publizist stellt in einem seiner Bücher die These auf, dass der Islamismus eine faschistische Ideologie sei. Abdel-Samad, so erklärte Hafner-Al Jabaji in einem Interview für SRF Kultur, kritisiere «eine Einstellung, die er selber an den Tag legt», und: Er wolle «ein brennendes Haus mit einem brandbeschleunigenden Mittel löschen». Damit wird ein kritischer Autor auf eine Stufe gestellt mit den intoleranten Geistern, die er in seinen Büchern kritisiert.

Ironischerweise weist Abdel-Samad dort auch auf einen islamischen Aktivisten neuen Typs hin: den «Krawatten-Islamisten». Eben dieser Typus beweist, dass die unkritische Rezeption und Verbreitung islamistischer Denkmuster ein Phänomen ist, das weit über SRF und «Sternstunde Religion» hinausgeht.

Offiziell geben sich «Krawatten-Islamisten» aufgeschlossen und tolerant; sie verurteilen Gewalt, relativieren sie aber zugleich. Die westliche Gesellschaft lehnen sie insgeheim ab. Da sie jedoch einen antirassistisch und antikolonialistisch verbrämten Diskriminierungsjargon pflegen, sind sie trotz reaktionärer Agenda auch in «progressiven», universitären und journalistischen Kreisen anschlussfähig.

Wissenschaft, wie sie Erdogan gefällt

Ein anschauliches Beispiel dafür liefert der Salzburger Politologe Farid Hafez, der in Kurzbiografien aus gutem Grund darauf hinweist, dass er ein «oft geladener Gast in Rundfunk und Fernsehen» sei. Bekannt geworden ist der ehemalige Aktivist der Muslimischen Jugend Österreich durch einen jährlichen europäischen «Islamophobie-Report», den er zusammen mit der türkischen Seta-Stiftung herausgibt.

Diese gilt als wissenschaftlicher Arm der Regierungspartei AKP von Recep Tayyip Erdogan, der Integration gerne als «Verbrechen» und Massnahmen gegen Terror und Islamismus als «rassistisch» und «islamophob» brandmarkt. Nach diesem Muster wirft auch der «Islamophobie-Report» alles in einen Topf, vom rechtsextremen Fremdenfeind über den bürgerlichen Politiker bis zur emanzipierten Muslimin.

Obwohl mehr politischer Aktivist als Wissenschaftler, ist der Österreicher in den letzten Jahren immer wieder als Experte präsent, egal ob beim ORF, beim Deutschlandfunk, bei der «Süddeutschen» oder bei «Sternstunde Religion». Hier durfte sich Hafez Anfang 2016 über eine halbe Stunde lang über das österreichische Islamgesetz auslassen, mit dem unter anderem Auslandsfinanzierungen für religiöse Vereine unterbunden werden sollten.

Das Gesetz, so erklärte er Amira Hafner-Al Jabaji, stehe im Geiste des Kolonialismus. Es gehe um «Kriminalisierung von Vereinen», denn die zunehmend «autoritäre» Gesellschaft tue sich schwer mit «unterschiedlichen Lebensmodellen». Das Misstrauen gegen den politischen Islam führte er einzig auf die Rechtspopulisten zurück, «die einiges vergiften».

Ein neuer Kristallnacht-Twitterer

Über Radikalisierungen, die es auch in Österreich gab, verlor Hafez kein Wort. Und er erwähnte auch nicht, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich muslimischen Schülern unter anderem ein Buch des Islamisten Jusuf al-Karadawi vorgesetzt hatte, in dem die Todesstrafe für «Unzucht» und Auspeitschungen für Homosexuelle propagiert werden. Die Moderatorin stellte ihm auch keine einzige kritische Frage, sie lieferte dem eloquenten Doktor nur lächelnd Stichworte.

Wie fragwürdig der von ihm und bestimmten Medien verbreitete Diskriminierungsdiskurs ist, hat Hafez nach den islamistischen Morden von Wien bewiesen. Dass die österreichische Polizei im Rahmen einer Aktion gegen mutmassliche Anhänger der Hamas und der Muslimbruderschaft auch seine Wohnung durchsuchte, wertete der Politologe als rassistischen Angriff. Auf Twitter stellte er sie gar in eine Analogie mit den chinesischen Repressalien gegen die Uiguren und dem Novemberpogrom von 1938, als die Nazis Hunderte deutsche Juden zu Tode prügeln und 30 000 ins KZ verschleppten.

Derartige Vergleiche mit dem Schicksal der Juden gehören bei Islamisten zum Repertoire; sie sind umso zynischer, als sich islamistische Gewalt massgeblich gegen Juden richtet. In Frankreich hat dieser religiöse Hass bereits Dutzende Tote gefordert, und er hat dazu geführt, dass jüdische Kinder öffentliche Schulen meiden. Dass «Islamophobie»-Experten wie Farid Hafez solche Tatsachen mit Formulierungen wie «sogenannter islamischer Antisemitismus» zu leugnen versuchen, offenbart die grösste Schwäche der Opfertheorie: Obwohl es stimmt, dass manche Muslime diskriminiert werden, kann sie nicht erklären, weshalb sich islamistischer Hass Hass ausgerechnet gegen Juden und Homosexuelle richtet.

Nach Morden wird zuerst über Ausgrenzung gesprochen

Dennoch wird sie unbeirrt weiter gepflegt. Dies nicht nur in der linken «Wochenzeitung», die von der «Religion der Ausgegrenzten» schreibt und «Experten» aus dem Umfeld von Doktor Hafez zitiert, sondern auch bei «Sternstunde Religion» im Schweizer Fernsehen. Dort diskutierte man am 15. November 2020 über die Frage, ob der Islam in der Krise sei. Wenige Tage zuvor hatten islamistische Gewalttäter in Conflans-Sainte-Honorine den Lehrer Samuel Paty geköpft, in Nizza eine Kirchgängerin erstochen, in Dresden einen Homosexuellen getötet und in Wien zwei Passanten erschossen.

Eine Frage beschäftigte Amira Hafner-Al Jabaji während der Sendung besonders: «Können Sie sagen, was die Erfahrung von Ausgrenzung mit Menschen macht?», fragte sie sinngemäss mehrmals in die Runde. Um die in Bezug auf die genannten Terrorakte unbewiesene These von den ausgegrenzten Tätern zu untermauern, publizierte die Moderatorin ergänzend zur Sendung ein Interview mit der Erziehungswissenschaftlerin Asmaa Dehbi, die sich ebenfalls im Umfeld konservativer Islamverbände bewegt.

«Ausgrenzung», so die im Titel enthaltene Hauptaussage des SRF-Beitrags, «kann junge Muslime radikalisieren.» Gegen die Sendung haben mittlerweile 20 Personen Beschwerde erhoben, wegen einseitiger Besetzung und mangelnder Sachgerechtigkeit.

DEBATTE IN AMERIKA:

Wieviel „weiße Vorherrschaft“ steckt in der Mathematik?

- VON CHRISTIANE HEIL, LOS ANGELES
- -AKTUALISIERT AM 02.03.2021-15:13



In den Vereinigten Staaten soll Mathematik nicht mehr rein objektiv, sondern ein Zeichen „weißer Vorherrschaft“ sein. Nichtweiße Schüler würden in Mathematik benachteiligt, da sich das Fach auf westliche Werte stütze, lautet die These.

Den Anfang machte Brittany Marshall. „Die Idee von $2 + 2 = 4$ hat kulturelle Gründe. Als Folge von westlichem Imperialismus/Kolonisierung halten wir sie für das einzig Richtige“, twitterte die Studentin der Rutgers-Universität im vergangenen Sommer – und brach in den Vereinigten Staaten die Debatte über **Mathematik**, Hautfarbe und Herkunft los. Marshall, laut ihrem Profil Lehrerin, Kämpferin für sozialen Wandel und Anhängerin der Bewegung „Black Lives Matter“, machte öffentlich, was nur gelegentlich und verhalten in Schulverwaltungen und bei Bildungskonferenzen diskutiert wurde: die These, dass nichtweiße Schüler in Mathematik benachteiligt würden, da sich das Fach auf westliche Werte stütze.

Wie erwartet, wurde Marshall in **sozialen Medien** von Verrissen eingeholt. Viele Amerikaner warfen ihr Naivität und Kurzsichtigkeit vor, andere den Versuch, Mathematikunterricht in Zeiten von Identitätspolitik zu instrumentalisieren. „Es geht hier um Mathe, nicht um Geschichte“, mahnte die konservative Journalistin Paula Bolyard. „Mathe lügt nicht. Sie ändert sich auch nicht durch politische Strömungen oder eigene Gefühle. Die iPhones, auf denen ihr eure Tweets tippt, funktionieren nach dem binären System – Einsen und Nullen, nicht Fünfen oder Viertausender.“

Zumindest in Oregon schien die Warnung zunächst nicht angekommen zu sein. Das **Kultusministerium** des Pazifikstaats forderte Lehrer jetzt auf, sich in einem Kurs für „Ethnomathematik“ weiterzubilden. Der Bildungstrend, so der Rundbrief, gehe davon aus, dass der Fokus auf das korrekte Resultat im Mathematikunterricht ein Zeichen „weißer Vorherrschaft“ sei. Ein Ziel der Fortbildung solle daher sein, für jede Aufgabe mindestens zwei Ergebnisse zu erarbeiten. Auch das Vorführen von Rechenwegen durch die Schüler verträgt sich nicht länger mit den Vorstellungen des Kultusministeriums in Portland. Es sei ein Signal für die Infiltration des Klassenzimmers mit „White Supremacy Culture“.

Warum überhaupt Algebra lernen?

„Das Konzept, dass Mathematik rein objektiv ist, ist eindeutig falsch. An der Idee festzuhalten, dass es immer richtige und falsche Antworten gibt, schreibt diese Objektivität und die Furcht vor offenem Konflikt

fort“ – mit diesen Worten warf das Department of Education den bisherigen Ansatz über den Haufen. Auch Objektivität, heißt es in dem Begleitbuch zur neuen Lehrmethode unter dem Titel „Abbau von Rassismus“, sei ein charakteristisches Zeichen für „weiße Vorherrschaft“.

Kritiker werten den bizarren Vorstoß als Versuch, die „Leistungslücke“ zwischen afroamerikanischen sowie hispanischstämmigen Schülern und weißen Jugendlichen zu kaschieren. Eine Studie der Denkfabrik Brookings Institution zeigte im vergangenen Dezember ein weiteres Mal, dass das „Achievement Gap“ im Fach Mathematik besonders groß ist. Bei dem standardisierten Test SAT, in den Vereinigten Staaten vor knapp 100 Jahren eingeführt, um Absolventen der Highschools unabhängig von sozialem Status den Weg zu Universität und Stipendien zu ermöglichen, blieben Schwarze und Latinos zurück.

Für den Jahrgang 2020 errechnete die Brookings Institution für die etwa 2,1 Millionen Schulabgänger beim Mathematik-Teil des Tests durchschnittlich 523 von möglichen 800 Punkten. Afroamerikanische Absolventen erreichten durchschnittlich 454 Punkte, ihre hispanischstämmigen Mitschüler 478 Punkte. Weiße schlossen die Highschool dagegen mit einem Durchschnittswert von 547 Punkten ab, Schüler mit asiatischen Wurzeln brachten es auf 632 Punkte. Die Denkfabrik verwies aber auf langsame, stetige Fortschritte: Die Leistungslücke hat sich in den vergangenen Jahren verkleinert, 2020 nahmen mehr als zweimal so viele afroamerikanische Schüler an SAT-Prüfungen teil wie im Jahr 2000.

Der Trend hält einige amerikanische Pädagogen aber nicht davon ab, der Einfachheit halber die Abschaffung von Algebra zu fordern. „Algebra ist eine der höchsten Hürden für Schulabschluss oder Bachelor, besonders für nichtweiße Schüler und Studenten. Wenn man sich nicht auf eines der Mint-Fächer Mathematik, Technologie oder Ingenieur- und Naturwissenschaften konzentrieren möchte, warum überhaupt Algebra lernen?“, fragten sie in einer Diskussionsrunde des Senders NPR.

Weniger Anhänger als erwartet

Der britische Publizist Douglas Murray schreibt den sogenannten Krieg gegen die Mathematik gesellschaftspolitischen Strömungen zu. Als der Schulbezirk Seattle im Bundesstaat Washington vor zwei Jahren ansetzte, den Unterricht zu „entkolonialisieren“ und Mathematik durch Programme wie Unterwasserrobotik, Streetart und Genderstudien zu ergänzen, warf er den amerikanischen Pädagogen vor, sich der Woke-Kultur zu beugen. Der Trend, Probleme grundsätzlich unter dem Vorzeichen von Rassismus zu interpretieren, habe in den Vereinigten Staaten längst das Ausmaß einer betäubenden Orthodoxie erreicht. Murrays Aufschrei machte sich unter anderem an Fragen fest wie „Auf welche Weise kann man Mathematik nutzen, um die Stärke von Aktivismus zu messen?“, die die Schulverwaltung in Seattle für den neuen Unterricht vorschlug. „Natürlich ist in dieser Welt nichts wichtiger, als sich mit Aktivismus zu beschäftigen“, merkte der Publizist sarkastisch an.

Auch im liberalen Oregon scheint das geplante Curriculum weniger Anhänger zu haben als erwartet. Allen Alley, ehemaliger Vorsitzender der Republikanischen Partei im Beaver State, nannte die Verbindung von Mathematik und weißer Vorherrschaft „lächerlich“. Die demokratische Abgeordnete Janelle Bynum monierte die „sonderbare Richtung“ des vorgeschlagenen Mathematikunterrichts, regte aber „Experimente“ an. Wie diese Experimente aussehen könnten, blieb offen: Der virtuelle Kursus „Weg zur Mathematik-Gerechtigkeit 2.0“, die Einführung für die Lehrer in Oregon, wurde kurzfristig gestrichen.

Es gibt halt 3 (!) Arten von Mathematiker(inne)n:

- Gudrun Eigenbrod_(gudiruni)
- 0
- 02.03.2021 - 19:13Die einen können bis 3 zählen, die anderen nicht.

Und noch speziell für Mathematiker (m/w/d):
Sei Epsilon so klein, dass $\text{Epsilon}/2$ negativ ist.

Köstlich

- Marco Wehr_(akrophon)
- 0
- 02.03.2021 - 18:56

Den Satz des Pythagoras hat nicht der Vorsokratiker erfunden sondern die Babylonier. Auch die Ägypter, waren schon vor 4000 Jahren mathematisch recht beschlagen. Die "0" ist eine Erfindung der Inder. Die Araber haben sie übernommen und die nach ihnen benannten Zahlen nach Europa gebracht. Wenn man sich dann wie der "weiße" Papst Sylvester II mit ihnen beschäftigt hat, stand man im Verdacht, mit dem Teufel im Bunde zu stehen. Soviel nur zur "white supremacy". Bleibt noch hinzuzufügen, dass die Mayas die "Weltmeister der astronomischen Berechnungen" waren mit einem von ihnen erfundenen 20er-System. Wenn es also eine kosmopolitische Wissenschaft gibt, dann ist es die Mathematik. Wenn man sich für das Thema interessiert, stehen die Quellen allen offen. Aber wahrscheinlich kommt Lesen als nächstes auf den Index. Das Alphabet ist ja auch irgendwie doof

Und was ist mit unserer Schrift? Sie ist auch rassistisch,

- Felix Bapistella_(FBap)
- 1
- 02.03.2021 - 18:27

sie basiert auf lateinischen Buchstaben, der Schrift des Imperium Romanum, das Sklaverei, Plünderungen, Vergewaltigungen, Massenmord im Rahmen seiner Eroberungen für so großartig hielt, dass es unzählige Fresken gibt, auf denen diese Greuelthaten verherrlicht werden.

Also muss jeder Mensch seine eigene Schrift haben dürfen, die ihm die Freiheit vom Joch der altmodischen Normierung gibt und die seinem persönlichen Empfinden entspricht.

Weg mit der unzeitgemäßen Schrift!

Mathematik ist objektiv

- Wolfgang Klein_(Supul)
- 0
- 02.03.2021 - 15:52

Mit fuzzy Logic wurde schon versucht, die Wahr-Falsch-Dichotomie durch etwas Unschärfes zu ersetzen. Nach diesem Prinzip funktioniert auch die Theorie des maschinellen Lernens. Allerdings setzen diese Theorien binäre Logik voraus, z.B. weil die Mengen, auf denen sich die Theorie abspielt, definiert werden müssen. Fuzzy Logic ist nur ein Beispiel für mehrwertige Logiken. Es gibt daneben noch mehrwertige Aussagelogiken, wie von Kleene und Gödel. Neben der fuzzy Logic gibt es noch die Bayes-Logik. Wie man sieht, sind Mathematiker offen für alles was Erkenntnisgewinn bringt.

Eine andere Frage ist die der Didaktik der Mathematik. Vielleicht brauchen ethnische Gruppen unterschiedliche Lernkonzepte. Ich wage es kaum zu sagen: Vielleicht sind auch mathematische Begabungen in verschiedenen ethnischen Gruppen unterschiedlich verteilt. Vergleichende Untersuchungen des IQ (natürlich umstritten) haben unterschiedliche Mittelwerte ergeben. Wir Europäer sind dabei nicht unbedingt an der Spitze.

-

PAOLO GENTILONI:Italienischer

EU-Kommissar rüttelt am Stabilitätspakt

- VON WERNER MUSSLER, BRÜSSEL
- -AKTUALISIERT AM 02.03.2021-19:40



Die „Maastricht-Regeln“ gelten als Anker für die finanzielle Stabilität Europas. Wegen der Pandemie sind sie zur Zeit ausgesetzt – und wenn es nach Währungskommissar Gentiloni geht, sollen sie auch danach weicher werden.

Der Tagesordnungspunkt für das wöchentliche Treffen der EU-Kommission an diesem Mittwoch klingt harmlos. Die Kommissare wollen eine Mitteilung beschließen, in der Bilanz über die „haushaltspolitische Reaktion“ der Behörde ein Jahr nach Ausbruch der Corona-Krise gezogen wird. Diese bestand im Wesentlichen darin, die Regeln des Stabilitätspakts für die Dauer der Pandemie außer Kraft zu setzen. Grundlage ist eine Klausel, wonach der Pakt im Fall „außergewöhnlicher Ereignisse, die außerhalb der Kontrolle einer Regierung liegen“, auf Eis gelegt werden kann.

Seit einem Jahr können die Mitgliedstaaten deshalb zur Abfederung der Covid-Folgen ohne Rücksicht auf die EU-Regeln Schulden machen. **Im Schnitt des Euroraums ist die Schuldenquote zwischen 2019 und 2020 um rund 15 Prozentpunkte (von 85,9 auf 101,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) gestiegen, in den hochverschuldeten Ländern Italien und Griechenland um rund 25 Punkte – auf etwa 160 (Italien) und über 200 Prozent des BIPs (Griechenland). Der Maastrichter Referenzwert für die Schulden beträgt indessen 60 Prozent.**

Bislang ist vorgesehen, die Regeln des Pakts nur bis Jahresende außer Kraft gesetzt zu lassen. Diese Frist will die Kommission nun verlängern, weil kein Mitgliedstaat im kommenden Jahr die ökonomischen Pandemiefolgen so verkraftet haben wird, dass er auch wieder eine „normale“ Haushaltspolitik fahren kann. Ferner wollen die Kommissare genauere Kriterien definieren, wann und unter welchen Umständen die Regeln des Pakts wieder gelten sollen. Das soll frühestens dann der Fall sein, wenn die Wirtschaftsleistung im Euroraum-Durchschnitt wieder das Vorkrisenniveau erreicht hat. Nach den jetzigen Kommissionsprognosen wäre das 2023 der Fall.

Gentiloni will das System umkrempeln

Geht es nach Währungskommissar Paolo Gentiloni, soll die „Corona-Bilanz“ aber weiter reichen. Der Italiener will sie möglichst stark mit der von ihm vor der Pandemie angestoßenen grundsätzlichen Reform des Pakts verschränken, die derzeit auf Eis liegt. In der vergangenen Woche sagte Gentiloni, die Eurozone werde im Durchschnitt sicher mit einer Schuldenquote von über 100 Prozent des BIPs aus der Pandemie hervorgehen. Für die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen stelle das aber kein Problem dar, solange die Zinsen so niedrig seien wie derzeit.

Der Italiener warb dafür, die Haushaltspolitik stärker nach der aus seinem Heimatland und aus Frankreich bekannten Maxime zu beurteilen, dass wachstumsfördernde Schulden zu begrüßen sind. In Anlehnung an

Italiens Ministerpräsident [Mario Draghi](#) unterschied der Kommissar „gute“ und „schlechte“ Schulden. Erstere nehme der Staat auf, um Forschung, Erziehung, Infrastruktur und Krankenhäuser zu finanzieren. Letztere dienen der Finanzierung laufender Ausgaben, und sie erhöhen das Wachstumspotential nicht.

Die „guten“ Schulden tragen in Gentilonis Lesart zur Tragfähigkeit der Staatsfinanzen bei, die „schlechten“ nicht. Diese Unterscheidung erinnert an die Diskussion, die kürzlich eine Ökonomengruppe um den früheren Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF) [Olivier Blanchard](#) eröffnet hat. Diese plädieren dafür, dass die EU-Fiskalregeln künftig nicht mehr an den quantitativen Vorgaben des Pakts, sondern diskretionär an einem Kriterienkatalog auszurichten seien.

Der Katalog soll sich an der Schuldentragfähigkeit eines Landes orientieren. Letztere werde von vielen Einflussgrößen bestimmt, argumentieren die Ökonomen um Blanchard, von den Zinserwartungen bis zur Stabilität des politischen Systems. Nach Gentilonis Vorstellung läge es an der EU-Kommission, die Haushaltspolitik anhand all dieser Kriterien zu beurteilen.

Freilich sieht es so aus, dass Gentiloni sich und seinem Anliegen keinen Gefallen getan hat. Kommissionsintern sorgt sein Vorpreschen für großen Ärger. Deshalb soll über einen Vorschlag zur Reform des Paktes erst im Herbst entschieden werden. Die Aussagen des Italieners seien „nicht hilfreich“ und unter den Kollegen nicht abgestimmt gewesen, heißt es an anderer Stelle der EU-Behörde.

GRABENKÄMPFE GEGEN GEMEINSINN:

Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft?



- VON WOLFGANG THIERSE
- -AKTUALISIERT AM 22.02.2021-06:08

Debatten über Rassismus, Postkolonialismus und Gender werden heftiger und aggressiver. Identitätspolitik darf nicht zum Grabenkampf werden, der den Gemeinsinn zerstört. Ein Gastbeitrag des ehemaligen Bundestagspräsidenten.

Wurde Zugehörigkeit früher über Konfession und später über Ideologie signalisiert, so hat diese Funktion heute der Begriff Identität übernommen. Das ruft zugleich in Erinnerung, dass „Konfession“ und „Ideologie“ in der Vergangenheit immer wieder zu heftigen, gar blutigen Konflikten geführt haben. Sollte sich Geschichte unter anderem Leitbegriff etwa wiederholen? Themen kultureller Zugehörigkeit scheinen jedenfalls unsere westlichen Gesellschaften mittlerweile mehr zu erregen und zu spalten als verteilungspolitische Gerechtigkeitsthemen. Fragen ethnischer, geschlechtlicher und sexueller Identität dominieren, Debatten über **Rassismus**, Postkolonialismus und Gender werden heftiger und aggressiver. Das sind wohl unausweichliche Auseinandersetzungen in einer pluralistischer werdenden Gesellschaft und Ausdruck sozialer Konflikte, die als Verteilungskonflikte um Sichtbarkeit und um Einfluss, um Aufmerksamkeit und um Anerkennung ausgefochten werden.

So unvermeidlich diese Konflikte erscheinen mögen, so verwirrend, unübersichtlich und ambivalent sind sie auch. Die Heftigkeit mancher Attacken aufs Hergebrachte, ebenso wie die Heftigkeit der Verteidigung des Hergebrachten, die Radikalität identitärer Forderungen drängen zu der Frage: Wie viel Identitätspolitik stärkt die Pluralität einer Gesellschaft, ab wann schlägt sie in Spaltung um? Sehr grundsätzlich gesagt: Ethnische, kulturelle, religiös-weltanschauliche Pluralität, die auch in Deutschland zunimmt, ist kein Idyll, sondern ist voller Streit und Konfliktpotential. Wenn Vielfalt friedlich gelebt werden soll, dann muss diese Pluralität mehr sein als das bloße Nebeneinander sich voneinander nicht nur unterscheidender, sondern auch abgrenzender Minderheiten und Identitäten. Dann bedarf es grundlegender Gemeinsamkeiten, zu denen selbstverständlich die gemeinsame Sprache gehört, natürlich auch die Anerkennung von Recht und Gesetz.

Darüber hinaus aber muss es die immer neue Verständigung darüber geben, was uns als Verschiedene miteinander verbindet und verbindlich ist in den Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Menschenwürde, Toleranz, also in den unsere liberale, offene Gesellschaft tragenden Werten und ebenso auch in den geschichtlich geprägten kulturellen Normen, Erinnerungen, Traditionen. Solcherart definierte kulturelle Identität ist das Gegenteil von dem, worauf Identitätspolitik von rechts oder gelegentlich auch von links zielt.

Kulturelle Beheimatung

Das Gefährliche und Illusionäre rechter Identitätspolitik besteht darin, dass sie kulturelle nationale Identität als ethnische und kulturelle Homogenität missversteht und als solche durchsetzen will, also nicht Unterscheidung, sondern Ab- und Ausgrenzung betreibt bis zu Intoleranz, Hass und Gewalt gegenüber den „Anderen“, den „Fremden“. Rechtsextreme und Rechtspopulisten beschwören nationale Identitäten. Trotzdem meine ich: Heimat und Patriotismus, Nationalkultur und Kulturnation, das sind Begriffe und Realitäten, die wir nicht den Rechten überlassen dürfen. Sie sind nicht reaktionäre Residuen einer Vergangenheit, die gerade vergeht. Der Blick in die europäische Nachbarschaft und auf den Globus zeigt: Die Nation ist keine erledigte historische Größe. Und die Pandemie hat gerade wieder erwiesen, wie notwendig diese Solidargemeinschaft, nämlich der nationale Sozialstaat, ist. In Zeiten dramatischer Veränderungen ist das Bedürfnis nach sozialer und kultureller Beheimatung groß. Eine Antwort auf dieses Bedürfnis ist die Nation. Das nicht wahrhaben zu wollen, halte ich für elitäre, arrogante Dummheit.

Allerdings, die Veränderungen, die wir erleben, machen die Fiktion einer homogenen Nationalkultur in der Tradition von Johann Gottfried Herder endgültig obsolet. Trotzdem ist Kultur auch nicht nur Interkultur, kulturelles McWorld oder Kulturplasma. Sie ist und bleibt ein immer auch regional und national bestimmtes, geschichtlich geprägtes Ensemble, ein Ensemble von Lebensstilen und Lebenspraktiken, von Überlieferungen und Erinnerungen, von Einstellungen und Überzeugungen, von ästhetischen Formen und künstlerischen Gestalten. Und genau als solches Ensemble prägt die Kultur die relative stabile Identität einer Gruppe, einer Gesellschaft und eben auch einer Nation. Und ich füge sofort hinzu: und ändert sich dabei! Denn Kultur ist selbst auch der eigentliche Raum der Bildung und Veränderung von Identitäten, der Vergewisserung des Eigenen wie auch der Aneignung und des Erlernens von Fremdem. Das macht Kultur so wichtig und Nation eben nicht überflüssig.

Identitätspolitik, wenn sie links sein will, stellt auf radikale Weise die Gleichheitsfrage. Sie verfolgt das berechnete Interesse, für (bisherige) Minderheiten gleiche soziale, ökonomische und politische Rechte zu erringen. Sie ist eine Antwort auf erfahrene Benachteiligungen. In ihrer Entschiedenheit ist sie in der Gefahr, nicht akzeptieren zu können, dass nicht nur Minderheiten, sondern auch Mehrheiten berechnete kulturelle Ansprüche haben und diese nicht als bloß konservativ oder reaktionär oder gar als rassistisch denunziert werden sollten.

Falsche Frontbildungen

Linke Identitätspolitik ist in der Gefahr, die notwendigen Durchsetzungs- und Verständigungsprozesse zu verkürzen und zu verengen. Aber es wird nicht ohne die Mühsal von Diskussionen gehen. Diese zu verweigern, das ist genau das, was als Cancel Culture sich zu verbreiten beginnt. Menschen, die andere, abweichende Ansichten haben und die eine andere als die verordnete Sprache benutzen, aus dem offenen Diskurs in den Medien oder aus der Universität auszuschließen, das kann ich weder für links noch für demokratische politische Kultur halten. Für die gilt seit der Aufklärung: Es sind Vernunftgründe, die entscheiden sollen, und nicht Herkunft und soziale Stellung. Die eigene Betroffenheit, das subjektive Erleben sollen und dürfen nicht das begründende Argument ersetzen. Biographische Prägungen, und seien sie noch so bitter, dürfen nicht als Vorwand dafür dienen, unsympathische, gegenteilige Ansichten zu diskreditieren und aus dem Diskurs auszuschließen. Opfer sind unbedingt zu hören, aber sie haben nicht per se recht und sollten auch nicht selbst Recht sprechen und den Diskurs entscheiden.

Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten, ist der programmatische Titel eines Buches von Alice Hasters. Ja, wir Weiße haben zuzuhören, haben Diskriminierungen wahrzunehmen. Aber die Kritik an der Ideologie der weißen Überlegenheit darf nicht zum Mythos der Erbschuld des weißen Mannes werden. Die Rede vom strukturellen, ubiquitären Rassismus in unserer Gesellschaft verleiht diesem etwas Unentrinnbares, nach dem Motto: Wer weiß ist, ist schon schuldig. Und deshalb sei Blackfacing, sei kulturelle Aneignung über Hautfarben und Ethniengrenzen hinweg nicht erlaubt. Verbote und Gebote von sprachlichen Bezeichnungen folgen. Das erzeugt falsche kulturelle Frontbildungen, Unsicherheiten und Abwehr. Eine Abwehr, die offensichtlich nicht nur zum rechten Rand, sondern bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht. Umso mehr bestätigt diese dann wieder den Rassismusbefund, ein Circulus vitiosus.

Kommentierung statt Zerstörung

Die Forderung nach nicht nur gendersensibler, sondern überhaupt minderheitensensibler Sprache erleichtert gemeinschaftsbildende Kommunikation nicht in jedem Fall. Wenn Hochschullehrer sich zaghaft und unsicher erkundigen müssen, wie ihre Studierenden angesprochen werden möchten, ob mit „Frau“ oder „Herr“ oder „Mensch“, mit „er“ oder „sie“ oder „es“, dann ist das keine Harmlosigkeit mehr. Und diejenigen, die das für eine Übertreibung halten, sind nicht einfach reaktionär, so wenig wie die es sind, die sich gegen Reglementierungen von Sprache per Anordnung oder per Verboten wenden.

Wir erleben neue Bilderstürme. Die Tilgung von Namen, Denkmalstürze, Denunziation von Geistesgrößen gehören historisch meist zu revolutionären, blutigen Umstürzen. Heute handelt es sich eher um symbolische Befreiungsakte von lastender, lästiger, böser Geschichte. Die subjektive Betroffenheit zählt dabei mehr als der genaue Blick auf die Bedeutungsgeschichte eines Namens, eines Denkmals, einer Person, wie die Beispiele Mohrenstraße und Onkel Toms Hütte in Berlin zeigen. Weil mich der Name beleidigt und verletzt, muss er weg, das ist die fatale Handlungsmaxime. Die Reinigung und Liquidation von Geschichte war bisher Sache von Diktatoren, autoritären Regimen, religiös-weltanschaulichen Fanatikern. Das darf nicht Sache von Demokratien werden. In jedem einzelnen Fall ist breite öffentliche Diskussion sinnvoller und als Konsequenz Kommentierung statt Zerstörung der bessere Weg. Eine widerspruchsvolle gegenständliche Geschichtslandschaft jedenfalls ist eine bessere Grundlage für gemeinsames historisches Lernen. Wir brauchen die Stolpersteine der Geschichte.

Solidarität ist kein einseitiges Verhältnis

Wir leben gewiss mehr denn je in einer ethnisch, kulturell, religiös-weltanschaulich pluralen Gesellschaft. In ihr ist Diversität nicht das Ziel, sondern eine faktische Grundlage unserer Demokratie und Kultur. Dieses Faktum zu leugnen oder rückgängig machen zu wollen ist das Fatale, ja Gefährliche rechter Identitätspolitik. Es zum Ziel aller sozialen und kulturellen Anstrengungen zu erhöhen, halte ich für das Problematische linker Identitätspolitik. Das Ziel muss vielmehr sein, die akzeptierte Diversität friedlich und produktiv leben zu können. Dies zu erreichen verlangt nicht nur den energischen Einsatz für die Anerkennung und Verwirklichung der jeweils eigenen Identität, der individuellen und Gruppeninteressen. Sondern das verlangt in noch größerem Ausmaß die Bereitschaft und Fähigkeit, das Eigene in Bezug auf das Gemeinsame, auf das Gemeinwohl zu denken und zu praktizieren, also auch das Eigene zu relativieren. Die Arbeit an dem, was Ralf Dahrendorf einmal „sense of belonging“ genannt hat, ist wichtiger denn je. Diversitätsbeauftragte jedenfalls sollten zugleich Gemeinsamkeitsbeauftragte sein.

Der unabdingbare Respekt vor Vielfalt und Anderssein ist nicht alles. Er muss vielmehr eingebettet sein in die Anerkennung von Regeln und Verbindlichkeiten, übrigens auch in die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen. Sonst ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet oder wird gar zerstört durch radikale Meinungsbiotope, tiefe Wahrnehmungsspaltungen und eben auch konkurrierende Identitätsgruppenansprüche, erst recht in der digitalen Öffentlichkeit. Weil der gesellschaftliche Zusammenhalt in einer diversen, sozial und kulturell fragmentierten „Gesellschaft der Singularitäten“ (Andreas Reckwitz) nicht mehr selbstverständlich ist, muss er ausdrücklich das Ziel von demokratischer Politik und von kulturellen Anstrengungen sein, eben vor allem auch der Sozialdemokratie. Es muss ihr kulturelles Angebot sein, dass Solidarität, um die geht es nämlich, kein einseitiges Verhältnis ist, kein Anspruchsverhältnis gegen die anderen, sondern auf Wechselseitigkeit und das Ganze umfassend zielt.

Wolfgang Thierse ist Bundestagspräsident a.D.

Luc Ferry: «Les trois âges de l'islamo-gauchisme»

CHRONIQUE - Le concept a été élaboré, au début des années 2000, par le philosophe et historien des idées Pierre-André Taguieff.

C'est fort à juste titre que Mme Vidal a lancé le pavé dans la mare en déclarant que l'islamo-gauchisme «*gangrenait*» l'université. Encore faut-il, pour comprendre vraiment ce concept, se plonger un instant dans l'étrange histoire intellectuelle de l'extrême gauche. Alors que dans les années 1970, elle annonce joyeusement la «mort de Dieu», dénonce les méfaits des religions, «*opium du peuple*» selon Marx, «*nihilisme achevé*» aux yeux de Nietzsche ou «*névrose obsessionnelle de l'humanité*» pour Freud, elle devient aujourd'hui le principal allié de l'islamisme. C'est ce renversement inouï de perspective que Pierre-André Taguieff a pointé en élaborant, au début des années 2000, le concept d'islamo-gauchisme. Reste que cette notion avait déjà une préhistoire, et faute de la retracer soigneusement, il est difficile d'en comprendre à la fois la puissance et la nocivité de ce qu'elle désigne.

Tout commence en effet dès la fin des années 1970 lorsque Sartre clame haut et fort son soutien à la révolution iranienne, amorçant ainsi le futur remplacement du prolétariat comme force révolutionnaire par ce «damné de la terre» qu'est selon lui l'islamiste. Sartre n'hésite pas à faire de Khomeyni le «*symbole du progrès*» (sic!) en tant qu'héritier des «*mouvements révolutionnaires d'Algérie et du Cambodge*» (re-sic!), le renversement du chah signant forcément l'émergence d'un régime de liberté puisque anti-américain et anti-impérialiste. Une délégation d'intellectuels se rendra bientôt avec lui en pèlerinage à Neauphle-le-Château afin de saluer le «Soleil de la Révolution».

Pour ne pas être en reste, Foucault s'empresse de déclarer dans une série d'articles que la révolution islamique est «*la forme la plus moderne de la révolte...*». Ben voyons! Quelle lucidité! Un an plus tard, toujours aussi myope, aveuglé par sa haine de l'Occident, Foucault persiste et signe: «*L'histoire vient de poser au bas de la page le sceau rouge qui authentifie la révolution*», un moment magnifique conduit par ces héros qui cherchent «*au prix même de leur vie cette chose dont nous avons, nous autres, oublié la possibilité depuis la Renaissance: une spiritualité politique. J'entends déjà les Français qui rient, mais je sais qu'ils ont tort*». En effet, ils auraient bien tort de rire, l'horreur qui se profile à l'horizon n'ayant rien de comique, mais pour Foucault comme pour Sartre, il suffit qu'un mouvement soit anti-occidental pour être forcément admirable.

Le deuxième moment dans l'histoire de l'islamo-gauchisme est celui de l'intifada des années 2000 que Taguieff analyse avec rigueur et profondeur. Elle signe clairement l'alliance de l'extrême gauche pro-palestinienne avec ce nouveau nom de l'antisémitisme qu'est l'antisionisme.

C'est seulement dans un troisième temps que l'immigré, de préférence islamiste, va renforcer encore ses positions au détriment du prolétariat comme seule véritable force révolutionnaire, l'extrême gauche forgeant alors le sinistre concept «d'islamophobie», une machine de guerre ayant pour unique finalité de disqualifier comme «raciste» toute critique du fondamentalisme. Il faut citer ici Antoine Petit, le PDG du CNRS, qui déclare sans rire dans la préface (rédigée comme il se doit en écriture inclusive...) d'un livre consacré au mouvement décolonial: «*La race devient la nouvelle grille de lecture du monde sur laquelle s'intègre la grille du genre. Dans une société non métissée, le social et le genre dominant, mais dans l'espace interraciale, le social s'efface derrière la race.*» On croit rêver! La race, un mot naguère encore honni à gauche comme appartenant au vocabulaire de l'extrême droite, est réhabilitée pour remplacer la classe, la gauche de la gauche abandonnant alors le social pour le «sociétal», pour ces «studies» («gender studies», «women studies», «decolonial studies...») directement empruntées au politiquement correct américain le plus niais et liberticide.

Tout dernièrement, des sondages dévoilaient que si 15 % des ouvriers soutenaient Mélenchon, 45 % voteraient Le Pen. Plus rien ne s'oppose donc à ce que le «racisé» prenne définitivement la place d'un prolétariat dont l'extrême gauche pense qu'il s'est décidément trop embourgeoisé pour être encore révolutionnaire. Depuis, l'islamo-gauchisme ne cesse de gagner du terrain en s'alliant à l'écoféminisme et au mouvement décolonial pour former cette fameuse «*cancel culture woke*» qui met peu à peu en place à l'université la chape de plomb d'une véritable police de la pensée. J'y reviendrai dans ma prochaine chronique.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/impfen-gegen-corona-die-zweite-dosis-lieber-spaeter-17225702.html?premium>

SCHUTZ BESSER VERTEILEN:

Unsere ungerechte Impf-Triage

- VON ADRIANO MANNINO, KORBINIAN RÜGER, NIKIL MUKERJI UND ALBRECHT VON MÜLLER
- -AKTUALISIERT AM 03.03.2021-17:34



Zwei Menschen ertrinken, zwei Rettungsringe liegen am Ufer. Soll man beide einer einzigen Person zuwerfen? So sieht die deutsche Impfstrategie aus. Ein Gastbeitrag von vier Ethikern.

Zwei Menschen sind in einen Fluss gefallen und drohen zu ertrinken. Am Ufer liegen zwei Rettungsringe. Sie können jedem der beiden Ertrinkenden einen Ring zuwerfen, sodass sich beide mit hoher Wahrscheinlichkeit über Wasser halten und überleben werden. Sie können aber auch beide Rettungsringe einer Person zuwerfen. In diesem Fall würde sich die Überlebenschance dieser Person noch verbessern, doch die andere Person würde wahrscheinlich ertrinken. Wie sollten Sie sich entscheiden?

Vielleicht halten Sie diese Frage für einen schlechten Scherz. Wer käme auf die Idee, eine Person ertrinken zu lassen, um einer anderen Person, die bereits mit einem Rettungsring versorgt ist, einen zweiten zuzuwerfen? Das wäre himmelschreiend ungerecht. Außerdem wäre es höchst ineffizient, weil eine hohe Chance verspielt würde, ein zusätzliches Menschenleben zu retten. Und doch ist das in etwa die Logik, die in Deutschland bei der Verteilung knapper Impfstoffe angewandt wird.

Jede Person, die hierzulande gegen Covid-19 geimpft wird, erhält bei der Erstimpfung einen Termin für die zweite Injektion, und die dafür nötige Dosis wird vielerorts zurückgelegt. In ihrer Empfehlung beruft sich die Ständige Impfkommission (StiKo) darauf, dass momentan offen sei, „ob man durch eine Verschiebung der Zweitimpfung ... und eine damit einhergehende Erhöhung der Anzahl der zumindest einmalig Geimpften tatsächlich mehr schwere Erkrankungen und Todesfälle verhindert als durch eine zeitnahe zweite Impfung der vulnerablen Hochrisikogruppen, welche dann zu einem nahezu vollständigen Schutz vor Erkrankung führt“.

Die Erfahrung gibt den Briten Recht

In Großbritannien sieht man das anders. Dort entschloss man sich dafür, den zweiten Impftermin großzügig zu schieben, um zunächst einmal möglichst viele Menschen mit einer ersten Impfung zu versehen. Mit dieser Strategie verbindet sich die Hoffnung, dass eine schnelle Erstimpfung für einen gewissen Schutz sorgt, sodass die Infektionszahlen und Todesfälle signifikant sinken.

Die Entwicklung der vergangenen Wochen gibt den Briten Recht. Obwohl es nach offiziellen Angaben seit Jahresbeginn im Königreich etwa dreimal so viele Infektionsfälle gab wie in Deutschland, haben sich die Todeszahlen mittlerweile angeglichen. Die wahrscheinlichste Ursache: In Großbritannien waren am 1. März bereits 20,5 Millionen Menschen mindestens einmal geimpft worden, in Deutschland dagegen nur 4,2 Millionen.

Anekdotische Belege sprechen auch hierzulande dafür, dass die britische Strategie funktionieren würde. Dies illustriert z. B. der Corona-Ausbruch in einer Seniorenresidenz in Herrischried (Landkreis Waldshut). Zehn Tage nachdem die Bewohner und Bewohnerinnen der Seniorenresidenz geimpft worden waren, ereignete sich ein Ausbruch. 21 Personen wurden infiziert, doch niemand starb, und die Infizierten – allesamt Hochrisikopersonen – hatten nur milde Symptome. Die Bewohner und Bewohnerinnen waren mit einer Impfdosis versorgt.

Die Daten einer neuen Studie aus Schottland stützen die Vermutung, dass bereits die erste Impfung einen sehr guten Schutz gegen schwere Verläufe von Covid-19 bietet. In einer vorläufigen Analyse von 5,4 Mio. Fällen kamen die Forscher/innen zu dem Schluss, dass die erste Dosis der Biontech/Pfizer-Vakzine die Krankenhausaufenthalte um 85 Prozent reduziert; bei Astra-Zeneca-Impfstoff betrug die Reduktion sogar 94 Prozent. Daten aus Israel bestätigen diesen Befund.

Warum also nutzen wir in Deutschland die zweite Impfdosis nicht, um eine weitere Person zu retten, so wie wir einen zweiten Rettungsring nutzen würden, um eine zweite Person vor dem Ertrinken zu bewahren?

Das Risiko der Mutationen ist hinreichend gering

Epidemiologisch bestand eine Sorge darin, dass die Verschiebung der zweiten Impfdosis den Mutationsdruck stark erhöhen würde. Inzwischen sind die meisten führenden Köpfe der internationalen Epidemiologie jedoch der Ansicht, dass dieses Risiko hinreichend gering wäre.

Ein zweiter Einwand besteht darin, dass die nur einmal Geimpften im Infektionsfall ansteckender wären als doppelt Geimpfte. Ob und inwieweit dies zutrifft, ist aber höchst unklar; es besteht auch das gegenteilige Risiko, dass 1000 Personen, von denen 500 doppelt und 500 gar nicht geimpft sind, in der Summe bedeutend mehr Infektionen verursachen würden als 1000 Personen, die allesamt einmal geimpft sind.

Vor allem ist zu betonen, dass diese Einwände die eingangs genannten Gerechtigkeits- und Effizienzargumente erst einmal übertrumpfen müssten. Diese Argumente wiegen schwer. Selbst wenn die Verschiebung der zweiten Impfdosis die Schutzwirkung von 95 auf lediglich 50 Prozent reduzieren würde (was unwahrscheinlich ist), ergäbe sich nämlich die folgende Alternative: Entweder schützt man von tausend Personen 500 zu 95 Prozent und 500 zu null Prozent. Oder man schützt alle tausend Personen zu 50 Prozent.

Die erste Option rettet statistisch weniger Leben, ist also ineffizient, und sie ist enorm ungerecht: Die Ungleichheit ist erheblich, die Schlechtestgestellten stehen viel schlechter da als in der zweiten Option.

60-Jährige haben mehr zu verlieren als 70-Jährige

Ein weiteres Gerechtigkeitsproblem wirft die Tatsache auf, dass die Impftriage mit einer verkürzten Definition der „Risikogruppe“ operiert. 70-Jährige beispielsweise werden der Risikogruppe viel zentraler zugerechnet als 60-Jährige. Tatsächlich haben die Ersteren im Infektionsfall eine ungefähr doppelt so hohe Sterbewahrscheinlichkeit wie die Letzteren. Daraus folgt aber noch nicht, dass ihr Risiko doppelt so hoch ist. Denn Risiken sind von mindestens zwei Größen abhängig: erstens von der Eintrittswahrscheinlichkeit eines Schadens, zweitens vom Schadensausmaß.

60-Jährige können geltend machen, dass ihr Schadensausmaß im Todesfall auch ungefähr doppelt so hoch ist wie jenes von 70-Jährigen: 60-Jährigen stehen im Schnitt noch fast 25 Jahre bevor, 70-Jährigen noch rund 15; die Dekade zwischen dem 60. und dem 70. Lebensjahr kann in der Regel vitaler zugebracht werden als die Jahre danach; und nicht zuletzt würden 60-Jährige im Todesfall zu den Schlechtestgestellten bzw. Ärmern gehören, denn 70-Jährige sind an Lebensjahren reicher.

Diese Umstände müssen risikoethisch ins Gewicht fallen, da sich Risiken nie nur über Wahrscheinlichkeiten bestimmen lassen. Entsprechend zählen 60-Jährige genauso zentral zur Risikogruppe wie 70-Jährige. Ihre Depriorisierung im Rahmen der Impftriage ist illegitim.

Diese Argumentation erfordert keine utilitaristischen Prämissen. Es werden zum Beispiel keine Menschenleben aufaddiert und verrechnet. Es wird lediglich festgestellt, dass für die 60-jährige Person im konkreten Fall mehr auf dem Spiel steht als für die 70-jährige Person. Dieser paarweise Vergleich dessen, was für verschiedene Personen auf dem Spiel steht, wird auch von kantischen und kontraktualistischen Ethikern angestellt. Andernfalls ließe sich zum Beispiel nicht urteilen, dass für eine Person mit unerträglicher Migräne mehr auf dem Spiel steht als für eine Person mit milden Kopfschmerzen, sodass die erstere vorrangig zu behandeln ist. Analog steht für eine Person, die zwanzig Jahre zu verlieren hat, mehr auf dem Spiel als für eine Person im hohen Alter, die zwei Jahre zu verlieren hat.

Hochbetagte Personen können geltend machen, dass sie einer besonders hohen Wahrscheinlichkeit ausgesetzt sind, im Infektionsfall zu sterben. Jüngere können geltend machen, dass bei ihnen ein besonders hohes Schadensausmaß auf dem Spiel steht, weil der Tod oder die Langzeitfolgen einer Erkrankung ihnen viele vitale Lebensjahre rauben würden. Insgesamt spricht dies dafür, die „Risikogruppe“ auszudehnen und alle über 60-Jährigen nach dem gerechten und effizienten Prinzip „First Come, First Served“ zu impfen.

Es zählt jeder Tag – jede Verzögerung kostet Leben.

Adriano Mannino, Korbinian Rüger, Nikil Mukerji und Albrecht von Müller forschen an der Ludwig-Maximilians-Universität sowie an der Parmenides Stiftung im Bereich der Ethik, der Entscheidungstheorie und der politischen Philosophie.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/macron-spricht-ueber-frankreichs-verbrehen-in-algerien-17226065.html?premium>

FOLTER UND MORD IN ALGERIEN:

Frankreich tut sich schwer mit der Wahrheit

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 03.03.2021-21:40



Französische Soldaten im Mai 1956 in der Hauptstadt von Alger Bild: AP

Mit einer Versöhnungsgeste will Präsident Macron die Versöhnung voranbringen. Er betritt damit ein Minenfeld. Die Erinnerung an den Algerien-Krieg spaltet Frankreichs Gesellschaft.

Die Versöhnungsgeste zu einem der schmerzlichsten Kapitel der französischen Geschichte, dem Algerien-Krieg, fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der französische Präsident [Emmanuel Macron](#) hat am Dienstagabend vier Enkel des 1957 gestorbenen algerischen Unabhängigkeitskämpfers Ali Boumendjel im Elysée-Palast empfangen und ihnen eingestanden, was seine Vorgänger im Namen der Republik nicht auszusprechen wagten: Ihr Großvater beging nicht Selbstmord, wie offiziell behauptet worden war, sondern wurde auf Anweisung des französischen Generals Paul Aussaresses in Algier gefoltert und starb an den Folgen der Verletzungen. In einem am späten Abend versandten Kommuniqué betont Macron, dass er das Eingeständnis als „Geste der Anerkennung“ verstanden wissen wolle, die „kein Einzelfall“ bleiben solle. In der Verlautbarung fehlt indessen ein Hinweis darauf, dass der Präsident die Enkel um Vergebung für das Verbrechen gebeten habe.

Bereits 2018 ordnete Macron an, die geheimen Archive aus der Zeit des Algerienkrieges zu öffnen, um die Schicksale der vielen verschwundenen Algerier und Franzosen zu erforschen. Der erste nach der Unabhängigkeit Algeriens geborene Präsident brach das Schweigen über die Verbrechen mit einem Pardon, das er an die Witwe des 1957 verschwundenen Mathematikers Maurice Audin richtete. Der Tod des Kommunisten Audin, der die Unabhängigkeitsbewegung unterstützt hatte, zählte zu den vielen unaufgeklärten Verbrechen der bleiernen Zeit.

Im Wahlkampf 2017 hatte Macron bei einer Reise nach Algier die Kolonialisierung als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet und damit in Frankreich einen Sturm der Entrüstung geerntet. Das könnte der Grund sein, warum er sich seither nur vorsichtig und in kleinen Schritten voran wagt. Der Historiker Benjamin Stora hat ihm im Januar einen 100 Seiten langen Bericht vorgelegt, den er als Leitfaden für eine behutsame Versöhnung verfolgt.

Mit dem Fall Boumendjel hat Macron eine der bekanntesten Staatslügen zum Algerien-Krieg entlarvt. Zuletzt hatte Boumendjels Nichte, die in Algier lebende Medizinprofessorin Fadela Boumendjel-Chitour, darauf aufmerksam gemacht, „wie viele Familien bis heute unter den Staatslügen leiden“. Die Witwe Malika Boumendjel hatte sich zeit ihres Lebens der Wahrheitsfindung verschrieben. In einem bewegenden Gespräch vor ihrem Tod im August vorigen Jahres in „Le Monde“ schilderte sie, wie sie sich am 23. März 1957

plötzlich allein mit den vier gemeinsamen Kindern im Alter zwischen sieben Jahren und zwanzig Monaten wiederfand. 43 Tage zuvor war ihr 38 Jahre alter Ehemann, ein angesehener Jurist, der sich nur zögernd dem Unabhängigkeitskampf verschrieben hatte, von der französischen Militärverwaltung festgenommen worden. Ihr wurde mitgeteilt, dass ihr Mann sich mit seinen Brillengläsern die Adern aufgeschnitten habe. Den Leichnam durfte sie nicht sehen.

Wie sie später erfuhr, hatte einer der Gerichtsmediziner gesagt: „Zeigen sie ihr nicht seinen Körper, davon würde sie sich nie mehr erholen.“ Der Juraprofessor und spätere Justizminister René Capitant, zu dessen Studenten Boumendjel zählte, schrieb eine Protestnote an den Hochschulminister: „Solange solche Praktiken gegen Algerier gebilligt werden, die wir selbst im Krieg deutschen Gefangenen gegenüber nicht anwendeten, sehe ich mich außerstande, an einer französischen Jurafakultät zu unterrichten.“

Malika Boumendjels Vater, der mit Stolz seine in den Schützengräben von Verdun erworbenen Orden aus dem Ersten Weltkrieg trug, wurde bei seinen Nachforschungen von französischen Fallschirmjägern aus dem Kommissariat gejagt. „Sie haben ihm seine Orden abgerissen und ihn beschimpft“, sagte Malika Boumendjel rückblickend. Auch ihr Vater und ihr Bruder verschwanden während der „Schlacht um Algier“ 1957 unter nie geklärten Umständen und wurden getötet. Sie wünsche sich nur, die genauen Todesumstände zu erfahren, „nicht aus Rachegeist, sondern weil wir ein Recht auf Wahrheit haben“.

Frankreichs Rechte will keine Entschuldigung für Verbrechen

Macron hat jetzt der Generation der Enkel nahegelegt, ihre Zukunft „jenseits von Amnesie und Ressentiment“ aufzubauen. „Für die französische und algerische Jugend müssen wir auf dem Weg der Wahrheit vorankommen, der einzige, der zu einer Versöhnung der Erinnerung führen kann“, schrieb er. Tatsächlich lasten die Tabus der Kolonialvergangenheit bis heute auf dem Verhältnis vieler Franzosen mit Migrationshintergrund zum französischen Staat. Die Verbrechen des Algerien-Krieges bilden den Nährboden für eine von islamistischen Eiferern beförderte Ablehnung der rechtsstaatlichen Ordnung, für Radikalisierung oder Rückzug ins Religiöse.

Der Blick auf die Vergangenheit spaltet dabei bis heute das Land. In der rechten Partei Rassemblement National wird die Vorstellung gepflegt, dass eine Entschuldigung einer Selbstaufgabe gleichkomme; die Algerier hätten froh zu sein, dass sie von den Franzosen „zivilisiert“ worden seien. Historiker Stora hat Macron Vorschläge unterbreitet, den Konflikt zu überwinden. Er plädiert für eine „Wahrheitskommission“, ein französisch-algerisches Jugendwerk nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerks sowie die Öffnung der Militärarchive.

Zudem schlägt er vor, ein öffentliches Totenbuch mit den Namen aller Verschwundenen zu erstellen. Für den Präsidenten, dem im linken Milieu ein Rechtsruck vorgehalten wird, böte sich mit diesem Programm die Gelegenheit, sich deutlich von seiner politischen Gegnerin Marine Le Pen abzuheben. Fast sechzig Jahre nach der Unabhängigkeit Algeriens wäre es an der Zeit, dass Frankreich sich seiner jüngeren Geschichte schonungslos stelle und Frieden damit schliesse.

KEIN GEWINN:

Die Botschaft der Bundesbank

- EIN KOMMENTAR VON CHRISTIAN SIEDENBIEDEL
- -AKTUALISIERT AM 03.03.2021-18:33



Zum ersten Mal, seit es den Euro gibt, macht die Bundesbank keinen Gewinn. Das ist auch ein politisches Signal. Aber nicht an Bundesfinanzminister Olaf Scholz – auch wenn der die gewohnten Milliarden im Haushalt vermissen wird.

Der Satz klang ziemlich trocken. „Der Bilanzgewinn der Deutschen Bundesbank ist null.“ Mit diesen Worten präsentierten Bundesbank-Präsident Jens Weidmann und sein Vorstandskollege Johannes Beermann am Mittwoch die Bundesbankbilanz für 2020. Während die Europäischen Zentralbank vor gut einer Woche noch einen Jahresüberschuss von 1,64 Milliarden Euro vorstellen konnte, der an die nationalen Notenbanken verteilt wurde, muss Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) in diesem Jahr leider auf den üblichen Scheck aus Frankfurt verzichten.

Das ist keine beruhigende Entwicklung. Die Bundesbank wird nicht ohne Not auf die Ausweisung eines Gewinnes verzichten. Und auch der Bundesfinanzminister wird nicht begeistert sein, wenn die Milliarden von der Bundesbank, an die man sich im Haushalt gewöhnt hat, dieses Jahr nicht fließen. Allerdings: Was den Gewinn der Notenbank in erheblichem Maße geschmälert hat, ist die Vorsorge für Risiken, die im Zusammenhang mit den Krisenprogrammen stehen. Das Geld ist also noch nicht weg – aber die Vorsorge zeigt, wo Gefahren schlummern.

Eine Botschaft an die EZB

Was Weidmann macht, ist im Grunde nichts anderes, als die Anleihekäufe der Notenbank stärker abzusichern. Die Bundesbank kauft vor allem Anleihen des deutschen Staates und der deutschen Unternehmen. Mit den Unternehmensanleihen holt sie sich, gerade in Zeiten wie diesen, Ausfallrisiken an Bord. Zudem beunruhigt Weidmann, dass die Leitzinsen irgendwann steigen könnten, und die Bundesbank den Banken dann für deren Einlagen Zinsen zahlen muss. Derzeit kassiert sie Negativzinsen. Die Erträge aus den Anleihekäufen dagegen bleiben lange niedrig.

Der Bundesbank-Präsident hebt hervor, es handele sich nicht um eine politische Entscheidung. Und doch bekommt der Schritt im derzeitigen Umfeld natürlich den Charakter eines politischen Signals. Weidmann hält die Anleihekäufe des Eurosystems für ein legitimes geldpolitische Instrument in Ausnahmesituationen und zählt die Pandemie dazu. Aber er warnt, solche Käufe gingen auch mit Risiken einher und dürften nicht zum Dauerzustand werden. Der Anteil der Staatsanleihen aus dem Euroraum, die von den Notenbanken gehalten werden, dürfe nicht zu groß werden. Das ist die Botschaft an die EZB.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/teamviewer-chef-steil-ein-lego-fan-vernetzt-die-industrie-17203099.html?premium>

CHEF VON TEAMVIEWER:

Ein Lego-Fan vernetzt die Industrie



- VON BASTIAN BENRATH
- -AKTUALISIERT AM 03.03.2021-16:24

Wenn die IT-Abteilung Hilfe leistet, tut sie das meist mit Teamviewer-Software. Vorstandschef Oliver Steil baut das Unternehmen zu einem Komplettanbieter für die digitale Fertigung aus. Gerade hat er das dritte Start-up aufgekauft.

Modellbahnbegeistert sei er nicht, sagt Oliver Steil. Und das, obwohl Teamviewer seinen Sitz in Deutschlands Modellbahn-Hauptstadt Göppingen hat, wo auch Märklin beheimatet ist. Stattdessen habe es ihm als Kind Lego Technic angetan. In den Bausätzen dieses Lego-Sortiments für die größeren Kinder greifen viele Stangen und Zahnräder ineinander, wenn man sie richtig aufgebaut hat – ähnlich wie in einer gut laufenden Maschine.

In den knapp 40 Jahren, seitdem Steil das letzte Mal mit Lego gespielt haben dürfte, ist die Begeisterung für Technik bei ihm geblieben. Nur beschäftigt er sich jetzt damit, wie er Maschinen zusätzlich noch vernetzen kann. Die Digitalisierung der Industrie sei „eines der spannendsten Marktsegmente überhaupt“, sagt Steil. Der Bereich sei einer, „wo wirklich was abgeht und Innovation stattfindet, über alle Branchen hinweg“.

Der 49 Jahre alte Tüftler ist aber nicht nur ein Technikfan geblieben, sondern längst auch ein gewiefter Manager geworden. Sonst hätte Steil mit Teamviewer wohl auch nicht den größten Börsengang eines deutschen Technologieunternehmens seit der Jahrtausendwende hingelegt – und dabei durch ein Beteiligungsprogramm die Rekordvergütung von 41,3 Millionen Euro erhalten.

Ein Kind des Ruhrpotts

Der in Gelsenkirchen geborene studierte Elektrotechniker ging frühzeitig in Richtung Management. Nach seinem Abschluss an der Ruhr-Universität in Bochum 1997 beschloss er, nicht Ingenieur, sondern Berater zu werden. Er fing bei der Unternehmensberatung McKinsey an, wo er nach sieben Jahren Partner mit thematischem Schwerpunkt in der Telekommunikations- und Technologiebranche wurde. Die damals schon absehbare Digitalisierungswelle sei für ihn der Hauptgrund gewesen, das Fach Elektrotechnik zu wählen, sagt er – vor allem im Schwachstrombereich sei diese meistens digital.

Während er über die technologischen Chancen und Herausforderungen stundenlang sprechen kann, redet Steil über sich selbst weniger gern. So ist von seinem Privatleben nur bekannt, dass er verheiratet ist und drei Kinder hat. Interviews zu seiner Person lässt er ansonsten höflich ablehnen. Wer erfahren will, mit welchem Spielzeug er als Kind gespielt hat, muss mit ihm ein Gespräch zur Lage von Teamviewer vereinbaren und solche Fragen eher beiläufig stellen.

Der nächste Karriereschritt nach seinem Aufstieg bei McKinsey war der Wechsel auf die Kundenseite, zu einem Unternehmen aus der IT-Branche. Steil ging zu [Debitel](#), dem damals größten Mobilfunkanbieter Deutschlands ohne eigenes Netz. Ende 2007 wurde er dort Vorstandschef. In dieser Zeit war er aufgrund von Debitels Unternehmenssitz nicht nur das erste Mal in Stuttgart, sondern er knüpfte auch einen Kontakt, der rasch die Grundlage für sein heutiges Wirken schuf: Er lernte den britischen Finanzinvestor Permira kennen, dem Debitel seinerzeit gehörte. Permira sollte vor mehr als sechs Jahren das damals junge schwäbische Softwareunternehmen Teamviewer kaufen, um fünf Jahre später mit dessen Börsengang einen Milliarden Gewinn einzustreichen – und vorher Steil auf den dortigen Chefsessel zu setzen.

Vom Mobilfunk zur Vernetzung der Industrie

Zuvor wechselte Steil in die Schweiz und übernahm dort 2010 die Führung des dortigen zweitgrößten Telekommunikationsanbieters Sunrise. Dort erledigte er seine Arbeit recht erfolgreich. Laut Schweizer Medien verbesserte sich das Konzernergebnis in Steils zweijähriger Amtszeit um 15 Prozent. Doch Anfang 2013 musste er gehen. „Wäre der Eigentümer des Telekommunikationsanbieters (. . .) mit dem Wirken von Steil zufrieden gewesen, hätte er dessen Vertrag verlängert“, merkte die „Neue Zürcher Zeitung“ damals an.

Zurück aus der Schweiz, stieg Steil bei [Permira](#) ein. Dort leitete er als Partner die strategische Weiterentwicklung von Unternehmen, an denen der Investor beteiligt war. Dabei kam er in den Beirat von Teamviewer. Im Januar 2018 arbeitete er dort Vollzeit und wurde Geschäftsführer des Unternehmens. „Ich habe mir sehr bewusst Teamviewer ausgesucht“, sagt er. „Die Technik wollte ich schon sehr eng wiederhaben.“

Damals sei das zentrale Thema der Branche gewesen, Unternehmenskunden an die neuen, digitalen Kommunikationsmöglichkeiten heranzuführen, erzählt Steil. „Das hat sich über die vergangenen Jahre komplett gedreht: Jetzt sind die neuen Nutzungsanforderungen da, und die Konnektivität muss nachkommen.“

Deshalb baut Steil das Unternehmen seit dem Börsengang immer mehr zu einem Komplettanbieter für Vernetzung in Industrie und Handel aus: Er kaufte erst das Start-up Ubimax, einen Spezialisten für Datenbrillen-Software für die digitalisierte Fabrik. Dann folgte das Jungunternehmen Xaleon, das es Verkäufern ermöglicht, mit potentiellen Kunden gemeinsam auf Internetseiten zu schauen. Erst am Dienstag verkündete Teamviewer mit dem Unternehmen Upskill eine dritte Übernahme. Das Start-up entwickelt Echtzeit-Schnittstellen über Datenbrillen und andere mobile Endgeräte. Das klassische Geschäft mit der IT-Hilfe aus der Ferne tritt hinter den neuen Feldern immer mehr zurück.

https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/belletristik/erzaehlung-ueber-heimkehr-nach-kiew-von-dmitrij-kapitelman-17166180.html?printPageArticle=true#pageIndex_3

DMITRIJ KAPITELMANS ERZÄHLUNG:

Die Migration hört eigentlich nie auf

- VON ANDREAS PLATTHAUS
- -AKTUALISIERT AM 03.03.2021-23:16



„Ja okay, die Landsleute hier kennen den Ausdruck entsorgen überhaupt nicht.“ Kiew bei Nacht. Bild: AP

Ein Fall von produktivem Befremden: Dmitrij Kapitelman erzählt in „Eine Formalie in Kiew“ urkomisch von einer Reise in die Heimat seiner Familie.

In Leipzig gibt es ein russisches Spezialitätengeschäft namens „Magasin“ (das russische Wort für ein Ladenlokal), an dem ich häufig vorbeigekommen bin. Als vor fünf Jahren Dmitrij Kapitelmans Debüt „Das Lächeln meines unsichtbaren Vaters“ erschien, die umwerfend komische Schilderung einer gemeinsamen Reise von Vater und Sohn nach Israel, konnte man darin auch erfahren, dass seine Eltern nach ihrer Ausreise aus der Ukraine im Jahr 1994 ein Geschäft mit dem Namen „Magasin“ in Leipzig eröffnet hatten.

Seitdem ging ich mit erneuertem Interesse am Schaufenster vorbei, bestaunte fortan allerdings eher die Betreiber als die Auslagen – was einiges heißen will, schließlich war unter Letzteren lange Zeit auch eine wodkagefüllte gläserne Kalaschnikow in Originalgröße. Kapitelmans Publikation aber habe ich nie dort ausliegen gesehen. Dann schloss das Geschäft, und es zog eine Buchhandlung ein. Ironie des Schicksals?

Frau Kunze hat's gewusst

Nun hat Kapitelman sein zweites Buch veröffentlicht: wieder eine Reiseschilderung, wieder ist er gemeinsam mit seinem Vater unterwegs, wieder ist es urkomisch, und wieder erfährt man auch manches über die Leipziger Jugend des Autors. Und doch ist diesmal vieles anders. War die Israel-Fahrt eine späte Reise auf den Spuren eines schon früh gescheiterten Plans – Kapitelmans Vater ist Jude, entschied sich aber 1994 aus praktikablen Gründen (Kapitelmans Mutter ist keine Jüdin) für Deutschland als Auswanderungsziel –, war der 2019 durchgeführte Ausflug nach Kiew eine Heimkehr: Hier wurde Dmitrij Kapitelman 1986 geboren.

Doch die Rückkehr mehr als drei Jahrzehnte später hatte keinen sentimental Anlass, sondern musste erfolgen, um eine Bescheinigung der dortigen Behörden zu erhalten, die für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft nötig ist. „Joa“, sagt Frau Kunze, Kapitelmans Sachbearbeiterin im Leipziger Einwohnermeldeamt in schön transkribiertem Sächsisch, „üm den Ümgang mid den ukrainisch'n Behörd'n beneide ich Sie ooch nisch.“ Wie man dann im Laufe von 176 Seiten erfährt, war das noch eher euphemistisch ausgedrückt.

Die Sprache des Postsozialismus

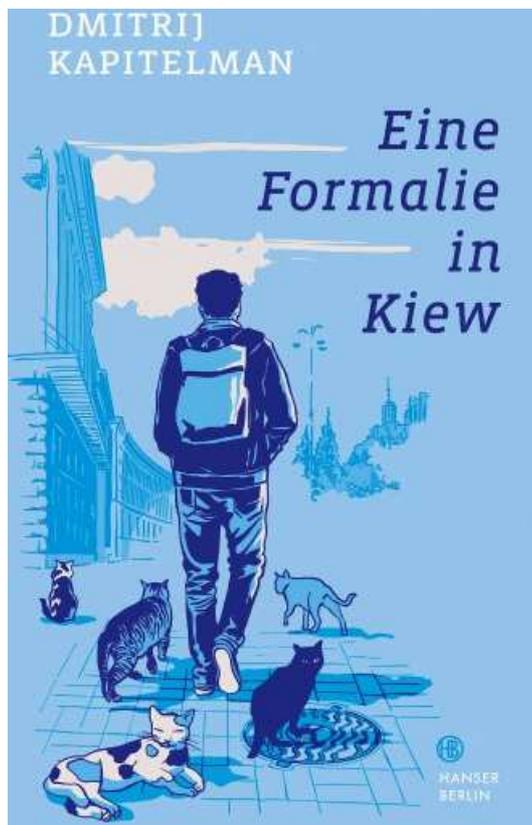
Es geht Kapitelman stark ums Sprachliche. Nicht nur, dass er sächsischen Zungenschlag gut schriftlich zu imitieren weiß, er liefert in seinem Buch auch eine Sprachphänomenologie des Postsozialismus. Und das nicht in platt denunziatorischer Weise, sondern satirisch zugespitzt vor allem über seine Eigenschaft als Doppelsprachler: Acht Lebensjahre in Kiew haben für die Beherrschung des Russischen gesorgt und danach ein Vierteljahrhundert in Deutschland für dessen Vernachlässigung, die nun bei der Wiederauffrischung konstruktives Befremden auslöst.

Paradebeispiel im Buch ist die Wendung „Obtlagodari“, ein Synonym für Bestechung, das Kapitelman wörtlich mit „Man entdankt sich“ übersetzt. Aus diesem deutschen Neologismus macht er einen Running Gag seines Kiewer Aufenthalts und sorgt damit selbst für eine positive Form der Bereicherung: Seine hiesigen Leser dürften kaum umhinkommen, „entdanken“ in ihren Wortschatz aufzunehmen.

Und nachzudenken über ähnliche, ihnen aber altvertraute und somit gar nicht fragliche Wendungen der eigenen Sprache wie etwa „entsorgen“. „Ja okay“, schreibt Kapitelman im typisch mündlichen Erzählduktus seines Buchs, „die Landsleute hier kennen den Ausdruck entsorgen überhaupt nicht.“ Hier – das bedeutet diesmal in der Ukraine. Und man kann sich vorstellen, wie diese Landsleute staunen würden, wenn Kapitelman ihnen wiederum das deutsche Wort „entsorgen“ wörtlich übersetzte.

Völkerverständigung mit Vorurteilen

So dient „Eine Formalie in Kiew“ auf höchst intelligente Weise der Völkerverständigung – im buchstäblichen Sinne. Obwohl das Buch voller Klischees steckt, deren Richtigkeit es aber lustvoll zu belegen versteht. Kein Geringerer als der Philosoph [Hans-Georg Gadamer](#) hat ja das Vorurteil zur Grundlage seiner Hermeneutik, der Lehre vom Verstehen, gemacht. Kapitelman erweist sich als gelehriger Schüler. Und die gern in den Text eingeworfene Formulierung „Außer uns gesprochen“, mit der Kapitelman sein exklusives Wissen übers Russische gegenüber uns, seinen Lesern und künftigen Landsleuten (denn am Ende wartet er immer noch auf seine Bescheinigung), ausstellt, bietet eine ähnlich produktive Befremdung.



Dieser Blick auf die Sprache ist ein furioser Beitrag zur sogenannten Migranteliteratur, die mittlerweile eine Schlagader im Blutkreislauf der deutschsprachigen Literatur geworden ist. „Ja, ich flüchte mich in Sprachspielereien“, schreibt Kapitelman, dessen Familie 1994 den Status von „Kontingentflüchtlingen“ hatte. Der Sohn hat mit dem Flüchten einfach weitergemacht: „Migration hört eigentlich nie auf“, heißt es einmal. Aber mit im Gepäck hat Kapitelman sein bilinguales Sprachbesteck, und in die Autorenreihe von Feridun Zaimoglu bis Saša Stanišić, die uns mit solchem Besteck geistreich neue Sprachmanieren und -manierismen nahegebracht hat, passt sich „Eine Formalie in Kiew“ nahtlos ein.

Wie aber kommt beim ukrainischen Wortspiel und Behördengang noch Kapitelmans Vater mit ins Spiel? Er wird von der resoluten Mutter, der diesmal eine weitaus größere Rolle zugeschlagen wird als im Vorgängerbuch, gleichzeitig zur medizinischen Behandlung nach Kiew geschickt, weil dort trotz „Entdankung“ alles billiger sei. Die Tour d’hôpital, die Leonid Kapitelman absolviert, spottet jeder Beschreibung, aber sein Sohn schafft es, aus dem persönlichen Drama, das ihr zugrunde liegt, eine gloriose Farce zu machen. Immerhin kommt Leonid Kapitelman wieder heil aus dem Land heraus und wird sogar im Leipziger „Magasin“ kurzfristig wieder an der Kasse sitzen.

Das aber steht schon nicht mehr im Buch. Wie auch im Falle anderer Reiseimpressionen aus Kiew – etwa einer kurzen Taxiepisode für die Schweizer Zweimonatszeitschrift „Reportagen“ (Heft 56, Januar 2021) –, erfährt man das Ende der Kapitelman’schen Expedition anderswo, diesmal im „Spiegel“. Dort veröffentlichte Dmitrij Kapitelman schon im vergangenen Juli eine Reportage über seinen Versuch, das Geschäft der Eltern durch die Corona-Krise zu bringen. Leider war er erfolglos. Doch Moment – war denn das Leipziger „Magasin“ nicht schon vorher vom Buchladen abgelöst worden? Plötzlich begreife ich, dass ich jahrelang am falschen „Magasin“ vorbeigelaufen bin und bei dessen Schließung gar nicht das der Kapitelmans betrauert habe. Und doch: Wenn das neue Buch es ins Schaufenster des anderen ehemaligen „Magasin“ schaffen sollte, dann wird mir das wie eine weitere höchst gelungene Heimkehr des Dmitrij Kapitelman vorkommen.

Dmitrij Kapitelman: „Eine Formalie in Kiew“. Hanser Berlin Verlag, Berlin 2021. 176 S., geb., 20,- .

NEUER ROMAN VON GSTREIN:

Ein Tiroler in Texas

- VON CLAUDIA SCHÜLKE
- -AKTUALISIERT AM 04.03.2021-05:01



Norbert Gstrein: Laut seines Erschaffers leidet die Romanfigur Jakob an „pathologischer Herkunftsscham und zugleich an Herkunftsstolz“. (Archivbild) Bild: Picture-Alliance

Im Frankfurter Literaturhaus spricht Norbert Gstrein über seinen Roman „Der zweite Jakob“. Sein Verwirrspiel zwischen Ich-Erzähler und auktorialem Selbst treibt er soweit, dass man Angst vor ihm bekommt.

Er hat einen seriösen Charme. So etwas merkt man erst, wenn das Gesicht eines Autors in Großaufnahme auf dem Bildschirm des Computers erscheint: dank Livestream. Und er kann lesen! Norbert Gstrein, ein echter Magister elegantiarum, hat das [Frankfurter Literaturhaus](#) besucht und dort mit Sandra Kegel, Co-Chefin des Feuilletons dieser Zeitung, über seinen neuen Roman gesprochen. „Der zweite Jakob“ ist erst vor kurzem im Carl Hanser Verlag in München erschienen und schon in aller Munde: als gruselige Geschichte eines Schauspielers, der mindestens eine Leiche im Keller hat. So genau weiß man das nicht, denn der Autor überlagert diese fiktive Vita seines Jakob Thurner mit allerlei Parallelgeschichten und grundiert seine Fiktion mit autobiographischen Daten. So weit treibt er sein Verwirrspiel zwischen Ich-Erzähler und auktorialem Selbst, dass man Angst vor ihm bekommt.

Doch Sandra Kegel hatte keine Angst. Als Literaturkritikerin und Jurymitglied für den Deutschen Buchpreis 2021 kennt sie ihre schreibenden Pappenheimer und weiß zu unterscheiden zwischen einem erzählenden Ich und einem erzählenden Autor, auch wenn dieser wie sein Ich-Erzähler aus Tirol stammt. „Als Tiroler sprechen?“ Das blieb Gstrein ihr schuldig, denn: „Das können Sie nicht wollen.“ Schließlich gab es ja schon Helmut Qualtinger, der das viel besser konnte (allerdings kein Tiroler, sondern Wiener war). In seiner zweiten Lesepassage des Abends sinniert sein Protagonist immerhin über Texas, wo er gerade einen Film dreht, und über Tirol und dessen Austauschbarkeit: „Einmal Tiroler, immer Provinz.“ Jedenfalls wäre sein Jakob in Tirol nicht dem damals künftigen Präsidenten [George W. Bush](#) begegnet wie bei einem Bankett in Texas.

„Er ist ein Widerling“

Warum ist dieser Jakob ein „Zweiter“? Weil er wie sein Onkel Jakob stets den Kopf in den Wolken hatte und den Heimatdörflern wunderlich erschien. Auch seiner Tochter Luzie erscheint der alleinerziehende Vater wunderlich bis undurchsichtig. Deshalb kollaboriert sie mit seinem Biographen und will kurz vor seinem 60. Geburtstag (Achtung autobiographisch!) von ihm wissen: „Ob Du jemanden umgebracht hast oder ihn soweit gebracht hast, dass er sich selbst das Leben genommen hat.“ Hintergrund dieser Frage sind die Mörder-Rollen des Schauspielers und seine erfolgreichen Versuche, Freunde aus dem Leben seiner ins

Internat abgeschobenen Tochter rauszukaufen. Tatsächlich gab es eine Unfalltote und eine Fahrerflucht. Am liebsten hätte Gstrein seine innerlich zerstörte Luzie fürsorglich aus seinem Roman herausgenommen.

„Er ist ein Widerling“, urteilte Kegel über Jakob. „Er ist schrecklich“, stimmte Gstrein ihr zu und ergänzte: „Er handelt zum Nutzen des eigenen Schadens aus trotzigem Stolz.“ Mit anderen Worten: Sein Antiheld ist genauso komplex wie sein Roman. Jakob leide an „pathologischer Herkunftsscham und zugleich an Herkunftsstolz“, so Gstrein. Ein Schelm, wer da an einen Wahlhamburger denkt, der aus der Gegend von Imst am Rande der Lechtaler Alpen herkommt. Aber Gstrein ködert den irritierten Leser mit seiner eleganten Diktion. Kaum hat man sich schon wieder zwischen Fiktion und Realität verirrt, da tragen einen die hypotaktisch-schmiegsamen Sätze davon: hinein in eine spannende Geschichte mit doppeltem Boden in ambivalentem Zwielficht.

<https://www.lefigaro.fr/international/birmanie-l-histoire-incroyable-de-soeur-ann-la-religieuse-qui-prie-a-genoux-devant-la-police-20210304>

Birmanie : l'histoire incroyable de Sœur Ann, la religieuse qui prie à genoux devant la police

TÉMOIGNAGE - Dans une rue de Myitkyina, dimanche 28 février, l'intervention héroïque de Sœur Ann Nu Thawng a permis à une centaine de jeunes d'échapper aux balles des soldats et policiers qui les poursuivaient. Elle raconte son histoire au *Figaro*.

Par **Paul Sugy**

Publié il y a 8 minutes, mis à jour à l'instant



Soeur Ann Nu Thawng, une religieuse birmane, prie à genoux devant les soldats et les policiers, dimanche 28 février. *Aungo Ko Ko*

Cette photo a fait le tour du monde. Postée par l'archevêque de Rangoun, Mgr Charles Maung Bo, sur son compte Twitter, on y voit une petite sœur catholique en prière devant les policiers et les soldats birmans alors que ceux-ci étaient en train de poursuivre un groupe de manifestants, dimanche 28 février à Myitkyina, dans l'État de Kachin au nord de la Birmanie. Ce jour-là malgré le pacifisme des manifestants, le Haut-Commissariat aux droits de l'homme des Nations unies a compté au moins 18 morts dans la répression sanglante des manifestants réunis dans la plupart des grandes villes du pays. Dans cette même ville de Myitkyina, les forces de l'ordre s'en sont même prises à des journalistes, des médias locaux signalant qu'un de leurs reporters a été frappé puis arrêté par la police ce jour-là. (...)

Le Figaro (site web)

mercredi 3 mars 2021 - 20:46 UTC +01:00 908 mots

Actualité ; Politique

Comment la France a laissé dériver sa dette

de Guigné, Anne

ANALYSE - Contrairement à la majorité des États qui se sont endettés après la crise de 2008, Paris n'a pas rajusté pas le tir après 2012, continuant de décrocher par rapport à ses voisins européens.

La dette, problème ou opportunité pour la France? La question passionne depuis un an politiques et économistes. Les débatteurs s'en donnent à cœur joie, d'autant que la réponse n'est bien sûr pas binaire ; de nombreux facteurs extérieurs (évolution de l'inflation, choix de la Réserve fédérale américaine...) l'influencent. Dans cet océan d'incertitudes, quelques faits robustes résistent toutefois aux spéculations. Tous convergent pour dessiner un portrait inquiétant de l'état des finances publiques françaises.

Décrochage colossal

Incapable de maîtriser ses dépenses, Paris s'endette systématiquement depuis vingt-cinq ans davantage que ses voisins de la zone euro. En période de crise, les gouvernements résolvent les difficultés en dépensant massivement. En période de temps calme, ils se contentent de laisser filer les comptes, sans s'atteler aux difficiles mais indispensables réformes de la sphère publique. Tout juste, entre la fin du quinquennat de François Hollande et le début de celui d'Emmanuel Macron, le ratio de dette sur produit intérieur brut (PIB) s'était stabilisé juste en dessous du plafond symbolique des 100%. Il a, depuis, été largement dépassé, la dette publique étant attendue à 122,4% du PIB en 2021.

Le décrochage de la France s'est accéléré après la crise financière de 2008. Au cœur de la tourmente, Paris s'endette massivement -comme ses voisins- afin de soutenir son économie; mais contrairement à la majorité des autres États, ne rajuste pas le tir après 2012. Entre 1999 et 2019, la dette moyenne de la zone euro a progressé de 0,6 point de PIB. Celle de la France bondissait sur la même période de 1,7 point du PIB, un record parmi ses grands voisins.

La comparaison avec l'Allemagne est encore plus cruelle. Alors que le ratio de la dette publique sur le PIB était comparable dans les deux pays jusqu'en 2007 (63,7% en Allemagne et 64,5% en France), la dette allemande a atteint un pic à 81% du PIB en 2010 avant de décroître jusqu'à 59,5% en 2019, avant la hausse provoquée par l'épidémie de coronavirus. En France, elle était alors de 98,1%.

Divergence accrue

La crise sanitaire devrait malheureusement encore accroître cette divergence entre la France et ses voisins. Dans ses projections macroéconomiques, la Banque de France estimait ainsi que « *la dette publique augmenterait fortement à 119% du PIB en 2020 et ne reculerait pratiquement pas en fin d'horizon de projection. La moyenne dans la zone euro augmenterait parallèlement (à 101% du PIB fin 2020 et 100% du PIB fin 2022), mais dans de moindres proportions.* »

Ce décalage français au sein même de sa zone monétaire représente une épée de Damoclès. Pour l'instant, les investisseurs n'en tiennent aucune rigueur au pays. Loin de là, ils se pressent aux levées de dette et octroient à la France des taux records, proches des niveaux allemands. L'année dernière, le coût moyen de financement français à moyen et long terme est ainsi tombé à -0,14%, grâce à l'action de la Banque centrale européenne.

Cette bonne appréciation des financiers repose sur deux éléments: la solidarité européenne et la réputation de sérieux de l'État français qui, depuis la Convention, a toujours remboursé ses dettes. Pour l'instant, les États de la zone euro avancent

face à la crise sanitaire de manière coordonnée, même si les tensions entre pays «frugaux» et «dépendants» restent vives. La France a tout intérêt à maintenir cette solidarité.

Si à la sortie de la crise, les Allemands et le groupe des pays du Nord décidaient de renouer avec l'orthodoxie budgétaire tandis que l'Hexagone reprenait sa pente dépendante, les marchés pourraient se réveiller et pénaliser Paris. Les échéances politiques sont également surveillées de près. Au printemps 2017, durant les quelques semaines où l'hypothèse d'un second tour Mélenchon/Le Pen avait été envisagée, les taux d'intérêt français étaient nettement remontés.

La dette est détenue à 51% par des étrangers

Les titres de dette émis par l'État français sont au départ acquis par une poignée de banques qui les revendent ensuite sur les marchés financiers secondaires à de multiples investisseurs. Il est donc difficile de connaître précisément à tout moment l'identité des créateurs du Trésor. Traditionnellement, la dette française était détenue en majorité par de grands investisseurs internationaux: fonds de pensions asiatiques et américains, mais aussi banques centrales.

En raison des rachats massifs de la Banque centrale européenne (dont les titres sont placés à la Banque de France) pour soutenir les États, un rééquilibrage s'opère depuis quelques années. Selon les derniers chiffres de Bercy, les étrangers détenaient 51,3% de la dette et les «résidents» le solde, dont 23% pour la Banque de France, 17% pour les assureurs, 7% les banques... Les groupes financiers placent une grande partie de leurs dépôts sur ces titres sûrs. Au final, un bon quart de cette dette se retrouve donc dans les produits d'épargne des ménages français.

https://www.deutschlandfunk.de/genderforscherin-geier-zu-identitaetspolitik-wir-muessen.694.de.html?dram:article_id=493281

Genderforscherin Geier zu Identitätspolitik

„Wir müssen anerkennen, dass es Verschiedenheit in der Gesellschaft gibt“

Die Genderforscherin Andrea Geier kritisiert eine Gleichsetzung von linker und rechter Identitätspolitik. Dadurch, sowie durch Begriffe wie „Cancel Culture“, „kommen Positionen in den Raum, die so tun, als ob Rassismus und Rassismuskritik irgendwie dasselbe seien“, sagte Geier im Dlf.

Andrea Geier im Gespräch mit Stephanie Rohde



Andrea Geier: Verschiedenheit äußert sich zum Teil auch in Diskriminierung und Privilegierung (dpa / Zoonar.com / Toni Rantala)

Die Identitätspolitik von rechts führe zu Ausschließung, Hass und Gewalt, hatte Wolfgang Thierse am 25. Februar im Deutschlandfunk gesagt. Zugleich kritisierte der ehemalige Bundestagspräsident eine Cancel Culture in linker Identitätspolitik. „Das heißt, man will sich nicht mehr mit Leuten auseinandersetzen, diskutieren, den Diskurs führen, die Ansichten haben, die einem nicht passen. Das ist ziemlich demokratiefremd und wenn nicht sogar demokratiefeindlich“, so Thierse.

Dieser Ansicht widerspricht Andrea Geier, Professorin an der Uni Trier für Literaturwissenschaft und Genderforschung. „Diese Art und Weise, über linke Identitätspolitik zu sprechen, die ist sehr alarmistisch geworden und die ist sehr problematisch geworden.“ Tatsächlich wolle linke Identitätspolitik eigentlich das, was Thierse ebenfalls wolle, sagte Geier – „nämlich eine Anerkennung von Vielfalt und Gleichheit“.

Sie beobachte einen zunehmend alarmistischen Ton derer, die linke Identitätspolitik kritisieren und sich „selber zum Opfer machen einer Identitätspolitik anderer, die zum Beispiel rassismuskritisch ist – das müssen wir bearbeiten.“

Um zu mehr gegenseitigem Verständnis in Diskursen zu gelangen, sei es wichtig, anzuerkennen, dass Erfahrungswelten anderer Menschen durchaus andere sein können als die eigenen, betonte Geier. „Als weiße Wissenschaftlerin hab’ ich bestimmte Probleme im akademischen Raum definitiv nicht, die schwarze Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben. Und wenn ich dann als Weiße angesprochen werde, ist das einfach eine Tatsache. Dafür kann ich nichts, aber dazu muss ich mich verhalten. Und das ist das, was eigentlich wichtig ist, wenn jemand angesprochen wird als weiße

Person oder als männliche Person, zu fragen: Was hat das gemacht mit mir, was bedeutet das für meine Positionierung, was gibt mir das möglicherweise auch für Chancen, was hat mir das eröffnet?“

Das Interview in voller Länge:

Stephanie Rohde: Gefährden Rechte wie Linke mit ihrer Identitätspolitik den Zusammenhalt in der Gesellschaft?

Andrea Geier: Rechte Identitätspolitik zielt darauf ab, diesen Zusammenhalt zu gefährden – es geht tatsächlich darum, eine bestimmte Idee von Volk und von Nation herzustellen –, während linke Identitätspolitik was anderes will. Sie will eigentlich das, was zum Beispiel Herr Thierse möchte, nämlich eine Anerkennung von Vielfalt und Gleichheit. Insofern ist jetzt erst mal wichtig, dass man das auseinanderhält. Rechte und linke Identitätspolitik wollen nicht dasselbe, sondern sie haben unterschiedliche Ziele, und umstritten ist bei linker Identitätspolitik, so wie Herr Thierse sie dargestellt hat, mit welchen Mitteln das geschieht. Diese Art und Weise, über linke Identitätspolitik zu sprechen, die ist sehr alarmistisch geworden und die ist sehr problematisch geworden. Das zeigt gerade so ein Begriff wie Cancel Culture, dass der in diesem Kontext fällt, wo es sozusagen um gefühlte Einschränkungen geht und gefühlte Verbotskulturen.

Rohde: Genau das beklagt Wolfgang Thierse ja auch in dem Ton, den wir eben gehört haben, zu sagen, da werden missliebige Meinungen ausgeschlossen aus dem Diskurs. Man muss sich ja tatsächlich fragen, wie soll eine Verständigung stattfinden, wenn man nur noch in getrennten Räumen reden kann und die andere Seite eigentlich gar nicht mehr gehört werden darf mit ihrer Meinung.

Geier: An diese Problembeschreibung stelle ich immer die Rückfrage: Wer wird denn hier von wem nicht gehört? Wir haben ein ganz interessantes Phänomen, dass Menschen, die eine große Reichweite haben, sehr öffentlichkeitswirksam darüber klagen, dass man irgendetwas angeblich nicht mehr sagen könne. Die sind sehr prominent vertreten in der Öffentlichkeit damit, dass man angeblich etwas nicht sagen könne. Das ist ein Paradox, dem muss man sich erst mal stellen. Das heißt, man muss die Rückfrage auch stellen: Wer kann denn wo überhaupt seine Meinung äußern, wer kann denn wen kritisieren, auf welchem Weg? Und dann kann man anfangen, diese gefühlten Einschränkungen tatsächlich sich anzuschauen, also die Idee von: Wer verbietet wem etwas? Ich finde es wichtig, Unsicherheit ernst zu nehmen – woher kommt dieser Eindruck, dass angeblich man etwas nicht mehr sagen könne? Und die Formulierung, finde ich, weist eher darauf hin, dass es eben tatsächlich darum geht, es geht um Unsicherheiten, weil sich Dinge ändern. Das heißt, wir sind in dem, was eigentlich genau eingefordert wird, wir sind in einem Aushandlungsprozess, wo es auch mal kritisch werden kann, wo es sogar vielleicht unangenehm werden kann, wo Deutungsmacht infrage gestellt wird, wo Positionen infrage gestellt werden, und das empfinden Leute als Angriffe, die sozusagen für sich in Anspruch nehmen, unbehelligt bleiben zu wollen und sich keinen unangenehmen Situationen aussetzen zu müssen und einfach zu behaupten, na ja, wir wollen eben Gemeinsamkeit, das will ich doch auch, aber die wollen die Regeln festsetzen, nach denen diese Gleichheit und diese Anerkennung sich ausdrücken soll. Das heißt, eigentlich wird denen, die Kritik üben, denen wird der Raum abgesprochen, das zu tun, und nicht denen, die immer schon ihre Meinung sagen konnten.

Auch nicht-eigene Erfahrungswelten anerkennen

Rohde: Das kann man aber auch anders sehen, also jetzt wieder mit Herrn Thierse gedacht tatsächlich. Man kann ja auch sagen, Identitätspolitik wird dazu genutzt, dass Menschen eben in Täter und Opfer unterteilt werden, also dass dem Opfer per se niemand widersprechen darf und der Täter oder die Täterin darf nicht mehr sprechen. Sehen Sie diese Tendenz nicht auch, dass da ganz klar sozusagen ein Signal gesendet wird, bestimmte Leute dürfen sich aus einer bestimmten Position heraus nicht mehr zu Wort melden?

Geier: Ich sehe das in dieser Radikalität nicht. Was ich sehe, ist, dass wenn so Begriffe wie „Betroffenheit“ ganz negativ verwendet werden, und das zeigt sich bei Herrn Thierse, auch wenn er über Opfersein spricht. Wenn wir über Identitätspolitik sprechen, dann geht es ja erst mal darum, zu sagen, ich anerkenne, dass es in deiner Erfahrungswelt etwas gibt, was es in meiner nicht gibt, zum Beispiel hautfarbenbezogenen Rassismus als weiße Person, das erlebe ich nicht. Das heißt, ich muss erst mal anerkennen, dass die Erfahrungswelt anderer Menschen anders ist als meine eigene. Und diese Anerkennung, die ist der Ausgangspunkt. Wenn die nicht da ist, wenn so getan wird, als wenn es reicht, zu sagen, wir wollen doch alle gleich sein und wir wollen doch alle Vielheit und die wollen wir auch alle anerkennen, dann sorgt das natürlich auch für eine gewisse Unduldsamkeit, weil zum Beispiel über Rassismus schon sehr, sehr lange gesprochen wird. Über diese Gleichsetzung von linker und rechter Identitätspolitik, über so Begriffe wie Cancel Culture, kommen Positionen in den Raum, die so tun, als ob Rassismus und Rassismuskritik irgendwie dasselbe seien, weil das eine ist links und das andere ist rechts, und dann haben wir plötzlich eine Gleichsetzung von etwas, was wir als pluralistische Gesellschaft auf gar keinen Fall gleichsetzen dürfen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, das auszudifferenzieren und nicht so zu tun, auf der einen Seite sind die Opfer und die haben plötzlich eine große Macht, sondern wir müssen diese Machtfantasien uns anschauen: Wer kann tatsächlich wem irgendwas verbieten? Wer hat die Deutungsmacht momentan? Wer hat wie viel Sprechraum und wer wird immer noch nicht gehört? Wenn wir diese Dynamik tatsächlich anschauen, dann bin ich sofort bereit zu sagen, das kann im Einzelfall sicher auch unangenehm sein oder es kann auch mal sich in Formen ausdrücken, die nicht in Ordnung sind, ja, aber das heißt nicht, dass das grundsätzliche Anliegen diskussionswürdig oder gar diffamierbar wäre mit diesem Begriff „Identitätspolitik“. Es ist ganz wichtig, diese Ansprüche ernst zu nehmen und den alarmistischen Ton derer, die linke Identitätspolitik kritisieren, den zurückzunehmen und von diesem Alarmismus und von dem Reden über Zumutung und sich selber zum Opfer machen einer Identitätspolitik anderer, die zum Beispiel rassismuskritisch ist, das müssen wir bearbeiten. Ich finde hier diese Opferpose, also die Art und Weise, wie man sich darüber aufregt, dass jemand andere Ansprüche an einen stellt und einen Raum der Verhandlung fordert von bestimmter Deutungsmacht oder Sprechpositionen, das sind alles berechnete Ansprüche.

Sich die eigene Position in der Gesellschaft verdeutlichen

Rohde: Lassen Sie uns ganz kurz noch bei dieser Opferposition bleiben oder die Frage, wer spricht da, weil die ist ja zunehmend relevant geworden in dem Diskurs, also dass es vielleicht nicht mehr so viel darum geht, was wird eigentlich gesagt, isoliert betrachtet, sondern auch die Frage, von wem wird das gesagt. Herr Thierse beklagt ja, dass er da reduziert wird quasi auf seine Identität, und dann

gesagt wird, weil er diese Identität hat, darf er nichts mehr sagen, also dass man nur darauf schaut, wer spricht da.

Geier: Man kann das ganz schön rumdrehen, sich mal in die anderen Schuhe setzen und sagen, was die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, also zum Beispiel Herr Thierse, gerade erfahren, ist, als Angehöriger einer Gruppe wahrgenommen zu werden – das ist eine klassische Minderheitenerfahrung. Das ist sozusagen etwas, was unserem Anspruch an Individualität, Menschen individuell wahrzunehmen, widerspricht. Insofern kann ich auch nachvollziehen, dass jemand sagt, wie kann man mich reduzieren auf solche Positionen. Aber das ist jetzt genau der Raum der Verhandlung, um zu sagen, schau her, was mit Minderheiten passiert, wie jemand zum Beispiel mit Rassismus konfrontiert wird aufgrund seiner Hautfarbe. Das hat nichts mit einer individuellen Einschätzung zu tun, sondern mit Projektionen und mit Stereotypisierungen und eben mit Diskriminierung. Erst wenn ich anerkenne, dass die Erfahrung, die eigene soziale Positionierung, etwas ausmacht in der Art und Weise, wie ich mich in der Gesellschaft bewege, aber auch wie ich Sprechräume gestalten kann, welche Möglichkeiten und Chancen mir eröffnet werden, erst wenn wir das anerkennen, dann können wir ja weitergehen einen Schritt und tatsächlich zu den Idealen kommen, die eingefordert werden, nämlich alle Menschen gleich zu behandeln und als Individuen anzusehen. Das heißt, ja, hier wird was spiegelbildlich gerade gemacht. Es wird gesagt, guck mal, was eigentlich mit uns als denen, die wir zu anderen gemacht werden – wie zum Beispiel People of Colour oder schwarze Deutsche –, was mit uns passiert, und wir spielen jetzt einfach mal zurück, dass das, was du dir erarbeitet hast, nicht alles auf individueller Leistung beruht, sondern erst mal auf einer Position.

Als weiße Wissenschaftlerin hab ich bestimmte Probleme im akademischen Raum definitiv nicht, die schwarze Wissenschaftler*innen, und wenn ich dann als Weiße angesprochen werde, ist das einfach eine Tatsache. Dafür kann ich nichts, aber dazu muss ich mich verhalten. Und das ist das was eigentlich wichtig ist, wenn jemand angesprochen wird als weiße Person oder als männliche Person, zu fragen: Was hat das gemacht mit mir“ Was bedeutet das für meine Positionierung? Was gibt mir das möglicherweise auch für Chancen? Was hat mir das eröffnet? Und von da aus zu reflektieren und sozusagen den Sprung zu wagen, die Vorstellung zu wagen, wie es anders sein könnte und wie wir eigentlich in einer Gesellschaft zusammenleben wollen, in der nicht alle sozusagen dieselben Chancen qua bestimmter Merkmale haben.

Rohde: Das heißt aber, Sie erwarten eigentlich von jemandem wie jetzt zum Beispiel Herrn Thierse, dass er sich auch positioniert und möglicherweise auch als Betroffenen empfindet, also tatsächlich auch seine Privilegien versteht, um dann die Betroffenheit der anderen Seite auch nachvollziehen zu können. Er äußert sich ja ein bisschen anders und sagt eben, die Betroffenheit sollte nicht entscheidend sein, also das subjektive Empfinden darf gar nicht entscheidend sein, sondern das vernünftig begründete Argument.

Geier: Ich finde es falsch, das gegeneinander zu stellen. Die Tatsache, dass ich anerkenne, dass ich eine bestimmte Position in der Gesellschaft habe, widerspricht ja nicht der Tatsache, dass ich vernünftige Argumente vorbringen kann. Mir ist dieser Widerspruch, der hier aufgemacht wird, vollständig unklar. Worum es eigentlich zu gehen scheint, ist, dass eine Idee da ist von Erfahrungen machen – jemanden, irgendwie, emotional – und dann kann er nicht vernünftig sein. Das sind völlig falsche Überlagerungen. Worum es geht, ist, dass wir anerkennen, dass es Verschiedenheit gibt in der

Gesellschaft und dass diese Verschiedenheit sozusagen zum Teil auch eben sich in die Diskriminierung und Privilegierung äußert und dass das eine Bedeutung hat. Das heißt ja nicht, dass wir uns nicht darüber verständigen können, das vernünftige Argument schließt das ja überhaupt nicht aus. Deswegen meinte ich vorhin, dass Betroffenheit so negativ konnotiert ist, ist selber ein Problem, denn es bedeutet ja nicht, dass ich keine vernünftige Beschreibung des Zustandes machen kann, es heißt nur, anzuerkennen, dass nicht alle von vornherein gleich sind, sondern Gleichheit das Ziel ist. Gleichheit kann nicht proklamiert werden, und einfach zu sagen, wir brauchen Gemeinschaft und deswegen haben wir sie jetzt, sondern daran muss gearbeitet werden. Die Voraussetzung dafür ist, anzuerkennen, was der Status quo ist, und das bedeutet eben zum Beispiel, sich bewusst zu machen, dass es Menschen gibt, die machen Rassismuserfahrungen, und andere, die machen keine.

Rohde: Machen wir das mal konkret, und zwar am Beispiel von Blackfacing, also von Weißen, die sich zu Unterhaltungszwecken schwarz anmalen oder angemalt haben in Shows, im Theater. Wolfgang Thierse sieht dieses Blackfacing auch positiv, wir hören mal kurz rein:

Thierse: Kulturelle Aneignung über Hautfarben und ethnische Grenzen hinweg muss möglich sein, das ist ein Wesenselement von Kultur. Grenzüberschreitung, Aneignung von anderem, von Fremdem, sich zueigen machen, dabei die Unterschiede zwar wahrzunehmen, das Eigene wahrzunehmen ...

Rohde: Frau Geier, übersieht man möglicherweise die positive Funktion von so etwas wie Blackfacing, wenn man es durchweg als rassistisch bezeichnet?

Geier: Es gibt keine positive Kulturaneignung von Blackfacing, weil das ja voraussetzen würde, dass Blackfacing jemals Teil einer schwarzen Kultur war. Aneignen von einer anderen Kultur kann ich mir sowieso nur, was zu einer anderen Kultur gehört. Blackfacing ist immer schon ein Produkt einer weißen Fantasie. Es ist eine Darstellungspraxis, die kommt aus den sogenannten Minstrel Shows, also weiße Schauspieler*innen spielen für ein weißes Publikum, zur Belustigung eines weißen Publikums schwarz sein, führen das vor mit diskriminierenden stereotypisierenden Vorstellungen, und es macht es nicht besser, wenn man dann sozusagen so tut, als ob die individuelle Handlung in einem anderen Kontext – nehmen wir mal Theater – sozusagen das als eine andere Kulturpraxis bezeichnen würde. Das ist es nämlich genau nicht, denn da haben wir wieder eine weiße Tradition. Deswegen sind das alles Praktiken, die man wirklich in keiner Weise als positive Kulturaneignung beschreiben kann. Was Herrn Thierse fehlt, ist eine Idee von Macht.

Die Haut anderer als Maske zu tragen? Eine Grenzüberschreitung

Rohde: Wie meinen Sie das?

Geier: Wenn ich Blackfacing als positive Kulturaneignung beschreibe, dann hab ich ja nicht nur eine Idee davon, dass ein Sichbefremdenlassen von anderem oder in andere Schuhe schlüpfen irgendwie eine nette spielerische Idee ist, sondern dieses Moment von Aneignung ist ja immer ein Moment von Macht. Und dann ist ja die Frage, wer eignet sich wessen Kultur an, und dann sind wir sofort auch in Räumen, wo klar ist, dass es hier Machtungleichheit gibt. Also die Kulturaneignung ist ja eine, die immer in einer Relation und in einer Beziehung funktioniert und nicht so unschuldig ist – jeder schlappt mal in irgend wessen anderen Schuhe, sondern die ist eine, die ist auch mit historischen Bedeutungen belegt, wer sich in wessen Schuhe und wessen Maskeraden sozusagen ausführen kann. Herr Thierse

wischt das einfach mal beiseite und macht das zu einem lustigen, sozusagen befreienden oder bereichernden Spiel, und das ist es nicht. Jemand anderes Haut als Maske zu tragen, ist eine Aneignung, die auch eine Grenzüberschreitung ist.

Rohde: Schauen wir noch auf die Gendersprache: Der Eindruck ist da bei einigen, auch bei Wolfgang Thierse, entstanden, dass gendersensible Sprache an Unis angeordnet wird. Stimmt das?

Geier: Universitäten haben durchaus Leitfäden für geschlechtergerechte Sprache oder inklusiven Sprachgebrauch, aber wie das Wort schon sagt, das sind eben Leitfäden, und es gibt keinen Fall, in dem irgendwo klar gewesen wäre, dass einem Studierenden vorgeschrieben worden wäre, geschlechtergerechte Sprache zu nutzen und dann entweder eine Note verweigert oder schlechter bewertet worden wäre, weil nicht geschlechtergerechte Sprache benutzt worden ist. Herr Thierse behauptet das, und ich wüsste gerne mal, ob es irgendeinen Beleg dafür gibt. Ich kennen keinen.

<https://www.welt.de/kultur/plus227481767/Wolfgang-Thierse-an-Saskia-Esken-Ich-bitte-Dich-mir-mitzuteilen-ob-mein-Bleiben-schaedlich-ist.html>

THIERSE-BRIEF AN SASKIA ESKEN

„Ich bitte Dich, mir mitzuteilen, ob mein Bleiben schädlich ist“

—| Lesedauer: 6 Minuten

Von **Swantje Karich**

Redakteurin im Feuilleton



Daumen hoch oder Daumen runter für Wolfgang Thierse?

Quelle: Getty Images

Ex-Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat die grassierende „Identitätspolitik“ kritisiert. Und bekam auch von der SPD-Parteivorsitzenden Saskia Esken heftigen Gegenwind. Jetzt hat Thierse ihr einen deutlichen Brief geschrieben – und fordert von ihr eine Entscheidung.

Das Verhältnis zwischen SPD-Spitze und Wolfgang Thierse gilt schon länger als zerrüttet. Nach der Wahl von Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken hatte sich der ehemalige Bundestagspräsident 2019 hinreißen lassen, von „Verwerfungen in der SPD“ zu sprechen und einem „Totalabsturz“. Der „Tagesspiegel“ zitierte ihn damals mit den Worten: „Eine Partei, die nicht lernt, eigene Regierungsleistungen auch zu loben, sondern durch ein Klima der Unzufriedenheit, der Verdächtigungen und des Hasses geprägt ist, wird keine Zukunft haben.“

Keine Zukunft? Verdächtigungen, Hass? Jetzt tritt zutage, was er gemeint haben könnte. Saskia Esken, Wolfgang Thierse und der stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD Kevin Kühnert haben sich mächtig in den Haaren. Es geht um ein tatsächlich existenziell wichtiges Zukunftsthema, das zurzeit alle beschäftigt:

Wie gehen wir mit der Segregation unserer Gesellschaft um, und welche Rolle sollte identitätspolitisches Denken und Handeln dabei spielen?

Der Streit entzündete sich an einem Essay von Wolfgang Thierse im Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ), das seit Tagen nicht nur in den sozialen Medien für Diskussionen sorgt – der Deutschlandfunk hatte Thierse gleich am nächsten Tag im Interview in die Mangel genommen (das Gespräch sorgte eigentlich für die Aufregung, weil hier Aussagen viel verkürzter wirkten als im ausgeschriebenen Essay) und hat mehrere Beiträge zum Thema veröffentlicht: von harten Kommentaren bis zu einem Interview mit der Genderforscherin Andrea Geier, die eine Gleichsetzung von linker und rechter Identitätspolitik beklagte.

Der Essay von Thierse in der FAZ wirkte im Vergleich ausgeruht und besonnen, war überschrieben mit „Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft?“ und wurde eingeführt mit einem redlichen Ansinnen: „Debatten über Rassismus, Postkolonialismus und Gender werden heftiger und aggressiver. Identitätspolitik darf nicht zum Grabenkampf werden, der den Gemeinsinn zerstört. Ein Gastbeitrag des ehemaligen Bundestagspräsidenten.“

So weit so unaufregend. Hätte es da nicht einen Vorfall gegeben, zwei Tage vor Veröffentlichung in der FAZ: Die Online-Veranstaltung „Kultur schafft Demokratie“ des SPD-Kulturausschusses und der SPD-Grundwertekommission um Gesine Schwan war völlig eskaliert. Das Thema, auch wenn es keinem so richtig bewusst war: Identitätspolitik. Es ging um eine kurze Glosse, die Anfang Februar im FAZ-Feuilleton erschienen war und sich am kollektiven Outing von 185 Schauspielern im Magazin der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) unter dem Hashtag #ActOut abarbeitete, den Künstlern „Kalkül“ vorwarf und existenzielle Sorgen nicht anerkannte. Homophob wurde die Journalistin bezeichnet, auf „Ideologiekritik“ berief sich die Autorin.

Die FAZ-Journalistin, Vertreter des Lesben- und Schwulenverbands, SPDqueer und zwei Schauspieler der Initiative versuchten eine Aussprache, die im wilden verbalen Gerangel endete: „Cancel Culture“, „Homophobie und neurechter Sprech“ ist nur ein Auszug aus dem, was man sich so an den Kopf warf. Obwohl sich eigentlich Parteien gegenüber saßen, denen eine solche Aussprache leicht gelingen sollte. Denn: Die Journalistin ist in den vergangenen 20 Jahren eher durch eine Affinität für Diverses aufgefallen. Und doch zeigt ihre Reaktion auf das Outing eine gewisse Anspannung im Umgang mit den sich eklatant häufenden Meldungen zu Aktionen, die sehr vehement das Interesse spezifischer Gruppe verfolgen und nicht an die Gesamtgesellschaft appellieren.

Das alles zusammen ergab jedoch für Wolfgang Thierse ein toxisches Gemisch, weil sein Artikel von außen wie eine unmittelbare Stellungnahme zum Vorfall bei der SPD-Veranstaltung gewertet wurde – und es ja auch ist, ob gewollt oder nicht. Die SPD-Spitze aber versuchte nicht zu vermitteln, sondern schickte ein Entschuldigungsschreiben an die LGBTI-Community und lud zum Versöhnungstreffen am 11. März. Esken und Vize Kühnert beklagten eine „mangelnde Sensibilität im Umgang mit den Gäst*innen aus Euren Reihen, manche Rechtfertigung im Nachgang – all das beschämt uns zutiefst“.

Die Parteispitze erwähnt Thierse nicht, bezieht sich jedoch direkt auf ihn an einem anderen Punkt:

„Aussagen einzelner Vertreter*innen der SPD zur sogenannten Identitätspolitik, die in den Medien, auf Plattformen und parteiintern getroffen wurden“, zeichneten „insbesondere im Lichte der jüngsten Debatte ein rückwärtsgewandtes Bild der SPD, das Eure Community, Dritte, aber eben auch uns verstört“, gibt der Verband Esken und Kühnert wieder. Eigentlich wäre jetzt mal eine Aussprache zwischen Esken und Thierse angesagt. Das Angebot aber bekam er nicht.

Und so hat Thierse der SPD-Vorsitzenden Esken einen Brief geschrieben, der zirkuliert und WELT vorliegt. Darin zeigt er sich bestürzt darüber, dass er von der Entschuldigung aus dem „SPD Medien- und Informationsdienst“ erfuhr: „Ich entnehme (dem Schreiben, Anmerkung d. Red.), dass Du (und auch Kevin Kühnert) ‚verstört‘ über mich seid, dass Du Dich meiner (und vor allem Gesine Schwans) schämst und Dich von mir (von uns beiden) distanzierst.“

Dabei habe er in seinem Essay den Versuch unternommen, angesichts verschärfter, aggressiver werdender Konfrontationen in der gesellschaftlichen Debatte, zu Mäßigung zu mahnen und verstärkte Anstrengungen auf das Gemeinsame und Verbindende einer mehr denn je pluralen, diversen Gesellschaft zu richten. Thierse macht deutlich, dass er mit seinem Text an den gesellschaftlichen Zusammenhalt appellieren wollte: Sein „Essay endet mit den Sätzen: Weil der gesellschaftliche Zusammenhalt in einer diversen, sozial und kulturell fragmentierten ‚Gesellschaft der Singularitäten‘ (Andreas Reckwitz) nicht mehr selbstverständlich ist, muss er ausdrücklich das Ziel von demokratischer Politik und von kulturellen Anstrengungen sein, eben vor allem auch der Sozialdemokratie. Es muss ihr kulturelles Angebot sein, dass Solidarität, um die geht es nämlich, kein einseitiges Verhältnis ist, kein Anspruchsverhältnis gegen die Anderen, sondern auf Wechselseitigkeit und das Ganze umfassend zielt.“

In der Folge drückt er seine Enttäuschung aus: „Nun aber lese ich, dass die Vorsitzende (und ein stellvertretender Vorsitzender) meiner Partei meinen, sich meiner öffentlich schämen und sich von mir distanzieren zu müssen.“ Thierse bittet Esken, ihm ebenso öffentlich mitzuteilen, ob sein Bleiben in der gemeinsamen Partei weiterhin wünschenswert oder eher schädlich sei: Er fordert also Saskia Esken auf, sich

für oder gegen ihn zu entscheiden, den Daumen zu heben oder zu senken. Und endet mit den Sätzen: „Mir jedenfalls kommen Zweifel, wenn sich zwei Mitglieder der Parteiführung von mir distanzieren – angesichts eines Textes, der auf sozialen Zusammenhalt, auf kulturelle Gemeinsamkeiten, auf politische Solidarität zielt und eben auf die Bedingungen gesellschaftlicher Verständigungsprozesse.“

„Dazu ist nicht mehr und nicht weniger zu sagen“

Diese Eskalation überrascht niemanden innerhalb der SPD. Auf Anfrage von WELT, ob er sich zu dem Brief äußern wolle, antwortete Thierse kurz und knapp: „Ich habe keine Austrittsankündigung formuliert. Dazu ist nicht mehr und nicht weniger zu sagen.“

Von außen, besonders aus der Perspektive des Feuilletons und seiner Debatten, fragt man sich, auf welcher Stufe die Politik eigentlich gerade steht: Sigmar Gabriel durfte noch Ende 2016, als er Kanzlerkandidat der SPD werden wollte, unbehelligt in einer Bundestagsfraktionssitzung über „zu viel Political Correctness“ im Dialog mit den Bürgern klagen. Das scherte niemanden. Damit ist es vorbei. Zumindest in der SPD: Es hat sich ein identitätspolitisches Lager gebildet, das gegen die arbeitnehmerorientierten Volkspolitiker polemisiert. Wie aber finden sich die Anhänger eines Wolfgang Thierse unter dieser Führung noch zurecht? Thierse ist ja nicht irgendwer: Er steht für den Osten, ist Bundestagspräsident a.D. Man sollte nicht unterschätzen, wie viele in der SPD ihn unterstützen – wie Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Seines Zeichens Kanzlerkandidat.

EU-SOZIALPOLITIK:

Rückwärts nimmer

- VON HENDRIK KAFSACK, BRÜSSEL
- -AKTUALISIERT AM 04.03.2021-20:51



EU-Kommissare Valdis Dombrovskis und Paolo Gentiloni am Mittwoch in Brüssel Bild: AP

Die Sozialpolitik ist laut der EU-Verträge eigentlich eine Domäne der Mitgliedsstaaten. Das hindert Brüssel aber nicht daran, sich in dem Bereich immer mehr einzumischen. Am Donnerstag kam ein weiterer Schritt dazu.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich getäuscht. Als die Staats- und Regierungschefs 2017 in Göteborg – in ihrer Abwesenheit – die „Europäische Säule sozialer Rechte“ beschlossen, spielte das Kanzleramt das herunter. Die 20 Grundsätze zu fairer Entlohnung, Gleichberechtigung oder Kinderrechten seien eine Liste von Selbstverständlichkeiten. Politische Folgen für die EU ließen sich nicht ableiten.

Die Europäische Kommission sah das anders: Für sie war und ist die „Soziale Säule“ die Basis für das Vordringen in ein Politikfeld, das die EU-Verträge eigentlich für die Staaten reserviert haben. „Das ist nur der Anfang“, hieß es beim Treffen in Göteborg aus dem Umfeld des damaligen Präsidenten der Kommission, Jean-Claude Juncker.

Mehr als drei Jahre später liefert die Corona-Pandemie der EU-Kommission neue Argumente für sozialpolitische Initiativen. Schließlich habe die Krise enorme Folgen für die Einkommen, die Familien, sagte Vizekommissionspräsident Valdis Dombrovskis am Donnerstag bei der Vorstellung eines Aktionsplans zur Sozialen Säule, der mit „Von Prinzipien zu konkreten Schritten“ überschrieben ist. Für Anfang Mai hat die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft zum „Sozialgipfel“ in Porto eingeladen. Dann soll der nächste Pflock auf dem Weg in eine echte europäische Sozialpolitik eingetrieben werden, wie es von dort heißt.

Zwei Schritte vor, einer zurück

Tatsächlich hat die Kommission schon vor der Corona-Krise versucht, ihren Einfluss auszuweiten. Zum Auftakt ihrer Amtszeit hat Präsidentin Ursula von der Leyen eine Reihe von sozialpolitischen Initiativen angekündigt, darunter Vorschläge für einen EU-Mindestlohn, eine Arbeitslosenrückversicherung, gleiche Arbeitsbedingungen für „Plattformarbeiter“ oder gegen Kinderarmut. Auch der am Donnerstag vorgelegte Vorschlag zur Gehaltstransparenz, mit der die Behörde die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen schließen will, gehört dazu.

Zwar hat die Kommission bei Mindestlohn oder Arbeitslosenversicherung darauf verzichtet, ihre Kompetenzen zu weit auszudehnen. In beiden Fällen blieb sie hinter den Erwartungen zurück. Ihr Handeln folgt dem 2017 ausgegebenen inoffiziellen Motto „zwei Schritte vor, einer zurück“. Das gilt auch für den Aktionsplan zur „Sozialen Säule“.

Letztlich ruft die Kommission mit ihm vor allem drei Ziele aus: Bis 2030 sollen 78 Prozent aller Erwachsenen von 20 bis 65 Jahren eine Arbeitsstelle haben, 60 Prozent sollen einmal im Jahr an einer Fortbildung teilnehmen, und die Zahl der von Armut gefährdeten Europäer soll sich um 15 Millionen verringern – von momentan rund 90 Millionen.

Ähnliche Ziele hatte sich die EU, mit einer Beschäftigungsquote von 75 Prozent und einer Verringerung der von Armut Gefährdeten um 20 Millionen, in der „Agenda 2020“ gesetzt – und verfehlt. Damit sich das nicht wiederholt, sollen die Staaten nach EU-Sozialkommissar Nicolas Schmit das Geld aus dem Aufbaufonds nutzen. Außerdem will er im Rahmen des Europäischen Semesters Druck auf die Staaten ausüben.

Dombrovskis verwies darauf, dass schon vor der Corona-Krise rund 30 Prozent der Empfehlungen der Kommission an die Staaten die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik betroffen hätten. Dass die Lösung dieser Probleme am besten in Brüssel angesiedelt ist, steht für Schmit außer Frage. 88 Prozent der Europäer fänden ein „soziales Europa“ nach einer passend zum Aktionsplan veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage wichtig, betont er. Dass der Anteil derjenigen, die daraus mehr sozialpolitische Mitsprache der EU ableiten, spürbar geringer war, verschweigt er jedoch lieber.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/dr-seuss-sechs-kinderbuecher-sollen-nicht-mehr-verkauft-werden-17225665.html?premium>

BILDERBUCHVERBOT FÜR DR. SEUSS:

Was in der Mulberry Street geschah

- VON ANDREAS PLATTHAUS
- -AKTUALISIERT AM 04.03.2021-12:31

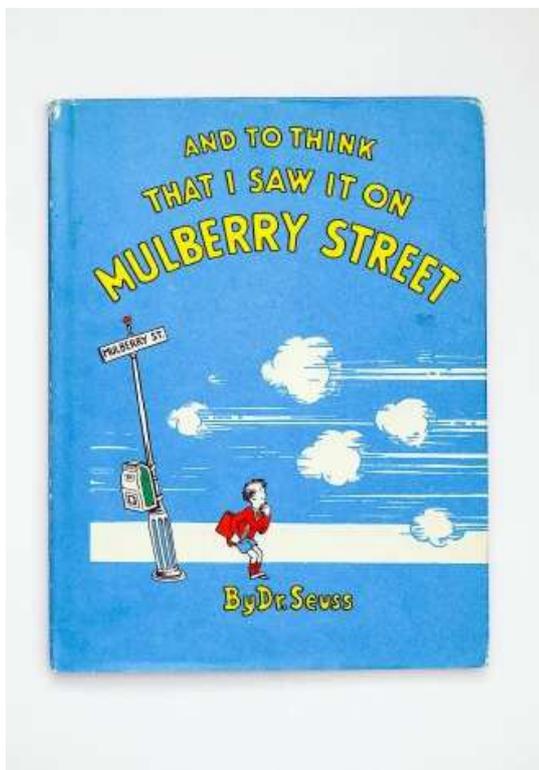


An diesem Detail hängt das Schicksal eines ganzen Buches: Der „China man“ aus dem Bilderbuch von Dr. Seuss. Bild: Jens Gyarmaty

Sechs Bilderbücher des amerikanischen Illustrators Dr. Seuss werden aus dem Verkehr gezogen. Der Vorwurf: Darstellungen mit ethnischen Stereotypen.

Dies vorweg: Es gibt keinen Zweifel daran, dass ein Rechteinhaber mit seinem Eigentum verfahren kann, wie er es im eigenen Interesse für richtig hält. Wenn Dr. Seuss Enterprises, jene amerikanische Firma, die das Werk des 1991 gestorbenen Kinderbuchautors Dr. Seuss verwaltet, sich entscheidet, sechs der Bücher ihres Namensgebers nicht mehr weiter verlegen zu lassen, dann ist das ihr gutes (juristisches) Recht. Und wenn sie es erklärtermaßen tut, weil „diese Bücher Menschen auf eine Weise darstellen, die verletzend und falsch ist“, dann scheint auch moralisch alles in Ordnung. Dass damit vorrangig der Markenname „Dr. Seuss“ geschützt werden soll, der für einen der erfolgreichsten Autoren der Welt steht, dessen von 1937 bis 1990 erschienene rund drei Dutzend Bilderbücher sich in zwanzig Sprachen mehr als sechshundert Millionen Mal verkauft haben, vor allem aber für Generationen junger Amerikaner erster Lese- oder Vorleseindruck waren, ist klar. Wenn sechs Dr.-Seuss-Bücher, über deren Inhalt gestritten wird, aus der Debatte genommen werden, kann man doch die anderen dreißig munter weiter verkaufen.

Doch an dieser Überlegung ist einiges falsch. Zuvorderst die Erwartung, man könnte Dr. Seuss aus der Schusslinie nehmen, wenn man das unsichtbar macht, was an ihm inkriminiert worden ist. Dafür sind Leben und Werk des 1904 als Theodor Geisel in der Kleinstadt Springfield, Massachusetts, geborenen Autors viel zu eng verwoben und komplex. Erstens: Geisel alias Dr. Seuss begann nicht als Kinderbuchautor. Zweitens: Seine Anfänge liegen in der Zwischenkriegszeit, die verstanden werden muss, wenn man die daraus resultierende Illustrationskunst bewerten will. Drittens: Sein Schaffen nach dem Zweiten Weltkrieg hat inhaltliche Schlüsse aus früheren Erfahrungen gezogen. Nichts davon kann jedoch berücksichtigt werden, wenn man einfach totschweigt, was da gewesen ist. Und nichts anderes bedeutet der Verzicht auf die Publikation von strittigen Büchern.



Das Titelbild zum 1937 erschienenen Bilderbuchdebüt von Dr. Seuss ;Bild: Jens Gyarmaty

Am allerersten Buch von Dr. Seuss stört heute ein Chinese

Um welche geht es überhaupt? Das halbe Dutzend schließt das erste Bilderbuch von Dr. Seuss, „And to Think That I Saw It on Mulberry Street“ von 1937, mit ein und hat als jüngsten Titel „The Cat’s Quizzer“ von 1976 zu bieten, ein Gelegenheitswerk, für das die erfolgreichste Figur von Dr. Seuss, the Cat with the Hat aus dem gleichnamigen Buch von 1957, noch einmal wiederbelebt wurde. Wir reden also nicht nur von Frühwerken. Nicht an den typischerweise gereimten Texten entzündet sich die Debatte, sondern an den Illustrationen. Das ist häufig so, weil bildliche Darstellungen eindeutiger sind als schriftliche. Plakativer. Und gerade bei Kinderbüchern oft in einer Tradition stehen, die zur Charakterisierung von Figuren auf Stereotype zurückgreift. Vorurteile, so kann man [Hans-Georg Gadamer](#)s Hermeneutikkonzept grob paraphrasieren, erleichtern uns den Weltzugriff, weil sie überhaupt erst gestatten, uns ein Bild zu machen, auf dessen Grundlage dann so etwas wie Verständigung erfolgen kann. Anschaulichkeit ist zentral für kindliches Begreifen.

Ein Beispiel dazu aus den sechs fortan fehlenden Dr.-Seuss-Büchern, aus dem berühmten Debüt. „And to Think That I Saw It on Mulberry Street“ erzählt vom Heimweg eines kleinen Jungen, bei dem dessen Phantasie aus einem vorbeifahrenden Pferdefuhrwerk eine prächtige Parade macht. Zu Hause angekommen, fragt der Vater den Jungen, was er draußen gesehen habe, und der antwortet bloß: „Nothing, I said, growing red as a beet, / ,But a plain horse and wagon on Mulberry Street.““ Die Leser aber haben zuvor eine veritable Weltausstellung mit Tieren und Sensationen in Wort und Bild vorgestellt bekommen.

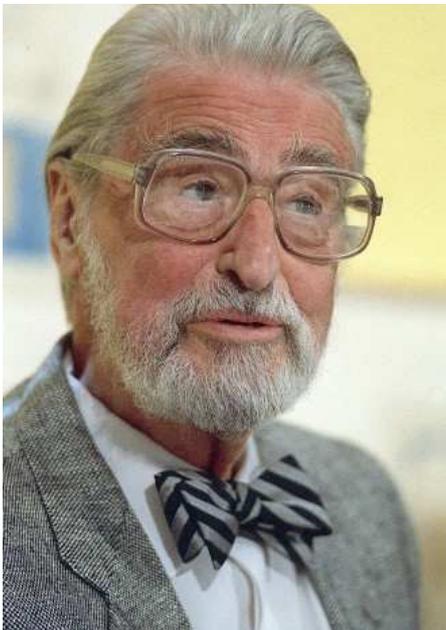


Der inkriminierte Chinese im Kontext des Bilderbuchs :Bild: Jens Gyarmaty

Dass diese Feier kindlicher Imaginationskraft ins Gerede gekommen ist, liegt an einer einzigen der insgesamt knapp hundert Verszeilen des Buchs. Sie sei hier im Kontext zitiert: „And that makes a story that’s really not bad! / But it still could be better. Suppose that I add... / A Chinaman who eats with sticks... / A big Magician doing tricks...“ Die Kritik wendet sich gegen den Chinesen, weil er in der diesem Textabschnitt beigegebenen Illustration von Dr.Seuss gemäß den 1937 im westlichen Kulturkreis üblichen Stereotypen gezeichnet wurde: als kleiner Mann mit kahlem Kopf unter einem Kegelhut, Stupsnase und etwas, das man „Schlitzaugen“ nennen könnte, wenn der fröhliche Chinese nicht in seiner Lebensfreude die Augen geschlossen hätte – und man zeichnet geschlossene Lider nun einmal als Striche. Wie im Text beschrieben, hält er Essstäbchen in der Hand, um aus einer Reisschale zu speisen, und dass er Geta trägt, also typisch japanisches Schuhwerk, zeigt, dass Dr.Seuss diverse asiatische Klischees benutzte. An den gleichfalls karikaturesk-stereotypischen Erscheinungsbildern von Honoratioren, Musikern und des Zauberers in derselben Zeichnung hat sich bislang noch niemand gestört.

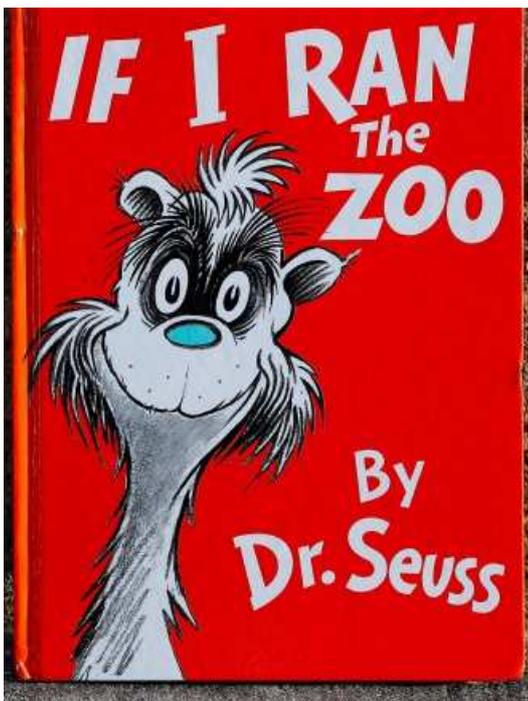
Die Läuterung des Zeichners wird künftig unnachvollziehbar

Die Debatte um die Darstellung entbrannte 2017, als drei Autoren, darunter zwei asiatischer Abstammung, ihre Teilnahme an einem Kinderliteraturfestival in Theodor Geisels Heimatstadt Springfield absagten, weil im dortigen „The Amazing World of Dr.Seuss Museum“ ein Wandbild mit dem Chinesen nach der Vorlage aus dem Buch existierte, dort mit gelber Hautfarbe versehen. Das Museum entfernte daraufhin dieses inkriminierte Motiv, um niemanden zu beleidigen, aber nun trifft der Bannstrahl der Seuss-Sachwalter das Buch selbst. Auch die fünf anderen künftig nicht mehr freigegebenen Bilderbücher enthalten jeweils unliebsame Einzeldarstellungen von Angehörigen nicht-westlicher Kulturkreise.



Theodor Geisel alias Dr. Seuss, 1904 bis 1991 :Bild: AP

Theodor Geisel begann seine Laufbahn als Karikaturist und Werbezeichner. Kurz nach der Publikation des ersten Kinderbuchs verschrieb er sich unter seinem Pseudonym Dr. Seuss der Stimmungsmache gegen das nationalsozialistische Deutschland und das imperialistische Japan. Das war umso bemerkenswerter, als Geisel selbst deutschstämmig war und als Kind im Ersten Weltkrieg unter der damals deutschfeindlichen Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit gelitten hatte. Seitdem wusste er, was es hieß, Außenseiter zu sein, und deshalb bekämpfte er die in den dreißiger Jahren grassierende Rassenideologie. Dass er dabei selbst Stereotype von Deutschen und Japanern einsetzte, die alles andere als schmeichelhaft waren, war zeittypisch. Art Spiegelman nimmt den faschismusfeindlichen Karikaturisten Dr. Seuss vor einer Aburteilung als Rassist in Schutz: „Er war kein Ideologe, sondern ein Humanist.“



Ein weiteres der insgesamt sechs nun nicht mehr verlegten Dr.-Seuss-Bücher: „If I Ran the Zoo“ von 1950 :Bild: Reuters

Das zeigte sich vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg in Theodor Geisels Wandlung zum kompromisslosen Propagandisten der Gleichheit aller Menschen, die 1946 in seinem Bilderbuch „Horton Hears a Who“ ihr berühmtes Credo fand: „A person’s a person, no matter how small.“ Aus dem eigenen eifernden Engagement im Krieg entwickelte sich eine spezifische Sympathie für das von ihm nun als unterdrückt wahrgenommene besiegte Japan. Und er nutzte seine an Leseanfänger gerichteten Bilderbücher für Geschichten, die Umweltschutz, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit einforderten. Diese Werke sollen selbstverständlich weiter verlegt werden, aber wie viel eindrucksvoller noch sind sie im Wissen um das, was ihr Autor selbst aus seinem Leben gelernt hat! Das aber wird nicht durch Ausblendung vermittelt, sondern durch Ausleuchtung – wie es kürzlich der Disney-Konzern vorgemacht hat, als er alte Filme mit heute als unangebracht empfundenen Darstellungen nicht zensieren oder gar verschwinden ließ, sondern ihnen Kommentare voranstellte, die die Geschichte dieser Geschichten klarmachen. So macht man eine Gesellschaft klug und gerade deren jüngste Mitglieder.

Le Figaro (site web)

vendredi 5 mars 2021 - 06:30 UTC +01:00 786 mots

Capitaine Hervé Moreau, la révolte d'un gendarme de terrain

Hofstein, Cyril

PORTRAIT - L'ancien commandant en second de la compagnie de gendarmerie départementale de Beaune, en Bourgogne, a décidé de rompre le devoir de réserve pour dénoncer l'explosion de la délinquance et les manquements de la justice.

«*La violence qui gangrène aujourd'hui notre société, comme en témoignent les récentes affaires d'affrontements entre bandes rivales dans les quartiers dits sensibles, mais aussi dans les zones rurales ou périurbaines, n'arrive pas à être prise en compte de manière judiciaire*», lance le capitaine Moreau, qui vient de sortir *Vérités d'un capitaine de gendarmerie*, un brûlot édité à compte d'auteur et déjà vendu à plus de 5000 exemplaires sans aucun diffuseur.

«*Malgré le formidable travail mené sur le terrain par les gendarmes et les forces de l'ordre en général, combien de fois ai-je vu des auteurs d'agressions, interpellés en flagrant délit ou après une enquête minutieuse, ressortir sans aucune condamnation avec dans les yeux une expression de défi? Pendant combien de temps nos compatriotes vont-ils encore tolérer cela?* » Son analyse est sans appel. Page après page, le lecteur plonge dans un univers où la tranquille campagne française prend des airs de cité sensible où tous les coups sont permis.

Atypique, enthousiaste, pragmatique, idéaliste certainement, le gendarme ne s'est pas fait que des amis dans l'institution et règle au passage quelques comptes avec certains de ses supérieurs, qui n'ont pas dû apprécier de se retrouver dans son livre. Mais, au-delà de ces considérations internes, son témoignage soulève de vraies questions de fond, et touche par sa précision et son désarroi face à des situations judiciaires inextricables, comme celles impliquant «*des mineurs de 13 ans multirécidivistes qui bénéficient d'une quasi-impunité* ».

Une «double peine» pour les victimes

De fait, à 51 ans, l'ancien commandant en second de la compagnie de gendarmerie départementale de Beaune et actuel officier de liaison d'un état-major de la base de défense de Creil n'y va pas avec le dos de la cuillère quand il raille «*l'hypocrisie* » de certains politiques ou déplore «*les manquements* », «*l'absence d'empathie* » et «*l'insensibilité* » de la justice. «*De nombreuses victimes ressentent souvent une double peine*, assure-t-il. *Car, après la douleur du préjudice subi, c'est la solitude du parcours judiciaire et la faible considération pour leurs souffrances physique, morale et psychologique qui les attendent. Elles ont le sentiment qu'elles sont livrées à elles-mêmes, qu'elles sont peu considérées, voire négligées, alors que ce sont elles qui souffrent.* »

Pour avoir dit tout haut ce qui se chuchote, le capitaine Hervé Moreau s'attendait à une sanction disciplinaire. Il savait pertinemment que son livre avait rompu le «devoir de réserve». Après avoir raconté sans fard son expérience d'officier de terrain et fait part de sa colère face à la délinquance ordinaire, «*à la faillite du système judiciaire français* » et à «*une impunité devenue insupportable* », il ne pouvait pas y échapper. Ce n'était qu'une question de temps et, en bon saint-cyrien, il était prêt à recevoir les foudres de sa hiérarchie. Mais en lui infligeant un blâme, l'une des plus lourdes sanctions qui puisse être infligée à un officier français, la ministre des Armées Florence Parly a décidé de frapper fort. Très fort.

Comme si elle voulait rappeler les risques d'une telle prise de parole à tous les militaires qui auraient l'idée de suivre son exemple.

« Je suis tout simplement abasourdi », explique le capitaine Moreau. Je m'étais préparé à des arrêts de rigueur, mais pas à ce désaveu terrible de la part d'une institution que je sers fidèlement depuis près de trente ans, dans l'armée de terre, puis dans la gendarmerie nationale. Mais ce coup dur renforce encore plus ma détermination. Désormais, je suis prêt à prendre tous les risques pour donner la parole aux gendarmes qui vivent des situations de plus en plus intenable et aux victimes que l'incurie de notre système judiciaire muselle et bafoue. Tout ce que je dis dans mon livre est vrai et j'en assume chaque ligne et chaque chapitre. » À présent, le capitaine Moreau se prépare à quitter les drapeaux. Devenu Hervé Moreau tout court, il espère à présent s'engager en politique et se présenter en juin 2022 aux élections législatives à Beaune. Dans cette Côte-d'Or qu'il veut « *chérir et réveiller* ».

Le Figaro (site web)

vendredi 5 mars 2021 - 06:00 UTC +01:00 1726 mots

Vox ; Vox Politique

Dominique Reynié:**«La droite doit sortir du modèle social-étatiste»**

Meeus, Carl

GRAND ENTRETIEN - Pour le directeur général de la Fondapol, la droite ne doit pas chercher à parler spécifiquement aux classes populaires à travers des mesures comme le revenu universel, mais proposer un discours sur la mobilité sociale, en s'adressant à tous les Français.

LE FIGARO.- À l'approche de la présidentielle, la droite semble perdue sur la question économique. Comment l'expliquez-vous?

DOMINIQUE REYNIÉ.- René Rémond avait identifié une droite ultra, une droite bonapartiste et une droite orléaniste. Et en effet, si l'on observe la droite de gouvernement, elle semble privée de toute orientation. Elle paraît définitivement alignée sur le modèle social-étatiste de la reconstruction, après 1945. Son caractère administratif, dépensier, notamment dans le domaine social, pourrait faire songer au bonapartisme, mais on ne retrouve pas la volonté réformatrice de cette tradition, son ambition industrielle et scientiste. Le modèle social-étatiste a eu sa justification historique au moment de la reconstruction. C'est à cette époque que la droite rompt avec sa tradition orléaniste ou libérale avec laquelle elle ne renouera plus qu'épisodiquement. Ce qui pouvait être une parenthèse est progressivement devenu une habitude. Il faut ajouter que l'élection présidentielle, voulue par les gaullistes, a enraciné cette conception d'un État administrateur, dépensier, clientéliste. Il n'y a pas eu de réflexion de fond sur le rôle de l'État, le rapport à l'économie, les entreprises, l'innovation. Résultat, hégémonique entre 1958 et 1981, la droite est passée au régime de l'alternance jusqu'en 2017 pour se retrouver marginalisée, tiraillée entre une autonomie impossible et la double concurrence d'un hypercentre macroniste et d'un puissant courant populiste. Or, elle voit dans ses défaites le mouvement d'un balancier lui assurant mécaniquement le retour au pouvoir: nous sommes battus, donc nous serons réélus.

Cela ne nécessite donc pas de remise en cause!

Aucune, et si ce n'est pas spécifique à la droite, cette assurance l'a maintenue dans une dépendance au social-étatisme lourde de conséquences, la droite perdant peu à peu ses liens vitaux avec la société civile. La nostalgie du pompidolisme fonctionne comme une évocation de cette époque où la droite était au rythme de la société, en empathie avec les forces créatrices, économiques, culturelles et scientifiques. Trois signes sont révélateurs de ce décrochage sociétal: d'abord, l'émergence, sous François Hollande, de mouvements de petits patrons en révolte, les «pigeons», les «tondus», confrontés au labyrinthe du RSI, à un code du travail décourageant, à une pression fiscale et sociale dissuasives. La droite découvre trop tard tout un monde qui attendait beaucoup d'elle, n'a rien reçu et donc s'est détourné d'elle. Ensuite le «mariage pour tous». La droite aurait pu soutenir la réforme ou s'y opposer clairement. Elle n'a fait véritablement ni l'un ni l'autre. Une partie dominante de la droite s'est certes ralliée à La Manif pour tous, mais elle n'était pas à la manœuvre. Enfin, le monde agricole confronté à des difficultés croissantes s'est aperçu que la droite n'était plus en mesure de le comprendre et encore moins de le défendre, parce qu'elle était désormais soumise à l'hégémonie culturelle d'une France métropolitaine qui ne représente pourtant que 12 % du corps électoral... Les campagnes ont regardé la droite comme une autre gauche, fiscaliste, adepte d'un écologisme réglementaire et punitif. Si l'entreprise, la famille et les campagnes ne forment plus, comme hier, le socle idéologique et social de la droite, il faut désigner un socle alternatif, sauf à prendre le risque de ne plus dépendre que de ses réseaux d'élus et des subsides de l'État.

Quelles sont les sources vives de la pensée de droite?

Pour le moment, elle n'en a plus. Le social-étatisme la condamne à penser la politique en termes de dépense publique, ce qui l'empêche de se tourner franchement vers la création de richesses, l'entreprise, la rémunération du travail et du risque, l'esprit de conquête. On voit mal comment elle pourra éviter cet aggiornamento, car l'horizon de la dépense publique est désormais borné par le poids de la dette. La droite devrait se demander comment refaire de la politique, comment réduire la dépense publique pour régénérer nos richesses économiques, sociales et culturelles. Il est notable de ne plus entendre la droite porter un discours démographique. Peut-on dire qu'il existe encore une droite dans une société qui ne débat pas de démographie?

C'était le programme de François Fillon pour la présidentielle de 2017! Or, il avait commencé à baisser dans les sondages, avant les affaires. Ce projet ne passe pas le premier tour...

Il ne faut pas négliger les effets de la candidature de Nicolas Dupont-Aignan. On peut expliquer l'absence de François Fillon au second tour par cette concurrence. Sans Nicolas Dupont-Aignan, il est raisonnable de penser que Fillon parvenait au second tour malgré les affaires.

Vous suggérez qu'avec son programme libéral, François Fillon ne parlait pas à une partie de l'électorat de droite qui, refusant de voter Marine Le Pen, s'est tourné vers Nicolas Dupont-Aignan?

Absolument. Le recul de François Fillon s'explique par un discours de réformes et de rigueur trop indéterminé. Il donnait à penser que chacun allait en subir les conséquences, au risque de démotiver des électeurs de droite qui redoutaient d'être concernés. Différemment, il pouvait préciser les points sur lesquels allaient porter ces efforts et expliquer les bénéfices collectifs attendus pour rassurer au moins une partie des électeurs hésitants. Mais la candidature de Nicolas Dupont-Aignan est aussi la conséquence de l'absence d'un discours de puissance pour le pays. Depuis 1945, la droite a porté ce thème avec éclat: l'industrie, les sciences et les techniques... En 1974, à la télévision américaine, un journaliste mettait Gerald Ford en difficulté en lui présentant trois objets préfigurant une nouvelle époque: la carte à puce, le minitel et le TGV. Le journaliste faisait remarquer que ces trois inventions étaient françaises, lui demandant si les États-Unis n'étaient pas en train de perdre la bataille de la connaissance et de l'innovation. Ces trois innovations, fruits d'une société conquérante, illustraient une France de droite, enthousiaste, excellent dans le progrès. Tous ces éléments semblent oubliés, abandonnés ou inaudibles.

Augmenter les salaires, regarder vers le revenu universel: une partie de la droite cherche des pistes pour faire revenir l'électorat populaire. Est-ce la bonne solution?

Portées par certains responsables de droite, des idées de «planification», de «nationalisation», de «revenu universel» ou une hostilité manifestée à l'égard de la 5G illustrent une défaite culturelle d'autant plus étonnante que la France est très majoritairement à droite. Ce n'est pas la société qui doute de ses valeurs de droite, ce sont les partis de droite. De plus, cette vision social-étatiste court le risque d'être dépassée, rendue obsolète par le mur de la dette. Mais si ce n'est pas ainsi que la droite récupérera les classes populaires, c'est parce que la question est formulée dans les termes de la gauche. La droite pourrait proposer un discours sur la mobilité sociale, dire à quelles conditions nos enfants vivront mieux que nous, en associant une ambition en termes de pouvoir d'achat pour les classes populaires et pour les classes moyennes. L'école est un autre grand motif qui permettrait d'associer les classes populaires aux classes moyennes. Or, la droite ne porte plus ce thème alors que la demande sociale n'a jamais été aussi forte.

Comme le fameux «travaillez plus pour gagner plus» de Nicolas Sarkozy en 2007...

C'est clairement un thème de droite. Il fait sens dans une France de tradition laborieuse et méritocratique. Les travaux de Christophe Giuilly ont marqué la droite, mais en lui insufflant une inspiration de gauche. L'idée de segmentations nouvelles, entre une France périphérique et une France urbaine, appelle l'idée d'une politique de redistribution, mais il s'agit toujours de redistribution et non de création de richesses. Or, la droite pourrait s'adresser aux classes populaires en parlant de pouvoir d'achat, d'école, de liberté et de responsabilité, de puissance et de Nation, c'est-à-dire en inscrivant ces classes populaires dans la communauté globale et dans un mouvement historique.

L'écologie peut-elle être un chemin pour la droite?

Sans doute. Mais on a parfois le sentiment qu'après avoir été subjuguée par le social-étatisme, la droite est attirée par le social-écologisme, pourtant électoralement très minoritaire. Le principe de précaution, intégré à notre Constitution par Jacques Chirac, a été pour la droite une erreur historique: il inhibe l'innovation, bridant l'accès aux sources de la croissance, du progrès et

de la souveraineté. Malheureusement, cette rétraction est devenue une doctrine européenne, en particulier dans le domaine des OGM. On en mesure les conséquences aujourd'hui dans la bataille des vaccins et ce n'est pas fini si l'on voit notre retard dans l'édition du génome où nous étions pourtant pionniers. De même, on peut s'étonner de la timidité avec laquelle la droite défend le nucléaire, non seulement parce qu'elle l'a vigoureusement soutenu dans le passé mais parce qu'il est une condition sine qua non de la décarbonation. C'est l'impasse du social-écologisme, car il implique peu ou prou la décroissance. Cela ouvre un espace permettant à la droite de proposer sa propre doctrine, celle d'un écologisme mobilisateur, fait d'innovations techniques et scientifiques, de croissance économique décarbonée. Si la solution devait être la décroissance, ou même la sobriété, ne doutez pas que le réchauffement politique prendra le pas sur le réchauffement climatique! La victoire des partis protestataires est une possibilité inscrite dans un horizon de court terme. Le social-écologisme est en passe de devenir un supplice pour les Français, et un supplice inutile: nous sommes déjà l'un des pays les plus vertueux, nous ne représentons que 0,8 % des émissions de gaz à effet de serre. On ne sauvera pas la planète en éteignant la France!

<https://www.nytimes.com/2021/03/05/opinion/french-intellectual-life-america.html?action=click&module=Opinion&pgtype=Homepage>

Opinion

Is This the End of French Intellectual Life?

The country's culture of argument has come under the sway of a more ideological, more identity-focused model imported from the United States.



By Christopher Caldwell

Mr. Caldwell is a contributing opinion writer and the author of “Reflections on the Revolution In Europe: Immigration, Islam and the West” and “The Age of Entitlement: America Since the Sixties.”

- March 5, 2021, 1:00 a.m. ET

At the end of last summer, *Le Débat*, France's most prestigious intellectual review, accompanied its 40th-anniversary issue with a wholly unexpected announcement: It would cease publication forthwith. *Le Débat* and its three or four thousand loyal readers had maintained an allegiance to the political left since the Cold War — but the meaning of “left” has been shifting. Rivals now claim the term, particularly social movements that arose in France in the 1980s to champion what is variously called identity politics or social justice. After waging a decades-long twilight struggle against these movements, *Le Débat* has lost.

Intellectuals of all persuasions have been debating what that defeat means for France, and they have reached a conclusion: The country's intellectual life has come under the sway of a more ideological, more identity-focused model imported from the United States.

Le Débat was always resistant to American imports. It never fully made its peace with the free market in the way that self-described social democrats in America did under Bill Clinton. Nor did it climb aboard the agenda of humanitarian invasions and democracy promotion, as left-leaning American intellectuals like Paul Berman and George Packer did. That was all fine. But *Le Débat*'s reluctance to partake of identity politics as it arose in France, always a couple of steps behind (and

always in imitation of) American civil rights advances, brought the review into disrepute with a new generation of leftists.

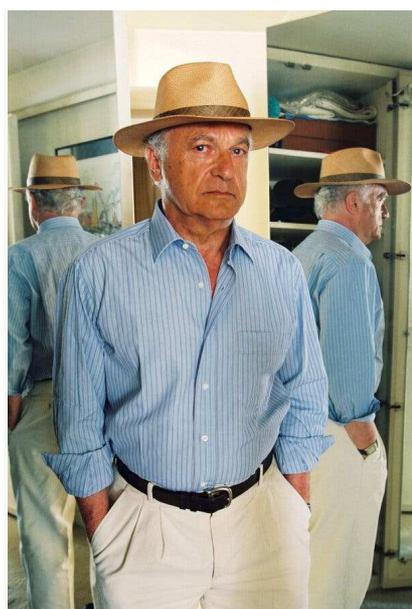
Many French people see American-style social-justice politics as [a change for the worse](#). President Emmanuel Macron does. In the wake of the death of George Floyd in police custody last spring, protests and riots across America brought the dismantling of statues and other public symbols — sometimes on the spot, sometimes after further campaigning and agitation. Aware that such actions had found a sympathetic echo among some of his fellow citizens, Mr. Macron warned that France would not follow suit. “It will not erase any trace or name from its history,” he said. “It will not forget any of its works. It will not topple any statues.”

By last fall Mr. Macron was also inveighing against foreign university traditions. “I’m thinking of the Anglo-Saxon tradition, which has another history, and it is not ours,” he said, before singling out “certain social-science theories imported from the United States of America.”

To look at how *Le Débat* unraveled is to see that these tensions have been developing for years, if not decades. They bode poorly for the future of intellectual life in France — and elsewhere.

Sponsored by the book publisher Gallimard, *Le Débat* was political and literary, but the heart of its mission was that very French kind of thinking where social science and philosophy meet. The philosopher Michel Foucault and the anthropologist Claude Lévi-Strauss were early contributors. Its founding editor, Pierre Nora, is a pioneering historian of French cultural memory and an editor of genius (he was Mr. Foucault’s editor at Gallimard). Its chief editor, Marcel Gauchet, is a philosopher of democracy and a historian of religion. Totalitarianism, and how to find a politics of the left that avoided it, absorbed Mr. Nora and Mr. Gauchet both.

Mr. Gauchet, for instance, has studied with alarm the slow ouster of democratic principles by the very different principles of human rights. “The touchstone in the system,” he warned in 2007, “is no longer the sovereignty of the people but the sovereignty of the individual, defined, ultimately, by the possibility of overruling the collective authority.” Human rights, often imposed by courts or centralized administrative bodies, could wind up pitting democracy against itself. Back in 2007, Mr. Gauchet’s view, whether or not one agreed with it, would have been accorded a basic legitimacy. It has become less sayable in the wake of a decade’s worth of bitter arguments over gay marriage and immigration.



Pierre Nora, the founding editor of *Le Débat*. Credit...Raphael Gaillarde/Gamma-Rapho, via Getty Images



Marcel Gauchet, *Le Débat*'s chief editor. Credit...Baltel/SIPA, via Associated Press

The first sign in France of a politics focused on minority groups came in 1984. Activists close to the government of François Mitterrand sought to address the complex problem of assimilating France's mostly North African immigrants by founding an American-style activist group called SOS Racisme. *Le Débat* reacted in 1993 by publishing a skeptical book by the sociologist Paul Yonnet. SOS Racisme was not replacing a stuffy idea of race with a hip one, Mr. Yonnet argued; it was introducing race theories into a country where they had lately been weak or absent, ethnicizing newcomers and natives alike, and encouraging the French to look at the minority groups in their midst (Jews, in particular) as somehow foreign.

Among the French left, Mr. Yonnet's very French egalitarianism was thought hard-line by some (and perhaps hardhearted by others), but not necessarily conservative. It came as a shock when, in 2002, the political scientist Daniel Lindenberg published a book that described some of the country's leading thinkers — the philosophers Alain Finkielkraut and Pierre Manent, the novelist Michel Houellebecq — as “reactionaries” for their reservations about France's prospects of managing a multicultural and increasingly Islamic society. The writers of *Le Débat*, especially Mr. Gauchet and Mr. Yonnet, were prominent among those Mr. Lindenberg held responsible for an unhealthy “lifting of taboos” — taboos that had made the country a welcoming place for minority groups of all kinds.

That wasn't really fair. *Le Débat*, for better or for worse, carried into the 21st century all the postwar taboos with which it had been founded in 1980. When one of its most daring and versatile authors, the economist Hervé Juvin, began writing provocatively about ethnic diversity and drawing closer to the far-right National Front party, the magazine respectfully severed relations with him.

But France was changing. In 2004 the sometime *Débat* contributor Olivier Pétré-Grenouilleau wrote a global history of the slave trade that included accounts not just of European but also of Arab and intra-African slave markets. Amid accusations that such a wide-ranging account minimized European culpability in the trans-Atlantic slave trade, he was sued for historical revisionism under one of France's proliferating anti-defamation laws.

In 2014, after Mr. Gauchet, the *Débat* editor, had been invited to give the opening lecture at a “history rendezvous” in the city of Blois, the sociologist Geoffroy de Lagasnerie and the novelist Édouard Louis called for a boycott of the event on the grounds that Mr. Gauchet was involved. Two hundred historians signed on to a condemnation of Mr. Gauchet's writings as “ultraconservative” and “skeptical of the imperative of respect for human rights.”

Last year, student activists blocked Sylviane Agacinski, a philosopher and occasional *Débat* contributor, from speaking at the University of Bordeaux on the grounds that her philosophical work on the integrity and non-commercializability of the body, including her opposition to

surrogate motherhood, made her a “notorious homophobe.” The accusation is not quite as devoid of logic as it sounds: If male homosexual couples are to have children, some woman will need to bear them. Still, this was an odd epithet to stick on a woman who supported gay marriage and is married to the man, the former Socialist Prime Minister Lionel Jospin, who in 1999 passed the first bill in the country creating civil unions for which same-sex couples were eligible.

Mr. Gauchet, Ms. Agacinski and many others in their intellectual circle have not changed their politics. Rather they have been outbid by radicals offering a more exciting, if not necessarily more rigorous, critique of society.

With *Le Débat* dead, its critics on the left are shedding few tears, having viewed the publication less as a venue for ideas to be argued with and more as an obstacle in the way of social justice. The historian Ludovine Bantigny, interviewed about the demise of *Le Débat*, had no pieties to spare about the marketplace of ideas. “By repeating that there’s a problem with immigration in France,” she said, “by waving around this so-called ideologization of human rights to question the legitimacy of new rights and by relaying the arguments of the *Manif Pour Tous*” — a movement against gay marriage — “the way Gauchet did, you wind up legitimizing magazines like *Causeur* or *Valeurs Actuelles*.”

Ms. Bantigny’s allusion to the “legitimacy” of these two very different magazines was curious. *Causeur* is a spirited monthly barely a decade old, edited by disillusioned anti-multicultural liberals; *Valeurs Actuelles* is a long-established archconservative newsmagazine on the *Time/Newsweek* model. Apparently one no longer debates the things written in magazines. One questions the “legitimacy” of the magazines themselves. Where did this very un-French attitude come from?

The editors of *Le Débat* have an answer: America. A few days after announcing that the review would publish no more, Mr. Nora spoke about its closing on Alain Finkielkraut’s radio show. Mr. Finkielkraut was pointing to disturbing tendencies in French intellectual life, but Mr. Nora wanted to take the conversation in a different direction: to the “mouvements à l’américaine” that start on campuses across the ocean and tend to show up in France. “What they call,” he said, “to follow the argument to its logical conclusion, cancel culture, which is to say the extermination of culture, the will to. ...”

Here Mr. Nora paused before continuing: “Anyway, I daresay some of us are old enough to have echoes in our heads of Goebbels when he said, ‘When I hear the word “culture” I reach for my revolver.’”

The Goebbels quote may be apocryphal, but it is worth pausing to ask why Mr. Nora — born in the first half of the 20th century and preoccupied with the moral legacy of World War II — should call such a name to mind when discussing the influence of American culture on his own country’s.

“There is a mighty ideological wave coming from the United States,” the philosopher Yves Charles Zarka wrote last fall in an article about the death of *Le Débat*. “It brings rewriting history, censoring literature, toppling statues, and imposing a racist vision of society.” Nor is it as iconoclastic as it looks, according to Luc Ferry, a philosopher and conservative columnist. “However anticapitalist and anti-American they may think themselves,” he wrote last year, “these activists are only aping whatever has been going on on campuses across the Atlantic over the last four decades.”

The shoe used to be on the other foot. The United States used to learn a lot from France. Until a generation ago, into the age of Michel Foucault and Jacques Derrida, one could say America deferred to France on matters intellectual. It doesn’t any longer. The demise of *Le Débat* was marked by not a single mention in any major American newspaper or magazine.

There are still lessons Americans can learn from France, provided we approach it with the right questions in mind. A good one to start with might be whether the American academy of recent

decades — with the culture it carries and the political behaviors it fosters — has been, in the wider world, a force for intellectual freedom or for its opposite.

France's New Culture Warriors

The notion that the French state would bolster academic freedom by enhancing oversight of what is considered appropriate research is ludicrous on its face. But there's a deeper irony as well.

By Cole Stangler

MARCH 3, 2021



French President Emmanuel Macron speaks with students in Paris, 2020.

Ever since Emmanuel Macron's improbable ascent to the French presidency in 2017, admirers have sought to portray him as a defender of Europe's liberal values—a rampart against the temptations of populism in an increasingly unstable world. That narrative was always debatable, but never before in the course of his presidency has it appeared as empty as it does now. Over the past few months, Macron and his party have been trampling all over basic liberal values as they seek to make political gains. The latest one to fall by the wayside is academic freedom. After going on a far-right news network to bash the supposed scourge of “Islamism-leftism” corrupting French universities, Higher Education Minister Frédérique Vidal has vowed to launch an investigation into research practices. It's still unclear what the study will look like—or even how seriously it will be taken—but no matter what, it doesn't bode well. A staunch critic of postcolonial studies and the idea of intersectionality, Vidal told Parliament her goal was to distinguish “academic research” from “activism and opinion.”

Not everyone within Macron's party, La République en Marche, is on the same page. Government spokesman Gabriel Attal has said the question of "Islamism" is "marginal" and insists authorities are focused on more pressing concerns like how students are coping with the economic crisis. Still, Education Minister Jean-Michel Blanquer—who oversees nursery schools through high schools—has himself previously warned of the perils of "Islamism" and called to fight what he calls "an intellectual framework from American universities" ostensibly undermining French universalism. Meanwhile, Interior Minister Gérard Darmanin, arguably the most conservative cabinet member, has defended Vidal as she faces calls to resign. Most importantly, Macron has signed off on all this: Vidal serves at his discretion and the president evidently has her back.

The notion that the French state would bolster academic freedom by enhancing oversight of what is and what is not considered appropriate research is ludicrous on its face. But there's a deeper irony to all this. In the name of defending the French academy from pernicious US influence, Vidal and company are engaging in precisely the sort of culture war that American conservatives have perfected to an art form. They just happen to be about a couple decades behind. While the witch hunt against campus radicalism in the United States peaked in the 1990s and early 2000s, the French culture warriors have only now picked up the dubious cause.

Until now, "Islamist" was not a term that was used very frequently by anyone. Political scientist Pierre-André Taguieff coined it in the early 2000s to refer to pro-Palestine demonstrations that brought anti-capitalists and conservative Muslims together in the streets, but it later evolved into a catch-all insult favored by France's growing far right. As many others have also noted, the term invokes a long legacy of combining anti-leftism with racism, going back to such phrases as "Judeo-Bolshevik" and "Judeo-Masonic" in the 1920s and 1930s.

To French ears, it's jarring to hear government ministers talk like this. And it's all the more alarming in the country's security-obsessed political context. Last month, the National Assembly, led by Macron's party, approved a law designed to "reinforce Republican principles"—a proposal that claims to tackle the spread of Islamism as a result of home-schooling and tightens controls on groups receiving public subsidies. It now heads to the Senate, which is already slated to take up a separate "general security law" later this month. Bowing to protests, Macron's party has promised to rewrite that bill's most controversial measure: a reform of the country's foundational 1881 press freedom law that would penalize the sharing of images of police officers with up to one year in prison and a €45,000 fine if the intent is to "harm" the agents in question. Still, even without that section, the security bill contains measures that would infringe on privacy rights, providing a legal foundation for law enforcement to expand the use

of drones and expanding the use of police body cameras that would be authorized to broadcast in real time to police command posts.

How did this happen? Where did the golden boy of Euro-American liberalism go wrong? As one follows the recent events, it becomes clear that Macron may always have had more of an authoritarian streak than his admirers cared to let on—it just seemed to trigger less backlash when applied to the economy. One of Macron’s earliest reforms was a sweeping pro-employer overhaul of labor law, approved by executive order to avoid a messy debate in Parliament. The rules made it easier for companies to lay off workers and imposed new limits on payouts for unjust job terminations while weakening the scope of sector-wide labor agreements. Last year, Macron’s cabinet signaled its intent to green-light an unpopular overhaul of the pension system by using another arcane constitutional maneuver that allows governments to sidestep standard parliamentary procedure—though the move has been on hold since the Covid-19 crisis took center stage. Now that he and his party have directed their efforts to culture and civil society, that willingness to pursue their agenda at all costs is even clearer.

Another key feature of Macronism is its ideological malleability—either an asset or a crutch depending on whom you ask. In the 2017 elections, that meant occupying the center and tapping into a small but solid base of socially liberal, pro-business voters; as the 2022 race approaches, he and his advisors have decided a hard-right turn provides the surest path to political survival. Anticipating a second-round rematch against Marine Le Pen of the far-right National Rally, Macron has sought to flex his muscles on themes of interest to conservative voters like security, national identity, and immigration—a pivot that was planned as early as 2019, well before last fall’s terrible wave of terror attacks. This strategy is designed to eviscerate whatever candidate is nominated by the mainstream right Les Républicains in the first round and put Macron in a strong position to defeat Le Pen in the runoff.

Of course, this grand plan takes for granted the weakness of France’s badly divided left, which is splintered between a center-left pole made up of Europe Ecology—the Greens and the Socialist Party and a more populist faction anchored by the La France Insoumise (LFI), *as well as* the Communists and various other far-left parties. They now find themselves on the back foot, having to defend the republic’s liberal values against liberals. It may seem like a long shot today, but in the event that a left-wing contender—such as LFI’s Jean-Luc Mélenchon, Socialist mayor of Paris Anne Hidalgo, the Greens’ Yannick Jadot, or someone else—shows signs of sneaking into the runoff round of next year’s election, hysterical warnings of “Islamism” seem all but fated to return. As Vidal and anyone else who’s toyed with this sort of dangerous rhetoric understand, the term doesn’t need to have a clear definition to be politically effective.

<https://www.marianne.net/societe/grenoble-les-noms-de-deux-professeurs-accuses-dislamophobie-placardes-sur-les-murs-de-liep>

Grenoble : les noms de deux professeurs accusés d'islamophobie placardés sur les murs de l'IEP

Cancel culture

Par Hadrien Brachet

Publié le 05/03/2021 à 20:35



Capture d'écran d'une photo des collages relayée par l'UNEF Grenoble sur Twitter.

Deux professeurs de Sciences Po Grenoble sont accusés d'islamophobie. Leurs noms ont été placardés devant l'établissement ce 4 mars. L'un d'eux, critiqué pour avoir questionné la notion même d'islamophobie, dénonce auprès de Marianne un climat tendu où la liberté d'expression est menacée et où les débats autour de la religion musulmane sont devenus tabous.

Quelques mois après l'assassinat de Samuel Paty, le spectre des accusations d'islamophobie refait surface. Les noms de deux professeurs de l'Institut d'Études Politiques (IEP) de Grenoble en étant accusés ont été placardés le 4 mars avec des collages devant l'établissement. D'après nos informations, l'un d'eux a déposé plainte et l'IEP un signalement. Une affaire révélatrice selon l'un des enseignants d'un climat de tension au sein de l'école, où le débat sur l'islam serait devenu "*tabou*".

Le 4 mars, l'UNEF Grenoble publie une photo d'un collage à l'entrée de l'établissement portant cette inscription : "*Des fascistes dans nos amphis T[...] et Kinzler démission. L'islamophobie tue.*" Dans [son tweet](#), le syndicat mentionne lui-même le nom des deux enseignants.



Pour comprendre l'engrenage qui a mené à cet affichage, il faut remonter à fin novembre 2020. Un groupe thématique se forme pour préparer la "semaine de l'Égalité et contre les discriminations" au sein de l'établissement. Un événement auquel Klaus Kinzler, professeur d'allemand à l'IEP, n'a pas l'habitude de participer, même s'il le trouve "parfaitement légitime". Cette fois-ci, l'intitulé du groupe de travail "Racisme, islamophobie, antisémitisme" interpelle cet agrégé d'allemand. Il décide donc de le rejoindre dans l'espoir d'en débattre et de faire évoluer l'intitulé.

Cet enseignant qui officie depuis 25 ans au sein de l'établissement doute de la pertinence du concept d'"islamophobie" utilisé pour désigner des discriminations dont feraient l'objet des musulmans en raison de leur religion. "Concernant notre groupe thématique "Racisme, islamophobie, antisémitisme", je suis assez intrigué par l'alignement révélateur de ces trois concepts dont l'un ne devrait certainement pas y figurer (on peut même discuter si ce terme a un vrai sens ou s'il n'est pas simplement l'arme de propagande d'extrémistes plus intelligents que nous)", écrit-il aux autres membres du groupe dans un échange de mails que Marianne s'est procuré.

CONTROVERSE SUR L'EMPLOI DU TERME "ISLAMOPHOBIE"

Sa collègue Claire M. ne l'entend pas de cette oreille. Si elle reconnaît dans un courriel que "la notion d'islamophobie est effectivement contestée et prise à partie dans le champ politique et partisan", la chercheuse affirme que "Ce n'est pas le cas dans le champ scientifique." Elle défend qu'il lui paraît légitime d'employer le terme "pour désigner des préjugés et des discriminations liés à l'appartenance, réelle ou fantasmée, à la religion musulmane, associés ou non à une discrimination et des préjugés liés à l'assignation raciale (que désigne le terme générique de racisme)."

Réponse de Klaus Kinzler : "Je refuse catégoriquement de laisser suggérer que la persécution (imaginaire) des extrémistes musulmans (et autres musulmans égarés) d'aujourd'hui ait vraiment sa place à côté de l'antisémitisme millénaire et quasi universel ou du racisme dont notre propre civilisation occidentale (tout comme la civilisation musulmane d'ailleurs) est passée championne du monde au fil des siècles ...". Faisant à nouveau référence au fait que la notion d'"islamophobie" soit accolée à celle d'"antisémitisme". "J'ai décidé que, au cas où le groupe déciderait de maintenir ce nom absurde et insultant pour les victimes du racisme et de l'antisémitisme, je le quitterais immédiatement" conclut le germaniste.

"CHARLIE, PATY ÉTAIENT ACCUSÉS D'ÊTRE ISLAMOPHOBES"

Quelques échanges plus tard, Klaus Kinzler relaie les propos d'un de ses collègues, Vincent T., lui apportant son soutien et alertant sur l'usage grandissant du terme "islamophobie" utilisé y compris pour remettre en

question la laïcité française ou le droit au blasphème : *"Charlie Hebdo était accusé d'islamophobie. Samuel Paty était accusé d'être islamophobe. La loi de 2004 est accusée d'être islamophobe. Le blasphème est islamophobe. La laïcité est islamophobe."*

La notion d'islamophobie popularisée en France par le Collectif contre l'Islamophobie en France (CCIF), récemment dissous, fait en effet l'objet de vives contestations, y compris dans le champ universitaire. À propos de son utilisation, l'essayiste Caroline Fourest écrit dans [Marianne](#) : *"Un usage abusif tend à faire passer toute critique de la religion ou de l'intégrisme pour du racisme. Un usage naïf pense sincèrement viser le racisme anti-musulman. Il est vite submergé par l'interprétation extensive et abusive. [...] C'est au nom d'une vision abusive du mot « islamophobie » que toutes les campagnes d'intimidation visant à brider la critique de l'intégrisme ont été menées ces dernières années, justement celles au cours desquelles l'intégrisme frappait et tuait."* Dans [son entretien](#) accordé récemment à *Marianne*, Pierre-André Taguieff, directeur de recherche honoraire au CNRS, qui a forgé la notion d'islamo-gauchisme alerte : *"On peut voir dans ces attitudes et ces comportements le résultat de la stratégie des Frères musulmans qui jouent sur la culpabilisation et le victimisme pour conquérir l'opinion occidentale."*

Klaus Kinzler réitère dans son courriel son souhait de voir le terme "islamophobie" retiré du groupe de travail et assure que *"l'immense majorité des cas de discrimination des musulmans aujourd'hui (et ces cas de discrimination existent, évidemment!), n'a que peu ou pas de rapport avec la religion mais relève du racisme pur et simple."* Y joignant quelques considérations : *"je le confesse, je n'aime pas beaucoup cette religion, parfois elle me fait franchement peur, comme elle fait peur à beaucoup de Français (sommés-nous donc de vilains islamophobes ?), mais je n'ai jamais jamais ressenti de ma vie la moindre antipathie ou le moindre préjugé envers les hommes et les femmes qui pratiquent cette religion (j'en connais de nombreux), ni pour toute personne d'ailleurs dont les origines se trouveraient dans une des régions du monde où l'islam est majoritaire."*

Auprès de *Marianne*, Klaus Kinzler assume : *"je n'aime pas l'islam sous sa forme actuelle, sous sa forme d'islamisme et de fondamentalisme. J'ai peur de ce fondamentalisme qui a pris le pouvoir depuis 50 ans dans les pays musulmans. Mais je n'ai jamais de ma vie été un islamophobe ni pensé que je n'aimais pas les musulmans."*

DES ÉTUDIANTS OFFENSÉS ?

Depuis le début, des étudiants participant au groupe de travail sont dans la boucle des mails. L'agrégé reçoit alors un courriel d'une chargée de mission de l'IIEP qui lui indique que ces derniers se sentent agressés à la lecture des échanges. Klaus Kinzler apprend également que Claire M., sa collègue, aurait été heurtée par ses propos. Il lui communique une *"lettre d'excuses"* dans laquelle il regrette avoir pu *"s'emporter sur la forme"*, mais maintient ses positions.

"Évidemment que la majorité des chercheurs en sciences sociales défendent ce terme, mais il y a aussi ceux qui le contestent. J'ai été ferme mais je n'ai jamais quitté la politesse. J'ai fait des mails assez longs qui ont été interprétés comme du harcèlement. Comment voulez-vous faire quand on ne peut pas se rencontrer en vrai ni échanger en vidéo ?" défend le professeur d'allemand. Car Claire M. s'est plainte de harcèlement auprès du laboratoire de recherche PACTE au sein duquel elle travaille également.

La réponse de la structure, qui dépend du CNRS, ne se fait pas attendre : dans un *"communiqué officiel"* du 7 décembre signé par Anne-Laure Amilhat Szary, directrice du laboratoire, PACTE apporte son soutien à Claire M. et estime que *"nier, au nom d'une opinion personnelle, la validité des résultats scientifiques d'une collègue et de tout le champ auquel elle appartient, constitue une forme de harcèlement et une atteinte morale violente."* *"En tant que laboratoire de recherche il nous importe de ne pas confondre opinion et connaissance éprouvée par des méthodes scientifiques"* explique à *Marianne* Anne-Laure Amilhat Szary. Claire M. n'a pas répondu à nos sollicitations à la publication de cet article.

RÉSEAUX SOCIAUX

L'affaire ne s'arrête pas là. Le 7 janvier le collectif Sciences Po Grenoble en lutte - relayé par l'Union Syndicale Sciences Po Grenoble dont des élus étudiants siègent à la fois au Conseil d'administration et à celui des études et de la vie étudiante de l'IEP - publie [sur sa page Facebook](#) des extraits des courriels de Klaus Klinzer, sans mentionner son nom. *"En s'opposant à la présence du terme islamophobie dans cet intitulé, un enseignant a développé un discours que nous jugeons inacceptable"*, écrit le groupe, lui reprochant *"un discours ancré à l'extrême-droite"*, le tout précédé par une mention d'avertissement - appelé *"trigger warning"* - : *"Islamophobie"*.

Une deuxième affaire, pas si éloignée par les thèmes sur lesquelles se fondent ses accusations, intervient alors. Le 22 février l'Union Syndicale Sciences Po Grenoble publie un post sur sa page Facebook dans laquelle elle indique vouloir *"retirer des maquettes pédagogiques pour l'année prochaine"* le cours optionnel *"Islam et musulmans dans la France contemporaine"* si *"lors de ce cours des propos islamophobes y étaient dispensés comme scientifiques"*.

APPEL À TÉMOIGNAGES

Le groupe lance par la même occasion un appel à témoignages. Contactée par *Marianne*, l'Union Syndicale reste vague sur d'éventuels éléments qui auraient mené à cet appel : *"Si l'on avait des remontées en ce sens pourquoi aurions-nous eu besoin de faire un appel à témoignages ? La participation des étudiant.e.s à nos décisions est chose courante."*

Le professeur en charge du cours, pas nommé par l'Union Syndicale, est Vincent T., le même qui avait apporté son soutien à Klaus Kinzler. Il est Maître de conférences en sciences politiques et anime ce cours, non obligatoire dans le cursus des étudiants, depuis plusieurs années. Il a même publié en 2016 [pour la Fondapol](#) une note intitulée *"Portrait des musulmans d'Europe - Unité dans la diversité."* *"C'est un universitaire reconnu pour ses travaux sur le sujet"* nous confie l'un de ses anciens élèves.

"METTRE MA VIE EN DANGER"

Trois jours plus tard, sans que l'on sache s'il y a eu des menaces, Vincent T. écrit dans un mail adressé à ses étudiants et transmis à *Marianne* par l'une d'elles : *"Pour des raisons que je ne peux expliquer par mail, je demande à tous les étudiants qui appartiennent au syndicat dit "Union Syndicale" de quitter immédiatement mes cours et de ne jamais y remettre les pieds"*, avant d'ajouter : *"Je ne comprends pas, du reste, pourquoi ils n'ont pas d'eux-mêmes demandé à changer de [cours] puisque ma personne leur est tellement insupportable qu'ils sont prêts à mettre ma vie en danger."*

Dans un post Facebook du 27 février, l'Union syndicale Sciences Po Grenoble répond qu'elle n'a *"jamais mis en danger la vie de Monsieur T., ni ne l'a attaqué ou menacé publiquement, ni même accusé publiquement de quoi que ce soit. Ce sont donc de fausses accusations"*, annonçant qu'elle a porté plainte pour *"diffamation et pour discrimination à raison des activités syndicales"*. À *Marianne*, l'Union syndicale explique : *"notre but n'est en aucun cas de lancer une chasse aux sorcières comme on nous en accuse. Notre but est de rendre notre institut un endroit moins discriminatoire pour tous."*

"APPROCHE CRITIQUE DE L'ISLAMISME"

Deuxième courriel de Vincent T. à ses étudiants le 28 février, transmis là aussi par une étudiante à *Marianne*. Il reconnaît que *"la virulence"* de son premier mail était *"à la hauteur du coup de massue que j'ai reçu"*, évoquant par là les accusations d'islamophobie à son encontre. Tout en s'indignant : *"Je ne nie pas que mon cours comporte une approche critique de l'islamisme (est-ce cela qui choque ?) et même de certains aspects de l'islam dans sa configuration actuelle (mais quoi ? rêve-t-on de remplacer mon cours par un enseignement théologique dispensé par un imam ?). Mais le problème n'est pas dans les problèmes de définition : il est dans l'usage des étiquettes qui, aujourd'hui, on le sait, peuvent tuer. Que des étudiants puissent, dans le contexte actuel, quelques semaines seulement après l'affaire Paty, se permettre ce genre de*

stigmatisation a quelque chose d'odieux et de méprisable quand on sait les conséquences épouvantables que cela peut avoir via les réseaux sociaux."

Les deux affaires atteignent une autre dimension lorsque le nom des deux enseignants est placardé 4 mars sur les murs de l'établissement. Auprès de *Marianne*, Sciences Po Grenoble évoque des attaques "*abjectes*" et "*inacceptables*." Dans un mail que nous avons consulté, la directrice de l'établissement écrit que "*les personnes qui ont placardé ces affiches [...] ne semblent pas être les élus étudiants de l'IEPG [Institut d'études politiques de Grenoble, N.D.L.R.]. L'Institution fera tout ce qui est possible pour protéger Klaus et Vincent.*"

Une affaire symptomatique d'un climat de tension au sein de l'université ? "*La liberté d'expression est fortement menacée, pas seulement par les étudiants*", déplore à *Marianne* Klaus Kinzler *Une minorité essaie d'imposer sa loi, y compris chez les enseignants-chercheurs. On vous attaque de front si vous osez dire quelque chose qui ne plaît pas, en particulier sur ce qui concerne l'islam. C'est le tabou.*" "*Nous suivons attentivement le dossier*" indiquent à *Marianne* les services académiques.

Le Figaro (site web)

vendredi 5 mars 2021 - 17:35 UTC +01:00 1556 mots

Actualité ; Société

Deux professeurs de Sciences Po Grenoble accusés d'islamophobie sur les murs de l'IEP

Ce jeudi, leurs noms étaient affichés en grosses lettres à l'entrée de l'établissement, accolés aux mots «fascistes» ou encore «l'islamophobie tue». Les deux enseignants craignent à présent pour leur sécurité et celle de leur famille.

Ce jeudi 4 mars, deux professeurs de Sciences Po Grenoble ont eu la désagréable surprise de découvrir leurs noms inscrits en grosses lettres sur les murs de leur IEP, à l'occasion d'un « collage » sauvage qui survient alors que certains responsables syndicaux de l'école sont engagés depuis plusieurs semaines dans un mouvement de lutte contre la direction.

« *Des fascistes dans nos amphis* » et « *l'islamophobie tue* » : voici ce que l'on pouvait notamment lire à côté de l'entrée principale de Sciences Po Grenoble, à côté des noms de deux professeurs appelés à la démission par les auteurs de ces collages. Le visage de l'un des deux professeurs, caricaturé mais aisément reconnaissable, était également placardé à côté de ces slogans. Si les affichages ont été retirés dans l'après-midi suivant les faits, ils ont en revanche été relayés par plusieurs comptes sur les réseaux sociaux, notamment la page Grenoble en lutte, qui relaie fréquemment les publications et communiqués de l'Union syndicale de Sciences Po Grenoble, ainsi que l'énigmatique «@berurier_» sur Twitter, qui dénonce des «*propos islamophobes*» tenus par l'enseignant - sans jamais citer les propos en question.

Vincent T. et Klaus K., les deux professeurs accusés de fascisme et d'islamophobie par les auteurs de ces affichages, semblent en réalité être les victimes collatérales d'un mouvement lancé par certains étudiants à la suite d'accusations de harcèlement sexuel au sein de l'établissement, qui estiment que la réaction de la direction a été insuffisante. C'est d'ailleurs le principal objet de ces affichages qui reprennent le slogan « *Science Porc* » lancé à la suite de la mise en cause de Frédéric Mion à Sciences Po Paris dans l'affaire Duhamel. Si les deux enseignants sont étrangers à ces affaires, c'est en revanche pour d'autres raisons que certains étudiants s'en sont pris à eux, suite à des polémiques à répétition au sein de l'IEP qui ont pris cette fois un tour plus dramatique.

Une cabale lancée par un syndicat étudiant

Le premier, Vincent T., est maître de conférences en science politique depuis de longues années au sein de l'établissement, et s'intéresse entre autres objets d'études aux musulmans français, auxquels il consacre un cours intitulé « *l'islam et les musulmans en France* ». « *C'est un cours optionnel qui existe depuis des années et que j'ai suivi lorsque j'étais en troisième année d'études à l'IEP* » explique au *Figaro* un de ses anciens élèves. « *Monsieur T. a longtemps eu une grande liberté de ton sans que cela ne pose problème, mais depuis quelques années certains élèves tentent de le prendre en défaut et cherchent à le piéger, pour ensuite l'intimider et lui prêter des propos qu'il n'a jamais tenus. Plusieurs fois même, des élèves qui n'étaient pas inscrits à son cours s'y sont rendus seulement dans ce but, notamment après les attentats du Bataclan. Mais ils n'ont jamais réussi à obtenir de dérapages de sa part, alors ils s'en sont pris à lui autrement, dans son dos, et certains autres professeurs n'hésitaient d'ailleurs pas à dire ouvertement en cours à leurs élèves qu'il était raciste.* » Un avis que corrobore l'essayiste Arnaud Lacheret, docteur en science politique, qui fut élève de Vincent T. lorsque celui-ci était en première année de thèse : « *Il avait son franc-parler, mais jamais il ne tenait de propos discriminatoires, bien au contraire il essayait d'ouvrir le débat.* » Un autre de ses collègues précise auprès du *Figaro* qu'il arrivait à cet enseignant de recevoir des étudiants musulmans (certains venaient à son cours voilés, sans que cela n'ait jamais suscité de réaction désapprouvée de sa part) pour discuter ou expliquer certains points plus en détail, à leur demande, en restant toujours ouvert au dialogue et à l'échange des idées.

Mais alors que manifestement certains élèves semblaient décider à réclamer la suppression de cet enseignement, le syndicat majoritaire de l'IEP, l'Union Syndicale Sciences Po Grenoble (USIEPG, un syndicat issu d'une scission avec l'UNEF) a publié le 22

février dernier sur sa page Facebook un appel à témoignages demandant aux élèves de rapporter les « *propos problématiques* » qu'ils auraient pu entendre à ce cours : « *Étant donné les problèmes d'islamophobie de certains professeurs de l'iep, l'Union Syndicale souhaite retirer ce CS des maquettes pédagogiques pour l'année prochaine si lors de ce cours des propos islamophobes y étaient dispensés comme scientifiques. Aussi nous vous appelons à témoigner d'ici vendredi auprès de nous, pour que l'on puisse prendre une décision éclairée en Cevie (ou a minima défendre une telle décision). Vos témoignages seront évidemment anonymisés et serviront uniquement d'exemple et d'arguments. Courage à ceux qui ont subi ou subissent encore l'islamophobie !* »

Cet appel aurait alors déclenché la colère de l'enseignant, qui dans un courrier adressé aux élèves appelait ceux des étudiants appartenant à l'USIEPG à « *quitter immédiatement* » ses cours, ajoutant, visiblement inquiet des menaces qui commençaient à peser sur lui : « *je ne comprends pas, du reste, pourquoi ils n'ont pas d'eux-mêmes demandé à changer de CM puisque ma personne leur est tellement insupportable qu'ils sont prêts à mettre ma vie en danger.* » L'USIEPG a indiqué avoir porté plainte à la suite de ce courrier.

Puis, sans que l'on sache si de quelconques témoignages ont été récoltés (aucune publication du syndicat depuis l'appel lancé sur les réseaux sociaux n'en fait mention), les affichages sauvages mettant en cause cet enseignant marquent le franchissement d'une nouvelle étape dans l'intimidation et les menaces directes qui planent cette fois sur lui, comme le relève un de ses anciens élèves, qui fut par ailleurs membre de l'UNEF lorsqu'il était à Sciences Po Grenoble : « *Cette histoire m'a immédiatement fait penser à Samuel Paty, là on lui met clairement une cible dans le dos. Il n'a jamais tenu le moindre propos islamophobe, seulement les élèves n'étaient pas d'accord avec lui et cela leur est insupportable. Il faut savoir que dans cet établissement, si vous êtes à la droite de Benoît Hamon, vous êtes déjà un fasciste. Le climat s'est dégradé ces dernières années, avant les attentats on pouvait davantage discuter.* » Selon un autre élève, certains étudiants auraient aussi demandé au professeur son adresse.

« *Désormais, ma sécurité et celle de ma famille sont impliquées* » dira Vincent T. au *Figaro*, préférant ne pas faire de commentaires pour le moment et renvoyant vers son avocat, Me Éric Le Gulludec. Lequel confirme que « *par les temps qui courent, se faire traiter d'islamophobe n'est pas rassurant. Dans le cas de Vincent T., c'est même diffamatoire, puisqu'on lui prête une attitude ou des propos discriminatoires qu'il n'a jamais eus.* »

À l'origine, un débat sur le concept d'islamophobie

Quant à Klaus K., professeur d'allemand dans le même IEP, il lui est surtout reproché d'avoir remis en cause la légitimité du concept d' « *islamophobie* » notamment dans le cadre d'un groupe de travail en vue de préparer la semaine annuelle pour l'égalité et contre les discriminations organisée à l'IEP. S'appuyant en particulier sur les analyses du sociologue Philippe d'Iribarne au sujet de ce terme controversé y compris à l'intérieur du champ des sciences sociales, et rappelant qu'il était utilisé aussi par l'ayatollah Khomeini, ce professeur a entretenu par exemple une correspondance par mail avec certains de ses collègues pour exposer son point de vue - des mails que *Le Figaro* a pu consulter, et qui ne contiennent pas trace d'invectives personnelles ni moins encore de propos discriminatoires. La seule contestation de l'emploi de ce mot par ses collègues lui a cependant valu des accusations de « *harcèlement moral* », sur la seule base de ces échanges de mail, ainsi qu'un communiqué de l'USIEPG dénonçant le 7 janvier dernier « *un discours jugé inacceptable* ».

« *On a tronqué mes propos et on m'a adressé des reproches diffamatoires* » explique au *Figaro* Klaus K., ajoutant : « *je suis un simple professeur agrégé du secondaire, je ne suis pas un grand chercheur. Mais je suis effaré du silence de la plupart de mes collègues face à ce genre de procédés. J'ai du mal à supporter cette pression, surtout depuis les affichages de jeudi. C'est assez nouveau : en 25 ans de carrière, le pire que l'on ait pu me reprocher est d'être libéral, mais jamais d'être islamophobe ou fasciste ! C'est un peu un retour vers le passé, comme dans les années 70 où l'on criait 'Mao' dans les couloirs. Mais tout risque d'exploser d'un moment à l'autre, ces affichages représentent une étape supplémentaire.* »

Dans un contexte universitaire rendu difficile par un confinement de plus en plus mal supporté par les étudiants, le climat s'est raidi davantage encore à la suite des échanges virulents occasionnés par la visibilité médiatique accordée à l'éventuelle présence d'une « *dérive islamo-gauchiste* » dans certains établissements d'études supérieures, explique un autre enseignant de l'IEP. La direction, quant à elle, s'est contentée d'un soutien discret aux deux enseignants. « *Ces attaques abjectes sont inacceptables. Sciences Po Grenoble les condamne dans les termes les plus fermes* » s'est-elle contentée de faire savoir au *Figaro*, sans préciser si elle entendait porter plainte contre les auteurs des collages. Les responsables syndicaux ayant mis en cause les deux professeurs n'ont, eux, pas souhaité répondre à nos sollicitations.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/urteil-gegen-sarkozy-verhaertete-fronten-17230067.html?premium>

URTEIL GEGEN SARKOZY:

Verhärtete Fronten in Frankreich

- EIN KOMMENTAR VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 06.03.2021-21:03



Das Urteil gegen den früheren Präsidenten zeigt: Viel zu oft ist in Frankreich die Justiz für politische Kämpfe missbraucht worden. Auch die Richter im Fall Sarkozy waren nicht frei davon.

Das Urteil gegen Nicolas Sarkozy ist als Signal gedeutet worden, dass sich die französische Justiz von politischer Einflussnahme emanzipiert habe. Doch eine nähere Betrachtung legt nahe, dass die Verurteilung des früheren Präsidenten keineswegs einen Fortschritt für die rechtsstaatliche Ordnung in Frankreich bedeutet. Als Beweis für die Straftatbestände der Bestechung und unerlaubter Einflussnahme wurden ausschließlich vertrauliche Telefongespräche zwischen Sarkozy und seinem Anwalt Thierry Herzog herangezogen. Der Schutz des Mandatsverhältnisses sei nicht „unantastbar“, urteilten die drei Richter der Pariser Strafrichterkammer.

Der Protest der französischen Anwaltsverbände gegen diese Interpretation ist bislang ungehört verhallt. Die neue Präsidentin der Pariser Anwaltskammer, Julie Couturier, kritisierte, dass in dem Verfahren der Zweck die Mittel geheiligt habe. Die Telefonüberwachung des Anwalts sei eine klare Verletzung des Vertrauensschutzes. In Deutschland hätte Sarkozy bei dieser Beweislage vermutlich nicht verurteilt werden können. In Frankreich fehlt ein entsprechender rechtlicher Schutz, aber darüber sollte man nicht jubeln. Das Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt und Mandant bildet eine der Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates – auch wenn der Mandant Nicolas Sarkozy heißt.

Das Urteil erweckt wie das Plädoyer des Staatsanwalts den Eindruck, dass mit einer politischen Ära abgerechnet werden sollte. Tatsächlich eckt Sarkozys lange erfolgreicher Politikstil der freundschaftlichen Arrangements, wie er ihn in jungen Jahren als Bürgermeister des wohlhabenden Vorortes Neuilly-sur-Seine erlernt hatte, immer mehr an. Die Grenze zwischen Freundschaftsdienst und „Korruptionspakt“, wie die Richter schreiben, ist schwer zu ziehen. Gerade deshalb wäre es wünschenswert gewesen, dass die zur Verurteilung angeführten „Indizienbündel“ nicht nur auf der Interpretation vertraulicher Telefonate beruhen.

Selbst im politischen Ruhestand scheiden sich an dem Sohn eines ungarischen Einwanderers die Geister. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass er sich nie mit dem französischen Staatsadel arrangierte, dessen Bildungsideale („Wer liest schon die Comtesse von Ségur?“) und Habitus er zurückwies. Sein Bestreben, verkrustete Strukturen auch im Justizwesen aufzubrechen, nahmen ihm viele übel. Das Bild des absolutistischen Herrschers, das jetzt vielerorts von ihm gezeichnet wird, hält einer genaueren Prüfung nicht stand.

Sarkozy schob 2008 eine der wichtigsten Verfassungsreformen seines Landes an. Jeder Bürger kann seither in Gerichtsverfahren die Verfassungsmäßigkeit einer Rechtsvorschrift anfechten. Sarkozy hat auf diese

Weise der politischen Klasse das Privileg der Bewertung der Verfassungsmäßigkeit entrissen und sie zu einem Recht aller Bürger erhoben. Der Selfmademan, der keine der Eliteschmieden Frankreichs absolvierte, musste sich stets des Rufs des halbseidenen Machtpolitikers erwehren. Schon fast vergessen ist die Affäre Clearstream, die sein parteiinterner Rivale [Dominique de Villepin](#) 2005 ausgeheckt hatte, um den damaligen Innenminister Sarkozy der Korruption zu bezichtigen und politisch auszuschalten.

Erheblicher Vertrauensverlust

Viel zu oft ist in Frankreich die Justiz missbraucht worden, um politische Kämpfe auszutragen. Auch den Richtern, die über Sarkozy urteilten, gelang es nicht, sich von politischen Erwägungen zu befreien. So betonen sie ausdrücklich die „besondere Schwere“ der Straftaten, da sie von einem früheren Präsidenten begangen worden seien. Das Prinzip, dass sich auch ehemalige Präsidenten wie gewöhnliche Bürger vor der Justiz zu verantworten haben, wird auf gewisse Weise umgekehrt. Selbst als einfacher Citoyen trage ein ehemaliger Staatschef größere Verantwortung für die Unabhängigkeit der Justiz, schreiben die Richter. Sie hatten wohlgemerkt Telefonate aus dem Jahr 2014 zu beurteilen, die Sarkozy zwei Jahre nach Ende seiner Amtszeit mit seinem Anwalt führte.

Die Fronten zwischen Justiz und Politik haben sich in Frankreich immer mehr verhärtet. In den Räumlichkeiten des Syndicat de la magistrature, des französischen Pendant zum deutschen Richterbund, hingen an der sogenannten „Mauer der Deppen“ Fotos von führenden konservativen und rechtspopulistischen Politikern an der Pinnwand. Das trug genauso wenig zum Vertrauen in den Rechtsstaat bei wie die vielen Korruptionsaffären, in die führende Politiker verwickelt sind. Es ist fraglich, ob der Vertrauensverlust ohne weitreichende institutionelle Reformen überwunden werden kann.

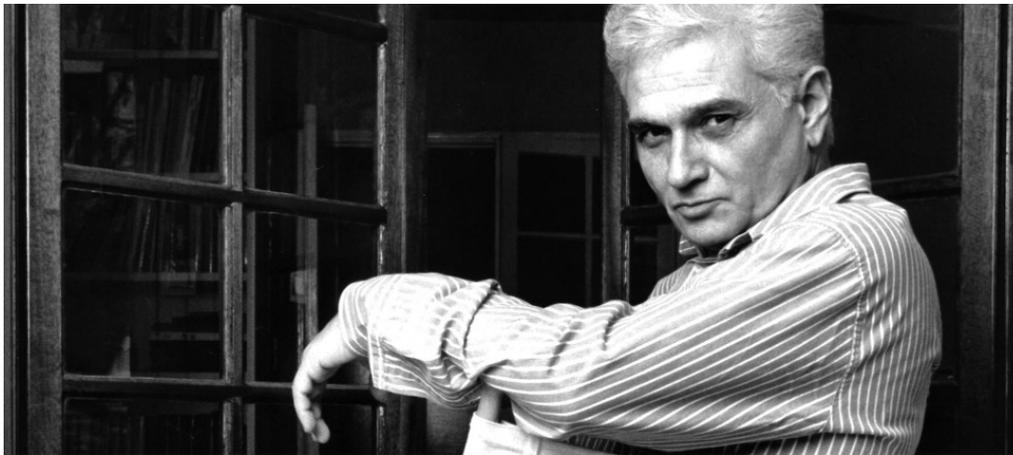
Frankreich zahlt einen hohen Preis dafür, dass es seine hundertjährige Geschichte des Parlamentarismus ausradiert hat. Die Konfrontation zwischen Politik und Justiz ist auch deshalb eskaliert, weil es seit 1958 an parlamentarischen Kontrollmechanismen mangelt. Zu den fragwürdigen Erfolgen General de Gaulles zählt es, das parlamentarische System nachhaltig diskreditiert zu haben. Ein Verfahrenswettlauf wie der gegen Sarkozy wäre sicherlich nicht nötig gewesen, wenn der Präsident regelmäßig vor dem Parlament hätte Rechenschaft ablegen müssen.

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/cancel-culture-und-verrat-am-denken-falsche-freunde-als-problem-17222928.html?premium>

CANCEL CULTURE:

Wer haftet für die „woke“ Identitätspolitik?

- VON STEFAN KLEIE
- -AKTUALISIERT AM 05.03.2021-11:02



Für einen Vordenker von Denkverboten eindeutig zu uneindeutig: Jacques Derrida Bild: Getty

Haben wir der französischen Theorie die Cancel Culture zu verdanken? Ganz so einfach ist es nicht. Das Problem sind ihre falschen Freunde, schreibt der Literaturwissenschaftler Stefan Kleie in diesem Gastbeitrag.

Philosophische Denkströmungen für gesellschaftliche Misstände verantwortlich zu machen zeugt neben einer Überschätzung der Macht der Ideen zumeist von oberflächlicher Lektüre. Nachdem der junge Marx die Philosophie vom Kopf auf die Füße gestellt hatte, hat die Diskursanalyse gezeigt, wie Machtverhältnisse über diskursive Ausschlussverfahren perpetuiert werden. Die Systemtheorie hat die Eigenständigkeit der Subsysteme stark gemacht, die etwa dazu führen kann, dass über BWL-Studiengänge vermittelt immer noch ein neoliberales Modell von Wirtschaft dominiert, obwohl dessen reine Lehre in der politischen Öffentlichkeit aus wahltaktischen Gründen selbst die **FDP** nicht mehr vertritt. Und die Medienwissenschaft verweist auf die Abhängigkeit von der technischen Entwicklung der Kommunikationsmedien, die ihrerseits für disruptive Veränderungen bis in die Psyche von Heranwachsenden sorgen kann, was zuletzt der verstorbene französische Technikphilosoph Bernard Stiegler eindrucksvoll demonstriert hat.

Es verwundert daher, dass allenthalben der Versuch unternommen wird, eine so komplexe Theorieformation wie die Dekonstruktion, die oft leichtfertig mit der populäreren Zeitdiagnose der Postmoderne gleichgesetzt wird, für die Auswüchse der Cancel Culture und generell den Dogmatismus der „woken“ Identitätspolitik in Haftung zu nehmen. Es sei noch einmal daran erinnert, dass es sich beim Poststrukturalismus Derridas um einen „parasitären“ Diskurs handelt, der anhand ausgewählter kanonischer Texte der philosophischen Tradition deren metaphysischen Prämissen zu unterlaufen trachtet. Die Differenz wird zur *différance*, womit eine performative Prozesshaftigkeit bezeichnet wird, die das Gegenstück zum Deziisionismus **Carl Schmitts** darstellt, mit dem sich zu messen für Derrida offenbar ein besonderes Vergnügen darstellte. Das setzt aber beispielsweise die skrupulöse Lektüre Husserls und Schmitts voraus, keineswegs deren ahnungslose Denunziation.

Wahrheit mit Gänsefüßchen

Auch die Literaturwissenschaft hat von der Dekonstruktion enorm profitiert, weisen doch Autoren wie Heinrich von Kleist, die Frühromantiker oder Franz Kafka eine der Dekonstruktion ähnliche Schreibstrategie auf, in der so etwas wie ein Sinn des Gesagten höchstens noch als eine sich dem begehlichen

Hermeneutiker-Zugriff stets entziehende Spur zu errahnen ist, kabbalistischer Lektürepraxis nicht unähnlich. Dabei war Derrida so etwas wie der intellektuelle Überflieger der ganzen Bewegung. Deleuze' Wunschmaschinen, Nomaden und Rhizome waren dagegen durchaus anschlussfähig an technofuturistische Diskurse, fristeten aber nach einem Machtwort Manfred Franks, der Deleuze für präfaschistisch hielt, im akademischen Betrieb der Bundesrepublik ein Schattendasein. Umso beliebter, besonders in der Soziologie, war dagegen Michel Foucault, den irgendwie jeder verstand – zumindest dürfte Benthams „Panoptikum“ als Emblem der Überwachungsgesellschaft jedem Studenten von damals (und heute) unmittelbar einleuchten.

Doch hinter einschlägigen Formulierungen wie „Das Andere der Vernunft“ versteckten sich immer divergierende Lesarten, was keineswegs trivial ist. Die Foucaultianer sahen darin den seit der Frühen Neuzeit über die Psychiatrie ins Werk gesetzten Ausschluss des Wahnsinns aus der Gesellschaft, während die Derrida-Anhänger den Wahnsinn als das „Andere der Vernunft“ im Auge des Taifuns ausmachten, also im blinden Fleck der Vernunft selbst. Hier müsste eine informierte Auseinandersetzung ansetzen, denn die drängenden Fragen der Künstlichen Intelligenz müssen ja beantwortet werden. Foucaults Prophezeiung, das 21. Jahrhundert werde ein deleuzianisches, nämlich eines der digital-numerischen Kontrollgesellschaften sein, vor denen Deleuze schon 1990 gewarnt hatte, ist sicher mehr als ein generöses Bonmot.

Die komplette Verflüssigung der Alltagslogik als Resultat einer Beschäftigung mit der Dekonstruktion war Faszinosum und Ärgernis zugleich. Objektiv machte ein solches unabschließbares Lektüerverfahren eine robuste Thesenbildung nahezu unmöglich. Eine ikonische Redewendung, ja ein Running Gag war unter Studenten in den achtziger bis frühen 2000er Jahren der Ausspruch „I would prefer not to“ von Herman Melvilles Schreiber Bartleby – durchaus auch gegen die Zumutungen der selbstgerechten marxistischen Aktivisten und ihrer verstaubten Revolutionsphrasen. Die konsequente Infragestellung der metaphysischen Tradition konnte bis zur Handlungslähmung führen. Dennoch sollte hier nicht kurzschlüssig von einem antihumanistischen Nihilismus die Rede sein. Die sendungsbewusste Rhetorik der Menschenrechte wurde durch Erörterungen zur Gastfreundschaft abgelöst, die keinerlei ideologischer Überhöhung bedarf.

Im Rückblick fatal war jedoch die Wirkung der Dekonstruktion im akademischen Lehrer-Schüler-Verhältnis. Die Generation Merve, benannt nach einem Westberliner Verlag, in dem die ersten Raubdrucke der französischen Theorie in den Siebzigern erschienen, hat Deleuze, Derrida und Foucault noch mit exaltem Vergnügen gelesen. Als akademische Lehrer waren die Protagonisten der ersten Stunde allerdings vollkommen überfordert. Wie sollte man sich auch am „wilden Denken“ reiben? Etwa reaktionär werden? Tatsächlich erinnert man sich in der Rückschau oft an abstruse Denkverbote. Wer leichtfertig, ohne checkerhafte Distanzierung etwa in Form der mit Zeige- und Mittelfinger in die Luft hineingeschriebenen Gänsefüßchen, von „Präsenz“, „Wahrheit“ oder „Identität“ sprach, galt schnell als hoffnungsloser Fall. Floskelhaft wurde nachgebetet, was nun seinerseits zum Dogma erstarrt war.

Macht euch locker!

Es erstaunt daher nicht, dass der akademische Nachwuchs nicht mehr in der Lage war, die Qualität der Lehrmeister zu erreichen, die oft durch hedonistische Lesegruppenerfahrung und exorbitant lange Studienzeiten einen erheblichen intellektuellen Trainingsvorteil hatten. Viele verließen nach jahrelangen fruchtlosen Exerzitien frustriert die Uni, andere wendeten sich dem Aktivismus zu. Der bot freilich reichlich Entschädigung für die intellektuelle Demütigung, denn er schickte sich gerade an, die Tabuisierung bestimmter Begriffe, die schon in den Seminaren geherrscht hatte, in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Gender Studies und etwas später auch die Postcolonial Studies verbanden geschickt ihre eigenen Lobbyinteressen mit Versatzstücken der französischen Theorie; und weil kaum jemand auf der Höhe dieser Theorie war, kamen sie damit zumeist durch. Wie diese Kombination bis in die Twitterblasen und die Amtsstuben deutscher Universitäten und Rundfunkanstalten vordringen konnte, sollte man mal genauer untersuchen. Um es im Jargon zu sagen: Der aktivistische, denkfaule Lobbyismus pseudolinker Identitätspolitik hat die Dekonstruktion nicht etwa gekapert – das wäre zu eindeutig-martialisch gedacht –, sondern sich quasi diesem geistigen Archipel aufgepfropft.

Die Postmoderne, die oft in einem Abwasch mit der anspruchsvollen Theorie als Sündenbock ausgemacht wird, geht zumindest in Westeuropa im Wesentlichen auf François Lyotards Essay „La condition postmoderne“ (1979) zurück. Lyotards Absage an die großen Erzählungen und an die moralische Instanz des

engagierten Intellektuellen dürften noch geläufig sein. Interessanter ist seine Kritik der Habermas'schen Diskurstheorie inklusive der Annahme einer alle Aussagen überformenden universellen Vernunft. Ein solcher Diskurs tue „der Heterogenität der Sprachspiele Gewalt an“, denn das postmoderne Wissen „verfeinert unsere Sensibilität für die Unterschiede und verstärkt unsere Fähigkeit, das Inkommensurable zu ertragen“. Wohlgemerkt: ertragen (supporter), nicht kritiklos abfeiern!

In der Popkultur der Achtziger fand die Postmoderne aber einen großen Resonanzraum, mit Ausläufern bis zur sogenannten deutschen Popliteratur um Benjamin von Stuckrad-Barre, Christian Kracht oder Rainald Goetz. Es ging hier immerhin um einen eigenständigen Wert der Ästhetik gegen jede Form sozialpädagogischer Indienstnahme der Literatur!

Die alten Metadiskurse des neunzehnten Jahrhunderts sind schwerlich zu aktualisieren, die neuen – Kampf gegen den Klimawandel, angeblich systemimmanenten Rassismus und die gesellschaftliche Polarisierung, Digitalisierung, Posthumanismus – sind mindestens genauso spaßbefreit. Dem Westen stünde es nicht schlecht an, sich hier ein wenig locker zu machen. Für den verbissenen Kulturkampf stehen Autokraten, die ewig Dekadenz anprangernde Rechte und offenbar geschickte Lobbygruppen, die im Bunde mit der Verwaltung eine Vorschrift und ein Verbot nach dem anderen entwerfen.

Mit Blick auf die „bedingungslose Universität“ hat [Jacques Derrida](#) 1998 erklärt: „Wie sie gänzlich unabhängig, ganz auf sich gestellt ist, bleibt die Universität auch eine schutzlos preisgegebene, einzunehmende, zuweilen zur bedingungslosen Kapitulation verurteilte Festung. Wohin sie sich auch begibt, sie steht kurz davor, sich preiszugeben. Weil sie es nicht duldet, dass man ihr Bedingungen aufzwingt, ist sie, blutleer und abstrakt, manchmal gezwungen, sich bedingungslos zu ergeben.“ Die typische Uneindeutigkeit Derridas erlaubt es, die Dekonstruktion nun gegen diejenigen zu verteidigen, die irgendwann die Chuzpe besessen haben, das Erbe Derridas für sich zu reklamieren – und heute einen Feldzug gegen die freie Rede in den Universitäten führen. Never surrender!

Stefan Kleie ist Publizist und Literaturwissenschaftler.

